

B e i t r ä g e

zur

bayerischen Rechtsgeschichte.

III. Heft.

Beiträge
zur
Rechtsgeschichte Bayerns.

Von
Dr. Heinrich Gottfried Gengler,
Professor der Rechte an der Universität Erlangen.

Drittes Heft:

Die Quellen des Stadtrechts von Regensburg aus dem XIII.,
XIV. und XV. Jahrhunderte.

Erlangen und Leipzig.

A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Nachf.
(Georg Böhme).

1892.

Die
Quellen des Stadtrechts von Regensburg

aus dem

XIII., XIV. und XV. Jahrhunderte.

Ein Beitrag

zur

Rechtsgeschichte Bayerns

von

Dr. Heinrich Gottfried Gengler,

Professor der Rechte an der Universität Erlangen.

Erlangen und Leipzig.

A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Nachf.
(Georg Böhme).

1892.

Vorwort.

In dem vorliegenden dritten Hefte meiner Beiträge habe ich den Versuch gemacht, die einzelnen Bestandtheile des Regensburger Stadtrechts, insoweit sie in ihrer Entstehung dem Zeitraume von 1207—1500 angehören, sowohl nach ihrer äusseren Form, wie auch insbesondere nach ihrem Inhalte, eingehender als bis jetzt geschehen war darzustellen, wobei wieder die wichtigsten dahin zählenden Actenstücke, vornehmlich Privilegien, theils vollständig theils auszüglich im Originaltexte mitgetheilt und sachlich und sprachlich in den Anmerkungen und im Glossar erörtert werden. Den verfassungsrechtlichen Quellenstoff glaubte ich jedoch als den rechtshistorisch bedeutendsten, aber auch manche schwer zu entwirrende Räthsel zur Lösung darbietenden, in einem systematisch geordneten Abrisse beleuchten zu sollen. Es mag in dieser Beziehung meine Arbeit als eine Fortsetzung und Ergänzung der schätzbaren Leistungen von Langoth und Gfrörer, sowie des trefflichen Geschichtswerkes von Janner angesehen werden.

Erlangen am 1. Mai 1892.

Dr. Gengler.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Geschichts-Umriss.

	Seite
§. 1. Das dreizehnte Jahrhundert	1
§. 2. Das vierzehnte Jahrhundert	7
§. 3. Das fünfzehnte Jahrhundert	10

Zweiter Abschnitt.

Quellen-Uebersicht.

I. Kap. Rechts-Briefe.

§. 4. A. Die königlichen Privilegien: a. Das Philippinum	15
§. 5. Forts.: b. Das Fridericianum	19
§. 6. Beschl.: c. Die weiteren kaiserl. und königl. Freiheitsbriefe . .	27
§. 7. B. Die Fürsten-Briefe	32
§. 8. Forts.: Die Münzer-Briefe insbesondere	36

II. Kap. Satzungen.

§. 9. A. Die Bundbriefe	39
§. 10. B. Die Einzel-Rathsstatute	43
§. 11. Forts.: Die Raths-Polizei-Statute	46
§. 12. Beschl.: Die Handels- und Gewerbs-Statute	47
§. 13. C. Die Statuten-Sammlungen: a. Die Stadtrechte i. e. S. . .	51
§. 14. Forts.: b. Das Friedgerichtsbuch	60

Dritter Abschnitt.

Grundzüge der regensburgischen Stadt-Verfassung.

§. 15. Das Stadt-Gebiet.	68
§. 16. Die Gerichts-Verfassung	70
§. 17. Die Friedbürgen und der Rath	79
§. 18. Der Bürgermeister	86
§. 19. Der Kämmerer und Stadtschreiber	90

	Seite
§. 20. Die Steuerherrs, Ungelter und Brückenmeister	92
§. 21. Die Burg- und Wacht-Gedinge	96
§. 22. Die Ehrbaren	98
§. 23. Die Bürger	105
§. 24. Die Hanse	111
§. 25. Die Juden	117
Glossar	124
Sach-Register	139

Special-Literatur.

- Gemeiner, K. Th., Reichsstadt Regensburgische Chronik (bis 1525), IV Bände, Regensb. 1800—1824. 4^o.
- Darstellung des alten regensburgischen und passauischen Salzhandels, Regensb. 1810. 4^o.
- Ueber den Ursprung der Stadt Regensburg, das. 1817. 8^o. Mit Urkundenanhang S. 65—88.
- Gfrörer, Frz., „Verfassungsgeschichte von Regensburg von der germanischen Ansiedlung bis z. J. 1256“ in den Verhandl. des histor. Vereines von Oberpfalz u. Regensburg Bd. XXXVII S. 1—73; Sep.-Abdr. Stadtamhof 1882. 8^o.
- Gumpelzhaimer, Chr. Gttl., Regensburg's Geschichte, Sagen und Merkwürdigkeiten von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten, Abthl. I—IV, Regensb. 1830—38. 8^o.
- Janner, Ferd., Geschichte der Bischöfe von Regensburg, Bd. I—III (bis 1507), Regensb. 1883—86. 8^o.
- Langoth, J., Skizze einer Entwicklungsgeschichte der freistädtischen Verfassung Regensburgs im Mittelalter, erste Hälfte, Programm, Stadtamhof 1866. 4^o.
- Ried, Codex chronologico-diplomaticus Episcopatus Ratisbonensis, II Tomi, Ratisb. 1816. 4^o.
- Walderdorf, Graf Hugo v., Regensburg in seiner Vergangenheit und Gegenwart, 3. Aufl. Regensb. 1877. 8^o.

Erster Abschnitt. Geschichts-Umriss.

§. 1.

Das dreizehnte Jahrhundert.

Mit dem Uebergange vom XII. zum XIII. Jahrhunderte erschloss sich für die alte Bischofs- und Herzogsstadt Regensburg eine neue Lebensperiode, als deren Abschluss genau das Jahr 1500 erachtet werden kann. Es war ein Zeitraum voll äusserer Kämpfe und innerer Zwistigkeiten, und, was die politische Machtstellung des städtischen Gemeinwesens betrifft, von so wechselnden und schwankenden Geschicken durchzogen, wie sie kaum eine zweite deutsche Stadt innerhalb eines verhältnissmässig so kurzen Zeitabschnittes erfahren haben dürfte. Nur einzelne wohlthuende Sonnenblicke zertheilen hier und da erhellend das düstere Gewölke. Die Gewalt-Theilung zwischen den Bischöfen und bayerischen Herzogen, welche letztere als Träger der nach 1185 ihnen vom Reiche zu Lehen gegebenen burggräflichen Gerechtsamen¹⁾ diese, wo es galt, mit gewappneter Hand zu vertreten geneigt waren, führte zu landverwüstenden Fehden und blutigen Streithändeln.²⁾ Zwar wurde denselben durch das Uebereinkommen Bischof Konrad's IV. mit Herzog Ludwig I. vom Juli 1205³⁾, worin sie sich über gemeinschaftliche Ausübung des Münz-, Geleits-, Jurisdictions- und Besteuerungsrechts in der Stadt vereinigt haben, einstweilen ein Ziel gesetzt. Allein das gespannte Verhältniss zwischen den beiden gegnerischen Factoren bestand nichtsdesto-

weniger fort und gefährdete wohl selbst die von den Kaisern so gerne gesehenen und sorglich gehegten nahen Beziehungen Regensburgs zum Reiche. Damit mag es zusammenhängen, dass König Friedrich II. durch Urkunde v. 25. November 1219⁴⁾ unter Anerkennung und beziehungsweise Zurückstellung aller den Bischöfen bis dahin in der Stadt zugestandenen Rechte die ausdrückliche Erklärung abgab, dass Regensburg in seiner althergebrachten Zugehörigkeit zum Reiche auch für die Zukunft erhalten werden sollte. Offenbar ist nun hierin der Impuls zu einer rasch fortschreitenden Entwicklung reichsstädtischen Wesens, insbesondere zur Ausbildung vollständiger Raths-Verfassung zu suchen. Eben- sowenig unterliegt es aber einem Zweifel, dass die endgültige Vollendung dieser neuen organischen Einrichtungen erst zu erreichen war, nachdem Friedrich II. (als Kaiser) durch Acte v. 10. November 1245⁵⁾ den regensburger Bürgern wegen des treulosen Ueberganges Bischof Sigfried's, des kaiserlichen Kanzlers, zur päbstlichen Partei, unter Ausserkraftsetzung des Edicts von Ravenna (1235), die Gnade ertheilt hatte, dass sie zu des Kaisers und Reiches Ehre wie zum Nutzen der Stadt ihre selbstgeschaffene Gemeinde-Organisation beibehalten, und insonderheit einen Rath, Bürgermeister und sonstige Amtleute nach freier Wahl sich setzen dürften. Die nächste Folge dieser wichtigen staufischen Gunstbezeugung, des wohlverdienten Lohnes für die dem mächtigen Königshause stets von den Regensburgern bewiesene treue Anhänglichkeit, war freilich eine neue, bis zur Interdicts-Auflage⁶⁾ gesteigerte Anfeindung von Seite Bischof Albert's I. (1248), womit sich dann in nothwendiger Consequenz ein tief greifendes Zerwürfniß zwischen dem Clerus überhaupt und der Bürgerschaft verknüpfte, welches allerdings schon durch den Sühnvergleich v. 29. Juli 1251⁷⁾ wieder aufgehoben oder wenigstens gemildert wurde. Uebrigens sehen wir derartige, der kräftig aufstrebenden Stadt sich entgegenstellende Gefahren alsbald theils an dem Bollwerke des vornehmlich unter Rudolf I. neu erstarkten königlichen Schutzes, als dessen Frucht auch der als Quelle der Patriziatsgeschichte Regensburgs höchst beachtenswerthe s. g. Lichtenbergische Schied v. 1281⁸⁾ betrachtet werden mag, theils an dem versöhnlichen Verhalten durch Weisheit und Gelehrsamkeit hervorragender Kirchenfürsten, wie eines Albert (II.) des Grossen und Leo Tundorfer, des Dom-Erbauers⁹⁾, scheitern. Im allgemeinen lässt sich wohl im XIII. Jahrhunderte, und namentlich in dessen Aus-

gangs-Decennien, Regensburg unter diejenigen Städte Deutschlands einreihen, in welchen sich tief-religiöser Eifer mit humaner Gesinnung — man denke nur an die häufigen Klostergründungen ¹⁰⁾ und die milde Behandlung der Juden im Jahre 1298 ¹¹⁾ — ferner wissenschaftliche Bestrebungen ¹²⁾ mit Kunstsinnigkeit, Förderung des Handwerks und Hebung des Handels zu einem harmonischen Ganzen vereinigt haben.

Anmerkungen zu §. 1.

1) Ueber die hierher bezüglichen, aber keineswegs völlig zweifellosen historischen Vorgänge vgl. Ph. M. Mayer, *Gesch. der Burggrafen von Regensburg* S. 44 m. Note 234.

2) Quellen-Belege s. in Böhmer's *Wittelsb. Regesten* S. 4 (zum J. 1203). Vgl. E. Winkelmann, *Philipp von Schwaben* S. 310 m. Note 3.

3) Gedruckt b. Hund, *Metrop. Salisb. I*, 231; Ried, *Cod. dipl. Ratisb. I*, 289—91 und in *Mon. Wittelsb. I*, 4—9. Die s. g. „*constitutio de concordia et amicitia*“ wurde dann unmittelbar danach [30. Juli oder zu Anfang August] durch König Philipp mit bloßer Umsetzung der beiden Hauptabschnitte und deutlicherer Fassung einzelner Sätze bestätigt [b. Hund l. c. p. 232; in *MB. XXIX^a*, 524—28]. Die hier vornehmlich in Betracht kommenden Stellen des ursprünglichen Vertrags lauten: „*De iure quoque et iudiciis in hoc concordavimus, ut quicquid iuris in civitate vel ubique habere debemus ab hominibus nostris, quos ad hoc disponendum ordinamus, sine controversia et lite inter se nobis illud conservetur. Preterea conductum simul prestabimus et lucrum inde acceptum simul dividemus, et quicumque contra velle nostrum aliquem vel aliquos conducere voluerit, illud ambo prohibebimus. Collectas etiam super civitatem generales equaliter dividemus . . . Item de manifesto conflictu in civitate lucrum equaliter dividemus. Item de indicendo foro rerum venalium qualiumcunque et de omnibus unionibus quarumlibet venditionum modum simul statuemus, et neuter sine altero vel alterius licentia aliquod de hiis statuet vel mutabit vel remittet. Similiter de venditoribus salis dux quod statuet aget de consilio episcopi. De ordinatione vero pacis provincie sic ambo statuimus, ut quicquid inter nos vel coadiutores nostros vel utriusque ministeriales emerit, ex quo concordia et amicitia inter nos facta est, scilicet quod unus alteri dampnum intulerit, dampnificatus sine talione sex ebdomadis se contineat et conqueratur episcopo, si ducis est, vel econverso, et plenariam recipiat satisfactionem . . . De moneta ratisponensi statuimus, quod stabilis sit et nulla umquam post eam fiat, sed si factum fuerit, dux ad consilium et velle episcopi prohibeat et retractet.*“ Dazu vgl. Gemeiner, *Chron. I*, 293 ff. 302 ff.; Gumpelzhaimer, *Regensburgs Gesch. I*, 287 ff.; Riezler, *Gesch. Baierns II*, 29—31; Gfrörer, *Verf.-Gesch.* S. 34, 52, 55, 56, 58—61, 66, 67, 71; Mayer a. a. O. S. 49, 50; Janner, *Bischöfe II*, 237—42. Auch s. Gaupp, *Stadtr. I*, 157,

162; Arnold, Freistädte I, 273; Nitzsch, Ministerialität u. Bürgerthum S. 259—66. Zum grossen Theile kehren die vorstehenden Bestimmungen in der neuen „*Forma compositionis*“ Bischof Konrad's und Herzog Ludwig's vom Februar (?) 1213 in den Mon. *Wittelsb.* a. a. O. S. 14—19 wieder, aus deren weiterem Inhalte vorzüglich die Vertragssatzung über Dienstmannen-Ehen (§. 19) hervorgehoben zu werden verdient: „Ad haec episcopus et dux hoc similiter inter se statuerunt, ut ministeriales eorum vicissim nubant, et pueri aequaliter dividantur, hoc modo distinguentes, quod primus puer, masculus vel foemina, patrem sequatur sine divisione, reliquis nihilominus dividendis. Si unum tantum genuerit puerum, masculum vel foeminam, idem patrem sequatur et nubat post matrem [d. h. „heirathet in die Ministerialität der Mutter“], et eiusdem pueri quos genuerit similiter dividantur. Item si officialis episcopi veluti marschalcus, dapifer, camerarius (s. Beitr. I, 201 ff.) vel alter quilibet uxorem de ministerialibus ducis duxerit, vel officialis ducis econverso ministerialem episcopi uxorem duxerit, senior filius qui patrem sequitur habeat patris officium, et si solus sit, nubat in potestatem domini, cuius erat mater, ita tamen, quod pueri quos genuerit dividantur; si vero solus non est, sed plures sunt pueri, ipse nihilominus habeat patris officium cum reliquis pueris secundum quod supra dictum est dividendis.“ Dazu s. Janner a. a. O. S. 242, 43.

4) Gedruckt b. Ried l. c. p. 323, 24 u. in MB. XXX, 86, 87: „Sane omne ius, quod episcopus Ratisponensis quiscunque hactenus in civitate Ratisponensi ab imperio habere consuevit, et honestas consuetudines, quas cives eiusdem civitatis eventu qualicunque ad nostram potestatem retorserant, dilecto consanguineo nostro Chunrado Ratisponensi episcopo recognovimus et plene restituimus, volentes eandem civitatem universaliter sub antiquo iure ipsum respicere imperio conservandam.“ Dazu vgl. Gemeiner a. a. O. S. 309; Arnold a. a. O. S. 380; Gfrörer a. a. O. S. 54, 60, 61, 63; Janner a. a. O. S. 303 ff. [Ueber Bischof Konrad IV., den letzten Grafen von Frontenhausen, 1204—26, s. *das.* S. 234 ff.]

5) Gedruckt b. Ried l. c. p. 408, 9, in MB. XXXI, 582, 83 und b. Huillard-Bréholles, Hist. dipl. Frid. VI, 366; deutsch b. Gemeiner a. a. O. S. 344, 45. In der Hauptstelle der Cassations-Urkunde heisst es: „Quia tamen Syfridus Ratisponensis episcopus, quondam cancellarius noster, privilegium nostrum [Ravenne a. 1232] sibi ceterisque indultum principibus ob perpetratum contra nos crimen perfidie manifeste iuste demeruisse videtur, dum lateri nostro familiariter assistens et privatis nostris communicando consiliis, ad partem contrariam declinavit, adversario nostro pape contra nos proditorie adherendo, vobis ad sinceram fidem et expertam devocionem, quam ad excellenciam nostram geritis, de gracia nostra duximus indulgendum, ut liceat vobis amodo communia consilia ad honorem nostrum et imperii et ad utilitatem civitatis vestre statuere, et magistros seu rectores civium et quoslibet officiales habere, ordinare, privilegio aliquo contra huius indulti gratiam de cetero non obstante, quin ymo ut favoris nostri quem erga vos

gerimus vobis eniteat plenitudo, privilegium nostrum aurea bulla munitum, quod prefato episcopo super infringendis iuribus et libertatibus vestris, quibus estis usi hactenus, concessimus, cassamus et in irritum revocamus, decernentes ipsum amodo vires aliquas non habere.“ Dazu vgl. Hüllmann, Städtewesen II, 480 ff. m. Note 75; Gumpelzhaimer a. a. O. S. 303; Gaupp a. a. O. S. 158—60; Arnold a. a. O. S. 382 ff.; Barthold, Städte II, 159; Gfrörer a. a. O. S. 61, 63, 64, 68; Janner a. a. O. S. 411 ff. Ueber das Edict von Ravenna (b. Gaupp a. a. O. S. 32—35) s. auch Franklin, Sent. cur. reg. Nr. CXXXVIII S. 62—64 mit Löher, Fürsten und Städte zur Zeit der Hohenstaufen S. 43, 50, 51, 55—61. [Bischof Sigfried, ein Sohn des Rheingrafen Wulfram, sass 1227—46 auf dem bischöflichen Stuhle von Regensburg, s. Janner a. a. O. S. 333 ff.]

6) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 352, 354; Janner a. a. O. S. 427, 28. [Ueber Bischof Albert I. aus dem Geschlechte der Grafen von Petinken, d. i. Peitinggau, 1247—59, s. Janner a. a. O. S. 418 ff.]

7) Gedruckt b. Ried l. c. p. 430, 31. Durch diese „*unio et concordia* inter clerum et civitatem“ verpflichtet sich die letztere: „quod burgenses omnia iura et libertates, quas ab antiquo capitulum et totus clerus Ratisponensis civitatis habuit et eorum antecessores soliti sunt habere, restituerent, et quod personas res honores libertates et iura cleri sicut se ipsos, quantum possent, rebus et corpore protegerent ac defensarent.“ Dagegen entsagte die Geistlichkeit allen Rechtsansprüchen aus erlittenen Beschädigungen gegenüber der Stadtgemeinde als solcher [nicht also auch einzelnen Verletzern], und versprach, ihre wohlmeinende Gesinnung („*consilium et favorem*“) der Bürgerschaft wieder zuzuwenden. Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 362, 63; Janner a. a. O. S. 439 Note 1.

8) Gedruckt b. Gemeiner a. a. O. S. 414—16: „Ich Herman von Lichtenberch meister der stat ze Regenspurch und der gesworn rat wir tun chunt allen di disen brief ansehend oder hörend lesen, daz ein zweigung was in der stat einhalb von den ritern, von den münzzärn und von den briwen, und anderhalb von burgärn chaupfläuten und armen und von reichen, deu diser stat schädlich was an frid und an genaden. In den ziten chom unser herr chünig Rudolf, der römisch chünig, und bat den rat von der stat und jededern tail, daz si sich friuntlich und liplich mit einander verrichten. Do sazen wir uns zu einander unde trachten, wie ez also verrichtet wurde, daz diu stat und wir ein durch vriuntlich und liplich wurden, und werden dez zu rat, daz wir von jedwedern tailen drie man namen: von den ritern und von den münzzärn und von den briwen herrn Heinrich von Aw, herrn Ruger bi der chappel und herren Ulrich den Wollär; von den chaupfleuten und von den burgärn armen unde richen herren Perhtolden den Tenken, hern Gozwinen an dem marchte und hern Bernolden den napurgär. Deu teil gaben jetwederhalben ir gunst und ir willen jetweders tailen schidläuten, swaz si schieden, daz daz ewiglich stät sol beliben. Do giengen die vorgenanten sechse schidman zu und sworn uf unsers herren

heiligem lichenamen, daz si durch lib noch durch leide niht schieden, wan daz si westen, daz der stat an frid un an genaden gut wär unde nütze. Und die habend uf denselben eit also gescheiden und gesatzt un geraten mit gar vereintem mute un mit willigen hertzen an allen chriek.“ Die hierauf folgenden drei Schiedsätze betreffen dann die freie Einbringung fremden Biers in die Stadt, „daz vride sol haben vor allen den, di in der stat sind“, das Hansegrafen-Amt (s. unten Abschn. III §. 24 Note 8) und die Unzulässigkeit mit Eid und Gelübde eingegangener Schutzbündnisse („sicherheit“) seitens der Schiedparteien. Den Schluss bildet die Strafbestimmung: „Swer der drier satze iht brichet, ez si ritter oder münzzär oder briwe oder burgär, daz der hundert pfunt pfening gebe, ob er si niht gerihten mach selbe zwelf ersamer läute; und swer si niht gerihten mach, der muz hundert pfunt geben, oder hat er heuser, der breche man im für deu hundert pfunt (s. Abschn. I §. 4 Note 2, c), hat er der niht, so sol er zehant uz der stat varen und sol zehen jar daruzze sin; belibet er darüber hinne oder vert er heim, so sol man in vahren und sol deu zehen jar gevangen liegen, und sol da dehein bet über gehören.“ Unter den Veranlassungen zu dem Schiede v. 29. Juni (17. Juli) 1281 dürfte auch die Auflehnung der Brauer gegen die Raths-Verordnung, welche ihnen wegen des grossen Getreidemangels im Lande die zeitweilige Ausübung ihres Braugewerbes untersagte, zu erwähnen sein. Diese hatte nämlich, nachdem das Statut „über die *sün* zwischen der stat und den briwen“ v. 24. April 1277 (b. Gemeiner a. a. O. S. 409, 10) ohne nachhaltige Wirkung geblieben war, in den nächsten Jahren den gefährlicheren Charakter einer „zweiung“ d. i. parteilichen Spaltung der Bürgergemeinde angenommen, so dass jetzt die Brauer, sich anlehnend an den Herzog Ludwig von Bayern, mit offener Feindseligkeit den übrigen Bürgern entgegentraten. [Hermann aus dem alten Geschlechte der „domini de Lihtenberch“ war nach Rüger bei der Capellen in den J. 1277—1287 Bürgermeister in Regensburg.]

9) Ueber beide Kirchenfürsten vgl. Janner a. a. O. S. 463—75; 476—563. Albert von Bollstädt bekleidete die regensburger Bischofswürde nur 1260—1262; Leo der Tundorfer dagegen 1262—1277. Der Grundstein zum Dom ward am 23. April 1275 gelegt.

10) Zu den bereits vorhanden gewesen ansehnlichen Klöstern (Sanct-Emmeram, Ober- und Niedermünster, der Schotten zu St. Jacob) sind im XIII. Jhdt. noch hinzugekommen jene: der Deutschordens-Brüder bei St. Aegidien 1210 (Janner a. a. O. II, 259), der Barfüsser oder Minoriten 1226 (II, 325, 26), der Karmeliten bei St. Oswald 1227 (II, 342, 43), der Dominikaner bei St. Blasien 1229 (II, 348), der Augustiner-, nachher Dominikaner-Nonnen zum heil. Kreuz 1233—44 (II, 377—79), der Augustiner bei St. Salvator 1267 (II, 504) und der Reuerinnen nach der Regel der heil. Clara 1286 (II, 375, 76).

11) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 449; Stobbe, Die Juden in Deutschland während des MAs. S. 69; Janner a. a. O. III, 113 m. Note 1.

12) Hier möge nur an den Minoriten-Bruder *Berthold Lech* † 13. Dez. 1272, als Glaubenslehrer und Volksredner („lantprediger“) hoch verdient und trefflich geschildert von W. Wackernagel, *Gesch. der Dtsch. Litteratur* (1853) S. 324, 25, da er wegen seines vermuthbaren Einflusses auf den Verfasser des *Schwabenspiegels* auch rechtshistorisch von Interesse ist, in Kürze erinnert werden. Vgl. L. Rockinger „Berthold von Regensburg und Raimund von Peniafort im sogenannten Schwabenspiegel“ in den *Abhdl. der k. bayer. Ak. der Wiss. Classe III Bd. XIII Abthl. 3* (1877) S. 167—229; *Sep.-Abdr.* S. 3—65. Auch s. Stobbe, *Gesch. der dtsch. RQuellen I*, 341 Note 24. Dass Berthold „seinerseits wieder den *Deutschenspiegel* benutzt“ hätte, nimmt als unzweifelhaft Schröder, *Lehrb. der dtsch. RGesch.* §. 54 S. 627 an.

§. 2.

Das vierzehnte Jahrhundert.

Zum nicht geringen Zeittheile füllen das XIV. Jahrhundert in der Geschichte Regensburgs jene Wirren und Kämpfe aus, welche durch die aus dem Schosse des Patriziats hervorgegangene und auch die Zünfte mit sich fortreissende feindliche Strömung gegen den städtischen Rath, dessen Regimentsführung und Güterverwaltung erzeugt worden sind. Es zählt dahin zuvörderst der zu ungeahnten Dimensionen angewachsene Auer'sche Aufstand¹⁾, welcher diesem mächtigsten Geschlechte der Stadt, nachdem sich ihm unter offenkundigem Bruche des Friedensgesetzes die gesamten Gewerke zu treuem Zusammenhalten „verschrieben und verbunden“ hatten, allerdings im Jahre 1330 einen vorübergehenden Sieg über die anderen rathsässigen patrizischen Familien verschafft hat, so dass sogar das ganze Rathscollegium sammt dem Bürgermeister abgesetzt und an dessen Stelle ein neues unter dem Vorsitze Friedrich Auer's gewählt worden ist. Allein alsbald kehrte das mit frevelhaftem Eigendünkel und Uebermuth ausgeführte Unternehmen seine verderbliche Spitze wider die Unruhestifter selbst, und schon 1334 sah sich die Auer'sche Sippe genöthigt, „um nicht ein Opfer der Volkswuth zu werden“, die Stadt zu räumen. Neues Unheil brachte letzterer dann die von dem Zant'schen Geschlechte seit 1359 in Scene gesetzte s. g. Schultheissenfehde²⁾, so geheissen, weil es sich dabei in erster Linie um den Besitz des Schultheissenamtes in Regensburg handelte, welchen nach Albrecht Zandt's Ableben einerseits dessen erstehelicher gleichnamiger Sohn und anderseits vermöge eines Gedinges mit des ersteren Wittwe der

städtische Rath in Anspruch nahmen. Auch hier artete die Sache zu einem mehrjährigen Waffenstreite aus, worin selbst die bayerischen Herzoge und Ritter gegen die Stadt Partei ergriffen haben; doch kam endlich 1364 ein dem Rathe günstiger Vergleich mit der Zant'schen Familie zu Stande, indem diese allen bis dahin behaupteten Forderungen „wegen des Schultheissenamts und des dazu gehörigen Friedgerichts und Kammeramts“ förmlich entsagte. Dass nun diese Ereignisse nicht ohne Rückwirkung auf die Verfassung der Stadt bleiben konnten, versteht sich von selbst, und es lässt sich dies am augenfälligsten an den mehrfachen, in diese Periode fallenden und rasch auf einander gefolgten Wandlungen in der Gestaltung des Rathskörpers wahrnehmen. Eine noch höhere politische Bedeutung gewannen aber jene Vorgänge dadurch, dass sie zugleich das Verhalten des Reichsoberhauptes gegenüber der Reichsstadt in empfindlicher Weise beeinflussten, so dass selbst Ludwig's IV. seit 1315 durch zahlreiche Freiheits-Verleihungen oft bewährte günstige Gesinnung in gefährliches Schwanken gerieth, wie dies vornehmlich die Belagerung Regensburgs durch denselben aus Anlass der oben berührten Auer'schen Händel im Jahre 1337 genügend beweisen dürfte.³⁾ Seit Karl IV. fing jedoch die Reichsstadt an, sich von den schädlichen Nachwirkungen der vorausgegangenen drei Jahrzehnte einigermaßen zu erholen, ohne freilich zu der im XIII. Jahrhunderte erreichten Höhe industrieller und finanzieller Kraftentwicklung, vornehmlich gegenüber dem längst darin rivalisirenden Nürnberg, sich wieder erheben zu können. Ja! ein neues Hemmniss ruhiger Fortentwicklung der inneren Gemeindeverhältnisse erwuchs den Regensburgern aus ihrem Beitritte zum schwäbischen Bunde im Jahre 1381 ⁴⁾, welcher sie in den gegen die Landesfürsten ob ihrer Bedrückung von Land und Leuten gerichteten s. g. Städtekrieg verwickelte und ihnen eine neuerliche, allerdings durch glänzende Waffenthat glücklich abgewendete Belagerung von Seite der bayerischen Herzoge (1388) zuzog.⁵⁾ Nach Abschluss des egerer gemeinen Landfriedens wurden sie aber durch König Wenczeslaus mittels Gunstbriefes v. 1396 ⁶⁾ jeder ferneren thätigen Theilnahme am fraglichen Bunde enthoben.

Anmerkungen zu §. 2.

1) Ueber die Auer'schen Unruhen vgl. Gemeiner, Chron. I, 545—48, 552, 555, 563—66; Barthold, Städte IV, 26—28; Riezler, Gesch. Baierns II, 456—60; Janner, Bischöfe III, 202, 216 ff. Die Auer [*milites de Owe, Aw, Awe, uz der Owe; Auwer, Auwerii, Auwarii*] waren ein altes einheimisches bischöflich-dienstmännisches Ritter-Geschlecht mit ansehnlichem Häuserbesitze, namentlich nächst dem Römlinge, und betheiligt an der Stiftung des neuen Frauenspitals „auf Tunau“ (1318). Glieder der Familie bekleideten herzogliche, bischöfliche und städtische Aemter, so eines *pincerna ducis*, *procurator episcopi*, *magister civium* (bereits in der zweiten Hälfte des XIII. Jhdts.), sowie im Kloster Obermünster das eines weltlichen Probstes (*prepositus superioris monasterii*). Vgl. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 184, 202, 244.

2) Den Verlauf des Zandt'schen Streithandels s. bei Gemeiner a. a. O. II, 107—11, 16, 17, 19, 20, 31, 34. Die Zandte oder Zantner [*Zant, Zannär; dicti dentes, de Zante, Zannarii*] waren von ihrem in der Nähe des Pfarrdorfs Hohenkemnath gelegenen Stammhause in die Stadt übersiedelt und *cives Ratisponenses* geworden. Ihren bedeutenden Reichthum haben sie hier zu verschiedenen Kirchen- und Kapellenbauten sowie milden Stiftungen verwendet, auch an Leo's Dombaue sich mit namhaften Opfern betheiligt. Vgl. Graf v. Walderdorff a. a. O. S. 239, 41, 58, 59. Auch s. Janner a. a. O. II, 527 m. Note 1.

3) Darüber vgl. Gemeiner a. a. O. S. 9—11. [Wegen der Ludwig'schen Privilegien s. unten Abschn. II §. 6 lit. f.]

4) Vgl. die Bündnissbriefe v. 2. Sept. 1381 (s. Gemeiner a. a. O. S. 200 ff.), v. 28. Sept. 1382 (b. Vischer „Geschichte des schwäbischen Städtebundes“ Urk. III in den Forschungen z. Dtsch. Gesch. II, 194—200), v. 15. Oct. 1382 (b. Lindner „Zur Geschichte des schwäbischen Städtebundes“ *das.* XIX, 35, 36) und v. 28. Febr. 1384 (b. Hansselmann, Hohenloher Landes-Hoheit I, 472).

5) Eine ausführliche Schilderung der Belagerung und des durch den ebenso klugen als muthigen Bürgermeister Hanns von Steinach zum Adelstein [1381—94] über die Bayern erfochtenen Sieges, dessen selbst Jacob Twinger von Königshofen in seiner Chronik Kap. V [Chroniken der dtsch. Städte IX, 846] mit den Worten: „dis was das gröste nyderlygen das den herren in disem kriege geschach“ rühmend erwähnt, gibt Gemeiner a. a. O. S. 238—55, bes. S. 254.

6) Gedruckt in Lünig's Reichs-Archiv XIV, 265 und b. G. V. Schmid, Die mediatisirten fr. Reichsstädte Teutschlands Urk. XXXII S. 385 ff. Es heisst darin: „Wir . . . haben darumb . . sie (die Bürger) und ire stat zu Regenspurg aus dem ehegenanten landfrieden gesetzt und gelazzen und irer eyde und aller bündnüs, die sie darin berürten, ledig gesagt und sagen sie auch der gänzlichen und gar ledig und los in krafft dises brieffs, und sezen

und wollen von Romischer Kuniglicher macht, daz sie demselben landfrieden weder mit diensten noch deheinen andern sachen furbaz mer pflichtig behafft und verbunden sein sullen, in dheiner weisz.“ Dazu s. Gemeiner a. a. O. S. 326, 27.

§. 3.

Das fünfzehnte Jahrhundert.

Das XV. Jahrhundert, in welchem Regensburg ohnehin durch die von Osten drohende Türken-Gefahr, eine verheerende Seuche und die Hussitenzüge¹⁾ manche schweren Drangsale zu erdulden hatte, ja! sich selbst einmal einer empfindlichen Kränkung seiner jetzt vielfach betonten freistädtischen Eigenschaft²⁾ ausgesetzt sah, indem man nach Beschluss des nürnbergers Tages v. 1481 dem regensburger Rathe unter Androhung des Verlustes aller Lehen, Regalien und Privilegien die Stellung von 54 Reitern und 52 Fuss-soldaten zum Kriege gegen König Wenczeslaus von Ungarn zumuthete, was doch dem Principe, dass „Freystädte nur in der christenheit kriegen zu Hülfeleistung verpflichtet werden könnten“, widerstritt³⁾, durchziehen vornehmlich zwei, einerseits dem inneren Gemeindeleben, anderseits der äusseren Selbständigkeit der Stadt Gefahr bringend entgegengetretene Bewegungen. Die eine, von der Geistlichkeit ausgehend, welche seit Bischof Friedrich's II. von Parsberg (1437—49) Zeiten, dabei wohl einigermassen auf die Gunst des Kaisers pochend, nicht müde ward, immer neuen Stoff der Unzufriedenheit und Zwietracht mit dem Rathe anzuhäufen, endigte ihren Verlauf in der die mannigfaltigen Gravamina zusammenfassenden s. g. Concordia de tuenda libertate ecclesiastica v. 8. Februar 1484⁴⁾, welcher unmittelbar die s. g. Compactaten v. 6. Mai desselben Jahres⁵⁾ nachgefolgt sind. Dieselben erscheinen als ein in Form eines Schieds („constitutio“) des päbstlichen Legaten Bartolomeo de Maraschis vereinbarter Vergleich zwischen dem Clerus und dem Rathe, durch welchen den mit vieler Erbitterung von den Bevollmächtigten des ersteren geltend gemachten zahlreichen Beschwerdepunkten, betreffend insbesondere den Verkauf und die Einführung von Wein und Bier, die übermässige Abgaben-Belastung der Müller, die Beschränkungen in der Errichtung frommer Stiftungen, den käuflichen Erwerb von Grundzinsen und liegenden Gütern seitens der Kirche, sowie den Umfang der von letzterer auszuübenden Gerichtsbarkeit, in einer

der Geistlichkeit vortheilhaften Weise Abhülfe geschah und ein Zustand geschaffen wurde, welcher bis in die späteste Zeit die Grundlage des Coexistenzverhältnisses zwischen der geistlichen und weltlichen Bevölkerung Regensburgs geblieben ist.

Die andere viel gefährlichere Bewegung ging von der schon an sich eigenthümlich gestalteten, aber jetzt immer verwickelter werdenden politischen Stellung der Stadt zu den bayerischen Herzogen aus.⁶⁾ Den Regensburgern war es allmählig geglückt, das Schultheissen- und Kammeramt nebst dem Friedensgerichte, ferner den Ort Stadt am Hof und eine Donau-Insel oberhalb der steinernen Brücke pfandschaftlich aus den Händen der Herzoge an sich zu bringen. Da fand es plötzlich Herzog Albrecht IV. seinem Zwecke, „aus den Resten des alten burggräflichen Amts eine Landesherrschaft zu begründen“, entsprechend, die fraglichen Pfänder, zunächst das Schultheissenamt, einzulösen, was selbstverständlich ganz gegen das Interesse und die Intentionen des Rathes war. Dennoch musste derselbe, da sich in der Stadt dem Herzoge willfähige Elemente der Sache förderlich zeigten, den Wünschen des letzteren nachgeben. Für eine mässige Abschlagszahlung von 10,000 Gulden ward der Pfandverband gelöst und überdies auf fünfzehn Jahre der Herzog zum Schirmherrn der Stadt gegen ein Jahr-Schutzgeld zu 300 Gulden angenommen.⁷⁾ Damit war aber nur eingeleitet und vorbereitet, was im darauffolgenden Jahre der Herzog, unterstützt von jenem rathsfeindlichen Anhange, vollends gar durchsetzte, dass sich nämlich auf gewisse, von fürstlicher Seite gerne bewilligte Bedingungen hin die Stadt, unter Aufgebung ihrer Reichsfreiheit, am 13. Juli 1486 der bayerischen Landeshoheit unterwarf⁸⁾, also zur landsässigen Stadt erniedrigte. Allein diesem verhängnissvollen, als Reichs-Untreue aufgefassten Staatsacte trat Kaiser Friedrich III. mit einer an ihm sonst ungewohnten Energie entgegen, und brachte es durch die nach fruchtlos erlassenen Restitutionsbefehle⁹⁾ an den Herzog über die Stadtgemeinde erkannte Reichs-Acht¹⁰⁾, deren militärische Vollziehung bereits angeordnet war, endlich dahin, dass im Vertrage v. 26. Mai 1492¹¹⁾ Herzog Albrecht IV., von den Wirkungen der Aechtung selbst berührt, seine gesammten Rechtsansprüche auf Regensburg aufgab und dessen Reichsunmittelbarkeit anerkannte. Es bedurfte jedoch noch zwei weiterer Uebereinkünfte zwischen dem Herzoge und der Stadt v. 15. August und 12. October 1496, um die noch immer schwebenden Differenzen gänzlich

zu beseitigen.¹²⁾ Nun erst erlangten die Regensburger die völlige Ueberlassung des Schultheissengerichts sammt den damit connexen Gerechtigkeiten, desgleichen die Zollfreiheit in Stadt am Hof und die Polizei-Ausübung über jegliche in der Stadt sich aufhaltenden, geistlichen und weltlichen, einheimischen und fremden Personen, wofür die Bürgerschaft einen Pachtgelder-Rückstand zu 31,510 Gulden und eine jährliche Aversionalsumme von 400 Gulden zu bezahlen übernahm. Die Verleihung des Blutbannes an den Rath, freilich längst bloß noch eine Formalität, hat sich übrigens der Herzog vorbehalten.¹³⁾

Aber noch einen schlimmen Nachklang hatten die eben geschilderten Verhältnisse in der vom Rathe und der Bürgerschaft nur widerwillig geduldeten Aufstellung eines kaiserlichen Reichshauptmanns zur Wahrung und Geltendmachung gewisser dem Reiche in der Stadt zustehender Gerechtsamen.¹⁴⁾ Seine mit lästiger Aufdringlichkeit geübte Durchmusterung des städtischen Verwaltungs- und Rechnungswesens in Verbindung mit den daraus hervorgegangenen, wohl mitunter übertriebenen Berichtserstattungen an den Kaiser über die entdeckten Mängel und Gebrechen rief Missbehagen und offenkundige Verstimmung in der Stadtgemeinde hervor. Dies führte zu einer Abordnung kaiserlicher Commissäre zur Untersuchung der Angelegenheit, und man ging alsdann soweit, bis zur Beendigung des aufgetragenen Geschäftes dem städtischen Rathe geradezu „Stillstand“ in seiner amtlichen Thätigkeit zu gebieten. Das Schlussergebniss war aber die neue, angeblich mit den herkömmlichen Gesetzgebungs-Factoren vereinbarte, in Wahrheit jedoch der Stadtgemeinde octroirte s. g. *Regiments-Ordnung* v. 4. März 1500¹⁵⁾, welche durch Rath und Bürgerschaft beschworen werden musste. Darin wurden nicht nur die sämtlichen Obliegenheiten und Amtseide der verschiedenen städtischen Behörden und Bedienstigten neu geregelt, sondern auch dem Rathe zur besonderen Pflicht gemacht, die Abwandlung der zu seiner Competenz gehörigen Rechtshändel zu beschleunigen, ein neues Fleischhaus zu erbauen, der Münze grössere Sorgfalt hinsichtlich der Vollwichtigkeit bei der Ausprägung neuen Geldes aus den vorhandenen Silbervorräthen zuzuwenden, sowie ein strafferes Vorgehen gegen alle, welche sich gegen des Königs Majestät hochverrätherischer Handlungen sowie irgend eines Ungehorsams gegen die Regiments-Ordnung schuldig machen würden, zu beobachten, in welcher letztgedachten Beziehung sogar die Verwendung von

Polizeispionen [„heimlich personen“] zur Auskundschaftung begangener Missethaten der erwähnten Art angeregt und empfohlen wird. Mit diesem, wenig anmuthendem Legislationsacte endigt sich die hier betrachtete Periode der Entwicklungsgeschichte des politischen Lebens in Regensburg. Man könnte versucht sein, den Abschluss — gegenüber der Ehre, dem Stolge und Glanze der alten reichsfreien Stadt — einen tragischen zu nennen.

Anmerkungen zu §. 3.

1) Zu den hier vorzüglich in Betracht kommenden Jahren 1456, 1462—63, 1466 s. Gemeiner, Chron. III, 248—52; 360, 371 ff., 402 ff.

2) Vgl. z. B. Gemeiner a. a. O. II, 387 v. J. 1409: „kund und wissenschaftlich, daz Regenspurg von alter her ain Freystadt heisset und auch ist, und zu dem Reich und des Reichs städten nicht gehört noch gewandt ist, und sind auch nicht pfand für das Reich noch für keinen Fürsten“; III, 150 v. J. 1446: „Regensburg . . . die eine der höchsten vier kaiserlichen freien Städte ist, darum sie billig mehrere Freiheit hat, denn andere Städte“; III, 298, 99 v. J. 1459: „nachdem und wir nit ein Reichsstatt, sunder ein Vreystatt wären“. Dazu vgl. Gemeiner a. a. O. II, 6 Note †; Arnold: Freistädte II, 421 ff.; Barthold, Städte IV, 161, Riezler, Gesch. Baierns II, 457; auch Heusler, Ursprung der dtsh. Stadtverfassung S. 238 ff.

3) Vgl. „Matricul und Anschlag wider Ungarn und die Türken“ in der Neuen Sammlung der Reichs-Abschiede I, 271^a mit Gemeiner a. a. O. III, 355, 646, 47, 49.

4) Gedruckt b. Ried, Cod. dipl. Ratisb. II, 1064—66. Die darin aufgeführten Differenzpunkte handeln: „de et super venditione vinorum ad ecclesias et beneficia pertinentium, vini et cerevisie sine dacia [assicia?] introductione, seu in foro civitatis emptione, molitorum nimia exactione, cerevisie pro usu cleri confectione, legatorum et donationum ad pios usus prohibitione, censuum etiam et bonorum immobilium pro ecclesiis emptione ac tandem de et super iurisdictione ecclesiastica et causis ad eam pertinentibus.“ Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 671—74.

5) Die XIV Artikel finden sich auszüglich, und zwar im lateinischen Urtexte in Moser's Reichs-Stättischem Hand-Buche II, 514—18, deutsch b. Gemeiner a. a. O. S. 675 ff. mitgetheilt. Vom 9. April 1484 datirt übrigens dieselben Janner, Bischöfe III, 578 ff.

6) Eine ausführliche Darstellung der im Texte nur in ihren Hauptmomenten vorgetragenen Subjections-Geschichte Regensburgs gibt nach der guten, aber auf unzureichendem Quellen-Materiale beruhenden Schilderung Gemeiner's a. a. O. S. 695—833, jetzt J. Striedinger im Kap. II seiner gediegenen Abhandlung „Der Kampf um Regensburg 1486—1492“ in den Verhdl. des histor. Vereines von Oberpfalz und Regensburg Bd. XLIV (1890) S. 37—88, wozu Kap. I S. 10—37 eine verschiedene Punkte der Verfassungs-

und Rechtsgeschichte Regensburgs in der vorhergegangenen Zeit beleuchtende Einleitung bildet. Dagegen erscheint die gedrängte Uebersicht der fraglichen Vorgänge in der anonymen Schrift „Versuch einer Geschichte der Unterwerfung der Reichsstadt Regensburg unter die Herrschaft der Herzoge in Baiern“ (1796) S. 18—64 nicht ganz zuverlässig. Ausserdem vgl. Buchner, *Gesch. von Bayern* VI, 453 ff.; Arnold a. a. O. II, 403 ff.; Barthold a. a. O. IV, 298 ff.; Silbernagl, *Albrecht IV. der Weise* S. 49—52; Riezler a. a. O. III, 509—13, 555—57.

7) Herzog Albrecht's Schutzbrief v. 16. Oct. 1485 (b. Gemeiner a. a. O. S. 701 ff.) ward auf 15 Jahre mit dem Vorbehalte ertheilt, dass er nach Ausgang der gedachten Zeitfrist den herzoglichen Gerechtsamen sowohl als der Stadt an ihren Freiheiten, Rechten und Gewohnheiten ungeschädlich sein sollte. Vorhergegangen war ein Schutz- und Trutzbündniss der Stadt mit den Herzogen Ludwig und Georg von Bayern-Landshut v. 8. Juli 1475 (b. Gemeiner a. a. O. S. 552—56) des Inhalts: „das die obgenant Fürsten die berürten Camrer, Rat und gemaine Stat Regenspurg mit gnaden und truen, auch Camrer und Rat der benanten Stat Regenspurg für sich und di gemain daselbs die obgenanten ir gnedig Herren mit truen meinen halten und heben sollen und wollen . . . und das solch eynung bederseit wahren und besteen sol zehen gantze jar von dato dies briefs nach einander schierst volgend.“

8) Die Unterwerfungs-Urkunde steht im Auszuge b. Gemeiner a. a. O. S. 730—38.

9) Kaiser Friedrich's III. Befehl v. 13. Dez. 1489, die Stadt Regensburg an das Reich zurückzustellen, gibt Fugger-Birken, *Spiegel der Ehren des Erzhauses Oesterreich* (1668) S. 1023. Dazu s. Gemeiner a. a. O. S. 774, 778 ff.

10) Das Acht-Urtheil über Kammerer, Rath und Gemeinde zu Regensburg v. 1. Oct. 1491 s. bei Gemeiner a. a. O. S. 785. Damit hängt das am gleichen Tage an alle Reichsstädte erlassene kaiserliche Mandat zusammen, den Regensburgern keinen Beistand zu leisten. Vgl. Chmel's *Reg. Fridrici* S. 786 nr. 8717.

11) Von den zwei Vergleichsbriefen König Maximilian's I. als kaiserlichen Mandatars und Herzog Albrecht's v. 26. Mai 1492 hat der eine (A) die Feststellung der Territorialgrenze zwischen Bayern und dem freistädtischen Gebiete, sowie die Beseitigung aller bereits vor 1486 zwischen dem Herzoge und der Stadt bestandenen Irrungen, dagegen der andere (B) die Ueberantwortung Regensburgs in die Hände des Kaisers und die sich hieran knüpfenden Handlungen, wie die Entbindung der Bürger von ihren Eidespflichten gegenüber dem Herzoge, zum Gegenstande. Beide Urkunden sind b. Fugger-Birken a. a. O. S. 1057—66, die Urkunde A allein b. Lünig, *Reichs-Archiv* V, 629 ff. und Moser a. a. O. S. 518—24, die Urkunde B b. Goldast, *Reichshandlung* und andere dess H. R. *Reichs Acten* (1609) S. 31 ff. abgedruckt. Bemerkenswerth ist auch der Vertheidigungs-Libell

Albrecht's bezüglich seiner Ansprüche auf Regensburg vom J. 1491 in v. Krenner's Baier. Landtags-Handlungen X, 523 ff. Dazu s. Gemeiner a. a. O. S. 787 Note 1534.

12) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 863 ff.; IV, 1, 2. Ueber den Anklageprocess des neuen Rathes gegen den alten in den J. 1492, 93 s. dens. III, 800—19.

13) Darüber vgl. Gemeiner a. a. O. III, 859—64.

14) Ueber den Reichshauptmann, dessen vorwiegend civil- und criminalrichterliche Amtsgewalt und gewöhnliche Stellvertretung durch den Schultheissen s. Gemeiner a. a. O. S. 2, 117, 403; IV, 49.

15) Die vom Erbmarschall Wilhelm von Pappenheim und dem königlichen Rathe Dr. Heinrich Heyden untersiegelte Original-Pergament-Urkunde begreift 37 Folio-Blätter. Eine Inhalts-Uebersicht mit einigen angefügten Auszügen gibt Gemeiner a. a. O. IV, 41—43.

Zweiter Abschnitt.

Quellen - Uebersicht.

I. Kapitel.

Rechtsbriefe.

§. 4.

A. Die königlichen Privilegien.

a) Das Philippinum.

Der im Vorhergehenden geschilderte dreihundertjährige Zeitraum umfasst zugleich eine in sich völlig abgeschlossene Entwicklungsperiode des städtischen Rechtslebens in Regensburg. Was nun die dessen Erkenntniss vermittelnden Schriftzeugnisse betrifft, so lassen sich die eigentlichen Rechts-Quellen in zwei grosse Gruppen zerlegen: Rechts-Briefe und Rechts-Satzungen. Innerhalb der ersteren Quellenreihe sondern sich dann wieder die königlichen (und kaiserlichen) Freiheitsbriefe von den landesfürstlichen (herzoglichen) und bischöflichen ab. An der Spitze jener steht aber das wichtige Privileg König Philipp's [*Philippinum*] v. 9. März 1207¹⁾ mit bemerkenswerthen Bestimmungen über Nicht-Pfändbarkeit der Bürger für fremde Schulden,

namentlich des Herzogs und Bischofs, ausgenommen diejenigen ihrer eigenen Mitbürger; über Reinigungs-Eid, ein- oder mehrhändigen, sowie eventuelle Kaltwasserprobe in schweren, ausserhalb oder während eines obrigkeitlich gebotenen und angelobten gemeinen Stadtfriedens vorkommenden Verbrechensfällen; über Grundruhr-Anmassung; über Steuerpflicht; über strenge verpönte öffentliche Spielhäuser, endlich über die Wahl eines Hansegrafen. Hieran knüpft sich dann noch eine generelle Bestätigung der von Philipp's Vater und Bruder, Friedrich I. und Heinrich VI., herührenden, nicht näher bezeichneten Rechtsbriefe, worin bereits eine Confirmation der alten Rechte und guten Gewohnheiten der Stadt enthalten gewesen zu sein scheint, und die Androhung einer Geldstrafe zu 40 Pfund Goldes für jede frevelhafte Verletzung dieser Handfeste.²⁾

Anmerkungen zu §. 4.

1) Gedruckt b. Gemeiner, Ursprung der Stadt Regensburg, Urk. II S. 68—70 (m. Text S. 58, 59) und in MB. XXIX^a, 532—34; in deutscher Uebersetzung b. Gemeiner, Chron. I, 295, 96. Dazu vgl. Arnold, Freistädte I, 374, 75; Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 48, 51, 58, 62, 67, 69; Janner, Bischöfe II, 247—49; auch s. Winkelmann, Philipp von Schwaben S. 386 (Note).

2) Wegen ihrer rechtshistorischen Bedeutsamkeit wird hier die Philipp'sche Urkunde vollständig mit kurzen Erläuterungen eingerückt:

In nomine sancte et individue trinitatis *Philippus* divina favente clementia Romanorum rex semper augustus. Regalis excellencie immensa benignitas fidelium suorum votis pia sedulitate consuevit occurrere et eorum commodis pariterque honoribus sollertius providere, quos ad sua obsequia didicit maiori devotione se frequenter exhibere. Inde est quod nos advertentes diutinam fidem pariterque devotionem, quam civitas ratisponensis hactenus nobis exhibuit et domino dante ulterius est exhibitura, ad honorem et communem utilitatem ipsius civitatis universitati civium de liberalitate nostra concedimus et confirmamus:

§. 1. ut nemini licitum sit, vel pro episcopo vel pro duce seu cuiuscunque alterius condicionis homine cives ratisponenses impignorare seu aliquod eis gravamen sub pondere verbi illius quod vulgariter *caphant* dicitur irrogare, nisi duntaxat pro hiis hominibus, qui communi iure ipsorum reguntur et concives eorum sunt, cum eisque consuetudines suas in dandis collectis et aliis que ad usum spectant civitatis observant.

„*Impignorare*“ bedeutet hier wie im *Priv.* a. 1298 die einfache Sachen-Abpfändung für eine Schuld, entsprechend dem „*bona detinere loco pignorum*“ im *Priv.* a. 1230 §. 13. Dagegen lässt das „*caphant*“ im darauffolgenden

Sätze vielleicht eine Steigerung des Haftungsverhältnisses, wie sie im Begriffe der Geiselschaft oder Leibbürgschaft gelegen ist, erkennen. Der langobardische Rechtsausdruck „gafant, gaphans, gafandus“ erinnert übrigens sprachlich an das niederdeutsche „pant“ [vgl. Bluhme, Die Gens Langobardorum, ihre Sprache S. 17, 18], und die Glossen-Auslegung durch „parens, heres, heres proximus, coheres proximus, proximior succedens ab intestato“ beruht daher offenbar auf einem Missverständnisse. Vgl. Graff, Diutiska II, 357; Anschütz, Lombarda-Commentare S. 116^a Z. 7; 117^b Z. 2—4. Auch s. Gaupp, Stadtr. I, 174; Stobbe, Zur Gesch. des dtsh. Vertragsrechts S. 154 m. S. 150 ff. — Ueber den hier wohl alle städtischen Abgaben und Umlagen begreifenden Ausdruck „collecta“ vgl. Zeumer, Die dtsh. Städtesteuern im 12. und 13. Jhdt. S. 3, 4.

§. 2. Item quicumque civium in iudicio pulsatus^{a)} fuerit super eo quod vel in domo sua homicidium commissum sit, vel quod proscriptum^{b)} aliquem in domo sua collegerit, seu quodcunque aliud crimen in domo sua commissum sit, quod destructionem ipsius domus^{c)} in iure videatur inducere, is qui super hoc pulsatus fuerit, si nulla tunc forma pacis statuta fuerit, sola manu sua prestito sacramento se expurgabit; si vero aliqua pacis forma statuta fuerit et actor ordine iudiciario^{d)} causam suam prosecutus fuerit, reus tertia manu denominatorum^{e)} se expurgabit vel examine frigide aque^{f)} innocenciam suam probabit.

a) „Pulsare“ = accusare, vorwiegend langobardisch, s. Siegel, Gesch. des dtsh. Gerichtsverfahrens I, 116 ff. b) „Proscriptus“, Aechter. Wenn in den §§. 3, 5 blos von einem „*tanquam* proscriptum haberi“ geredet wird, so mag damit die einfache Gerichts-Acht im Gegensatze zu der im *Priv. a.* 1230 §. 15 erwähnten *proscriptio imperii*, Reichs-Acht, gemeint sein. Vgl. Walter, Dtsch. RGesch. II, 388 ff. c) Das Niederreißen des durch eine schwere Missethat befleckten Hauses war als Straffolge sowohl dem bayerisch-österreichischen als auch dem alamannisch-helvetischen Rechtskreise bekannt, und stand unzweifelhaft mit der Acht im Zusammenhange, daher denn auch die unten §. 5 begegnenden Worte „et ipsa eciam domus proscripta iudicetur“ nicht blos von der Entziehung des Hausfriedens, sondern von der Gebäude-Zerstörung zu verstehen sein dürften. Vgl. Quitzmänn, Aelteste RVerf. der Baiw. S. 303 ff.; Osenbrüggen, Alamann. Strafrecht S. 62 ff.; Schröder, Lehrb. der dtsh. RGesch. S. 703. d) Die Worte *ord. iud.* scheinen sich lediglich auf die Gerichtszuständigkeit in Friedbruchs-sachen, welche vor das iudicium civitatis (*Priv. a.* 1230 §. 8) gehörten, zu beziehen. e) Ueber die räthselhaften *denominati* s. unten Abschn. III §. 17 Note 1. f) Vgl. Beitr. I, 173, 74.

§. 3. Item quicumque passis naufragium res in aqua mersas auferre presumserit sub pretextu iuris quod gruntrure dicitur, *tanquam* proscriptus habeatur.

Ueber das bereits im *Reichshofs-Spruche* v. 1255 [b. Franklin, Sent. Gengler, Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns. III. 2

cur. reg. Nr. CCVIII S. 82] als „corruptela“ gerügte Grundruhr-, d. i. Fluss-Strandrecht an Schiffsfrachtgütern s. v. Maurer, Einleitung z. Gesch. der Mark-, Hof-, Dorf- u. Stadt-Verfassung S. 120 ff.; Heusler, Inst. II, 195 nr. 5; auch Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IX, 5, 15 Note 11.*

§. 4. Item quicunque sive clericus sive laicus seu eciam iudeus de ratispona pecuniam aliquam seu quodcunque commercium vel in civitate vel extra civitatem ad negotiationem aliquam tradiderit, is cum aliis civibus civitatis omne onus collectarum portabit.

Pecuniam seu commercium ad negotiationem tradere — Geld- und Waaren-Umsatz kaufmännisch (gewerbsmässig) betreiben.

§. 5. Item quicunque in civitate theatrum ludi manifestum habuerit, tanquam proscriptus habeatur et ipsa eciam domus proscripta iudicetur.

Unter *theatrum ludi* ist hier nicht mit Gemeiner, Chron. I, 296 eine Schaubühne zu verstehen, sondern ein öffentliches (d. i. allgemein zugängliches) Spielhaus, worin nämlich Würfel- und andere Geldspiele (nach der Ausdrucksweise des *landshuter* Priv. v. 1278 §. 19: „ludi cavillosi, häufel, riemstechen et taxillorum falsitas“) betrieben wurden. Vgl. Mone a. a. O. XIV, 126. Ueber eine andere mittelalterliche Bedeutung von *theatrum*, *spelhûs* [d. i. Festhaus] s. A. Freybe, Das Leben im Recht, 2. Aufl. 1889, S. 139 ff.

§. 6. Item cives ratisponenses facultatem habebunt ex arbitrio suo eligendi magistrum qui vulgariter hanisgrave^{a)} dicitur, ut ille de officio suo iura et consuetudines ipsorum in nundinis^{b)} requirat; et si infra civitatem is aliquid ordinare disposuerit, id non nisi secundum civilia instituta et ex consensu urbanorum^{c)} fiat.

a) Ueber den Hansegrafen vgl. unten Abschn. III §. 24. b) Es muss hier in erster Linie an den Jahrmarkt zu Enns [„nundinae Anasensis ville“] gedacht werden, welcher Ort „für die Grenzgegenden an der Donau während des 12. Jhdts. ein äusserst lebhafter Knotenpunkt des Verkehrs“ gewesen ist. Vgl. J. Falke, Die Geschichte des dtsh. Handels I, 70 ff. c) Ueber *urbani* = cives s. Beitr. I, 217, 18.

§. 7. Item omnia iura et bonas consuetudines vel a patre vel a fratre nostro ipsis concessas nos quoque ipsis concedimus et confirmamus, statuantes et regio edicto precipientes, ut nulli unquam persone licitum sit hanc nostre confirmationis paginam infringere seu aliquo temeritatis ausu eis obviare; quod qui facere presumpserint, XL libras auri in penam sue presumptionis componat, medietatem camere nostre, residuam vero medietatem iniuriam passis.

Als ein solches *ius a patre concessum* kann jedenfalls das Brücken-Privileg Kaiser Friedrich's I. v. 1182 (s. Beitr. I, 217) betrachtet werden. Janner a. a. O. S. 248 Note 3 fügt demselben noch ein möglicherweise vorhergegangenes priv. de eligendo hansgravio bei; endlich Riezler, Gesch. Baierns I, 198 denkt an Privilegien Friedrich's I., welche „den ausschliesslichen Gerichtsstand der Bürger innerhalb der Ringmauern anerkannten“.

Testes autem huius rei sunt Eberhardus salzpurgensis archiepiscopus, Otto frisingensis episcopus, Manegoldus pattaviensis episcopus, Ludevicus dux Bawarie, Otto comes palatinus de Witthelinspach, comes Rapoddo et comes Hainricus de Ortenburc, comes Cunradus de Moseburc, Hainricus marscalchus de Kallendin et alii quam plures. Acta sunt hec anno domini MCCVII. Signum domini Philippi secundi romanorum regis invictissimi. Ego Cunradus regalis aule cancellarius et ratisponensis episcopus recognovi. Datum apud Ratisponam per manus Sifridi regalis aule prothonotarii. VII. id. Marcii indict. X.

§. 5.

Fortsetzung: b) Das Fridericianum.

Der Handfeste König Philipp's ist einige Jahrzehnte später der grosse Freiheitsbrief Kaiser Friedrich's II. (*Fridericianum*) v. 4. September 1230 ¹⁾ mit goldener Siegelkapsel, daher in jüngerer Zeit zuweilen „die goldene Handfeste“ geheissen ²⁾, nachgefolgt. Er hatte das Philippinum zur Grundlage, indem aus demselben fünf Artikel, allerdings mit erheblichen Veränderungen, im ersteren wiederholt erscheinen, nämlich die §§. 2, 12, 13, 15, 16. Die übrigen siebenzehn Artikel handeln dann: von der Abwendung des gerichtlichen Zweikampfes durch Erbieten zum Zwölfereide; von der Wahrung des Hausfriedens; von dem Schutze des Familien-Erbes eines Bürgers vor widerrechtlichen Eingriffen höherer Gewalt; von der Unstatthaftigkeit einer Verhaftung von Mitbürgern oder einer Beschlagnahme ihrer Habe ausserhalb der Stadt, den Fall versagter Rechtshülfe ausgenommen; von der zehnjährigen Ersitzung der persönlichen Freiheit, sowie der im städtischen Friedkreise gelegenen unbeweglichen Güter; von der Bauführung nahe den Stadtmauern und Gräben; von der zeitlich beschränkten Rechtshandhabung des Herzogs in Sachen der Kirchendienstmannen und Bürger; von der Aechtungs-Befugniss des Domvogts und des Burggrafen bezüglich letzterer auf den drei jährlichen Echedingen; von der Münzbesichtigung zur Entdeckung von Fälschungen durch Bürgerschafts-Abgeordnete und Münzmeister; von den Leibgedingsgütern, vornehmlich der Klöster, und dem Einflusse ihrer Veräusserung auf das Rechts-, namentlich Zins-Verhältniss der betreffenden Grundholden; von der Bestrafung des als friedgefährlich verbotenen Haltens von Muntmannen seitens der Patrizier; von der Unzulässigkeit einer Ladung städtischer Bürger vor aus-

wärtige Gerichte, abgesehen von Liegenschafts-Streiten; von der Haus-Braugerechtigkeit der Bürger; von der Verlegung der kalmünzer Reichs-Zollstätte nach Regensburg; endlich von den steigerungsunfähigen Leistungen der Vogtmannen und Zinshörigen an ihre Vogtei- und Grundherrschaft, jedoch mit Vorbehalt der etwa in letzterer Beziehung der Kirche zustehenden besonderen Rechte.³⁾

Anmerkungen zu §. 5.

1) Gedruckt b. Hund, Metrop. Salisb. I, 238, 39 [Ed. 1719 I, 159, 60]; Lünig, Reichs-Archiv XIV, 262, 63; Moser, Reichsstättisches Handbuch II, 511—13; Gaupp, Stadtr. I, 167—71; Huillard-Bréholles, Hist. dipl. Frid. III, 232—36; auch in den MB. XXXI^a, 542—45 und in meinen Dtsch. Stadtrechten S. 373—76, sowie auszüglich b. Emminghaus, Corp. Juris Germ. I, 34, 35. Zur Erläuterung vgl. Gemeiner, Chron. I, 321—27; Gaupp a. a. O. S. 155—67; Janner, Bischöfe II, 356—59; auch Buchner, Gesch. von Bayern V, 68—70; Schreiber, Otto der Erlauchte S. 217.

2) So im Gemeinde-Beschlusse v. 1302 b. Gemeiner a. a. O. S. 454, worin die Ladung von Bürgern „hintz hof uf den kampf“, d. i. an das königliche Hofgericht, als „wider unser *gülden Handveste*“ verstossend bezeichnet wird.

3) Der Text des wichtigen Kaiser-Privilegs lautet:

Fridericus secundus Romanorum imperator. Cum ad fidelium devotionem benigne dirigimus aciem mentis nostre ac horum profectibus intendimus diligenter, augetur in eis devotio et tam ipsos quam alios ad serviendum fidelius per liberalitatis exemplum ferventius invitamus. Inde est quod notum fieri volumus universis imperii fidelibus tam presentibus quam futuris, quod nos attendentes puram fidem et devotionem sinceram, quam cives Ratisbonae erga imperium et nos semper habuerunt, considerantes quoque fidelia et grata servicia, que pro honore et exaltatione imperii atque nostra exhibuerunt diutius et exhibere poterunt in posterum graviora, volentes civitatem ipsam propter civium merita gracia et beneficiis nostre celsitudinis ampliare, de immensa liberalitatis nostre gracia concedimus eisdem civibus, heredibus et successoribus suis in perpetuum omnia que in capitulis infra scriptis apertius continentur, ut ipsis perpetuo utantur pacifice et quiete.

§. 1. In primis, quicumque civis Ratisbonensis de duello impetitur, si se poterit expurgare duodecima manu honestarum personarum, de impetitione qua impetitur sit absolutus.

Das uralte germanische Princip der „electiven Concurrenz des Kampfes mit dem Zwölfereide“ [s. Siegel, Gesch. des dtsch. Gerichtsverfahrens I, 206—9] sehen wir hier als ein processualisches Vorrecht der regensburger Bürger aufgefasst. Ausser dem, als eigentlicher Volleid auch im bayerischen Volksrechte [s. Quitzmänn, Aelteste RVerf. der Baiw. S. 355] betonten

Zwölfereide kannte übrigens das regensburger Recht noch den Siebner-Eid [*Priv.* 1230 §. 7: „septima manu“; *FGB.* S. 83 §. 3: „sol er gerichten mit vj wirten und sein hant die sibent“], den Vierer-Eid [*FGB.* S. 81 §. 4: „und schullen drey dann zu im sweren“] und den Dreier-Eid [*FGB.* S. 80 §. 5; 79 § 5: „und sullen zwen czu im reden; der sol es pringen selbdritte, so hat er es behabt“]. Dieser zuletzt gedachte Eid kommt als qualificirter Genannten-Hülfs Eid in den *RBr.* v. 1207 u. 1230 §. 2 vor. Dem mehrhändigen Eide gegenüber stand dann der daselbst ebenfalls erwähnte einhändige Eid („sein ains aid“), im jüngeren Rechte nur mehr bei geringen Vergehen, z. B. mit einem Geldwerthe unter einem halben Pfunde, anwendbar. *FGB.* S. 80 §. 4; *Stat.* v. 1386 b. Gemeiner a. a. O. II, 228 Z. 19.

§. 2. Item quicunque civis impetitur, quod de domo sua vel in domum suam aliquis sit interfectus, vel quod in ea servaverit proscriptum, propter quod domus sua destrui deberet, si esset verum et actor causam prosequitur conquerando, sed pax eo tempore non esset in civitate iurata, sola se manu expurgabit; si vero cives pacem servare iuraverunt, is qui reus putatur tercia manu se purgabit, inter quos sint duo qui dicuntur denominati. [1207 §. 2.]

„*De domo — in domum*“ heisst im Hause und in dessen nächster Umgebung an Hof- und Gartenraum, soweit dieselbe zum „Terrain“ des Hausfriedens gehörte. Vgl. Osenbrüggen, Hausfrieden S. 10 ff.

§. 3. Item nullus invadere debet domum alicuius civis vel res in ea sibi usurpare sine iudicio civitatis.

Hier werden zusammengefasst a) die frevelhafte Heimsuchung, *invasio domus*, nach dem strafrechtlichen Begriffe des Mittelalters, s. Osenbrüggen a. a. O. S. 60 ff.; und b) die rechtswidrig-eigenmächtige Hingewnahme und Aneignung beweglicher Sachen aus einem fremden Hause, wobei vornehmlich auch an das in dem *Reichslandfriedensgesetz* Friedrich's II. v. 1235 §. 10 verbotene und bezüglich der Bestrafung einem Raube gleichgehaltene „*pignorare sine auctoritate iudicis*“ zu denken ist.

§. 4. Similiter neque dux neque alter potens dominus^{a)} debet domum alicuius civis post mortem ipsius vel eiusdem res infra civitatem vel extra sibi usurpare, sed bona civium, domus et reliqua suis heredibus relinquantur, et quicquid domini vel alii quique contra heredes agere velint, illud ordine iudiciario^{b)} prosequantur.

a) Hier mag gegensätzlich zu §. 17, wo uns in den *potentes de civitate* unzweifelhaft die Patrizier entgentreten, an eine fürstliche Person zuvörderst den Burggrafen (s. Ficker, Vom Reichsfürstenstande I, 82 nr. 56), erinnert werden. Ueber dessen Bezeichnung als „*dominus urbis*“ im XI. Jhdt. s. Waitz, Dtsch. Verf.-Gesch. VIII, 208 Note b. Vgl. dazu unten *Frideric.* §. 18 a. E.

§. 5. Item quicunque civis Ratisbonensis concivem suum extra civitatem detinuerit vel res eius querimoniam contra illum movendo, nisi prius conquestus fuerit civitati et iusticia sibi denegata sit, emendabit delictum episcopo decem libris, duci cum decem libris.

Hier müssen unterschieden werden a) die Klage-Erhebung (*conquestio*) wegen wirklich oder vermeintlich erlittener Rechtsverletzung, sie erfolgte vor dem unter „*civitas*“ zu verstehenden Stadtgerichte; und b) die Beschwerdeführung wegen verweigerten Rechtsschutzes; diese ging an das bischöflich-herzogliche Echeding (*Frideric.* §. 10), und seiner Zusammensetzung aus zwei Factoren entspricht daher die angedrohte Doppelbusse. Ueber diese Gerichte s. unten Abschn. III §. 16 lit. a.

§. 6. Item quicumque residens in civitate impetitur de servili conditione qua teneatur impetenti, si talis probabit, quod decem annis permanerit a nullo impetitus, deinceps securus permanebit a tali impetitione.

Der Freiheits-Erwerb in Folge der Niederlassung eines unfreien Einwanderers innerhalb einer städtischen Gemeinde setzte regelmässig einen ununterbrochenen und unangefochtenen Aufenthalt von Jahr und Tag voraus. Vgl. Schröder, Lehrb. der dtsch. RGesch. S. 443; 599, 600. Diesem Principe gegenüber zeigt nun die vorliegende Stelle des *Frideric.* eine abnorme Verlängerung des erforderlichen Zeitablaufes bis auf zehn Jahre. Dass sie römischrechtlichen Ursprungs sei, unterliegt im Hinblick auf den nachfolgenden §. 7 keinem Zweifel. Vielleicht steht die offenbar bezielte Erschwerung der Abstreifung der Leibeigenschafts- und Hörigkeits-Fesseln mit der von Friedrich II. sowohl in der *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* a. 1220 §. 3, als auch im *Statutum in favorem principum* (saecularium) a. 1232 §. 12 [b. Altmann-Bernheim, Ausgewählte Urkunden S. 18, 21] ausgesprochenen, für die Reichs-Städte massgebenden Zusicherung (*concessio*) im Zusammenhange: „Principum, nobilium et ministerialium ecclesiarum homines proprii in civitatibus nostris non recipiantur.“ Vgl. H. Loersch, Das falsche Diplom Karl's d. Gr. und Friedrich's I. Privileg f. Aachen v. 1166 (Sep.-Abdr. 1890) S. 189.

§. 7. Item quicumque domos vineas areas curias vel alias possessiones infra terminos pacis civitatis Ratisbonensis^{a)} sine impetitione possederit decem annis^{b)}, et postea super illis fuerit impetitus, si quietam possessionem septima manu probabit, in pace res ipsas postea possidebit.

a) Vgl. unten Abschn. III §. 15. b) Ueber die hier, sowie im *Priv. de Judaeis* a. 1230 §. 4 (s. unten §. 6 Note 2) und im *Anh. z. FGB.* S. 79 §. 4 begegnende römischrechtliche *praescriptio decem annorum*, welche übrigens auch in bayerischen Stadt- und Klosterurkunden angetroffen wird, vgl. J. Merkel in der Ztschr. f. RGesch. II, 164 ff.; auch W. Schöffner, Das Römische Recht in Deutschland (1859) S. 40. In dem *RBr. Ludwig's IV.* v. 1315 (s. unten a. a. O. lit. f, a) ist allerdings von einer im Herkommen begründeten und bestätigten Liegenschafts-Ersitzung binnen Jahresfrist die Rede.

§. 8. Item infra muros civitatis ipsius, in vicino et foris extra fossatum nullatenus edificabit^{a)}, nisi duodecim pedes distent inter muros et edificium et totidem inter fossatum^{b)}; quodsi aliter factum fuerit preter licenciam civium, removebitur edificium per iudicium civitatis.

a) Vielleicht: *edificabitur*. b) Einen geringeren Abstand fordert das *münchner* Recht, s. Stadtr. Art. 363; Bau-Sätze v. 1489 Art. 8 in Auer's Ausg. S. 140, 205. Dazu vgl. meine Dtsch. Stadtrechts-Alterthümer S. 18.

§. 9. Item dux quando solennem curiam^{a)} habuerit in civitate Ratisbonensi solito more indictam, non exercebit iudicium contra ministeriales ecclesie^{b)} neque contra cives, nisi tercio die, nec contra cives procedet, nisi per sententiam suorum concivium et non aliorum.^{c)}

a) Unter *curia* ist ein Hoftag zu verstehen; den damit am Schlusse verknüpften Gerichtsverhandlungen pflegte der Herzog selbst vorzusitzen.

b) Ueber diese Kirchen-Ministerialen s. Beitr. I, 201 ff. Note 42. c) Vgl. *Statut* 1359 S. 152 Z. 18 ff.: „Ez sol ouch niemand anders vor dem gericht in unserr stat volg noch urtail geben, dann di mit unserr stat tragent und unser burger sind.“

§. 10. Item maior advocatus qui tumbvogt vulgariter appellatur et potestatem habet iudicandi ex parte episcopi, et ex parte ducis burggravius, in nullum civem proscriptionis sententiam promulgabunt, nisi quando publicum habent placitum ex antiquo statuto, quod utrique illorum habere debent tantummodo ter in anno.

Zu diesem Artikel vgl. Rosenthal, Gesch. des Gerichtswesens etc. Baierns I, 186; wegen des Domvogts s. Mayer, Gesch. der Burggrafen S. 15 ff. und Beitr. I, 217 Note 43; endlich über die Dreizahl der Echedinge Quitzmann a. a. O. S. 115, 16.

§. 11. Item tribus in anno vicibus cives^{a)}, prout expediens fuerit, de voluntate episcopi et ducis monetam^{b)} intrabunt cum magistris^{c)} ab episcopo et duce ad monete officium deputatis et denarios^{d)} examinabunt; et si qua in eisdem inventa fuerit falsitas, prefati episcopus et dux iudicabunt.^{e)}

Vorstehende vom Münzrechte handelnde Stelle steht in einem inneren Zusammenhange mit dem Vertrage v. 1205 (Abschn. I §. 1 Note 3), wonach gleichberechtigte Münzherrn in Regensburg der Bischof und der Herzog waren. Eine Unterbrechung dieses Gemeinschafts-Verhältnisses führte jedoch 1253 Herzog Otto III. von Bayern dadurch herbei, dass er eine neue Münzstätte für sich in Landshut errichtete und die allda geprägten Pfennige als in seinem Herrschaftsgebiete („in toto suo districtu“) allein annehmbare Münze erklärte. Vgl. Riezler, Gesch. Baierns II, 181, 82. Die dadurch verursachte, auch unter Otto's Sohn Herzog Heinrich XIII. längere Zeit fortgesetzte Zwistigkeit mit Bischof Albert I. ward endlich durch einen Schiedspruch, welchen der Bürgermeister und zwölf Bürger von Regensburg am 24. Aug. 1255 auf an sie ergangene Aufforderung der Parteien abgaben (b. Ried, Cod. dipl. Ratisb. I, 443—45 m. p. 442, 43), beigelegt und darin für die Zukunft bestimmt: „ut memorati principes ac eorum successores cudi faciant concorditer et communiter Ratispone monetam Ratisponensem iuxta pondus et valorem, sub quibus ipsa moneta Ratisponensis cudi ab antiquis temporibus consuevit, nec cursum eiusdem monete impedian vel inhibeant dicti principes vel eorum alter vel ipsorum successores per se vel

per quoscunque alios, sed tueantur et promoveant totis viribus atque posse suo cursum et libertatem eiusdem monete per totum ducatum Bawarie, quem et quam obtinuit ab antiquo. Pronuntiamus etiam arbitrando, ne dictus dominus Hainricus dux Bawarie vel sui successores deinceps in Landeshut vel alibi, preterquam in Oeting, monetam cudi faciant vel permittant, quam monetam Ratisponensem“. Dieses „*arbitrium*“ erhielt dann die besondere Anerkennung des Bischofs am 3. Sept. (b. Ried l. c. p. 445, 46) und des Herzogs Heinrich am 5. Sept. 1255 (in Mon. Wittelsb. I, 136—40), welchen beiden Urkunden der vollständige Text des Schiedes einverleibt ist. Vgl. Janner a. a. O. II, 452—54. a) Die erwähnten Bürger fungirten hier nicht als Repräsentanten der Stadtgemeinde, sondern als bevollmächtigte Commission der Münzherrn. Vgl. Janner a. a. O. S. 359. b) Ueber das Münzhaus [„die alte Münz“] s. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 240 nr. 45. c) Ob unter den *magistri* überhaupt Handwerksmeister oder speciell Münzmeister (mag. *monete*), wie sie um jene Zeit in zahlreichen deutschen und namentlich auch bayerischen Städten, zuweilen sogar mit hervorragender politisch-bürgerlicher Stellung vorgekommen sind (s. Waitz a. a. O. S. 339 ff.), gemeint seien, ist zweifelhaft. Doch erscheint das letztere als wahrscheinlicher, da doch die auf den Feingehalt zunächst gerichtete *examinatio* nummorum (s. Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XVIII, 176) immerhin technische Kenntnisse voraussetzte. Dass aber dann die fraglichen Münzmeister nicht im Dienste der Hausgenossen, sondern im Solde der Münzherrn gestanden haben, versteht sich von selbst. d) Von den Pfennigen, deren um diese Zeit wohl in der Regel 240 Stück aus der libra argenti geschlagen wurden (s. Baumann, Allgäu I, 564), kamen drei Arten, nämlich gemeinsamen, herzoglichen und bischöflichen Gepräges vor, so dass anzunehmen ist, es habe auch jeder der Münzberechtigten für sich allein eine bestimmte Quantität Silbers in Denaren ausprägen dürfen. Vgl. W. Schratz in den Verhdl. des hist. Vereines f. Oberpfalz u. Regensburg XXXIV, 122 ff.; Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 36. e) Die älteste Strafe der Münzfälschung war das Sieden in Oel (s. unten §. 13 Note 41). Doch wurden in einem Falle aus dem J. 1358 zwei Münzer-Knechte, welche „valsch pfennig geslagen“ hatten, verurtheilt, „das man sie prennen sol“, *Anh. z. FGB.* S. 85 §. 2 m. Gemeiner a. a. O. II, 103. Geringere Münzvergehen dagegen mögen, wie in Bayern, blos mit Abschlagung der Hand geahndet worden sein. *Ruprecht von Freysing* I, 27 m. II, 155 (v. Maurer's Ausg. S. 147, 297).

§. 12. Item cives potestatem habebunt eligendi hansgravium, qui disponat et ordinet extra civitatem et non infra, ea tantum que respiciunt negotia nundinarum [1207 §. 6].

§. 13. Item nullus civis neque bona illius detineri debent loco pignorum pro episcopo vel pro duce vel pro quacunque alia persona, nisi tantum pro suo concive, hoc adiecto quod detentor civibus primo proposuerit causam suam et iusticia sibi fuerit denegata [1207 §. 1].

„*Civibus*“ = civitati (in *Frideric.* §. 5) steht für in iudicio civitatis.

§. 14. Item quicumque civis adquisierit bona vel a monasteriis vel ab aliis quibuslibet personis, vineas domos vel alias possessiones, ad spacium vite unius vel plurium personarum, si contingat dominum cuius sunt bona vendere vel infeudare vel obligare illa, non minus habebit ille qui acquisivit, ei qui tunc bonis dominatur censum soluturus.

Die hier behandelten Leibgedings- oder Leibrechts-Güter kamen insbesondere häufig bei den regensburger Klöstern vor. So kennt das *Salbuch des Stiftes Niedermünster* [Ed. Höger S. 12 Z. 32; S. 13 Z. 31] „auf der Aebtissinn tisch“ Zins reichende Hofstätten „dye stend auf leib“, sowie gültpflichtige, ausserhalb der Stadt im Burgfrieden gelegene Huben, welche „stent zu leiben und wenn die leib absterben“, nach Belieben wieder „gelazzen“ werden können. Vgl. darüber Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 1412, 13; Rockinger, Wörterbuch zu den altbayer. landständ. Freibriefen S. 70^b. Daneben waren übrigens in Regensburg auch Leibgedings-, d. i. Leibrenten-Verträge mit der Stadtkammer in Uebung, darin bestehend, dass man in die städtische Kasse eine bestimmte Summe, z. B. von 6 Pfund, einlegte und dafür auf Lebenszeit oder wohl auch „auf zwey Leiber seiner Familie“ eine jährliche Rente, z. B. von 1 Pfund, erhielt, worauf dann „mit der Leiber Absterben das Capital der Stadt heimfiel“. Dieses die stadtgemeindlichen Finanzen nahe berührende Rechtsgeschäft ward durch ein *Raths-Decret* v. 1377 neu geregelt und darin für die Zukunft der Mindestbetrag der Capitals-Einlage auf 7 Pfund festgesetzt. Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 183 m. Note *).

§. 15. Item quicumque civis transfragium passus fuerit et ob hanc causam a quocunque spoliatus fuerit bonis suis, ipse spoliator propter causam delicti proscriptus imperii habeatur [1207 §. 3].

§. 16. Item quicumque emendo et vendendo ritum negotiationis exercuerit, ille reddat cum civibus collectas, exceptis clericis, quos super talibus relinquimus episcopo corrigendos [1207 §. 4].

Das hier nur angedeutete Gebot, dass sich Geistliche weltlicher Geschäfte und vornehmlich des Handelsbetriebs enthalten sollten (c. 6 X ne clerici vel monachi III, 50), findet sich auch in der *Synod. Ratispon. dioecesis*. a. 1377 cap. 4 (MB. XV, 569) betont. Ueber diese wichtige Synode, deren Satzungen 39 Kapitel begreifen, s. Janner a. a. O. III, 267—71.

§. 17. Item petitioni civium assentimus statuantes, ut singuli potentes de civitate sua, qui vasallos sibi faciunt ad turbendam pacem civitatis, qui mundman vulgariter nominantur, ad municionem civitatis dent decem libras, nihilominus a fidelitate prestita relinquentes huiusmodi absolutos; qui autem ad hec contumaces extiterint, sint proscripti.

Von den Patriziern (*potentes de civ.*) und der Muntmannschaft wird eingehend im Abschn. III §§. 22, 23 gehandelt.

§. 18. Item statuimus, quod cives Ratisbonenses non cogantur venire ad aliquod iudicium extra civitatem, cum hoc sit de antiquo iure ipsorum^a),

nisi habeant predia in rure que impetantur; pro illis enim bene tenentur respondere coram comite, in cuius comicia predium est locatum.^{b)}

a) *Anh. z. FGB.* S. 82 §. 5: „Item es ist auch der stat recht, die man hat von chaisern und von kunigen, daz man nymant aus der stat sol laden fur ain ander gericht, man sol recht hie von jm nemen nach der stat recht.“ Auch s. oben Note zu *Philipp.* §. 7. b) Vgl. unten §. 13 Note 16.

§. 19. Item statuimus, quod unicuique civi Ratisbonensi liceat cerevisiam facere que familie sue sufficiat, tali pacto, quod eam non vendat sed ad necessitatem familie sue tantummodo expendat, illorum contradictione qui officium habent braxandi cerevisiam non obstante.

a) Auch in den Klosterorten war nur das Selbstbrauen des Haus-trunkes gestattet. Vgl. *Salbuch des Stiftes Niedermünster* S. 134 Z. 23 ff.: „Item es ist auch recht, das nymant sol prewen pir dann das yder trinkhen wöl in seinem haws, also das die täfer und die samung in ichtew gehindert werd oder beswärt, alz ez vor alter und mit recht herchomen ist.“ b) Ueber das Brauer-Amt s. unten Abschn. III §. 32.

§. 20. Item statuimus, quod telonium imperii quod solebat recipi ex antiquo extra civitatem que Chalmünz^{a)} nominatur, nullius contradictione obstante in eodem^{b)} deinceps persolvatur.

a) Ueber Kalmünz „auf dem Narchkaw“ (Nordgau), eine uralte kaiserliche Reichszollstätte, s. Pl. Stumpf, Bayern S. 456. b) Diese dunklen, vielleicht corrumpten Worte werden gewöhnlich als auf Regensburg [= Ratisbone] bezüglich gedeutet, wie z. B. von Gemeiner a. a. O. I, 327; Langoth, Skizze S. 15. Dagegen spricht Janner a. a. O. II, 358 bloß von einer Forterhebung des hergebrachten Reichszolls zu Kalmünz, ohne der Verlegung desselben zu gedenken.

§. 21. Item quicumque residens in civitate impetitus fuerit quod sit vogtman alicuius, et ille civis existens collectas det nobis et episcopo tanquam alius civis, nulla postmodum advocato servicia exhibebit per coactionem, sed tantummodo certum et ab antiquo determinatum servitium exsolvet.

§. 22. Item si homo qui censualis dicitur continuam fecerit in civitate residenciam iura civitatis conservando in dandis collectis et aliis que a civibus statuuntur, nulla postmodum exhibebit domino servicia per coactionem, sed tantummodo persolvat censum; salvum tamen in his esse volumus ius ecclesiarum.

Ueber die Vogt- und Zinsleute der beiden Artikel s. unten Abschn. III §. 23. Wegen des Ausdrucks „servitium“, welcher sowohl Dienste als Abgaben, wie sie vornehmlich aus dem Vogteiverhältnisse hervorzugehen pflegten, umfasste, vgl. Waitz a. a. O. VII, 362 m. Noten 3—5. Endlich „coactio“ hat Gaupp a. a. O. S. 165 jedenfalls treffend durch „willkürliche Erhöhung“ erklärt.

Acta sunt hec anno dominice incarnationis M.CC.XXX. mense septembris, IV. indictionis, imperante domino nostro Friderico, dei gracia gloriosissimo imperatore semper augusto, Hierusalem et Sicilie rege, anno

imperii eius X., regni Hierusalem V. regni vero Sicilie XXXII. feliciter amen. Datum in castris prope Anagniam, anno mense et indictione prescriptis.

§. 6.

Beschluss: c) Die weiteren kaiserlichen und königlichen Freiheitsbriefe.

Unter den Reichsdiplomen Regensburgs mit einem blos auf einzelne Freiheits- und Rechtsgewährungen beschränkten Inhalte nimmt die erste Stelle das Privilegium *Henrici* regis de Judaeis v. 30. Juni 1230¹⁾ ein. Es werden darin ältere Bestimmungen über den Gold- und Silberhandel der Juden, ihren Gerichtsstand vor selbstgewählten Richtern, ihre Ueberführung mittels Zeugenbeweises im Rechtsstreite, sowie die zehnjährige Ersitzung unbeweglicher Güter erneuert und bestätigt.²⁾ Ausserdem müssen noch genannt werden die Rechtsbriefe:

a) *Friedrich's* II. v. September 1230, die Erhebung eines für die Stadt-Befestigung verwendbaren Zolles während der nächstfolgenden sechs Jahre gestattend.³⁾

b) *Konrad's* IV. v. Juni 1239, den bereits im *Philippinum* v. 1207 ausgesprochenen Grundsatz bezüglich der beschränkten Pfandhaftung der Bürger für fremde Schulden wiederholend⁴⁾; und v. 20. Januar 1251 über die gleichmässige Verpflichtung aller geistlichen und weltlichen Stadtbewohner, die auf den Schutz und Schirm der Stadt berechneten Gemeinde-Statuten sorgfältig zu beobachten.⁵⁾

c) *Rudolf's* I. v. 6. Juli 1281, betreffend die mit dem Ablaufe eines Jahres seit der Aufnahme zu regensburger Bürgern für Nicht-Bayern eintretende Zollfreiheit, wie sie die übrigen städtischen Bürger geniessen.⁶⁾

d) *Albrecht's* I. v. 20. September 1298, die öfter anerkannte Unpfändbarkeit der Bürger für Schulden Anderer, ausgenommen jene von Mitbürgern, neuerdings confirmirend.⁷⁾

e) *Heinrich's* VII. v. 5. Juli 1309 gleichen Inhalts mit der unmittelbar zuvor erwähnten Urkunde⁸⁾; ferner v. 7. Mai 1310, die Auflegung eines Ungelts auf Wein, Meth, Tücher und andere Handelswaaren zur Besserung der städtischen Brücken, Wege und Mauern erlaubend⁹⁾; sowie von demselben Tage über die Befug-

niss der Bürger von Regensburg, Raub- und anderes schädliches Gesindel inner- und ausserhalb der Stadt, ja! selbst in fremden Herrschaftsgebieten aufzugreifen und darüber zu richten¹⁰⁾; endlich v. 12. Mai 1310, die Verschonung der Bürger mit Ladungen vor auswärtige Gerichte betreffend.¹¹⁾

f) *Ludwig's IV.*, und zwar α) v. 16. Mai 1315, den Appellationszug vom Stadtgerichte an den Rath, den bürgerlichen Gerichtsstand, namentlich bei Klagen von Fremden und Gästen, die Grundstücks-Ersitzung binnen Jahr und Tag, sowie die Aneignung von Bürger-Habe bei Schiffbruch und in Feuersnoth angehend¹²⁾; β) v. 13. März 1331, in welcher s. g. aurea bulla Ludovici imperatoris sich acht unter dem gleichen Datum gegebene Special-Rechtsbriefe¹³⁾ — über das Forum in Rechtssachen der Bürger, deren Befreiung von Citationen vor ausserstädtische Richter und Pfandnahmen für fremde Schulden, über die Belegung aller trocknen und nassen Waaren mit einem Ungelte, über die Berechtigung zum Weinschank, über die Erstreckung der Rathspolizei-Satzungen auf die gesammten, also auch geistlichen Stadtangehörigen, über die magistratische Befugniss zur Fahndung von Räubern und anderen Missethättern sowie zur Abwehrung von abgesagten Stadtfeinden, über die Berufung von stadtgerichtlichen Urtheilen, sonach mehrentheils confirmatorischen Charakters — für die vom Hoflager zu Lengenfeld heimkehrenden Rathsboten zu einem Ganzen vereinigt finden; endlich γ) v. 18. März 1344, eine von gewissen in die Stadt durch Landleute eingebrachten Lebensmitteln, wie Wein, Brod, Fleisch und Bier, zu entrichtende Accise bewilligend.¹⁴⁾

g) *Sigismund's* v. 30. Juli 1414 bestimmend, dass die regensburger Bürger ausschliesslich vor ihrem Stadt-, und vor keinem auswärtigen, insbesondere Land-Gerichte, wie namentlich jenem des Burggrafthums Nürnberg Recht nehmen sollten¹⁵⁾, welche zuletzt gedachte Exemption jedoch durch königliche Urkunde v. 24. Juli 1417 wieder cassirt worden ist¹⁶⁾; und v. 1. October 1434, den Bürgern gestattend, Räuber, Friedbrecher und andere schwere Verbrecher in allen fürstlichen und herrschaftlichen Territorien festzunehmen und dann in Regensburg nach dem daselbst geltenden Stadtrechte zu richten.¹⁷⁾

h) *Friedrich's III.* v. 24. August 1483, gerichtet „gegen das Austreten der Bürgerschaft“, welches bei Verlust des Vermögens an die Beurlaubung des Rathes gebunden erscheint, und stets die

Leistung einer „von allem hinausgehenden Vermögen zu erhebenden Nachsteuer“ an die Stadtkasse zur Folge hat.¹⁸⁾

Ausserdem kommen noch zahlreiche kaiserliche und königliche General-Confirmationen entweder aller „rechte, eren, freyheiten und guten gewonheiten“, zuweilen mit Hervorhebung eines einzelnen Privilegs [z. B. „und mit namen daz sie nemand auf dhein ander gerichte uswendig irre stat laden noch furtreiben sulle nach laute der briefe, die sie doruber habn“]¹⁹⁾, oder wenigstens mehrerer wichtiger Begnadigungen nach dem Vorbilde des *Ludovicianum* v. 1331 vor. Solche Gesamt-Bestätigungen empfangen die Regensburger von *Karl* IV. 1347 und 1360, von *Wenzel* 1382, von *Ruprecht* 1401, von *Sigismund* 1414 und 1434, von *Albrecht* II. 1439, von *Friedrich* III. 1442 und von *Maximilian* I. 1495.²⁰⁾

Anmerkungen zu §. 6.

1) Gedruckt bei Gemeiner, Chron. III, 650 Note 1336 [mit I, 327] und Ursprung der Stadt Regensburg Urk. III, 2 S. 73, 74; in MB. XXXI^a, 538, 39; bei Huillard-Bréholles, Hist. dipl. Frid. III, 421, 22. Vgl. Wiener, Regesten z. Gesch. der Juden in Deutschland I, 6 nr. 32; Janner, Bischöfe II, 359 Note 1.

2) Der Judenbrief lautet: „*Henricus* dei gracia Romanorum rex et semper augustus universis imperii fidelibus hanc litteram inspecturis gratiam suam et omne bonum. Universitati tam presencium quam futurorum duximus declarandum, quod nos de providentia consilii nostri universis Judeis Ratisponensibus talia iura et libertates que a nostris progenitoribus et predecessoribus habuerunt auctoritate regia confirmamus, dantes eis hanc libertatem et ius, (§. 1) ut aurum et argentum emere debeant et vendere in civitate Ratisponensi, et (§. 2) nullatenus ante iudicem, nisi quem ex parte eorum elegerint et accipient, debent in causam trahi vel alicui respondere. §. 3. Et nec clericus nec laicus potest vel debet a Judeis aliquid evincere vel protestari, nisi Judeus testimonio intersit et unus sit ex testibus. §. 4. Quicumque bona in potestate eorum decem annis habuerint et tranquille possederunt absque contradictione cuiuslibet, postmodum possidebunt et habebunt. §. 5. Mandamus ergo et sub pena gracie nostre districte precipimus, ut nullus sit qui ausu ductus temerario prefatis Judeis suprascripta iura et libertates infringere audeat aut alicuius ingenii scrupulo perturbare. Quod qui fecerit, a gracia nostra est exclusus. Ad cuius eciam facti nostri robur imposterum valiturum presens privilegium conscribi et sigillo nostro iussimus insigniri. Datum apud Nurnberg anno dominice incarnationis millesimo ducentesimo tricesimo II kalendas Julii, indictione tertia.“ Auf die hier gemachten Rechtszugeständnisse mögen sich auch die nachfolgenden kaiserlichen und königlichen Confirmationsbriefe v. 1274, 1376, 1401, 1434, 1444,

1464, 1485 [s. Gemeiner, Chron. II, 180, 354; III, 54, 55, 135, 385, 709; Wiener a. a. O. S. 9 nr. 51, S. 57 nr. 27 mit S. 160 nr. 392; S. 81 nr. 22, S. 87 nr. 61] hauptsächlich bezogen haben. Zur Erläuterung der Artikel 1—3 vgl. unten Abschn. III §. 25; zu Artikel 4 s. die Note b zum *Frideric.* a. 1230 §. 7.

3) In MB. XXX, 164, 65 u. bei Huillard-Bréholles l. c. p. 236, 37: „Concedimus eisdem civibus statuere theloneum conveniens de consilio episcopi in civitate ad munitionem et robur civitatis fideliter deputandum, eoque prefatos cives per sex annos a tempore recepti privilegii nullius contradictione obstante uti volumus pacifice.“ Auch s. Gemeiner a. a. O. I, 327 m. Note *); Janner a. a. O. S. 358.

4) In MB. l. c. p. 273: „Universitati vestre notum esse volumus per presentes, quod ad requisitionem civium Ratisponensium nostrorum et imperii fidelium, dictantibus eam principibus, baronibus, comitibus et aliis nobilibus qui aderant, talis in presentia nostri culminis [apud Egram] lata fuit sententia, quod nulli prorsus liceat personas vel res dictorum civium occasione Ratisponensis episcopi, ducis bawarie vel alia occasione aliqua detinere ratione pignoris, nisi civis pro cive, a quo alias ius suum quis consequi non valeret“ (*Philipp.* §. 1). Dazu s. Gemeiner a. a. O. S. 340, 41 m. Note ††; Janner a. a. O. S. 396 Note 4.

5) Bei Gemeiner a. a. O. S. 361 Note *) und in MB. l. c. p. 314: „Nos attendentes, qualiter ex pace turbata a proditoribus imperii undique impugnatur, iuxta supplicationem ipsorum pro custodia et municione nec non pro capitaneo civitatis talem ipsis gratiam, que in se ius continet, duximus faciendam, ut tam spirituales quam seculares, cuiuscunque conditionis existant, et iudei servi camere nostre speciales statuta, que per eosdem cives facta fuerint super custodia et municione, cum eis custodiant et observent.“ Unter dem *capitaneus civitatis* ist hier offenbar nicht der Burggraf, obgleich die Aufsicht über die Stadtmauer und die Stadt-Vertheidigung einen Hauptbestandtheil seiner Amtsfunktionen ausmachte (s. Beitr. I, 149), sondern der Stadt-Hauptmann, d. i. der ordentliche Befehlshaber der bewaffneten Bürger-Mannschaft innerhalb der Stadt, zu verstehen, dessen Instruction selbstverständlich vom Rathe ausging. Uebrigens wird das wider die „concessiones *Conradi*“, insoweit sie die bischöflichen Rechte in Regensburg nachtheilig berührten, gerichtete, allerdings wirkungslos gebliebene Aufhebungs-Mandat König *Wilhelm's* von Holland v. 22. Januar 1253 (b. Ried, Cod. dipl. Ratisb. I, 433 nr. CCCCLVI) vorzüglich auf die vorstehende Handfeste, welche gewissermassen „den Abschluss der freiheitlichen Entwicklung Regensburgs“ in der Anerkennung der „unabhängigen Stellung der Bürger“ gebildet hat, bezogen. Vgl. Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 68, 69; auch Langoth, Skizze S. 18.

6) Auszüglich b. Gemeiner a. a. O. S. 416 Note **): „quod quicumque extra terminos ducatus Bawariae residens apud ipsos cives Ratisponenses receptus fuerit in concivem et in ipsa civitate per annum et diem

cum foco proprio tanquam civis fuerit commoratus, deinceps sicut cives ceteri ab omni theloneo liber esse debet penitus et solutus.“

7) Angeführt von Gemeiner a. a. O. S. 450 m. Note †.

8) Kurz erwähnt bei Gemeiner a. a. O. S. 471 m. Note **).

9) Auszüglich b. Gemeiner a. a. O. S. 474 Note † und in den Regest. *Boic.* Vol. V p. 175 nr. 3: „ut eorum crescat devotio, et ut pontem, vias et introitum civitatis emendare ac ipsam civitatem Ratisponensem munire et commodius conservare valeant, . . . concedimus eisdem, quod ex nunc ungeltum in praedicta civitate instituere, recipere et colligere licite valeant perpetuo duraturum super vino, medone, pannis et aliis mercimoniis siccis“.

10) Auszüglich b. Gemeiner a. a. O. m. Note ***) und in den Regest. *Boic.* l. c. nr. 4.

11) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 473, 74 m. Note **) und Regest. *Boic.* l. c. nr. 5. — Ueber eine auf dem Germanischen Museum zu Nürnberg befindliche Sammelhandschrift der „*privilegia civibus Ratisponensibus tradita a serenissimo domino Hainrico inclito Romanorum regi semper augusto*“ aus der ersten Hälfte des XIV. Jhdts., worin auch die in den Noten 8—11 namhaft gemachten Handfesten, jedoch bis auf die zuletzt genannte bloß unvollständig enthalten sind, vgl. H. Wendt im Anzeiger des germ. Nationalmuseums Jahrg. 1890 Nr. 5 S. 80.

12) Inhalts-Angabe bei Gemeiner a. a. O. S. 492 u. Böhmer, Regesten Kaiser Ludwig's S. 7 nr. 102.

13) Dieselben finden sich bei Gemeiner a. a. O. S. 553 (m. Note **) und Böhmer a. a. O. S. 78 nr. 1271 verzeichnet. Vgl. dazu Janner a. a. O. III, 200. Auf den zweiten, das priv. de non evocando, bezieht sich die Stelle im *Anh. z. FGB.* S. 83 §. 1: „Item, man sol auch sie hie ze Regenspurg von den gerichtten niendertt dingen, dann auf daz haws fur den rat; daz stêt in der *Guldeinen hantvest*, die kaiser *ludweig*, der herczog in Obern und in Nidern Baiern ist gewesen, gegeben hat, und andrew gute recht die dar inn geschriben stênt, und der stat gute gewonhait, die er der stat bestat hat.“

14) Bei Gemeiner a. a. O. II, 40: „wir wellen, daz alle die die ab dem land in die stat ze Regenspurg wein, prot, flaisch oder pier fürent, daz dieselben daz ungelt davon richten und geben süllent ze gelicher wies, alz die burger in der stat von dem iren tund, und alz si darauf gesezst habent.“

15) Bei Gemeiner a. a. O. S. 407: „Wann die bürger von Regensburg, unser und des Reichs lieben getreuen, von uns und unsern vorfarern an dem Reich, römischen kaisern und künigen, solche genade und freiheit haben, daz sie vor niemand zu recht stehen sollen, dann vor irer stat gerichte zu Regensburg, als denn das in solcher unser vorfaren briefen inen darüber gegeben und von uns gnädiglich bestätigtet eigentlich begriffen ist: darum von römischer kuniglicher macht gebieten wir euch . . . bey unsern und des Reichs hulden, wär ez sache, daz jemand ir leib oder ir gut an-

greiffen, hindern oder des irren wolt in euern landen oder gepieten von wegen dhains lantgerichts und mit namen der burggrafschaft zu Nürnberg, daz ir das nicht gestatten sollet in kein weis, und das auch euern amtleuten festiglich gebietet.“ Dazu s. das *Raths-Ausschreiben* in der Rechtssache Hans Stauffer's von Ernfels b. Gemeiner a. a. O. S. 408, 9.

16) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 421; W. Vogel, Des Ritters Ludwig von Eyb d. Ae. Aufzeichnung über das kais. Landgericht des Burggrafthums Nürnberg (1867) S. 17 Note 26. Die Veranlassung hierzu hatte der in der vorigen Note erwähnte Stauffer'sche Process gegeben; allein Sigismund selbst scheint später die fragliche Ausserkraftsetzung des Privilegs v. 1414 nicht mehr beachtet zu haben, und jedenfalls hielt der regensburger Rath mit aller Strenge an seinem priv. de non evocando fest. Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 19, 170.

17) Bei Gemeiner a. a. O. III, 59, 60 im Auszuge mitgetheilt. Die an Sigismund, als er nach seiner Krönung Regensburg besuchte, gelangten Klagen „von unfriden, tegelicher rauberei und beschedigung wegen, so auf des heil. reichs strassen in der nähe darum geschehen“, und die von ihm selbst gemachte Erfahrung, dass während seiner Anwesenheit „fremde gäste und seine diener niedergeworffen, bey der stat beraubt und inen pferd und gut genomen worden ist“, bewogen den Kaiser, den regensburger Bürgern die Freiheit zu geben, „das sie macht und gewalt haben sullen in aller fürsten und herren ländern und gepieten ufalle rauber, ubelteter, störer des fridens und beschediger der reichsstrassen zehalten, die vahn und gevangen durch alle lantgerichte in ire stat zefüren, alleine stete märkt und geschlosz, die ir eigen halsgericht haben, usgenommen; dadurch sullen sie der nicht füren, sunder ausen herum um dieselben stete märkt und geschlosz. Und wenn sie dise ubelteter in ir stat bringent, so mugen sie daruber richten nach irer stat recht.“

18) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 662, 63. Das Privileg bestätigt nur ein vermuthlich kurz zuvor vereinbartes Raths-Statut über die Verpflichtungen, welche Bürger und Bürgerinnen, wenn sie „aufstehen und von Regensburg wegziehen wollen“, gegenüber dem Rathe zu erfüllen haben. Darüber s. unten Abschn. III § 23 Note 27 ff.

19) So im *RBriefe K. Karl's IV.* v. 1360 b. Glafey, Anecdote Nr. CCCLXXXVIII p. 505, 6.

20) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 49, 120, 204, 353, 406 u. III, 40, 93, 124, 848.

§. 7.

B. Die Fürsten-Briefe.

Den bisher betrachteten Privilegien, deren sich Regensburg durch die Gunst der Kaiser und Könige zu erfreuen hatte, reihen

sich jene an, welche der Stadt von einzelnen Landesfürsten verliehen wurden. Zuvörderst brachten es die eigenthümlichen Gewaltsbeziehungen der bayerischen Herzoge zu ersterer mit sich, dass von dieser Seite eine öfter sich wiederholende Gesamtbestätigung der städtischen Rechte und Freiheiten, gleichsam als Gewährleistung für deren fernere schrankenlose Anerkennung und Aufrechthaltung, erfolgt ist; so namentlich durch die herzoglichen Brüder Stephan II., Friedrich und Johann im Jahre 1366, durch Albrecht III. im Jahre 1440, sowie durch die Herzoge Johann und Sigmund im Jahre 1463.¹⁾ Den gleichen politischen Zusammenhang zeigen dann auch die beiden Urkunden der vorhin an erster Stelle genannten drei Herzoge v. 1384²⁾ und des regensburgischen Bischofs Johann I. von Moosburg v. 1388³⁾, durch welche allen in Regensburg gesessenen Handwerkern, insbesondere den Brauern, Bäckern, Metzgern und Fragnern, unter gänzlicher Abschaffung des Innungszwanges, gegen Fortentrachtung der von Alters her üblichen Rechnisse an die herzogliche und bischöfliche Kasse, die freie Ausübung ihrer Gewerbe überlassen wurde, so dass hieraus für den Rath die Möglichkeit erwuchs, so viele Künstler und Handwerker, als ihm beliebte, in die Stadtgemeinde aufzunehmen.⁴⁾ Dagegen erklären sich aus einem temporären Pfandverbände, in welchen die regensburger Juden zu den Herzogen von Bayern gekommen waren⁵⁾, die beiden Juden-Briefe der Herzoge Heinrich XIV., Otto V. und Heinrich XV. v. 1322 und v. 1325, von welchen der erstere eine Generalbestätigung aller Freiheiten der jüdischen Stadtbewohner enthielt, der letztere lediglich auf deren Eidesleistung und Gerichtsstand sich beschränkte.⁶⁾

Endlich auf allgemeine Cultur-Motive führen sich diejenigen landesherrlichen Gnadenbriefe Regensburgs zurück, welche die Förderung des auswärtigen Handelsbetriebs der Bürger durch Gewährung persönlichen Schutzes, freier Bewegung im geschäftlichen Verkehre und ermässigter Maut- und Zollabgaben bezweckt haben. Solche wichtige Vergünstigungen erlangten aber die regensburger Kaufleute: α) im Herzogthume *Bayern* durch die Specialprivilegien der Herzoge Albrecht I. v. 1353⁷⁾, Stephan II. v. 1363, Ernst I. und Wilhelm III. v. 1433⁸⁾; β) in *Oesterreich* durch die Sonderrechtsbriefe der Herzoge Rudolf IV. v. 1364, Albrecht III. und Leopold III. v. 1379 [vornehmlich Niederlags-Gerechtigkeit betreffend] und Albrecht VI. v. 1459⁹⁾; γ) in *Böhmen* durch die

Privilegien der Könige Wenczeslaus v. 1305, Johann v. 1330 und Ladislaus [neuerlich confirmirt durch König Georg] v. 1459¹⁰⁾; δ) in *Kärnthen* durch den Freiheitsbrief Herzog Otto's v. 1309¹¹⁾; ε) in *Ungarn* durch das Privileg des Königs Andreas III. v. 1291.¹²⁾

Anmerkungen zu §. 7.

1) Ueber diese Rechts-Confirmationen vgl. Gemeiner, Chron. II, 140; III, 106, 383.

2) Bei Gemeiner a. a. O. II, 210: „Wir . . . haben den ersamen weisen läuten, dem rat und den bürgern gemeinlichen der stat zu Regenspurch . . . di genad getan . . daz wir gentzlichen ab genomen haben und noch ab nemen alle di aynunge, di si in ir stat gehabt haben an dem prewambt, daz pechkenambt, daz fleischhawerambt und daz fragenambt, und alle ander aynung, wi di genant sind, also daz si nu hinfür ewichlich iederman in ir stat gearbeiten mag mit prewen, mit pachen, mit fleischwerchen und mit fragenwerchen, waz er wil; und daz ein iglicher arbeiten chan on alle irrung, doch in solcher bescheiden, daz si fürsehen und versorgen süllen unser gült und kamerdienst und was von den ampten gehört, daz das alle iar in unser schultheizzambt werden und gevallen sol in aller der masze, als es von alter her ist komen. Und ob ieman, wer der wäre, inwendig oder auzwendig der stat ze Regenspurch sich des sezzen wolt, und wider dise unser genad und freyunge ichtes handelt ret oder tät, des sullen wir der stat und den obgenanten bürgern gemeinlichen vor sein und des nieman nicht gestatten in dheiner weis. Und di selbe mügen si auch wol darumb straffen und pezzern an leib und an gut, wo si di begreifen und ankomen mügen.“

3) Bei Gemeiner a. a. O. S. 244, 45. Der Bischof beseitiget „mit dem brief alle dy aynung und gesetze in ir stat, dy uns zu unserm tail bischofs halben angehören in solcher beschaiden, das nu fürbas ewichlichen iederman der ir burger ist in der egenanten stat dy selben ambt arbeiten und handeln mag zu allen iren willen und bot mit prewen, pachen, fleischwerchen und fragenwerchen, wann und wie oft sy wellen nach ir notdurft, und sulln iedm man gemain haizzen und sein, doch unenkolt des kamerschatz, der von den ambten in unser fridgericht iärlich gehört, der sol also beleiben, als das mit alter her komen ist“.

4) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 211; Buchner, Gesch. von Bayern VI, 112, 13.

5) Vgl. Stobbe, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters S. 69.

6) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 524, 533 und bezüglich des Priv. v. 1325 auch Wiener, Regesten z. Gesch. der Juden I, 116 nr. 91.

7) Gedruckt bei Gemeiner a. a. O. II, 72, 73: „Wir *Albrecht* von

Gotes genaden Pfallentzgrafe ze Rein und Hertzog in Peyrn bechennen und tun chunt für uns und hertzog *Wilhelm* unsern lieben Pruder, des vollen gewalt und gantz macht wir haben mit seinen offen briefen, das wir nach alles unsers rates rat angesehen und bedacht haben die getrewenn willigen dienst, di uns di ersamn weisen läute der Rat und die Gemain der Purger ze Regenspurch ennher erzaigt habent und noch fürbaz erzaigen mügen, und haben si mit ir leibe und mit ir gut in unsern scherm genomen uberal in unserm lande. Besunder mainen und wellen wir, das si und ir diener mit irre kaufmanschaft, swie die genant ist, bei chlein und bei grozze, auf allen jarmärchten in unserm lande, in steten, in märchten, in dörfern, oder swa die unsern jarmärcht habent, iren frumen schaffen suln und mügen nach irre alten gewonheit, mit versneiden allerley gewant bei der eln, und mit kramerey und mit allerley gut, das man mit gewicht bei pfunden, bei mer oder bei minner, verchauffet, und suln und mügen auch ander sache, swie die genant ist, bei chlein und bei grozze verchauffen ane allen irsal und hindernütze aller der, die uns und unserm land zu gehörent. Davon wellen und gebieten wir allen unsern amptläuten, viztumen, pflegern, richtern, zollnern und allen den, die in unserm lande gesezzen sind oder noch sitzen werdent, armen und reichen, das si die obgenant purger ze Regenspurch noch ir gut noch ir diener, die ir gut handelnt, an irem geschäft auf den jarmärchten in deheinerley weis nicht engen noch irren, si lazzen si mit aller irre hab iren frumen schaffen, als vor geschribn stet, by unsern hulden. Und daruber ze urchund und einer bestäticheit der vorgeschriben sache geben wir in mit unserm insigel versigelten diesen brief, der geben ist ze Pazzau am montage vor sant Jacobstag nach kristes gepurt dreutzeihen hundert jar und in dem drev und funfzigsten iar.“

8) Ueber beide Handelsprivilegien s. Gemeiner a. a. O. II, 132; III, 37.

9) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 133, 192; III, 305. Hier möge noch an zwei höchst bemerkenswerthe, wenigstens gegenständlich connexe Actenstücke erinnert werden. Es sind dies α) die alte briefliche Aufzeichnung über die von den regensburger Handelsleuten zu Wien zu entrichtenden Mautgelder, dadurch veranlasst, dass die „mautenaer hinnieden ze Wienne der purger von Regenspurch altiu recht, die sie lange haben gehabt, brechen wolten“, gedruckt b. Gemeiner a. a. O. I, 479, 80 Note **); und β) das jüngere Weisthum über die Rechte der Regensburger „in osterreich an der Maut hin ab und her uf“ nämlich zu Linz, Ybbs, Mauthausen und Wien, vom J. 1350 in v. Freyberg's Schriften und Urkunden V, 124, 25.

10) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 461, 549; III, 304 Note 551. Ueber das auf Beschwerde der prager Bürger i. J. 1331 geänderte Privileg König Johann's v. 1330 s. Tomek, Geschichte der Stadt Prag I, 606.

11) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 471.

12) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 432 Note *).

§. 8.

Fortsetzung: Die Münzer-Briefe insbesondere.

Eine selbständige Reihe fürstlicher Rechtsurkunden bezieht sich ausschliesslich auf die eigenthümlichen Verbands-, namentlich Geschäfts- und Successionsverhältnisse der regensburger Münzer-Hausgenossen.¹⁾ Hierher zählen in erster Linie:

1) die in die Vergleichs-Form eingekleideten fast wörtlich übereinstimmenden Zusicherungs-Handfesten Bischof Leo Tundorfer's v. 21. November und Herzog Heinrich's I. von Niederbayern v. 24. November 1272²⁾, die Belassung der Hausgenossen bei ihren althergebrachten Rechten in Ansehung der Nachfolge im Amte, sowie die Aufnahme neuer Glieder in die Genossenschaft seitens der Münzherren betreffend; und

2) die ebenfalls gleichlautenden Satzungs-Briefe Bischof Heinrich's II. und Herzog Otto's IV. von Niederbayern v. 1. September 1295³⁾, von welchen der letztere auch in einer kürzeren deutschen Fassung existirt⁴⁾, in den beiden Eingangs-Artikeln mit den unter nr. 1 erwähnten Handfesten gleichen Inhalts, hierauf aber noch von der Abwandlung der Münzvergehen, von der Prüfung des Münzfabricates und von der Asyls-Eigenschaft des Münzgebäudes handelnd.

Ausserdem sind als hierher gehörig noch zu nennen: 3) der neuerliche Satzungs-Brief Herzog Heinrich's XIV. von Bayern v. 10. April 1339, jenen vom Jahre 1295 in seiner deutschen Form mit einigen Abänderungen wiederholend⁵⁾; 4) die weitere Bestätigung des Briefes v. 1295 durch Herzog Albrecht I. von Bayern und Bischof Friedrich I. in zwei Urkunden v. 24. November und 21. Dezember 1353⁶⁾; 5) die Privilegien Herzog Albrecht's I. und Herzog Stephan's von Bayern v. 7. April und 22. Juli 1355⁷⁾, für die nächsten drei Jahre die Zahl der aus der Mark zu prägenden Schillinge auf neun festsetzend, sowie überhaupt für den Fall hohen Silberpreises die vorübergehende Aussetzung der Münzprägung gestattend; endlich 6) die Genehmigungs-Briefe Herzog Albrecht's II. v. 9. October 1391 und Herzog Johann's [sowie Bischof Johann's I.] v. 5. Dezember 1405⁸⁾ zur Ueberlassung der Münzbefugniss auf vier und nachmals fünf Jahre an den Rath der Stadt Regensburg in Folge des Eintritts des im Privileg v. 1355 vorgesehenen Uebertheuerungsfalles.

Anmerkungen zu §. 8.

1) Von den *Hausgenossen* wird unten Abschn. III §. 22 ausführlich gehandelt, wo sich dann auch die Hauptbestimmungen der einschlägigen Quellenstücke erläutern finden.

2) Die Herzogs-Urkunde, gedruckt in den *Mon. Wittelsb.* I, 261, 62, lautet: „Nos *Heinricus* dei gratia palatinus comes Reni, dux Bawarie . . . universis presentia inspecturis volumus esse notum, quod cum inter nos ex una parte et monetarios ratisponenses, qui ius habent quod vulgariter dicitur hausgenozschaft, ex altera esset questio diutius agitata super quibusdam iuribus monete et monetariorum, et propter hoc etiam indignationem nostram gravius incurrissent, tandem ipsos ad nostram gratiam recepimus et cum eisdem de scientia et assensu domini Leonis, venerabilis domini episcopi ratisponensis, qui ius habet similiter in eodem officio monetariorum, prehabito maturiori consilio, concordavimus in hunc modum, quod ipsis concessimus et permisimus, ut utantur eo iure quod apud nostros predecessores hactenus habuerunt, videlicet quod ipsorum liberi per eos ad officium huiusmodi eligantur et per nos similiter admittantur. Nullam enim eis damus potestatem preterquam de liberis suis masculis aliquem in monetarium assumendi, nisi hoc a nobis obtineant de gratia speciali. Promisimus etiam, quod ipsos monetarios ad recipiendum aliquem ad officium monetariorum et eorum consortium invitos nullatenus compellemus. In cuius rei testimonium presentes litteras sigilli nostri robore placuit communiri, testibus qui hiis interfuerunt nihilominus subnotatis. [Nomina testium.] Datum in Achbach anno domini millesimo CC. LXXII. viii kal. Decembris.“ Dazu vgl. *Gemeiner*, Chron. I, 401; *Janner*, Bischöfe II, 522.

3) Das Dipl. *Heinrici episc.* ist bei Ried, Cod. dipl. Ratisb. I, 688—90, das Dipl. *Ottonis duc.* in den *Mon. Wittelsb.* II, 78—80 abgedruckt. Letzteres lautet: „Nos *Otto* dei gratia palatinus comes Reni, dux Bawarie, universis presencium inspectoribus volumus esse notum, quod habito concordi karissimorum fratrum nostrorum *Ludwici* et *Stephani* consensu de unanimi voluntate discretis viris monetariis, civibus ratisponensibus, recognovimus ac presentibus recognoscimus iura ipsorum que vulgariter hausgenozschaft appellantur, que a nostris progenitoribus hactenus habuerunt, in hunc modum, (§. 1) ut quos iidem monetarii ratisponenses ex filiis suis vel nepotibus, masculis dumtaxat et legitimis, patribus ipsorum viventibus seu defunctis, ad consorcium suum duxerint eligendos, per nos similiter admittantur, nullam eis aliam eligendi aut assumendi monetarios auctoritatem amplius concedentes, quam de personis supra proxime recitatis, nisi forte illud obtineant de nostra aut heredum nostrorum gratia speciali. §. 2. Promittimus quoque eisdem monetariis, quod ipsos neque per vim neque per violenciam aliquatenus inpellemus, ut aliquem ad officium eorum et consorcium inviti eligant vel coacti. In electione siquidem monetariorum ad ipsorum votum et desiderium statuimus

observandum, ut si unum aut plures ad consorcium suum assumpserint aut assumere voluerint, unus ex eis, quantecunque auctoritatis vel cuiuscunque conditionis fuerint, electionem huiusmodi ab omnibus aliis communiter et concorditer initam nequeat impedire; quin immo non obstante unius contradictione is aut hii qui ab aliis concorditer electi fuerint ad idem officium irrefragabiliter assumantur. §. 3. Si que preterea questiones aut iniurie circa ipsorum monetariorum sive monete emergerint officium, videlicet in destitutione vel diminutione iusti ponderis vel super delicto consimili aut quibuslibet aliis insolenciis inter iam dictos monetarios aut ipsorum famulos subortis, que propter eventus varios expresso nomine nominari nequeunt sive scribi, ipsorum officium tam in moneta quam in concambio solummodo respicientibus, potestate nostra iudiciaria per nos aut iudices nostros ad hoc a nobis specialiter deputandos iuxta supradictorum monetariorum sententiam, ut iuris ordo et delicti qualitas exegerit, iuxta vulgare *in dem geding* sententialiter decidantur, exceptis tantum causis vel casibus sanguinis, puta homicidii aut vulnerum, de quibus ad iudices competentes et ad quos de iure pertinet recurratur. §. 4. Volumus insuper, ut, postquam denarii fabricati per eos fuerint et ad locum monete seu examinis deportati, iuxta modum solitum et approbatum per eos, ad quos examinatio de iure pertinet, cum diligencia examinati et tam in legitimo pondere quam in substantia probati inventi fuerint et recepti, si postmodum de ipsis denariis defectus aliquis aut falsitas per aliquem aut aliquos deprehendatur, nichil penitus per nos aut alios quoscunque super hoc ipsis monetariis imputetur. §. 5. Supradictis tandem addicimus, ut quicumque in camera nostra, hoc est in loco monete vel concambii fuerit aut illuc supervenerit auctoritate nostra principali, plena in persona sua, quamdiu in eisdem locis manserit, immunitate securitate gaudeat atque pace. §. 6. Quod si quisquam ausu ductus temerario in predictis locis cuiquam mortem intulerit, sanguinem effuderit, vulnera aut plagas aut quamlibet aliam notabilem insolenciam vel iniuriam fecerit, non obstante sui competentis super hoc iudicis correctione aut emendatione ipsi offenso propter hoc exhibita, nobis nichilominus ad specialem satisfactionem tenebitur et emmendam pro immunitate dictorum locorum tam inconsulte ac temere violata. In quorum omnium evidens testimonium atque robur presentem scripturam ipsis donavimus tam nostri quam karissimorum fratrum nostrorum Ludwici et Stephani sigillorum presidio communitam. Datum Ratispone a. d. millesimo ducentesimo nonagesimo quinto, in festo beati Egidii.“ Dazu vgl. Janner a. a. O. III, 91, 92.

4) Gedruckt bei Gemeiner a. a. O. I, 442, 43, jedoch offenbar nicht ganz correct.

5) Gedruckt bei v. Freyberg, Schriften u. Urkunden V, 122, 23 und in den Mon. Wittelsb. II, 356—58. Die §§. 1, 2 des Dipl. *Ottonis* a. 1295 (Note 3) lauten hier: „Daz si wol zu dem münzzampt welent ireu erbchinder und ireu eninchel von sünen, ir väter sein tod oder lebentikch, daz erbchinder sint und nicht ireu chefschinder, si sein iunch oder alt, und den

süllen wir daz leihen. Swenn si auch hausgenozzen setzent oder wellent, des enmag ainer under in nicht geirren. Wir geben in auch dheinen gewalt, daz si iemant zu ir gesellschaft zu dem munssampt welen und nemen, dann di es durch recht an erbet, si haben dann unser besunder genad dar zu. Wir süllen si auch betwungenleich nicht treiben, daz si iemant zu ir gesellschaft nemen, dann di es durch recht an erbet.“

6) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 75. Nur die bischöfliche Urkunde findet sich bei v. Freyberg a. a. O. S. 139, 40 abgedruckt. Dazu vgl. Janner a. a. O. S. 236 ff.

7) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 85.

8) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 278, 365.

II. Kapitel.

Satzungen.

§. 9.

A. Die Bundbriefe.

Von den aus der rechtsschöpferischen Kraft der Stadtgemeinde selbst hervorgegangenen, die zweite Hauptgruppe der städtischen Rechtsquellen bildenden Satzungen mögen zuvörderst die Bundes- oder Fried-Briefe zur Erörterung kommen. Sie hiessen auch: „Bund- und Artikelbriefe, Vereinsbriefe oder Bürgervereine, Urkunden des gemeinen Friedens, Bürgerbünde“, und sind officiële Zusammenstellungen der zur momentanen Erhaltung und Förderung der städtischen Ruhe, Ordnung und Sicherheit für nothwendig befundenen Rechts- und Polizei-Vorschriften gewesen. Dieselben pflegten auf den Burggedingen (s. Abschn. III §. 21) der versammelten Gemeinde vorgelesen und von dieser auf eine bestimmte Zeitdauer, mindestens auf ein Jahr, angenommen und beschworen zu werden, wobei das darüber abgefasste Instrument von den anwesenden, beziehungsweise successive von allen zu ihren Jahren gekommenen und siegelfähigen Bürgern unterzeichnet und gesiegelt wurde.

Obgleich in der alten „pax iurata s. coniuratio“ des XII. und XIII. Jahrhunderts¹⁾ wurzelnd, verdankte doch der eigentliche Bundbrief im obigen Sinne erst dem früher (Abschn. I. §. 2) bereits gedachten Auer'schen Aufstande seine Entstehung. Der zur Beilegung der ausgebrochenen Zwistigkeiten am 24. Juli 1330

zwischen den Hauptvertretern jener mächtigen Patrizierfamilie und den Handwerkern abgeschlossene Vertrag ²⁾ ist nämlich im darauffolgenden Jahre, und zwar am 19. Januar 1331³⁾, durch Einschaltung mehrerer das Verhalten der Bürger bei einem Aufruhre in der Stadt ⁴⁾ und gewisse Verhältnisse des Bürgerrechts, z. B. „die auzfart mit urlaub von der stat rat“, regelnder, sowie zahlreicher crimineller Bestimmungen, z. B. über Stadt-Verweisung, Busse und Besserung, vornehmlich bei Todtschlag, Heimsuchung und Lähmung ⁵⁾ u. s. w., zu einem gemeindlichen Grund- oder Verfassungs- und Strafgesetze erweitert worden, welches von da an — freilich nur in den „nehsten vier iaren die schirst nach einander choment“ — auf dem Rath- oder Dinghause bei der jährlichen Wahl des Bürgermeisters neuerlich publicirt und dessen Beobachtung vom letzteren eidlich erhärtet werden sollte.⁶⁾ Man kann diesen Bundbrief als den ersten in der Reihe bezeichnen.

Ihm sind dann nachgefolgt a) der zweite Bundbrief vom Jahre 1342 ⁷⁾ mit einigen generellen Anordnungen bezüglich des Verfahrens bei „auflauf oder irrsal von der juden wegen, von feur oder von anderen sachen bey nacht oder bei tag“ und der Aufhebung aller „haimlichen oder besunderen punten gegen den inneren oder gegen den auzzeren rat mit gelüb oder mit briefen“; b) der dritte Bundbrief vom Jahre 1351, ausschliesslich die vermögensrechtliche Behandlung der Hausfrauen und Kinder sowie Verwandten solcher, welche „wider den rat und wider die stat gemeinleich oder sunderlich handeln oder raten (oder thun)“ und darum „gepezzert werdent, ez sei an leib, an leben oder an gut“, besonders auch „wenn si dar umbe von der stat entwichen“, betreffend⁸⁾; c) der vierte Bundbrief vom Jahre 1356 strafrechtlichen Inhalts, z. B. wider das gefährliche Waffentragen gerichtet⁹⁾; d) der fünfte Bundbrief vom Jahre 1359¹⁰⁾ mit bemerkenswerthen Vorschriften über Gerichtshegung, Pfändung, Bürger-Insiegel und Darleihen auf die Erbtheile junger Leute¹¹⁾, welchen Satzungen eine Wiederholung des oben angedeuteten Hauptartikels des dritten Bundbriefes vorhergeht; endlich e) der sechste Bundbrief vom Jahre 1400, vorzüglich die Strafgewalt des Rathes und Fünfundvierziger-Ausschusses bei Stadtfriedbrüchen mit ziemlich schrankenloser Ausdehnung normirend.¹²⁾

Anmerkungen zu §. 9.

1) Vgl. *Philippin.* a. 1207 §. 2; *Frideric.* a. 1230 §. 2.

2) Vgl. *Gemeiner*, Chron. I, 546, 47.

3) Abdruck des ersten Bundbriefes bei v. Freyberg, *Schriften und Urkunden* V, 109—14. Dazu vgl. *Gemeiner* a. a. O. S. 549 ff.; *Arnold*, *Freistädte* II, 396 ff.; *Langoth*, *Skizze* S. 13 ff.

4) *Bundbr.* S. 109 Z. 15 ff.: „So haben auch wir alle gesworen, die an dem brief geschriben stênt, und alle unser purger arme und reich, daz wir schuln dem maister helfen, ob ain geschiht in der stat geschehe oder ein gestozze werde, daz wir dann dem maister zu laufen, swer maister ist, durch understên und durch scheiden ongevär, und schol auch man deu chlainen klochen lauten; swer dann nicht enchumt und mach er sich dez nicht bereden mit sein eines ayde, daz er der glochken nicht gehort hab, der geb funfzich pfunt und sei dan noch ein iar aus der stat. Ist aber, daz man der glochken so gâhes nicht geleuten mach, so schullen wir dannoch zu dem maister chomen, und swer daz nicht tuet, der geb datz vorgeant guet, ob er sich nicht bereden mach mit sein aines ayde, daz es im icht gesait sei oder sein icht weste, oder daz er berede, daz er vor vorchten seines leibes umb veintschaft, die in besunder an gieng, dar nicht mocht chomen. Beredet er daz, so ist er nichttes schulldich. Swer aber brichet und des guetes nicht enhöt, der schul funf jar aus der stat sein, und schol man sich dann underwinden swes er hat.“

5) *Bundbr.* S. 110 Z. 13 ff.: „Wir sein auch ze rat worden aines vrides auf uns selber und auf dew gemayn unserr stat nach der alten gewonheit von dem totslag 15 pfunt, von der notnuft 15 pfunt, von der haimsuchung 5 pfunt; swer jeman tur und saule verschrött und lauft er im in daz haus nach, so geb 10 pfunt, wundet er in aber in dem haus, so geb 30 pfunt von der lem. Swer den andern lempet, der geb 9 pfunt, von der wunden 2 pfunt, und der tat sol man jeglicher gerichtten mit zwain der genanten, daz guet schol auch nur an dew stat gevallen.“ S. 111 Z. 16 ff.: „Slecht ain purger ainen man oder wundet oder lemt in, mach der purger bringen selb dritt, daz er ein gâman sei gewesen, oder mit der stat nicht trag, so ist er ledich von den purgern. Swelich knecht auch mit seinen herren gêt, swaz der mit im tuet, an den funf sachen, daz schol der here puzzen, ob daz ist, daz der herre ê swert zuchet ê der chnecht.“

6) *Bundbr.* S. 112 Z. 25 ff.: „Wir sein auch uber ayn chomen, daz man den gegenwartigen brief und die brief, do die pezzerung an geschriben wirt, auf unserm rathaus lesen schol, als offt man den maister nimet, und schol auch dann je der maister den brief sweren stet ze behalten mit sampt uns an gevar.“

7) Gedruckt bei *Gemeiner* a. a. O. II, 27—30.

8) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 126, 27. Dazu vgl. *Ge-*

meiner a. a. O. S. 65, 66. Den Ehefrauen, Kindern und „freunden“ solcher Verurtheilten sollte das gesetzmässig der Stadtkasse zugefallene Vermögen letzterer unter der Bedingung belassen werden, dass sie der Stadt „versichernt, daz sie und ir purger arm und reich an ansprach und an notrede von in beliben innerhalb und auzzerhalb der stat Regenspurg an allez gevär.“ Es war dies eine Art von Urfehde-Leistung, wodurch den etwaigen Rachegeleüsten der Gestraften, welche leicht zu Fehdeverbänden mit dem benachbarten Landadel führen konnten, vorgebeugt ward.

9) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 141—43. Dazu vgl. Gemeiner a. a. O. S. 94, 95. Die in dem Stadtfrieden, welcher sich jedoch auf „puben und ruffian und solch volch, daz den geleich ist“ nicht erstreckte, enthaltene Bestimmung wegen des Waffentragens (S. 142 Z. 21 ff.) lautet: „Es sol auch niemant dheinerlei wapfen tragen, ez si herre oder dienär, oder wie er genant sei, ez si danne mit urlaub dez maisters oder des kamerers, noch langeu messer dann nach dem mazze an dem turn, noch dheinerlei wammeys, da anders inne ist dann von recht dorinne sein sol, er sei arm oder reich. Wer ez dor uber tut, der muz ye von dem pantzir 1 pfunt *dn.* geben, von yedem wammeys 1 pfunt, von plechhantschuhen 60, von ye dem messer 60, als oft er es tut, und daz wandel sol man nemen und auch haben ye von ainem als von dem andern.“ Am Schlusse wird bezüglich der „puzze“ für diejenigen, welche bei einem „gestozze“ dem Meister und Rathe nicht die schuldige Hülfe leisten, auf „meiner herren Satzpuch“ verwiesen.

10) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 148—51. Dazu s. Gemeiner a. a. O. S. 111—13.

11) *Bundbr.* S. 150 Z. 6 ff.: „Man sol noch mag auch auf dhein pfant vor den gericht in unser stat anhtz mer bestatten, dan je daz pfant wert ist, ez sei dann daz man brief oder urchund daruber hab; waz die sagen, da sol ez bei beleiben, anders ez sol dhain chrafft haben. Ez sol auch dhein unser richter uber funf pfunt Regensp. pfenning niht richten, er hab dann zu dem allerminsten sibem hawsgenozzen an dem rechten, oder ez sol nicht chrafft haben.“ Z. 17 ff.: „Wir sezzen auch, daz die goltsmid dheinen jungen burger insigel machen an seines vater oder an seiner besten freund rat und wizzen, oder man pezzert si an leib und an gut; wurden aber die hie oder anderthalben gemacht an ir besten freund wizzen, die sullen doch dhein chrafft haben an swelherlay brif si geleget wurden, und muz der den schaden haben, der die brif inne hat. Ez sol auch nieman dheinen jungen burger, di weil er bei seinem vater oder von seinem vater ist und seiner hab selber ungewaltig ist, oder der seinem geschäft herrn empfolhen ist, auf sein hab oder auf seinen erbteil nicht leihen noch porgen, und wer daz tut, der muz den schaden selber haben, und sol als vil dar zu an di stat geben, als er dem selben chnaben auf sein hab geporgt hat.“ Diese Satzungen werden mit den Worten eingeleitet: „Darzu sezzen offenen und chunden wir unserr stat al *dew recht und gewonheit* als her nach geschriben stet“; sie bilden daher einen Gegen-

satz zu dem vorausgehenden eigentlichen „*gesworn brif mit allen bunden und artikeln*“, als sie her nach geschriben stent.“

12) Ueber diese „Urkunde des gemeinen Friedens“ und deren „Eingriff in die richterliche Gewalt“ vgl. Gemeiner a. a. O. S. 349.

§. 10.

B. Die Einzel-Rathsstatute.

Das Ergebniss einer lebendigen und vielseitigen, theils völlig frei sich bewegenden, theils mehr oder minder von höheren Gewalts-Einflüssen geleiteten Raths- und Gemeinde-Autonomie waren die Statute¹⁾, welche sich in zwei Hauptkategorien: grössere Raths-Ordnungen und kürzere, blos eine gerade aufgetauchte Rechts- oder Verwaltungsfrage erledigende Specialbeschlüsse, mitunter nur Reproductionen aus früheren Satzungen, z. B. den Friedbriefen, ausscheiden lassen. Sie finden sich in den verschiedenen Stadt- und Raths-Büchern, z. B. in dem alten grossen s. g. *gelben Stadtbuche*, sowie in dem für das XV. Jahrhundert besonders reichhaltigen s. g. *Merkzettel-Protokolle*, nämlich dem Tagebuche des Stadtschreibers²⁾, niedergelegt.

Was nun die Gegenstände ihres sehr mannigfaltigen Inhalts angeht, so wird darin vor allem die gemeindliche Verfassung in ihren wesentlichen Hauptmomenten berührt. So finden sich namentlich zahlreiche, theilweise ausführliche Vorschriften³⁾ über den städtischen Rath, insbesondere die als „ratschatz“ bezeichneten Einkünfte desselben^{a)}, seine regelmässigen Versammlungen und die Folgen ihrer Versäumung^{b)}, sowie das in den Sitzungen zu beobachtende Verhalten^{c)}; ferner über die Wahl der Raths-Vorstände, nämlich des Bürgermeisters^{d)} und des später an dessen Stelle getretenen Kämmerers^{e)}; endlich über das Bürgerrecht, vornehmlich seine Aufhebung durch Wegzug aus der Stadt^{f)}. Auch lassen sich hierher die Verordnungen über das städtische Abgabewesen ziehen, aus dessen Mitte hauptsächlich die Schatzsteuer und Losung von allem Gute^{g)} und das blos auf bestimmte Producte gelegte Ungelt^{h)} mit Bestimmungen reichlich bedacht werden.

Geringer ist die Zahl der das Criminalrecht betreffenden selbständigen Rathssatzungen. Nur einigen Verbrechens-Erscheinungen und dem bei deren Aburtheilung einzuhaltenden strafrichterlichen Verfahren, wie der mit Säckung bedrohten Bi-

gamie⁴⁾, dem Diebstahle, namentlich im Bade und zur Nachtzeit⁵⁾, sowie der Saffran-Fälschung⁶⁾, sind eigene Statute gewidmet.

Desgleichen finden sich auch vom Privatrechte nur wenige Materien einer gesonderten gesetzgeberischen Behandlung gewürdigt. So das elterlich unconsentirte Heirathen von Kindern, welche noch nicht „ires selbes hab geweltich“ sind, im Statute v. 1351⁷⁾, die Schuldenhaftung und Succession der Ehefrauen nebst dem Bürger-Testamente im Statute v. 1385⁸⁾ und die Erbfolge ohne Geschäft und Leibeserben in den beiden Statuten v. 1393 und v. 1410.⁹⁾

Anmerkungen zu §. 10.

1) In den §§. 10 und 11 werden von Note 3 an Gemeiner's Chronik und v. Freyberg's Band V der Sammlung historischer Schriften und Urkunden nur mit den Buchstaben G. und F. allegirt.

2) Vgl. Gemeiner, Chron. III, 631 Note 1297.

3) a) *Stat.* 1320 F. 106, 7. — b) *Stat.* 1333 F. 115; 1390, 1455 G. II, 271, III, 242 Note 446. — c) *Stat.* 1472 G. III, 517. — d) *Stat.* 1287 G. I, 425; 1334 F. 116, 118. — e) *Stat.* 1498 G. IV, 29. — f) *Stat.* 1352, 1357 F. 136, G. II, 101. — g) *Stat.* 1320 F. 103. — *Stat.* 1355 F. 128; 1394, 1411 G. II, 309, 395.

4) *Stat.* 1357 G. II, 102. Wegen der Strafart s. Osenbrüggen, Alam. Strafr. S. 282.

5) *Stat.* 1418 G. II, 428. — *Stat.* 1386 G. II, 228.

6) *Stat.* 1306 F. 24 §. 2 [s. G. I, 462]. Wer „valschen saffran“ in den Handel brachte, musste 10 Pfund geben und „dannoeh dulden swez die herren zerät werdent hintz seinem leibe und hintz seinem gut, und dar zu sol man den saffran allen prennen“. Saffran (zaffaranus), vorzüglich aus Italien über Aquileja und durch Tyrol („per viam Verone ad partes Alemanie“) eingeführt, vertrat in Deutschland während des Mittelalters nebst dem Honig die Stelle des Zuckers. Er zählte daher zu den wichtigsten Handelsartikeln, weswegen seine Fälschung noch im XV. Jhdt. als ein todeswürdiges Verbrechen angesehen wurde. Vgl. Osenbrüggen a. a. O. S. 336; auch s. Falke, Gesch. des dtsh. Handels II, 354; Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins V, 28; Tomek, Gesch. der Stadt Prag I, 360 nr. 5.

7) F. 134, 35. Die Hauptstelle lautet: „swelich unser burger und burgerinn einem erbergen mann, purger oder purgerinn, irew chint, chnaben oder jungfrawen, enpfurent oder da si verheirat werdend, oder ob si sich selben verheiratent an irer vater und muter willen und wort, ê daz si irer selbers hab geweltich werden, so sullen dieselben chint, ez sein chnaben oder jungfrawen, ires väterlichen eribes und gutes und aller irer hab enteribet und verzigen sein, daz si furbas dheinerley recht, ansprach noch

vordnung dar nach haben schüllen noch mügen gein yeman innerthalb noch außerthalb der stat. Ob aber ein vater oder ein muter den selben chinden irer hab und gutes icht schuffen, daz sol dhein chraft nicht haben, und schullen di chint, also verheirath werdent, zehen jar dar zu aus der stat sein“. Die gleichen Folgen hat auch bei elternlosen Kindern die „an der nächsten freunt willen und wort“ eingegangene Ehe, und wer zu einer solchen Heirath „mit worten oder mit werchen“ behülflich ist, soll ebenfalls zehn Jahre lang die Stadt meiden. Die bössliche Wegführung eines Kindes aus der Eltern Gewalt aber vermag an den, den anderen „shedlichen lawten“ gleichzuachtenden Urhebern sogar an Leib und Leben geahndet zu werden, „und schullen auch die selben nindert frid haben an deheinner freyung noch an dheiner stat“.

8) G. II, 222, 23 [Inhalts-Angabe]. Das vornehmlich für das eheliche Güterrecht wichtige Rathsstatut umfasst nachfolgende Hauptsätze: a) Für die Schulden des Ehemanns, welcher flüchtig geworden ist, haftet die Frau mit allem Vermögen, welches sie und ihr Gatte in die Ehe zusammengebracht haben, jedoch nicht darüber hinaus, und es gilt dann das gleiche auch von den Erben der Frau. b) Doch darf letztere aus der vorhandenen Habe des Mannes zwei Schleier, einen Mantel, einen Rock und ihre (nicht eine Mark Goldes übersteigende) Morgengabe wegnehmen und für sich behalten. c) Stirbt dagegen der Ehemann, so haftet dessen Gläubigern das gesammte ihm zugeheirathete Frauengut, ausgenommen was die Ehefrau sich bei Eingehung der Ehe als Sondergut vorbehalten oder in stehender Ehe schenkungs- und erbgangsweise überkommen hat. d) Geht ein Ehemann ohne Errichtung eines Testaments mit Tod ab, so beerben ihn seine Frau und seine Kinder (aus erster, zweiter oder dritter Ehe) zu gleichen Theilen, die letzteren freilich nur, sofern sie nicht schon vorher „abgefertigt“ waren, indem sie in solchem Falle das bereits empfangene einzuwerfen gehalten sein würden. Die Wittwe empfängt aber neben ihrem Erbtheile noch die ausgesetzte Morgengabe und einen in Kleinodien, Kleidern und Bettgewand bestehenden Voraus. Endlich e) letztwillige Verfügungen („geschäft“) sind gültig und nach ihrem Inhalte zu erfüllen, wenn sie vor Bürgern als Zeugen vollzogen worden sind, wogegen die vor Geistlichen und weltlichen nichtbürgerlichen Personen als Zeugen gemachten Testamente nur dann zu Recht bestehen, wenn sie ausserhalb der Stadt bei obwaltender Lebensgefahr errichtet worden sind.

9) *Stat.* 1385 G. II, 304: „Wann ein burger oder burgerin on geschäft und on chint ververt, so sol zu der hinterlazzen hab dehein freunt zesprechen habn, ausgenommen gewister und gewister chint oder wer die nächsten freunt nach ainer sipp zu nemen sind. Dise sullen erben, waz in vom rat zugesprochen wirt. Dem nach sol di witwe di hab nicht allein behalten oder einem andern man geben, sunder auch der sele und den nächst gesippten freunden des verstorben, waz billig ist, da von zuchomen.“ *Stat.* 1410 G. II, 394: „Wenn ein man abgêt on geschäft und on leiplich erben, waz

dann sein hausfraw zu im bracht hat, wie daz genant ist, daz sol ir auch voraus wider volgen und bleiben, ob ez vorhanden ist. Darczu sol ir auch volgen und beleiben aller hausrat und chleinod, die er und sie zu einander bracht und gehabt haben, auzgenommen daz best trinkhvasz sol den nachsten freunden werden, der sey ainer oder mer, die nach einer sipp die nachsten freunt sind. Item, und waz derselb man, der also on geschäft und on leiplich erben abgêt, hab und gut hinder im leit, ez sey erb, aigen, lehen, bereitschafft, chaufmanschaft, gelt oder wie ez genant ist, daz wizzentlich ist, über schuld, des sol der frawn die czway teil beleiben, und der sele und den nachsten freunden nach ainer sipp zu nemen daz dritte teil. Und von demselben dritteil der selben hab sol der dritteil der sele volgen und an geleit werden nach rat und helffen meiner herren vom rat, auzgenommen die leichleg sol man von gemainem gut voraus richten. Item, daz vorgeschriben gesacz berürt noch trifft niemant an, der hinder 20 pfunt hab leit; waz aber leute sind, die 20 pfunt oder hinüber lazzen, di sullen in dem gesacz seyn, sie haben die 20 pfunt oder hinüber, vil oder wenig. Item, wenn soliche väll geschehen und daz sich die fraw und die freunt nicht mit einander geeinen möchten, daz sol an die stewart herren chomen, und die selben sullen dann meiner herren vom rat zwen ires rats zu schaffen; da sol ez dann da bey beleiben nach der nachsten stewart, die der selb man getan hat, ez wäre dann so vil, ob er nach derselben nachsten stewart icht schaden genommen hat, die wizzentlich wär, oder ain leibgeding ab und tot wär. Ob aber die fraw, die also witib wirt, nicht bereitschaft hett, da mit sie den dritteil auzgerichten mocht inner jares vrist, und daz sie darumb erb oder aigen verchafften muez, daz sol sie den nachsten freunden an bieten und in das gönnen vor andern lewten umb solich gelt, als ander lewt gern darumb geben hetten.“

§. 11.

Fortsetzung: Die Raths-Polizei-Statute.

In grösserer Menge, als dies bei den bisher betrachteten, auf Verfassung und Recht sich beziehenden Erzeugnissen der Raths-Autonomie der Fall gewesen ist, begegnen uns solche mit ausschliesslich oder mindestens vorwiegend polizeilichem Charakter. Es erscheinen aber wieder die hier einschlägigen „Statute und Gebote“ bald gemischten Inhalts bald lediglich auf bestimmte einzelne Verhältnisse und Vorgänge des städtischen Lebens und Verkehrs eingeschränkt, und lassen sich nach Massgabe ihres Inhalts ausscheiden in a) Sittlichkeits-Gesetze, wohin jene über Heiligung des Sonntags¹⁾, Mässigung im Spielen und Tanzen²⁾, Unterdrückung der s. g. Ruffiane³⁾ und Beobachtung der Bier-

glocke⁴⁾ gehören; b) Luxus-Gesetze, vornehmlich gerichtet gegen den verschwenderischen Aufwand bei Hochzeiten, Taufen und Einführungen von Jungfrauen in Klöster⁵⁾, sowie bezüglich der Kleidung⁶⁾; c) Sicherheits-Gesetze, als welche die häufigen Vorschriften über das Beil- und Axt-, Schwert- und Messer-Tragen, über den Schlüssel-Kauf und über den Fremden-Aufenthalt in der Stadt⁷⁾ anzusehen sind, endlich d) Bau- und Brandschutz-Gesetze, in welcher Hinsicht vorzüglich die Bau-Statute v. 1307⁸⁾ und die Feuer-Ordnungen v. 1308 und 1455⁹⁾ ausgezeichnet werden mögen.

Anmerkungen zu §. 11.

1) *Stat.* 1455 G. III, 241. Ueber die Entweihung des Sonntags, besonders durch gewerbliche Geschäfts-Ausübung, ward in dieser Zeit von Seite der Kirche vielfach geklagt. Vgl. Janner, Bischöfe III, 506.

2) *Stat.* 1320, 1378, 1381, 1473 G. I, 513, II, 188, 203, III, 526.

3) *Stat.* 1306 G. I, 463. Unter „Ruffianen“ sind hier zunächst Kuppler, Bordellwirth zu verstehen. Vgl. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. II, 68. Vgl. auch oben §. 9 Note 9.

4) *Stat.* 1320 G. I, 513. Ueber die s. g. Bier- und Weinglocke in den deutschen Städten s. Grotendorf, Zeitrechnung des dtsh. Malters, I, 191 a.

5) *Stat.* 1320, 1361, 1455, 1484 G. I, 515, II, 122, III, 243, 678.

6) *Kleider-Ordnung* 1485 G. III, 679—84. In diesem kulturhistorisch höchst bemerkenswerthen Gesetze treten uns die Mitglieder des Rathes und des Fünfundvierziger-Ausschusses sammt ihren Söhnen im Gegensatze zu allen übrigen Gemeindebürgern als eine neben dem Patriziate bevorzugte Rangklasse entgegen, indem sie [welchen übrigens die Doctoren und Magister der Wissenschaften und freien Künste gleichgestanden haben mögen] z. B. „von ihres standes wegen silberne gürtel, schwerd und messer“, ferner „samatene, damescatene, zendalene und ander seidne wameser tragen“ durften.

7) z. B. *Stat.* 1320 G. I, 512; 1306 G. I, 463; 1320 G. I, 513.

8) G. I, 464, 65.

9) G. I, 469, III, 243 Note 447.

§. 12.

Beschluss: Die Handels- und Gewerbs-Statute.

Endlich erfreuten sich auch der Handel und die Gewerbe der Stadt einer vielseitigen Berücksichtigung in der gesetzgeberischen Thätigkeit des Rathes. Was hier insbesondere den

ersteren betrifft, so wurde vornehmlich einzelnen Mercantilzweigen, wie dem Getreide-¹⁾, Wein-²⁾, Wollen-³⁾ und Salz-Handel⁴⁾, eine erspriessliche, auf Abhaltung von Fälschungen und Einrichtung der nöthigen Betriebsanstalten gerichtete Fürsorge zugewendet. Das Gewerbswesen aber, d. h. die Ausübung der in Regensburg vorkommenden Handwerke⁵⁾ und den damit zusammenhängenden, an festgesetzte Maasse und Preise gebundenen Waaren-Umsatz, sehen wir hauptsächlich durch eine beträchtliche Anzahl tüchtiger Handwerker- und Innungs-Ordnungen gefördert, von welchen als die ältesten vor allem erwähnt werden mögen:

a) die Ordnung der Schuhmacher (*chuderwaner*), Zimmerleute (*gademmer*) und Tischler (*schreiner*), in Form einer Rechtsfindung, *sententia*, ertheilt, und sowohl in der originären lateinischen Fassung vom Jahre 1244, als auch in der jüngeren Umwandlung zur „deutschen Handvest“ v. 1315 vorhanden.⁶⁾ Sie handelt in vier Artikeln von den Verkaufsstätten, von den Gewerbs-Abgaben, und von der Wahl des Meisters sowie dessen Befugnissen zur Eintreibung der Jahreslosung und zur Rügung und Besserung der Innungsgenossen bei Gewerbsvergehen.⁷⁾

b) Die Ordnung für die „*swertzer, scherer und weitaer*“, sich über die Bereitung, Scherung sowie Schwarz- und Blaufärbung des Tuches verbreitend, vom Jahre 1259, nachmals erweitert durch Beifügung allgemeiner Vorschriften für die „*wollenwurchen und weber*“ sammt den „*darzue gesetzten schawern*“ vom Jahre 1314.⁸⁾

c) Die Ordnung der Goldschmiede und Silberbrenner — „*daz ist der satz umb daz silwerbrennen*“ — vom Jahre 1303, vorzüglich vom Silber-Kaufe und Verkaufe, den Silber-Zeichen und deren Fälschung, sowie den Uebertretungsstrafen handelnd.⁹⁾

Ausserdem finden sich noch Ordnungen der Messerer und Lederer v. 1379, der Schmiede und Schlosser v. 1393, der Barchanter v. 1455, der Gürtler v. 1455, der Brauer v. 1456 und 1465, der Steinmetzen v. 1465, der Seiler und Fragner v. 1465, der Taschner v. 1473¹⁰⁾; ferner Satzungen für die Bäcker über das Gewicht und die Taxe der verschiedenen Brodsorten v. 1376, 1394, 1435, 1479¹¹⁾, für die Metzger über den Vieheinkauf, die Ausbietung gesunden Fleisches und den s. g. Freimarkt der Gäste v. 1378, 1387, 1406¹²⁾ u. a. m. erwähnt. Ganz besondere Beachtung verdienen jedoch, weniger vom gewerblichen, als vom sanitären Standpunkte aus, die Apotheker-Ordnungen von 1397 und 1453¹³⁾, und die Hebammen-Ordnungen v. 1452 und 1477.¹⁴⁾

Anmerkungen zu §. 12.

1) *Stat.* 1457 G. III, 269. Hier mag auch des alljährlich verkündigten s. g. Kornfriedens gedacht werden, dass nämlich „wer getreide herin füre, fried und geleit schol haben von Bartlme bis auf Martini, daz im niemand verbieten müge [d. h. eine Beschlagnahme, Abpfändung seiner Fruchtladung vornehmen dürfe], ausgenommen umb den dienst [d. h. bei Zins- oder Gültgetreide], den mag ein herr wol verbieten“. G. II, 214 m. Note ***).

2) *Stat.* 1368, 1450, 1457, 1473 G. II, 152, III, 188, 268, 522. a) Von ausländischen Weinen, namentlich „Raynval, Passaner, Romani“ [d. i. von Rivoglio d'Istria, Bassano in Italien, Napoli di Romania, s. Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IV, 399 Note 22] mussten die Weinverkäufer einen Aufschlag von 10 oder 2 Pfund vom Fasse, dagegen von bayerischen oder österreichischen („Oberländer und Oster-“) Weinen keinen solchen entrichten. b) Mischung verschiedener Weine ist verboten. c) Die Fässer dürfen mit Branntwein befeuchtet werden. d) Ein Weinwirth soll des Jahres nicht über 14 Fuder ausschenken.

3) *Stat.* 1311 G. I, 478: Aufstellung eigener Wollenwäger durch den Rath.

4) *Stat.* 1403, 1439, 1478 G. II, 361 Note *). Auch s. Gemeiner's Darstellung des alten Regensburgischen und Passauischen Salzhandels S. 33, 34; 17—20.

5) Ueber die grosse Zahl der in Regensburg bereits in der vorwittelsbachischen Zeit betriebenen Handwerke s. Beitr. I, 219 ff.

6) Lateinisch F. 91—93; deutsch G. I, 349—51; F. 89—91.

7) *Dtsch. Stat.* 1315 §. 1: „Wir die gemein der burger ze Regensburg verjehen offenbar an disen brieff, daz samblich unser bürger von ir handwerch genand chuderwaner, sambliche gademer und etliche schreiner vor den herren richtern [des Bischofs und Herzogs] . . . auff der bürger haus . . . öffentlich erschienen und fürgestanden seyn und löblichen behabt haben ir alte gewonheit nach warr und gegebener urtail, daz si und alle ire werchgenozzen, di niwes schuchwerch wurchent, swa si in der stat sizzent, ir schuchwerch an derselben stat und nicht an dem marchte noch nindert anderswo verchaulffen schulln, dann da si sizzent, und daz alle diselben, di niwes schuchwerch wurchent, den vorgeanten herrn, des purggraffen und des vogts cammerer, alle iar in ieglichen iar drey stunde zwölff phenning geben schullen, daz werdent also alle iar sechs und drizzig phenning zu der alten gewonlichen losunge, di si drey stunde in dem iar gebent.“

§. 2. Und alle ander schuster, di daz alte werk wurchent, (und) di der dreyer strazze ^{a)} chuderwaner, gademer und schreiner, di daz niwes wurchent, recht nicht habend, schullen alle iar drey stunde in dem iar der vorgeanten herren chamerern ein phenning geben, und schullen dazselbe ir altes werch tragen und verchaulffen an dem marcht ^{b)} oder swo si in der stat wellent.

§. 3. Ez haben auch di vorgehenden chuderwaner, gademer und schreiner und ir werchgenozzen, di daz niwe werch wurchent, den gewalt, daz si gemeiniglich auz in einen meister nemen schullen, der di losung ^{c)} alle iar ein nemen scholl, und wer ime daz widerprächtig wer, so schollen in der herren chamberer mit iren fronbotten diselb losung helffen ein gewinnen.

§. 4. Ez scholl auch derselb ir meister all den gebresten und all den valsch, der under in uferstêt, suchen und pezzern nach seiner genozzen rat, und swer under (in) dez nit wolte undertänig seyn, so scholl ir meister mit des richters fronboten da er fur gehort den selben rügen und furbringen, daz desto mer bezzerung auff in gevalle, umb swaz er uberfaren oder getan hat. ^{d)} Und daz auch so vollkommen handlinge von (n)iemand fürbaz verchert oder zerbrochen werden möge, haben wir disen gegenwärtigen brieff mit dem insigel unser gemain versigelt lazzen werden mit den geschriben zeugen di dabey waren.“

a) Nach den hier in Frage stehenden drei Gewerken scheinen alter Stadtsitte gemäss drei von ihnen vorherrschend bewohnte Strassen benannt worden zu sein, da im Statute von einem „ius trium stratarum, videlicet Chuderwanorum, Gademaer et Schrienaer“ geredet wird. b) An die Stelle des alten Marktes (forum) ist bald darauf der „niwe marcht vor Purich“, der s. g. Burgmarkt nächst dem Rathhause, getreten. Vgl. *Stat.* 1318 G. I, 503; F. 102. c) *Text. lat.* „steuras quod dicitur losunge.“ d) *Text. lat.* „Insuper eundem magistrum falsos operarios et transgressores iuris pretacti ad (per) suum quo spectarent legitimum nuntium accusare debere, ut de illis secundum sententiam datam iurisque edictum plenior fiat emenda.“

8) G. I, 381; F. 94, 95; die Zusätze stehen F. 95, 96. Vgl. G. I, 490.

9) F. 97, 98. Dazu s. G. I, 456. Wegen der Silber-Zeichen oder Stempel („mirk, stemp“) vgl. H. Loersch, Die Rolle der aachener Goldschmiedezunft v. 1573 (Sep.-Abdr. 1892) S. 13 ff.

10) G. II, 193, 302; III, 243 Note, 448, 449; 256, 399, 526. Unter den Barchantern sind die Verfertiger des schon im frühen Mittelalter als geschätztes regensburger Fabrikat weltbekannten Barragan oder Bergan (Barchent) zu verstehen. Vgl. Weinhold, Die dtsch. Frauen in dem MA. S. 418, 19; Tomek, Gesch. der Stadt Prag I, 362 nr. 11. Eine sehr reichhaltige „Pirpreuer-Ordnung“ aus dem Ende des XV. Jhdts. ist in den Verhandl. des hist. Vereines von Oberpfalz u. Regensburg VIII, 110—70 abgedruckt.

11) G. II, 181, 309; III, 69, 630.

12) G. II, 189, 235, 370.

13) G. II, 337; III, 216. Beide Raths-Erlasse sind nur kurz zusammengedrängte Verhaltensmassregeln für den „apotekär“. Im ersteren wird derselbe eidlich an sein „antidotarium“ [Nicolai, Mesue, Avicenne, Arnoldi de Villa nova?] gebunden und ihm zur Auflage gemacht, die „erznei“ ganz nach Vorschrift des Arztes zu bereiten, keinerlei Materien eigenmächtig einzumischen, „giffitig ding“ an Weiber nicht zu verabreichen, „er wiss

dann kundlich wol, wo es hin gehör“, diejenigen officinellen Stoffe, welche nicht über's jar nuz sind“, jährlich zu „erneuen“, und von allen vorrätthigen „stücken“, deren wohl „vierzigerlei“ sind, dem Arzte auf Verlangen jederzeit Einsicht zu gewähren. In dem zweiten Erlasse, welcher auf eingeholten Gutachten von Heidelberg [wo im J. 1471 die erste vollständigere, mit ausführlicher Pkarmakopöie und Arzneitaxe versehene Apotheker-Ordnung zu Stande kam, s. Mone a. a. O. II, 276—79] und Nürnberg beruhte und nach einigen Jahren theils abgeändert, theils erweitert worden ist, wird insbesondere auf die „Tafel von Nürnberg“ verwiesen und ein der dortigen Gewohnheit entsprechend anzulegendes „Recept-Register“ mit Angabe der Preise („nach wälschen Sitten“) anbefohlen.

14) G. III, 207, 600.

§. 13.

C. Die Statuten-Sammlungen.

a) Die Stadtrechte i. e. S.

Die Rathsstatute der Stadt Regensburg wurden im Verlaufe des XIV. Jahrhunderts in zwei uns erhaltene grössere Sammlungen¹⁾ gebracht. Von diesen dürfte das Stadtrecht A.²⁾ in 115 Artikeln als eine officiële Zusammenstellung der wichtigeren in dem Zeitraume von 1306 bis 1358, insbesondere in den Jahren 1306, 1307, 1308, 1311, 1320, 1357³⁾ ergangenen Raths-Verordnungen in Verbindung mit einzelnen Raths-Entscheidungen in concreten Streitfällen (v. 1356, 1358) zu betrachten sein. Der Inhalt der zum Theile mit Vorsetzung ihrer Entstehungstage, aber ohne systematische Materiensonderung an einander gereihten Stücke bewegt sich vorwiegend im Gebiete der Gewerbe-, Sicherheits- und Sittenpolizei, in welchen Beziehungen z. B. die Satzungen über den Weinschank⁴⁾ und Fleischhandel⁵⁾, über Mauer-Anlagen⁶⁾, über das Verhalten bei Feuersbrünsten⁷⁾, über Waffenführung⁸⁾, über Hochzeitsfeiern und Spielleute⁹⁾ hervorgehoben werden mögen. Doch berühren einige Artikel auch die städtische Verfassung, insbesondere die amtlichen Befugnisse und Pflichten des Bürgermeisters¹⁰⁾ und die Aufhebung des Bürgerrechts¹¹⁾, sowie privatrechtliche Gegenstände, wie Spielschulden¹²⁾, Veräusserung von Bürgerhäusern¹³⁾ und Erfüllung schriftlich errichteter letztwilliger Verfügungen.¹⁴⁾

Dagegen stellt sich das Stadtrecht B. mit der Aufschrift „*Daz ist ain Copi der Stat-Rechten der man sich weilent gehalten hat*“¹⁵⁾ als eine Privatarbeit dar, deren Urform jedenfalls erst

der zweiten Hälfte des XIV. Jahrhunderts oder gar dessen Ausgang angehört. Es beruht das Rechtsbuch wohl auf älteren Aufzeichnungen der localen Rechtsgebräuche und bereits vorhanden gewesenen Sammlungen von Rathsschlüssen und Gerichtsurtheilen, während sich die Benützung bestimmter auswärtiger Quellen nicht nachweisen lässt. Den Anfang machen processualische Bestimmungen (S. 30—43), besonders über Gerichtsstand¹⁶⁾, Incompetenz-Einrede¹⁷⁾, Fürgebot und Ungehorsams-Folgen¹⁸⁾, Ehehaften¹⁹⁾, beschleunigten Rechtsgang „in hewt und in morgen“²⁰⁾, Fristverlängerung durch „teidung“²¹⁾, Stellvertretung und Scheinbotschaft²²⁾, Arrest und Festung um Schuld²³⁾, Verfahren gegen „hinflüchtige geltter“²⁴⁾ u. a. m. Dazwischen sind aber verschiedene Sätze privatrechtlichen Inhalts, z. B. über Ledigung eines Bürgen²⁵⁾, Schuldverhältnisse der Ehegatten²⁶⁾, Spiel und Wette²⁷⁾, Bestellung von Anweisern für „geistliche läwte, witiben, waysen und junkchfrawn“²⁸⁾, sowie Stellung des Mannes zu seiner „wirttyne“ in dieser Beziehung²⁹⁾ eingemischt. Weiter knüpfen sich dann Vorschriften über Pfändung, Pfandverkauf und Schuld-Fronhaft³⁰⁾ (S. 43—45), ferner einige aphoristische Bestimmungen aus dem Eltern- und Kinderrechte³¹⁾ (S. 45, 46), und weitläufige Satzungen über den mehr- und einhändigen Eid bei „verstolner und geraubter hab“ (S. 46, 47) an. Hieran reihen sich zahlreiche Artikel vermischten Betreffs, so namentlich über Selbstschuldnerschaft und Verbürgung³²⁾, Erbschafts-Schulden und Beweis „mit siben über moltigen mund“³³⁾, Klage wegen erlittener Nothzucht³⁴⁾, ausser-eheliche Kindschaft³⁵⁾, Hausmiethe-Kündigung³⁶⁾, Ehehalten-Dingung³⁷⁾, Leistung in „geiselsweis“³⁸⁾, Gabe zu treuer Hand³⁹⁾ u. s. w. (S. 47—51). Danach wird nochmals auf den bürgerlichen Process zurückgegriffen, indem wieder Satzungen über das Gastgericht⁴⁰⁾, die Verbotung „von hab mit dem fronpoten“ bei Bürgern, Gästen und Ausleuten (S. 51—53), über Klage und Antwort an offener Schranne, über die Obliegenheiten der Vorsprecher (S. 53—55) etc. sich angefügt finden. Den Schluss bilden endlich α. ein von den öfter begegnenden Pönalverzeichnissen mehrfach abweichender Strafen-Katalog für schwere Missethaten⁴¹⁾ (S. 55); β. eine Uebersicht der zur probstrichterlichen Jurisdiction gehörigen Orte der sieben geistlichen Stifter⁴²⁾ (S. 56); γ. ein umfangreiches Halsgerichts-Formular für das Schultheissengericht (S. 56—60) und δ. eine kurze Gerichts-Ordnung v. 1390, welche sich zunächst über die Sporteln und Taxen der einzelnen judi-

ciellen Handlungen verbreitet, dann aber auch einige Vorschriften über Pfandschaft und Inzichten-Beweis⁴³⁾ darbietet (S. 60—63), sowie mit einem Anhang von zwei Verordnungen über das Vorsprecheramt⁴⁴⁾ (S. 63, 64) versehen ist.

Anmerkungen zu §. 13.

1) Vgl. O. Franklin, Beiträge z. Gesch. der Reception des römischen Rechts in Deutschland (1863) S. 65.

2) Abdruck bei v. Freyberg, Schriften u. Urkunden V, 7—29.

3) Vgl. oben §. 10 Noten 3 (a, g), 4, 6; §. 11 Noten 2, 3, 4, 5, 7, 8; §. 12 Note 3.

4) F. 7, 8 (1310).

5) F. 8—10.

6) F. 21, 26, 27 (1307).

7) F. 22, 23.

8) F. 13—15 [„ungerische, gespitzte scheid-, mortmezzer“], 28.

9) F. 19 [„spilman, spilgraf“].

10) F. 13 §§. 2 ff.

11) F. 29.

12) F. 16 §§. 4, 5: Bürgersöhnen darf bei Spielen nicht mehr, als deren „gewant“ werth ist, creditirt, sowie von denselben „einez tagez oder einez nachtez nicht mer dann ein pfunt“ verspielt werden. Vgl. Wilda in der Ztschr. f. dtsch. Recht II, 2 S. 152, 160.

13) F. 18 §§. 2, 3: Häuser, Erbe und Eigen „hie in der stat ligent“ sollen nur an Bürger, welche sie „verschatzstewern“, verkauft werden; „ist aber daz, daz ein burger ein haus niderschaffet *durch got*, daz sol man in jares vrist verchafften einem hie in der stat, der ez verschatzsteur; wirdet ez aber nicht verchaffet in jares vrist, so schol ez in der zeit an deu stat dienen, uncz ez verchaffet wird, daz ist verboten bei hundert pfunden“.

14) F. 27 §. 1 [aus einem Rathsurtheile v. J. 1358]: „der geschäft brief solt stat sein alz er geschriben stunde und solt allez daz erib und aygen . . . gleich teilt werden nach dez geschäft briefez sage an widerred“.

15) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 30—64. [Die im Texte eingeschalteten Seitenziffern beziehen sich auf diese Ausgabe.] Erwähnt wird die hier veröffentlichte Abschrift schon bei Gemeiner, Chron. II, 282 Note * lit. c.

16) z. B. F. 39 §§. 5, 6: „Ez sol auch ein burger den andern ausserhalb der statt nicht chlagen mit dem rechten. Habent zwen burger hintz erb und hintz aigen ze sprechen, dy mögen daz recht darumb suchen, da daz selb aigen und erb gelegen ist.“ (*Frideric.* a. 1230 §. 18.)

17) F. 37 §. 4: „Hat man einem burger fürgepoten und ist er irr, für welchen richter er gehör, er sol für daz recht gen, da für man in gepoten hat und sol da selben waigern.“ Wenn er hier seine Einrede vorgebracht

hat, erhält er „einen aischtag auf achtt tag“, d. h. einen Termin zur Ausführung und Begründung seines Einwandes.

18) F. 30 §. 1: „Ist einem burger ein anchlag über ein halb pfunt da, so sol im der fronpot selb drei stund fürpieten und daz fürpot muz er sagen zu seiner gagen.“ [Vgl. dazu *Anh. z. FGB.* S. 80 §. 1: „Ez sol ein iglich fronpote einen purger selb fürpieten und sein chnecht nicht; ez hat von dem chnecht nicht chrafft.“] — F. 30 §. 3: „Ist ainem burger fürgepoten und ist er auf seiner notfertt, gêt er zu dem kamrer oder zu seinem richtter, ir jedweder mag im wol aws erlawben in den fürpoten.“ — F. 30 §. 5: „Ein burger mag einen andern burger wol heiszen antwurten mit dem fronpoten bey der schrann, ausgenomen meiner heren ainen vom rat, richtter und hawsgenoszen; den mus man drey stund fürpieten, und ein gast mus einem burger drey stund fürpieten, wann ez antwurtt der burger dem gast an der schrann nicht.“ — F. 31 §. 2: „Man mag auch dheim burger nicht tag geben für recht, dann er hiet ainen zu fronfesst ligen, oder ez wär verstolneu hab in seinen gewalt verfangen worden, oder er hiet essendeu pfant gefesstent mit dem rechten; man mus einem burger fürpieten.“ — F. 31 §. 3: „Pewtt ainer einem für drey stund und chumt der anchlager nicht, so sagt man den, dem fürgepoten ist, der fürpot ledig, und (er) sitzt mit rw untz daz man im wider fürpewtt.“

19) F. 41 §. 6: „So sind daz die drey ehehafteu not siechtum, vankchnuss und wasser.“

20) F. 31 §. 5. Die summarisch zu verhandelnden Streitfälle sind: „rayttung und werung umb garetzlon, umb gelihens gelt, umb zins, umb essen und drinkhen, um fürlegen und in trews hant zu halten geben, (umb) verschafftez gelt, umb versetzen, umb übernehmen, umb überraiten, umb chawfmanschaft“. Wegen des gastrechtlichen Verfahrens s. unten Note 40.

21) z. B. F. 32 §. 6: „Man versucht teidung auf hewt und auf morgen, ettliche auf achtt tag, di lengsten auf 14 tag, ye nach dem und dy taittung ertailt ist worden.“

22) z. B. F. 35 §. 2: „Ez mag auch dhein scheinpot für niemand bestätten, dann für einen gechrönten fürsten.“

23) z. B. F. 30 §. 4; 32 §. 8; 37 §. 9. Weitere hierher bezügliche Bestimmungen s. unten Note 30.

24) z. B. F. 42 §§. 5, 6.

25) F. 36 §§. 5, 6: „Hat einer ainen versetzt ze porgen und wil derselb hinder der porgschaft nicht lenger stên, im sagt das recht, daz in ainer lösen mus in hewt und in morgen hintz der hant, dahin er in versetzt hat. Hat ainer dann einen porgen und gibt seinem geltter lenger vrist an seins porgen willen und haissen, der porg ist seiner porgschaft ledig. Hat dann ainer einen porgen gesetzt, und wolt der gelter seinen anchlager fürbaz swirn für sein gel und wolt seinen porgen ledig machen mit seinem aid, daz mag nicht gesein, wan ez sol ein porg umb alle abgeltung wizzen und da bey seyn. Ein porg, der mag den, da hin er porg ist, wohl geaiden,

ob im nicht vergolten sey worden.“ [Zu §. 6 s. *Münchner Stadtr. Art.* 296 S. 114.]

26) F. 37 §. 10; 38 §. 1: „Ez mus ein fraw mit irm mann geltten, ausgenomen ob dy anchlag alz gros wär, so beleibt ainer frawn ir tüglich gewant, zwen slayr und ir morgengab 60 gulden.“ [Dazu s. oben §. 10 Note 8: *Stat.* v. 1385.] „Und waz ein fraw an setzt on irs manns willen und wizzen, dez gibt der man nichts für sein hausfrawn.“ Vgl. Schröder, *Gesch. des ehel. Güterrechts* II^a, 45, 225 Note 2, 228.

27) F. 39 §. 3: „Man richtt auch umb spilgelt, umb chugelgelt, umb wetten noch umb überwetten nicht. Verändert ez sich aber in porgschaft umb verschaidens gelt, und lawgent der porg nicht, so musz man ez geben und richtten.“ [Damit vgl. oben Note 12 u. Wilda a. a. O. S. 164, 65.]

28) F. 41 §. 3: „Ez wirt geistlichen läwten, witiben und waysen und junkchfrawn ain anweisär ertailt . . . Und ist ez ein chnab, der hintz seinen jarn chomen ist, dem wirt chein anweiser erlawbt und stewart und ler verpoten. Um dewf und umb frays wirt niemand ein anweiser erlawbt.“

29) F. 41 §. 4: „Ez mag auch ainer seiner wirttynn wol stewart und anweisung geben an dem rechten, (und) auf daz (ir) über dy schrann (man) nichtz enhel, wirt (er) ir erlawbt zu einem anweisser; dann er wär über walt und nicht anheim, so würd ir ein ander anweyser erlawbt. Man sol auch allzeit ainen hawsgenozzen nemmen zu einem anweiser.“ Als für das Gattenverhältniss wichtig mag hier noch die schwer verständliche Bestimmung F. 34 §. 3 eine Stelle finden, lautend: „Nach teiding versuchen trytt ein fraw an irs manns stat wol in volligs recht; ez mus auch ir man anchlager sein oder ez begernt wirtlewt ains für daz ander wol raittung hinder einer weisung.“ Sie dürfte etwa dahin zu deuten sein: Ist ein Rechtsstreit einmal im Gange, und es stirbt der Ehemann, so überkommt dessen gesammte processualische Stellung mit allen Rechten die Ehefrau, vorausgesetzt, dass α) der Mann in der Rolle des Klägers aufgetreten war, oder β) eine von demselben für seine Frau auf Grund erlangten Urtheils begehrte Rechnungslegung in Frage stand. Vgl. Schröder a. a. O. S. 96 Note 8; 122, 23 Note 33.

30) F. 45 §§. 1—4. Die im regensburger Rechte zum Theile eigenthümlich geartete Personalschuldhaft setzte einen in das „gerichttpuch“ geschriebenen Vertrag zwischen dem Gläubiger und Schuldner voraus, mittels dessen sich dieser jenem „ze gelt“ gab. Machte nun der Gläubiger, nachdem der Schuldner bei einer „anchlag über ein halb pfunt bestätt hat mit seinem ayd, daz er dez gutz nicht enwizz, darnach er weysen müg“ [F. 38 §. 2 m. R. Löning, *Vertragsbruch* I, 202 Note 25], von dem aus obigem Gedinge ihm erwachsenen Rechte Gebrauch und „verttigte in (den Gelter) an mit dem rechten“, so musste „di selb person, dem si sich ze gelt geben hat, ze stund gein fronfesst sitzen 6 wochen“, und hatte „dann vrid vor den andern irn gelttern [Gläubigern] all die weil und si dem nicht vergoltten hat, dem si sich ze gelt geben hat“. Nach Ablauf der sechswöchigen Haftzeit war aber von ihr ein Eid zu

leisten, „daz si mit der hab, di man ir enpfor leit, unflüchtig und unfraidig sey; und darnach sol sy ye über 14 tag ainen aid swirn, daz si nicht ze geltten hab, und sol auch irm anchlager allzeit an dem tag zu dem aid für recht chommen mit dem fronpoten; tät sy dez nicht und wirt darynn säumig, wil ez dann der anchlager tun, so mus si dem anchlager aber 6 wochen ze fronfesst sitzen; daz mus sy also tun, dyweil si lebtt und dy selv person dem anchlager nicht vergolten hat.“ Uebrigens vermochte der Arrest in „dez richtters fronvest“, d. h. dem öffentlichen Schuldthurme, mit einfacher Einlegung in eine „vesst“, d. h. Haftzelle im Hause des Gläubigers, auf Ersuchen des letzteren „mit dez richtters gunst“ vertauscht zu werden (F. 50 §. 4). Endlich wurden dem trotz des Haftgedings auf freiem Fusse belassenen Schuldner stets gewisse, gesetzlich genau festgesetzte Hausgeräthschaften und Kleidungsstücke nebst einer kleinen Summe Baargelds (von 36 regensb. Pfennigen) für Haushalt und Lebensucht vom Gläubiger zugebilligt, so „2 leilachen, 1 polster und ein chüss“, ferner einem Manne „1 chitel, 1 einfacher mantel, 2 rintschuh, 1 gürtel und ein abrostens messer“, dagegen einer Frau „2 leinein slair, 2 leinein pfait, 2 filtzschuch und 1 gaissemew chürse.“

31) F. 45 §§. 5, 6: „Ez mag auch ein chint seinem vater noch seiner muter nichtz nötten an irn letzten zeiten, daz sy im geben, ez sey denn ir will da pey; dann ir [der beiden Elternteile] wär ains vor tot, und waz im dasselb geschafft hiet, daz volgt im. Wann sich auch ain chint verheirat an seins vater oder muter willen und wort, oder daz ez in daz ir heimlich oder helleich entreit, so hat ez seinen erbtail verworcht.“ [Dazu s. oben §. 10 Note 7: *Stat. v. 1351.*]

32) F. 49 §§. 7, 8: „Ez mag auch niemand dem andern chein selbscholschaft in sein gewalt nicht erzewgen, dann mit erweysen mit briefen und mit pfantschaft. Ez erbt auch chein porgschaft nicht weder in briefen oder süst, dann sich verschreib ainer auf ainen val ze selbscholschaft, so ist auch der geltter der nachst erb.“ [Zur letzten Stelle vgl. *Münchner Stadtr. Art. 219 S. 86 m. Stobbe, Zur Gesch. des dtsh. Vertragsrechts S. 132 ff.*]

33) F. 48 §§. 1, 2; 49 §. 1. Dazu vgl. Haltaus, Gloss. p. 1338; de Westenrieder, Gloss. p. 368; Grimm, Dtsch. RAlterth. S. 880; Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 1595. Der Beweis über *moltigen Mund* fand statt, wenn jemand „ains toten erben umb gelt schuld . . . über ein halb pfunt, dez im der tod leib schuldig ist“, verklagte und über die Forderung keinen gesiegelten Brief in Händen hatte. Insbesondere gehörten hierher die Fälle: α) wenn sich die Klage gegen des Verlebten Hausfrau und Leibeserben richtete, und der Kläger behauptete, dass sie von dem geliehenen Gelde „mit gas und drunkchen“ hätten oder sonst von der Schuld Kenntniss haben müssten, dies jedoch leugneten; und β) wenn der verstorbene Schuldner „seins geltter gut“, d. h. das ihm geborgte Capital, seiner Ehefrau oder seinen Erben oder seinen Testaments-Vollziehern

bei Lebzeiten übergeben hatte, und diese zwar nicht leugneten, „sy haben dez manns seligen hab und gut ynn“, jedoch vorschützten, nicht zu wissen, dass der Verstorbene „dem man nichtz schuldig sey“, sofern nämlich beide-mal der Gläubiger „brief oder sigel darumb“ nicht besitzen sollte. Vgl. Schröder a. a. O. S. 231 Noten 4, 5. Die Ceremonie des „gerichttens, erweysens, weysens mit siben über moltigen [maltigen, melbigen] mund“, auch dem *münchner* Stadtr. Artt. 16, 53 S. 9, 23 [„swern über moltigen munt; erzeugen über moltige zungen“] bekannt, wird uns nach einem im J. 1442 vorgekommenen Falle sehr anschaulich von Gemeiner a. a. O. III, 126 in folgender Weise geschildert: „Da erhob sich der Kläger mit sechs wohlgeleumten unverworfenen Zeugen, und das ganze Gericht begleitete ihn zu den stillen Wohnungen der Todten. Nach den gehörigen Vorberreitungen hiess ihn hierauf der Richter den rechten Fuss setzen zu den Haupten des Grabes seines Schuldners und drei Finger bei und über dem Grabe aufheben und schwören zu Gott und seinen Heiligen, dass der verstorbene Beklagte ihm wirklich die eingeklagte Summe schuldig sei. Nach diesem hiess der Richter auch die sechs Zeugen dargehen und jedem derselben drei Finger auf den rechten Arm des Klägers legen und zu Gott und seinen Heiligen schwören, dass dieser vom Kläger soeben auf des Verstorbenen todten Leib und modrigen Mund abgelegte Eid ihres Wissens wahr sei und rein und nicht main; und dass auch sie die Zeugen keinen Theil und keine Gemeinschaft daran hätten und auch keine Gemüthszeugen wären; des sollten sie Gott bitten ihnen zu helfen und alle Heiligen.“ Auch s. Gumpelzhaimer, Regensburgs Gesch. I, 455.

34) F. 49 §. 5: Die Frauensperson, welche klagweise vorbringt, dass ihr jemand „ir trew und er genomen und sy genotzot hab über irn willen“, musste beweisen, dass sie sofort, nachdem sie aus des Missethätters Händen und Gewalt gekommen war, „mit abgerissen pentt, mit schreyendem mund, mit gestrewbtem har“ etc. die an ihr begangene Misshandlung öffentlich kund gemacht habe. Vgl. Grimm a. a. O. S. 633. [Wegen der Bestrafung der Nothzucht s. unten §. 14 Note 5.]

35) F. 49 §. 6: „Hat ainew ain chint bey ainem, dez der selb nicht lawgent, daz sol sy daz erst jar ziehen on sein hilff; wann daz jar aus chumt, so sol sy im sein chint haim senden. Sind der chint zway, so sol ir jedweters zu stund ains nemmen.“

36) F. 50 §. 2. Der stadtrechtliche Termin, an welchem man „ainem sein haws absagen“ sollte, war der „Sand Jörgen tag.“

37) F. 50 §. 3: „Hat ainer einen êhalten gedingt auf ein genantew zeit, und wil der êhalt nun vor derselben zeit von der herschaft, daz mag nicht gesein, denn ez gäb di herschaft dem êhalten urlawb; wan ein herschaft gibt seinem êhalten urlawb, wan si wil.“ Dazu s. R. Löning a. a. O. S. 459 Note 2.

38) F. 50 §. 5: „Ein laister den mag niemand gevessten noch sein hab verpieten umb gelt, dann er wär under pann; ist er aber unpannig, so hat

er den rechten geisels weis.“ Der Sinn der Stelle möchte folgender sein: Wer Einlager gelobt, ist von diesem Zeitpunkte an jeglicher anderen Haftung als der geiselweisen entrückt, er müsste denn der vom Gläubiger an ihn ergangenen Mahnung sich einzulegen nicht nachgekommen und daraufhin um dieses Ungehorsams willen gerichtlich mit dem Banne belegt worden sein. Denn alsdann vermochte er wegen jeder wider ihn bestehenden Forderung sowohl „gefestet“, mithin auch mit Personalhaft nach gewöhnlichem Begriffe, als wie mit Güter-Beschlagnahme verfolgt zu werden. Uebrigens kam in Regensburg die Clausel „des laistens in einem erwerigen gasthaus in geisels waiz auf hauptgut und auf den schaden als lang untz er [der Gläubiger] verricht und gewert si seiner vorgeschriben pfenning und alles dez schadens“ häufig, selbst im kaufmännischen Verkehre, z. B. in Geschäftsurkunden der dortigen Hanse, vor. Vgl. *Urk.* v. 1331 b. Plato, Ursprung des Regensb. Hansgrafen-Amtes Num. III S. 29, 30.

39) F. 50 §. 6: „Gibt ainer ainem etwas in treus hant zu behalten von varnder hab, oder leiht im ettwaz von varnter hab, und erlangt er sein recht hintz ienem, so sol man ienem von gerichtzwegen pieten, daz er im daz sein wider geb; und widerstêt iener dem pot, so ist er gein dem richter vellig umb daz wandel, und hat darnach vrist 14 tag. Wan man einen burger pewt von gerichtzwegen, daz sol man durch gelimpfens willen drey stund tun.“ Auch s. F. 37 §. 3: „Enpfihlt ainer einem daz sein in sein gewalt, oder daz er im ez füern oder in hut haben solt, und gibt im darumb seinen lon, und wirt ez zeprochen oder verlorn, er mus im ez geltten; oder er geb im nicht lon, so gult er im sein nicht und nem sich mit seinem aid davon, daz er im ez trewlich verwart hiet als sein aigen gut.“ Vgl. *Münchner Stadtr.* Art. 92 S. 38; *Augsburg.* Stadtr. v. 1276 LVIII, 1 S. 127 (Meyer) mit Stobbe a. a. O. S. 219—26; Löning a. a. O. S. 399, 400, 411, 412 (Note 14), 418 (Note 21).

40) F. 51 §. 2: „Hat ein burger hintz einem gasst icht ze sprechen, man sol dem gast recht besitzen bey scheinnter sonn, ob sein der gast begehrt.“ Vgl. damit *Münchner Stadtr.* Artt. 15, 60 S. 8, 26; *Oberbayer.* Landr. Art. 297 S. 485 (Fr.) und im allgemeinen Osenbrüggen, Die Gastgerichte des dtsh. MAs. (Sep.-Abdr.) S. 18—27. Wegen der Zeitangabe „bei scheinender Sonnen“ s. Grimm a. a. O. S. 813—15.

41) F. 55 §§. 4 ff.: „Man sol einen umb 72 verstolner *dn.* oder hinder 20 *dn.* hawt und har abslahen bey der dewpsawl. Man sol einen umb 3 pfunt *dn.* oder iren wert durch dy zend prenen und darzu an slahen bey der deupsawl. Man sol einen über ein halb pfunt *dn.* oder iren wert ain or absneiden und darzu an slahen bey der deupsawl. Man sol einen umb 12 und 6 pfunt verstolner *dn.* oder iren wert hahen; dewf pey tag umb 12 *dn.* oder iren wert, umb nacht dewf oder umb dewf in padstuben über 12 *dn.* oder iren wert auch hahen. Man sol einen umb recht nottzogen dy awgen awz prechen. Man sol einen mördär ratprechen. Man sol einen rawber chöpfen. Man sol einen chetzzer oder einen prener prenen. Man sol

einen velscher der münsz in öl versieden. Man sol ein unsynnige person, dy einen menschen von dem leben zu dem tode pringt, erdrenkchen. Man sol ein mördäryn oder ein dewppyn über 12 und 6 pfunt *dn.* begraben lebentige und einen stekchen durch si slahen. Man sol einen gotscheltter oder einen, der einen valschen ayd swirt, dy zung an einen haken durch den nakch ausziehen.“ Dazu vgl. Gemeiner a. a. O. II, 282, 83.

Ausser den hier namhaft gemachten Strafarten, von welchen aber einzelne auch eine Ausdehnung auf andere Delicte erfahren haben, wie z. B. die Ertränkung [„in den wack des wassers versenken und darinnen blenden, bis er vom leben kommt zum tode“] auf Bigamie und Religionsschmähung (s. Gemeiner a. a. O. II, 102, III, 459), werden noch in den Quellen als häufig angewandt erwähnt: α. die „domus destructio“ in den *Priv.* 1207 und 1230 §. 2; β. die Stadt-Verweisung, wenn als „ewichlich“ erkannt, mit Friedlosigkeit verbunden [„si sulen auch deheinen frid haben, ob si her inchoment, weder in chlöstern noch in chorherrn häusern, noch in vitztum häusern noch in ritter häusern noch in deheinen andern häusern; swer si darüber behaltet, der mag hundert pfunt geben oder man breche in die häuser uf di erde“], und immer „den montag vor vesper“ beginnend, eintretend z. B. bei Münzfälschung und Lästerung des Magistrats (s. Gemeiner a. a. O. I, 429, 463, II, 103); γ. das Verbot des Raths- und Gerichts-Besuchs sowie Harnischtragens während bestimmter Zeit z. B. von 5 Jahren wegen Ladens eines Bürgers „hintz hof auf den kampf, das wider der stat recht war und ist“ (s. Gemeiner a. a. O. I, 454, 55); δ. die Thürmung oder Einlegung in den Gissübel, d. i. das Thurmgewölbe von Sanct-Paul (s. dens. II, 135), sowie die Einsperrung in das s. g. Narrenhäuslein am Rathhause, wie sie besonders an nächtlichen Ruhestörern vollzogen ward (s. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 189; W. Schratz, Die Antoniter-Balley Regensburg, Sep.-Abdr. 1888, S. 7 m. Note 1); ε. der Haus-Arrest bei unsittsamen Frauen, welche „ein ganzes Jahr nicht aus ihrem Hause gehen sollten, ausser zur Beicht und zu Gottes Leichnam und nach ihrer Nothdurft ins Bad, oder wenn ihre Mutter oder Schwester auf dem Tod lägen“ (s. Gemeiner a. a. O. II, 156); ζ. die Schupfe, d. i. „das von der schupffen werfen in die patzenhüll“, bei Personen, welche „uberredet werden, das sie ruffiane seyen,“ und bei Bäckern, welche zu leichtes Brod liefern (s. dens. I, 463, 519); η. der Mauer-Zinnenbau, zuweilen bei Gewerbsvergehen anstatt einer Gefängnisstrafe zuerkannt (s. dens. II, 235). Von Geistlichen begangene Stadtfriedensbrüche sehen wir durch den päbstlichen Cardinallegaten, der zufällig die Stadt berührte, nach Antrag des Rathes mit kirchlichen Bussen geahndet. So musste der Domherr Ulrich Bart „zur Stelle sich in's Kloster Tegernsee begeben, daselbst Gott mit Fleiss dienen und die That bereuen und nie mehr von dannen kommen; überdies eine Romfahrt ausrichten und der Seele des Ermordeten zu Trost 30 rhein. Gulden ausgeben und gute Werke verrichten“ (1451). Vgl. dens. III, 191—93 und Janner, Bischöfe III, 490. Uebrigens besaßen Rath und Fünfundvierziger-

Ausschuss das Begnadigungsrecht, dessen Ausübung freilich mitunter lediglich die Wirkung geistlichen Einflusses war, wie in dem Falle des Gattengiftmordes v. J. 1407 bei Gemeiner a. a. O. II, 375, 76. Endlich ward auch vom Asylrechte nicht selten Gebrauch gemacht, und gelten z. B. als solche Freiungsstätten die „Gräd“ von Sanct-Emmeram und die Behausung des herzoglichen Vicedoms. Vgl. dens. II, 286, III 766 ff.

42) Nämlich von Sanct-Peter, Sanct-Emmeram, Sanct-Paul, Sanct-Veit, Sanct-Mang „in der vorstat“, Paring und Rohr.

43) F. 63 §. 4: „Welcher unser burger ainer inzikch beschuldigt wirt, daz hinder ein halb pfunt ist, daz sol er mit sein ains aid gerichten, und der anchlager sol bestäten mit seinem aid, daz er es weder durch neyd noch has noch umb dheinerley veintschaft nicht tu. Ist aber dy inzikh über ein halb pfunt *dn.*, dy sol man gerichtten nach der stat recht selb-sibent, und der anchlager sol aber bestäten, daz er ez nach keins hasz wegen nicht tu.“ Dazu vgl. R. Löning, Der Reinigungseid bei Unge-richtsklagen S. 189—91.

44) Wichtig ist hier vorzüglich die F. 63 §. 7 enthaltene Bestimmung, dass ein „vorsprech“ in Ansehung der ihm von seinem Clienten anvertrauten Geheimnisse sowie der Wahrung des „gehaim“ gegenüber dem anderen Streittheile einem „*peichtinger*“ gleichzuachten sei.

§. 14.

Fortsetzung: b) Das Friedgerichtsbuch.

Den beiden Statuten-Sammlungen schliesst sich noch als eine gegenständlich verwandte, an juristischer Bedeutung aber völlig ebenbürtige Rechtserscheinung das s. g. Friedgerichtsbuch¹⁾ an. Dasselbe ist wahrscheinlich in der Mitte oder zweiten Hälfte des XIV. Jahrhunderts verfasst und zuerst durch den Bürgermeister sammt dem Vierundzwanziger-Ausschusse nur für die zwei nächstfolgenden Jahre publicirt²⁾, dann aber zweifellos als Grundlage der criminellen Rechtsprechung des Friedgerichts das ganze Mittelalter hindurch beibehalten worden. Es begreift ein-undvierzig Artikel und gewährt darin eine annähernd vollständige Darstellung der einzelnen Verbrechenarten und der dafür gedrohten Strafen mit Einfügung einiger Bestimmungen aus dem Bereiche des Criminalverfahrens. Man kann die Reichhaltigkeit seines Inhalts am besten aus den Ueberschriften der einzelnen Satzungen erkennen, weswegen dieselben hier eine Stelle finden mögen. Sie lauten: „I. von der manslacht³⁾; II. slecht ein gewman einen burger⁴⁾; III. notnumfft⁵⁾; IV. von unzucht pey nacht⁶⁾;

V. von haimsuechen ⁷⁾; VI. von untat aus eynem haws ⁸⁾; VII. valsche zeugknuss ⁹⁾; VIII. von vāncknuss in der stat ¹⁰⁾; IX. der seinen geschol vindt ¹¹⁾; X. der in andern hewssern muetwillet ¹²⁾; XI. der in ein leithaws get ¹³⁾; XII. von hafft sweren ¹⁴⁾; XIII. von jagen in ander hewser ¹⁵⁾; XIV. von wandel (der) messer ¹⁶⁾; XV. umb richt gelt ¹⁷⁾; XVI. von den lemt ¹⁸⁾; XVII. umb fliessende wunden ¹⁹⁾; XVIII. von rauffen und slahen ²⁰⁾; XIX. wer erberg lewt rauft ²¹⁾; XX. von scheltworten ²²⁾; XXI. umb auftragen [trinchen und essen] ²³⁾; XXII. umb klagen dem richter umb raufen ²⁴⁾; XXIII. wer ab dem marckt icht treitt ²⁵⁾; XXIV. von geschicht (dew in der stat geschicht ²⁶⁾; XXV. von gewaltt ²⁷⁾; XXVI. von burger red vor dem mayster ²⁸⁾; XXVII. von dem mayster [das er nymant unrechten gewalt thu] ²⁹⁾; XXVIII. umb vesten vor dem richter ³⁰⁾; XXIX. von verworchten gut ³¹⁾; XXX. von frid; XXXI. wo zwen mit einander urlewgent; XXXII. von dem hant frid ³²⁾; XXXIII. von main ayd ³³⁾; XXXIV. pey dem rechten ³⁴⁾; XXXV. von klag ³⁵⁾; XXXVI. von offner red (offentat) ³⁶⁾; XXXVII. von versweygen der fronpot ³⁷⁾; XXXVIII. von rayczen ³⁸⁾; XXXIX. von schelten ³⁹⁾; XL. von verworchten gut vor dem richter ⁴⁰⁾; XLI. von den richtern des frydes.“ ⁴¹⁾ Geschöpft wurde der Stoff hauptsächlich aus den vorausgegangenen Friedbriefen, und auf diese, nicht, wie man zuweilen annahm ⁴²⁾, auf das altbairische Volksrecht, dürften die in den Artikeln I, II, V, XIII, XVI, XVII, XVIII, XX, XXI, XXIII begegnenden Ausdrücke: „zu dem alten recht, nach (zu) dem alten fride (vrid)“, welche einen schon längst festgestellten Bussen-Tarif für alle Arten von Friedbrüchen, dessen Ansätze als unverändert fortgeltend betrachtet werden, voraussetzen und erkennen lassen, zu beziehen sein. Davon mögen sich die ebenfalls mehrmals vorkommenden Allegationen „nach dem gesworn frid“ (XXII, XXXVI) und „als an den prieff stet“ (XXXIV) nur dadurch unterscheiden, dass sie auf Bundbriefe jüngeren Datums hinweisen.

In späteren Handschriften finden sich dem Friedgerichtsbuche hinzugefügt: α) eine Sammlung von dreiunddreissig theils längeren theils kürzeren Satzungen mannigfaltigen, doch vorwiegend strafrechtlichen Inhalts ⁴³⁾, entnommen aus den verschiedenen städtischen Rechtsquellen des XIV. Jahrhunderts, wie Privilegien, Raths- und Wachtgedings-Beschlüssen und geschwornen Briefen. ⁴⁴⁾ Und β) eine Reihenfolge von zehn geschichtlichen Mittheilungen

über Naturereignisse, wie Erdbeben und Seuchen, wichtige politische Begebenheiten sowohl des Reichs, wie Städtekrieg, Landfrieden, als auch speciell Regensburgs, wie den Handel wegen Donaustaufs, endlich bemerkenswerthe peinliche Fälle in der Stadt (z. B. Münzfälschung, Verkauf eines Christenkindes an Juden) aus den Jahren 1301 bis 1387.⁴⁵⁾

Anmerkungen zu §. 14.

1) Gedruckt nach einer Abschrift [„*Daz ist dy Abschrift des Fridgerichts-Puechs daz ayn yeder Frid Richter der Stat Regenspurg Inn hat*“] bei v. Freyberg, Schriften und Urkunden V, 65—77. Ueber gegenständlich verwandte Rechtserscheinungen des XIV. und XV. Jhdts. (von Frankfurt a. M. 1318, Speier 1328, Mainz 1335, 1352, 1430) s. Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VII, 3—7; Stobbe, Gesch. der dtsh. RQuellen I, 499 m. Note 48.

2) *Prooem.*: „Das ist der Satz des frides, des der Maister und die xxiiij zu rad sindt worden von der gemain der purgär, von nu sand Marteins tag uber czway iar zu wehalten auf ir ayde; und was sie in der vrist zu Ratt werden zu pezzern und zu ändern, oder darczu zu setzzen oder dar von zu nemen, des sie veraint, das der stat das peste sey, auff ir ayde, des habent sie gewalt zu tun von der gemain der purger, und sol auch das stät sein pey dem wandel, das dar über gesetzt ist.“

3) Zu Art. I vgl. *Anh.* S. 78 §. 2: „Das ist der stat recht umb ein totslag.“ Die einfache, nicht völlig willenslose Tödtung wird mit Geld gesühnt, und nur wenn der Schuldige „des gutes nicht hat“ und damit auch binnen einer (nach dem *FGB.* „gehalten“ d. h. in Haft hinzubringenden) Frist von dreimal 14 Tagen nicht aufzukommen vermochte, soll „ein tod wyder den andern“ sein oder „ez im dann an den hals gên“. Erwiesene „notwer“ macht von der an den Kläger und an die Stadt zu leistenden, aber nicht auch von der dem Richter gebührenden Busse „ledig“. Des Mordes erwähnt das *FGB.* nicht; dagegen bietet der *Anh.* S. 80 §. 5 darüber folgende Bestimmung: „Wer umb den mortt angesprochen wirt und darumb gevangen wirt, den er getan hat in der stat oder in dem purchfried, hat man die hanthafft, die sol man für recht pringen, und sol der clager wereden, daz er den mortt getan hat in der stat, in dem purgvride oder in dem land, und sullen czwen czu im reden, daz der ayt rain sey und nicht main. Wann daz geschicht, so sol man hincz im richten mit der slaypfen und mit dem rad, und man riht alle weg wol, wie spat es an dem tag ist, über einen mordar, daz sullen die schergen tun.“

4) Der Art. II verbreitet sich über die Körper-Beschädigungen, namentlich Schläge, Lähmungen und Verwundungen, deren sich α) in die Stadt gekommene Landbewohner gegen Bürger, und β) letztere gegen erstere schuldig machen. Nur wenn im Falle α der Verletzte eine durch Bildung

und Rang eines höheren Ansehens geniessende Persönlichkeit („ein beschaiden man und ein piderman“) ist, tritt unabwendlich Bestrafung an Leib und Gut ein; sonst steht es regelmässig ganz im Ermessen des Bürgermeisters und der Vierundzwanzig, ob und wie das Vergehen gebüsst werden soll.

5) Art. III (S. 67): „Wer ein notnumfft wegêt, daz stet im umb das haupt. Wirt aber die clag gestillet mit gut oder mit heirat, so geb (er) 15 pfunt an die stat, dem richter 2 pfunt, den haussgenozzen 1 pfunt. Ist aber, daz die frawe fur den richter kumbt und clagt selb ander mit irem voraid umb notnumfft und wil die pringen selb sibent, die den waffenheiz gehort haben, so gehort chain laugen daruber, man richt es hin zu dem leib. Mag aber sie der siben nicht gehalten, die den waffenheiz gehort haben, so sol er [d. i. der Verklagte] daz pringen mit siben, daz sie zu pet und zu tische und zu kirchen und zu strasse und unbetwungenlichen sey gegangen 14 tag oder mer, so sol er von dem clager ledig sein und sol der stat 4 pfunt schuldig sein und dem richter 1 pfunt; hat er der nicht, so schlecht man im ab die hant.“ (Dazu s. oben §. 13 Note 34.) Die im vorstehenden Art. III niedergelegte jüngere, zweifellos vom canonischen Rechte influirte Auffassung des Nothzucht-Verbrechens lässt einen von den übrigen Stadtrechten des XIII. und XIV. Jhdts. vielfach abweichenden Standpunkt erkennen.

6) Nach Art. IV (S. 67) sollen nächtliche Einbrüche mittels „abprechens“ von Schlössern, Zäunen u. s. w. [vgl. *Augsburg. Stadtr. v. 1276* XCV S. 176 Meyer], sowie Lebensangriffe „umb ir gut“ dem Morde in der Bestrafung gleichgehalten werden.

7) Die Heimsuchung wird im Art. V (S. 67, 68) in die eigentliche und uneigentliche, d. i. ohne gefährliche Absicht („angever“) und gewaltsames Handeln („mit beschaidenheit“) verübte, abgesondert. Erstere erscheint mit Geldbusse und für den Fall der Zahlungsunfähigkeit Abschlagung der Hand bedroht; letztere unterlag lediglich einer concret zu bemessenden Ahndung mit Geld.

8) Der Art. VI (S. 68) fasst zwei von einander völlig verschiedene Delicte: α) den Hausfriedensbruch durch frevelhaftes Eindringen in eine Wohnung und Vornahme räuberischer und gewaltthätiger Handlungen darin ferner β) die Behausung von Aechtern und „verpoten“ Leuten zusammen, und bestimmt, dass der Beschuldigte „sein haus bereden sol mit seinen czwain vingern“, d. h. durch Leistung eines einhändigen Unschulds-Eides sein Haus von der drohenden Niederreissung (s. *Priv. 1207* §. 2 Note c) zu erretten vermag.

9) Art. VII (S. 68): „Wer ainen falschen czeugen frümt, der selb und der der valsch czeug ist, wirt der mit siben glaubhafter man überwunden, der geb 10 pfunt für den aidt und puez enem den schaden, gegen dem er valscher czeug ist gewesen. Hat er des gutes nicht, so slach man im haut und har ab und die zung ann daz hackel.“

10) Der Art. VIII (S. 68) betrifft die widerrechtliche Freiheitsberaubung innerhalb der Stadt, welche Verbannung (Acht) und, wenn der in Gefangenschaft gehaltene ein Bürger war, Confiscation des gesamten Vermögens nach sich zog. Gleiche Bestrafung hatte auch derjenige, gleichsam als „selb schol“, zu gewärtigen, welcher einem aus obigem Grunde Exilirten in der Stadt Herberge gewährte.

11) Nach Art. IX (S. 69) hatte die Weigerung eines Hauswirths, den bei ihm sich aufhaltenden, von seinem Gläubiger entdeckten Schuldner („scholen“) gerichtlich in Haft nehmen („vesten“) zu lassen, zuweilen wohl auch mit der heimlichen Beiseiteschaffung („schupphen“) des letzteren verbunden, Schadens-Vergütung an den Gläubiger und eine Geldbusse an die Stadtkasse zur Folge.

12) Der Art. X (S. 69) setzt die strafrechtliche Behandlung des Heimsuchungs-Delictes in den vorausgegangenen Artt. V, VI (Noten 7, 8) fort und verordnet: α) für leibliche Misshandlung des heimgesuchten „wirts oder seiner lewt oder seiner hausgenozzen“ eine Geldstrafe von 30 Pfund „an die stat uber der purger sacz“, mithin als Zuschlag zu der Busse für Hausfriedensbruch ohne Raufen und Wunden; β) bei Vermögenslosigkeit des Schuldigen Todesstrafe oder mindestens Handverlust — „so sey ein tod wyder den andern, ob es ain tot slag ist, ist es aber ein ander tat, so slach man im ab die hant“; endlich γ) bei ungebührlichem Benehmen („muetwillen“) in den Schenklocalen „offner läwthewsser“ [s. Osenbrüggen, Hausfrieden S. 8 ff.] Hinwegfall der strengen Heimsuchungsstrafen, wofür einfache polizeiliche Ahndung einzutreten hatte.

13) Von der in voriger Note zuletzt erwähnten Bestimmung macht jedoch der Art. XI (S. 69) die selbstverständliche Ausnahme, dass auf denjenigen, welcher „in ein leithaus geht in geuer und mit verdachtem muet“, und dem Wirth und seiner Hausfrau Unbilde zufügt, die vorhin unter litt. α , β aufgeführten Strafsätze Anwendung leiden sollen.

14) Der Art. XII (S. 69) ist dahin zu verstehen, dass derjenige, welcher sich auf Antrag eines anderen in Personalhaft befindet, wenn er dieselbe „legen“ (beseitigen), d. h. sich daraus befreien will, an den Kläger [nachdem dieser durch einen Voreid die Rechtmässigkeit des Haftverhältnisses bestätigt hat] und an die Stadt eine festgesetzte Ledigungsgebühr — natürlich ausser der zu erfüllenden Hauptleistung — entrichten muss.

15) Der Art. XIII (S. 69, 70) ergänzt die Reihe der Hausfriedensstörungen durch Hinzufügung des Falles, wenn „yemant den andern iagt mit offner haisst in ein haws und er im in das haws nachlauft“, wofür Geldbussen an den Kläger, die Stadt und den Hauswirth angedroht erscheinen.

16) Durch den Art. XIV (S. 70) wird das Tragen versteckter („valscher“) Messer, wenn man nicht „ein swertt darczu treitt“, und insbesondere das Führen von Dolchen („mortmezzern“) in der Hose oder anderswo bei namhaften Geld- und beziehungsweise Leibes-Strafen (Ohren-Abschneiden, Hand-

abschlagen) verboten. Vgl. damit *Münchner Stadtr. Anh. VII §§. 44, 91 S. 279, 288.*

17) Gemäss Art. XV (S. 70) sollen in Raub- und Diebstahlsfällen, beträgt der Sachwerth unter 6 Schillingen und 12 Pfennigen, sechs „wirte“, bei höherem Betrage aber zwei „der genannten“ dem Angeklagten als Helfer seines Unschuldseides (s. *Münchner Stadtr. Art. 248 S. 96 m. Homeyer Richtsteig Landrechts S. 467 nr. 5*) zur Seite stehen.

18) Lähmungen werden nach Art. XVI (S. 70, 71) mit drei Geldleistungen gebüsst, welche aber bis auf jene an den Richter bei erwiesener Nothwehr hinwegfallen. Bei Zahlungsunfähigen gilt wieder der Grundsatz, es „sey ein lemp wyder die ander“. [S. oben Noten 3, 12.]

19) Der Art. XVII (S. 71) handelt in 2 §§. von den mit Bluterguss verbundenen Verwundungen, aus deren Mitte wieder „pluetrünst“ und „plut sleg“ in §. 2 besonders hervorgehoben werden. Zu bemerken ist hierbei nur: α) Zwei Hausgenossen und ein Fronbote müssen die Verletzung „geschawen und auff ir aid sagen, daz ein vlissende wunde (da) sey“; β) Nothwehr wird in gewöhnlicher Weise [s. Noten 3, 18] berücksichtigt; γ) Vermögenslosen „slach man haut und har ab“.

20) Geringere Geldbussen schreibt der im übrigen die Bestimmungen des vorhergehenden wiederholende Art. XVIII (S. 72) für die Körperbeschädigungen durch Raufen und trockene Schläge, mithin unblutiger Art, vor.

21) In Bezug auf solche Misshandlungen verordnet dann der Art. XIX (S. 72), dass sie „an erbergen lewten“ verübt zur Competenz des Bürgermeisters und der Vierundzwanzig gehören sollen.

22) Gewöhnliche Schmähworte, gegensätzlich zu den im Art. XXXIX behandelten qualificirten Lästerworten, ziehen nach Art. XX (S. 72) mässige Geldbusse oder Bestrafung an Haut und Haar nach sich.

23) Die Worte des Art. XXI (S. 72): „Wer den andern schuldiget umb aufgetragen trinchen und essen“ lassen sich offenbar nur dahin deuten, dass jemand die ihm anvertrauten Getränk- und Speisevorräthe in seinen eigenen Nutzen verwendet oder sonst veruntreut habe. In der Strafbestimmung wird sich lediglich den Artt. XVII—XX angeschlossen.

24) Der Art. XXII (S. 72, 73) scheint nur sagen zu wollen, dass in den Fällen der Artt. XVIII, XX, XXI das Recht der Begnadigung [„gnade daran zu tun“] regelmässig bei dem Richter, ausnahmsweise aber, wenn nämlich der Verurtheilte ein Bürger der Stadt ist, „auf der chamberär aid“ stehen soll.

25) Entwendungen von Markt-Waaren ahndet der Art. XXIII (S. 73), abgesehen von dem zu leistenden Schadensersatz, mit Geldbusse oder an Haut und Haar.

26) Der Art. XXIV (S. 73) bespricht die in der Stadt durch Einzelne verursachten und dann auch gegen Einzelne gerichteten Bürger-Unruhen,

und verlangt, dass derjenige, welchem „dew geschicht wydervertt“, mit Unterstützung seiner Freunde vor Gericht „ain recht vodere“, und dass ihm, sofern er selbst dies unterlässt, die völlige Austragung der Sache im Wege Rechtens dreimal angeboten werde. Geht er hierauf das erste und das zweite mal nicht ein, so treffen ihn Festnahme und Geldbusse. Verweigert er auch zum dritten mal, Recht zu nehmen: so erkennt eine erhöhte Geldstrafe der Bürgermeister mit den Vierundzwanzig, und sie wird von den Kämmerern eingenommen oder durch Handabhauung ersetzt. „Ist aber, daz er entweichet und von der stat vertt, so sol er nymmer wyder in die stat chomen.“

27) Der Art. XXV (S. 73, 74) erklärt, dass, wer einer Person, welche einem anderen „gewalt oder laitt“ zugefügt hat, sich annimmt, insbesondere durch Aufenthalts-Gewährung „lenger dann über nacht“, Abwehr gerichtlicher Haftnahme und Fluchthülfe, für den Schuldigen „püzzen sol darnach und die schuld ist, die er getan hat“.

28) Frevelhafte Belästigung der städtischen Strafbehörde, nämlich des Bürgermeisters und Vierundzwanziger-Ausschusses, durch ungeeignetes oder überflüssiges Geschwätze in den Verhandlungen wird mit einer Geldbusse von 10 Pfund oder an Haut und Haar nach Art. XXVI (S. 74) bestraft.

29) Der Art. XXVII (S. 74) betrifft das Hülspersonal des Richters und des Bürgermeisters, welches aus „wolgeczogen lewten“ bestehen und niemand „ungerechten gewalt tun“ soll.

30) Der Art. XXVIII (S. 74) bezeichnet die Vorsichtsmassregeln, unter welchen eine gerichtliche Verfestung zu vollziehen ist, nämlich α) die Zuziehung von einem oder von zwei Genannten, sowie des Hauswirths des zu Festenden; und β) die Unterstellung des Gutes des letzteren unter schützende Aufsicht, so dass derjenige, welcher „seins guets icht nymbt oder austreit“, für „ainen strazzrätber“ angesehen werden soll. Vielleicht ist die zweite Bestimmung des Artikels zu corrigiren, und anstatt „und sullen nymant seins gutz austragen“, zu lesen: „und sullen yemand seins gutz auftragen“. Dann wäre damit eine richterlich anzuordnende cura bonorum gemeint.

31) Nach Art. XXIX (S. 74) darf der Bürgermeister bei Vermeidung vollen Ersatzes und einer Geldbusse keinem zu einer Geldstrafe verurtheilten eigenmächtig („von sein selbs schulden“) einen Nachlass an dem „verworchten gut“ gewähren.

32) Die Artt. XXX—XXXII (S. 75) beziehen sich α) auf den Anklage- und Reinigungseid bei gemeinen Friedbrüchen; β) auf die Verletzung eines gebotenen und daraufhin angelobten Friedens durch die „helffär“ der Hauptparteien; und γ) auf die „wydersagung“ d. i. Annahme-Verweigerung eines s. g. Handfriedens „ê des tags als er genomen ist“.

33) Art. XXXIII (S. 75): „Wer vor den purgern und den richtern ainen mainen ait swertt, der yemant an leib oder an gut gê, und wirt er des überwunden mit siben glaubhaftigen lewten, der pueze geistlichem ge-

richt zu dem ersten, und gelt dem den schaden, dem er sein gut ab hab
gesworn, und geb darczu 10 pfunt an die stat; hat er des gutes nicht, so
slach man im ab die hant.“

34) Der Art. XXXIV (S. 75, 76) schreibt vor, dass täglich wenigstens
Einer der Kämmerer mit dem dazu bestimmten Schreiber (im Rathhause)
zu Gericht sitzen müsse. Die Stelle erscheint aber bedenklich, da es im
XIV. Jhdt. nur einen Kämmerer gegeben hat. Vielleicht ist „aine“
d. i. allein zu lesen.

35) Der Art. XXXV (S. 76) normirt für die Klagen um Schuld zwei
dem Kläger obliegende Eide, nämlich den Chikane-Eid („daz er in nicht
an mutwille“) und bei dessen Verweigerung den Rechtfertigungs-Eid („daz
er in gar unschuldig wizz“), mit welchem letzteren die Erlegung des
„wandels“ wegen grundloser Angehung des Richters verbunden wird.

36) Der Art. XXXVI (S. 76) gebietet bei allen, ein strafbares Ver-
schulden („schulde“) ausprägenden und innerhalb der Stadt vorkommenden
„offentaten“, sofern sie „gewiz“ sind, selbstwilliges Einschreiten des Ge-
richts, gleichviel ob der dabei Geschädigte „clagt oder nicht“, während
bezüglich nicht offenbarer Vergehensthaten es im Ermessen des Bürger-
meisters und der Vierundzwanzig stehen soll, ob ein Verfahren eingeleitet
werde oder nicht.

37) Nach Art. XXXVII (S. 76) werden Fronboten, welche in der
Stadt und im Burgfrieden vorkommende Delicte („schuld“) der zuständigen
Obrigkeit nicht anzeigen („nicht für pringent“), als „mainaidt“ mit einer
Geldbusse belegt.

38) Art. XXXVIII (S. 76, 77): „Wer der ist, der ainen piderman
raiczet und in darczu pringet mit seiner raitzhait und mit seinen unczuchten,
mag der piderman sich des wereden vor dem maister und vor den xxiiij,
daz er [der Verletzte] ez mit unczuchten an in [den Verletzer] pracht
hab, ob er im icht tue, daz stê an in, ob sie in haizzen püezen oder nicht.“

39) Art. XXXIX (S. 77): „Wo in der stat yemant schiltet unssern
herrn und sein heiligen, wirt er des überwunden mit czwain oder mit mer
vor dem maister und vor den xxiiij, den lemp man an der czung; und wer
den für bringt durch got oder durch des rechten willen, dem geben di
purger und die chamerrär ein halb pfunt; und wer das scheltwort horet,
er sey arm oder reich, der sol ez melden bey dem aid und er swer. Wel
sich der scheltär weren, waz sie im dann tunt, die in vahn wellent, mit
slegen oder mit stozzen oder mit rauffen, daz nicht fliessend wunden haissent,
der sey dem gericht nichtz schuldig.“

40) Gemäss Art. XL (S. 77) hat der Kämmerer verwirkte Straf gelder
binnen 14 Tagen einzufordern; werden sie in dieser Frist nicht berichtet,
sind für jeden nachfolgenden Tag 12 Pfennige zuzulegen.

41) Nach Art. XLI (S. 78) gehört alles, „daz der stat zu gevär ge-
schicht und dem gesworn vride“, also jegliche die Ruhe und Ordnung der

Stadt gefährdende Handlung zur Rechtssprechungssphäre des Vierundzwanziger-Ausschusses.

42) Vgl. Zöpfl, Dtsch. RGesch. I, 13 Note 19.

43) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 77—84. Hervorzuheben sind hier ausser den bereits an anderer Stelle erwähnten Bestimmungen und zwar α . aus dem criminellen Gebiete jene über Mordbrand S. 80 §. 2, Strassenraub S. 81 §. 1, handhaften Diebstahl S. 81 §. 4, S. 83 §. 3 und Bürger-Verhaftung in Verbrechensfällen S. 78 §§. 3, 4, S. 79 §. 1; ferner β . aus dem Bereiche des Civilrechts jene über zehnjährige an Stadterbgütern Platz greifende Ersitzung S. 79 §. 4 m. *Frideric.* 1230 §. 7, Lehens-Ansprache S. 79 §. 5 und Ersatz für zu Grund oder verloren gegangene Faustpfänder S. 81 §. 2; endlich γ . von processualischen Materien das „gedingen der urtail von den gerichtten auf das haws für den rat“, d. i. die Berufung an den Stadtrath als Appellations-Instanz S. 79 §. 2, S. 83 §. 1.

44) z. B. S. 82 §. 6: „des hat die stat ainen brieff (von) dem chaiser ludweygenn“; S. 83 §. 1: „das stet in der Guldeinen hantvest, die Kaiser ludweig, (der) herczog in Obern und in Nidern Baiern ist gewesen, gegeben hat“. — S. 83 §. 4: „das ist der wacht recht“; S. 84 §. 3: „es ist der wacht recht“ [welche beide Satzungen Bauverhältnisse betreffen]. — S. 81 §. 5: „es habent die pürger und der rat ainen gesworn brieff“; S. 82 §§. 3, 4: „es hat die stat gesworn brieff, czwen gesworn brieff“.

45) Gedruckt bei v. Freyberg a. a. O. S. 84—88. Die einzelnen berichteten Thatsachen fallen in die Jahre 1348, 1301, 1358, 1380, 1387, 1384, 1357, 1356, 1348.

Dritter Abschnitt.

Grundzüge der regensburgischen Stadt-Verfassung.

§. 15.

Das Stadt-Gebiet.

Nordwärts von der Donau bespült, dehnte sich im XIII. und XIV. Jahrhunderte zwischen dem Ostenthore (porta orientalis), dem Sanct-Emmerams- und Sanct-Peters-Thore im Süden, sowie dem Rosalint-Thore (porta occidentalis) und dem späteren Sanct-Jacobs-Thore im Westen¹⁾ die eigentliche „*civitas Ratisponensis* — *diu stat ze Regenspurch*“ mit ihren Ringmauern, Gräben und

Thürmen aus. Sie spaltete sich in die Alt- und Neustadt, von welchen die erstere die ehemaligen Königs- und Pfaffen-Gaue, die letztere den einstigen pagus mercatorum in sich begriff.²⁾ Man bezeichnete diesen Raum urkundlich mit „*infra terminos pacis s. infra muros civitatis Ratisponensis*“³⁾, als „*purickfride, purchding*“⁴⁾, „*purchveld*“⁵⁾, und setzte ihm alles entgegen, was „in vicino et foris extra fossatum“⁶⁾, was „in dem lant“⁷⁾ gelegen war. Allmählig, und zwar seit dem Ausgange des XIII. Jahrhunderts, wurden jedoch zur Stadt als Bestandtheile derselben auch die sie von drei Seiten umgebenden Vorstädte, suburbia s. suburbana, gerechnet, nämlich das orientale (Osterburg)⁸⁾, das occidentale (Westerburg)⁹⁾ und das suburbium ante portam sancti Petri.¹⁰⁾ Noch weiter erstreckte sich im XV. Jahrhunderte der Umfang Regensburgs, als es jenseits der Donau „den oberen Werd . . . und die Herrschaft am Hof, soweit dieselbe mit ihren drei Schranken vermarktet war“, d. h. mit den Gerichten Stadtamhof, Winzer und Regen, hinzuerwarb¹¹⁾, so dass allda auch das regensburgische Statutarrecht, sowie eine vom Rathe im Jahre 1440 erlassene eigene Gerichts-Ordnung zur Geltung gelangten.¹²⁾ Uebrigens waren innerhalb der Stadtmark drei ansehnliche Immunitäts-Bezirke befindlich, jene der Fürstabteien Sanct-Emmeram, Ober- und Niedermünster.¹³⁾ Die Grundholden der beiden letztgenannten Frauenklöster genossen insbesondere gegen ein Weihnachts-Reichniss an den Schultheissen in der Stadt, wenn sie dahin um der Leistung ihrer Abgaben oder um einer peinlichen Gerichtsverhandlung willen kamen, Frieden und Geleite.¹⁴⁾ Ein ausserhalb der Burgfriedensgrenzen gelegenes Stadt-Territorium besass Regensburg nicht. Nur vorübergehend hatte es während des XIV. Jahrhunderts in Folge wiederholter Verpfändungen die hochstiftische Grafschaft Donauauf¹⁵⁾ in Besitz.

Anmerkungen zu §. 15.

1) Ueber diese Grenzpunkte, namentlich Stadt-Thore, vgl. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 58, 51 (60), 57, 48, 57, 59.

2) Vgl. *dens. a. a. O.* S. 55. [Auch s. Beitr. I, 215.]

3) *Priv.* 1230 §§. 7, 6, 8.

4) In gleicher Bedeutung findet sich „burggeding“ auch in anderen bayerischen Stadtrechtsquellen. Vgl. z. B. das neue Burggedings-Verzeichniss der Stadt *Velburg* v. 1592 b. J. Brunner, Kurzgefasste Beschreibung des Schlosses und der Stadt Velburg (1811) S. 120 ff.

5) So das *Salbuch des Stiftes Niedermünster* (Ausg. von Höger) S. 10 Z. 21; S. 12 Z. 3.

6) *Priv.* 1230 §. 8.

7) *Anh. z. FGB.* S. 81 §. 1 Z. 2: „in dem purickfrid oder in dem lant, auff des reichs strasse.“

8) Vgl. Graf v. Walderdorff a. a. O. S. 61.

9) Vgl. *dens.* a. a. O. S. 59.

10) Vgl. C. Will, Ueber den Namen „Weih sanct Peter“ (Sep.-Abdr. 1885) S. 6—11.

11) Vgl. Gemeiner, Chron. III, 718 (nr. 7 von 1486), 863. Ueber die pfandschaftliche und nachher kaufweise Erwerbung von *Stadtamhof* [1408, 1479, 1483], die Rechte des Rathes in dieser Vorstadt, worüber sich der *Recess* v. 1395 [edirt von W. Schratz in den Verhdl. des histor. Vereines von Oberpfalz und Regensburg XLII, 297—300] verbreitet, und die derselben von Kaiser Ludwig IV. 1321 und Herzog Albrecht IV. von Bayern 1479 ertheilten Freiheiten s. Gemeiner a. a. O. II, 378, 79; III, 631, 662 255; I, 522; III, 631 mit Voltolini in der Bavaria II, 614.

12) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 106.

13) Vgl. Ficker, Vom Reichsfürstenstande I, 343.

14) *Stadtr.* B. S. 41 §. 5: „Meiner frawn von nydermünster und von obermünster awsläut habent frid und glaitt mit dienst, mit gült und zu ehaften teidingen von der dreier sach wegen, darumb gibt ir jedweder dem schulthaiss an dem heiligen abent ze weihnachten 1 pfunt *dn.*“

15) Die Gerichtsstandsverhältnisse der Bewohner von Donaustauf und der regensburger Bürger in Geldschuld- und Liegenschaftsstreiten wurden in der Zeit, da der fragliche Ort dem Kaiser Karl IV. pfandschaftlich zugehörte, durch einen Vertrag von 1368 [Gemeiner a. a. O. II, 151, 52] geregelt. Der Markt „Thumbstauf“ erhielt, nachdem das Ländchen 1481 an Bayern übergegangen war, vom Herzoge Albrecht einen ansehnlichen Privilegienbrief v. 1494 (Gemeiner a. a. O. III, 843). Vgl. die Schrift „Versuch einer Geschichte von Stauf an der Donau, auch Thumstauß oder Donaustauf genannt, aus urkundl. Quellen und geschichtl. Sammlungen bearbeitet“ in den Verhdl. des histor. Vereins f. d. Regenkreis Bd. II. S. 355 ff. Auch s. Janner, Bischöfe III, 58, 180, 391, 93, 609.

§. 16.

Die Gerichts-Verfassung.

In der Organisation des Gerichtswesens in Regensburg lässt sich den ganzen hier in Betracht kommenden Zeitraum des Mittelalters hindurch die den Rechtszustand der Stadt besonders charakterisirende „merkwürdige Duplizität der öffentlichen Gewalt“¹⁾ wahrnehmen und verfolgen.

Was nun zuvörderst die hierher bezüglichen Bestimmungen im *Fridericianum* von 1230 betrifft, so bildet danach den eigentlichen Mittelpunkt der städtischen Rechtshandhabung das *publicum placitum*, Ehteding²⁾, welches jährlich dreimal unter dem Vor- sitze des Burggrafen Namens des bayerischen Herzogs und drei- mal unter der Leitung des Domvogts im Auftrage des Bischofs gehegt wurde. Denn dass hier an eine gleichzeitige gemeinschaft- liche Thätigkeit der beiden erwähnten Beamten, so dass dieselben als eine ständige combinirte Justizbehörde anzusehen wären³⁾, nicht gedacht werden dürfe, erhellt schon aus den Schlussworten der massgebenden Privilegs-Stelle: „quod [sc. placitum] *utrique* illorum habere debent tantummodo ter in anno.“⁴⁾ In welcher Aufeinanderfolge aber die sechs Gerichtsversammlungen stattge- funden haben, sagen uns die Quellen ebensowenig, als wie das Burggrafen- und Vogtsding, abgesehen von den vorsitzenden Personen oder deren Stellvertretern, dem Schultheissen und Probeste, besetzt war. Doch versteht es sich von selbst, dass die Urtheils- Finder⁵⁾, auch wenn der Domvogt den Gerichtsstab führte, Bürger von Regensburg sein mussten, schon um deswillen, weil die straf- und civilrechtliche Competenz des *publicum placitum* insbesondere auch, was im Rechtsbriefe ausdrücklich betont wird, die Möglich- keit, Achturtheile über Bürger zu verhängen, in sich einschloss.⁶⁾

Dem geschilderten Ehtedinge gegenüber standen drei Sonder- gerichte, nämlich a) das *judicium civitatis*, Stadt-Gericht i. e. S.⁷⁾, wahrscheinlich ebenfalls vom Burggrafen, aber diesmal vermöge seiner eigenen Amtsgewalt, dirigirt⁸⁾, mit einer blos auf gewisse Rechtsverhältnisse eingeschränkten Zuständigkeit, indem als seiner Verhandlung und Bescheidung unterliegend nur angefochtene Be- schlagnahmen und Pfändungen von Gütern in Bürgerhäusern sowie Bau- Ueberschreitungen in der Umgebung der städtischen Befestigungswerke aufgeführt werden.⁹⁾ b) Das im *Fridericianum* mit Schweigen übergangene, aber in seiner Existenz unbestreitbare *judicium maioris advocati*, Domvogtei-Gericht i. e. S., der regel- mässige Gerichtsstand der im Immunitätsbezirke der bischöflichen Kirche gesessenen weltlichen Stadtbewohner (Stiftsleute) in Civil- streiten und Rügesachen¹⁰⁾, worin der Domvogt oder ein Probst den Vorsitz hatte, während als Beisitzer wohl hochstiftische In- sassen fungirt haben mögen. Und c) das *judicium in solenni curia ducis*, Herzogs-Gericht i. e. S., welches nur im Anschlusse an einen abgehaltenen Hoftag, in der Hofburg, und zwar unter

dem persönlichen Präsidium des Herzogs Recht sprach, und jedenfalls vorzugsweise auch die Aufgabe einer Beschwerde- und überhaupt höheren Instanz im Verhältnisse zum Ehteding erfüllte. Seine rechtfindenden Beisitzer mussten, je nachdem die Parteien oder mindestens Beklagten Ministerialen des Bischofs oder städtische Bürger waren, selbstverständlich dort aus der Mitte der Dienstmannen, hier aus der Bürgerschaft genommen werden.¹¹⁾

Seit dem XIV. Jahrhunderte traten in dem eben erörterten Gerichts-Organismus durchgreifende Wandlungen ein, ohne dass sich aber dadurch schon alle Spuren jener Zertheilung der Rechtspflege unter zwei jurisdictionelle Gewalten völlig verwischt hätten. Wir erkennen dieselbe vielmehr noch einigermaßen in den beiden Hauptgerichten der Stadt, dem Schultheissen- und Probstgerichte.

Das erstere¹²⁾ war mit dem herzoglichen Schultheissen-Amte verbunden, dessen Träger auch Namens des Herzogs, verbeiständet von einer bestimmten Zahl der unten §. 22 näher zu betrachtenden Hausgenossen, präsidirte. Ausser ihnen und dem erst später erwähnten Schreiber, welcher „in daz gerichttpuch schreibt“, gehörten noch ein „erbarer“ Fronbote und ein die Todes- und die Leibesstrafen vollziehender Henker („haher“)¹³⁾ zur ordnungsmässigen Besetzung des Gerichts, dessen Competenz sich über alle nicht kirchlich eximirten Stadtbewohner und sämtliche Arten von Civil-Rechtshändeln und Verbrechensfällen mit Einschluss geringerer rechts- und sittenwidriger Handlungen¹⁴⁾ ausdehnte. Uebrigens war das namhafte Einkünfte¹⁵⁾ abwerfende Schultheissengericht schon frühe und dann fortwährend Gegenstand von Verpfändungen, so zunächst an den Bischof, dann an einzelne patrizische Geschlechter, wie die Zandt und Gumprecht, endlich an die Stadt selbst, und zwar an diese zuerst bloß auf festgesetzte Zeitabschnitte, z. B. von sechs und fünfzehn Jahren, nachmals aber ohne solche Zeitbegrenzung¹⁶⁾, bis endlich Herzog Albrecht IV. von Bayern in der früher bereits angedeuteten Weise den ihm unbequemen städtischen Pfandnexus gelöst hat.¹⁷⁾ Während dieser Verpfändungs-Perioden übte nun der Rath der Stadt, welcher aus den Händen des Herzogs unentgeltlich den Blutbann zu empfangen pflegte¹⁸⁾, allein die Befugniss aus, den „Richter“, welcher an der „Schranne“¹⁹⁾ den Vorsitz führte, durch Wahl zu bestimmen, was in der Regel stets nur auf zwei Jahre geschah.²⁰⁾

Das mit dem Probst-Amte verknüpfte s. g. Probst-Gericht

hingegen war bischöflich und in Beziehung auf seine subjective Zuständigkeit, die Stelle des alten domvogteilichen Sondergerichts einnehmend, auf einen bestimmten, in irgend einer Abhängigkeit vom Hochstifte befindlichen Personenkreis beschränkt, welcher im Verlaufe der Zeit manchen Schwankungen unterlag und gegen das Ende des XV. Jahrhunderts auf wenige, im ganzen 37, Familien reducirt erscheint.²¹⁾ Bezüglich seiner objectiven Competenz mag es sich aber vom Schultheissengerichte kaum wesentlich unterscheiden und gewissermassen den Thätigkeitsumfang des früheren Echedings des Domvogts beibehalten haben. Denn das Probstgericht fällte auch Strafurtheile, z. B. über jüdische Religions-Lästerer²²⁾, und durfte sich zur Vollstreckung derselben sogar des städtischen Henkers bedienen.²³⁾ So kommt es, dass es urkundlich geradezu als „Halsgericht“ bezeichnet wird.²⁴⁾ Besetzt war es aber mit einem vom Bischofe, vermuthlich meist aus der Zahl seiner Dienstmannen²⁵⁾ gewählten Probst-Richter und dem erforderlichen Hülfspersonale, z. B. Beisitzern und Fronboten, wahrscheinlich genommen aus der Mitte der Stiftsleute. Auch dieses Gericht sammt den daraus fliessenden bedeutenden Gefällen²⁶⁾ ging nun schon frühe in weltlichen Besitz über, so leibgedingsweise an die angesehene Ministerialen-Familie Donauer [Tunauer 1352, 1371]²⁷⁾, dann pfandweise an Hans Reich (1380)²⁸⁾, hierauf (1385) wieder an die zuerst genannte Sippe²⁹⁾, und durch diese endlich an den städtischen Rath, welcher dann nach seinem Ermessen die Laienrichterstelle besetzte, jedoch dadurch, dass er sie dem Sohne des Schultheissen verlieh, den ersten Grund zur nachmaligen ständigen Vereinigung des Probstgerichts mit dem Schultheissengerichte, mithin zur Aufhebung des ersteren legte.³⁰⁾ Seitdem gab es in Regensburg nur noch ein einziges bischöfliches Gericht, competent als *forum ordinarium cleri in rebus ecclesiasticis*, und namentlich als geistliches Strafgericht noch im XV. Jahrhunderte ausdrücklich vom Kaiser anerkannt und bestätigt.³¹⁾ Die Rechtsprechung war übrigens von früheren Bischöfen an das Dom-Capitel übertragen worden, wogegen später Bischof Johann I. energisch protestirt hat, freilich ohne günstigen Erfolg, indem durch Bescheid des gegnerischerseits angerufenen päbstlichen Legaten die „*turbata capituli iurisdicatio*“ wieder hergestellt und neuerlich confirmirt ward.³²⁾

Neben den beiden oben beschriebenen Hauptgerichten bestand in Regensburg speciell für Abwandlung von Friedbruchssachen

das s. g. Fried-Gericht, und zwar ebenfalls in der Doppelgestaltung eines herzoglichen und bischöflichen, wie sich daraus ergibt, daß sowohl der Bischof an städtische Bürger, wie die Reich'sche Familie³³⁾, als auch der Herzog, dieser an die Stadt selbst³⁴⁾, Verpfändungen des Friedgerichts vorgenommen haben. Unzweifelhaft bildete aber dasselbe — allerdings unbeschadet seiner nicht zu leugnenden Selbständigkeit³⁵⁾, z. B. in Bezug auf die Zeit der Abhaltung und Form des Verfahrens — einen Ausläufer des Schultheissen- und Probstgerichts, mit welchen es daher auch wohl in der Besetzung und Leitung übereinstimmte.

Einen erheblichen Umschwung erfuhr nun das regensburgische Gerichtswesen durch die Entwicklung einer eigenen specifisch-magistratischen Jurisdiction. Als Organe einer solchen, jedoch mehr mit dem Charakter durch besondere Vorgänge veranlasster, bloß vorübergehender Erscheinungen bekleidet, können schon a) der Fünfer-Ausschuss, welchen der *Bundbrief* v. 1330 zu dem Zwecke „um alle feindschaft oder auflauff in der stat ze zerlegen und freundschaft ze machen“ angeordnet hat³⁶⁾, sowie b) der Friedsatzungs-Ausschuss der Vierundzwanziger, welcher vorzüglich im alten Friedgerichtsbuche eine hervorragende Rolle spielt³⁷⁾, erwähnt werden. Allein eine ungleich höhere und dauernde Bedeutung muss dem s. g. Raths-Gerichte³⁸⁾ beigelegt werden, welches zweifellos, wie in anderen deutschen Städten³⁹⁾, zunächst dafür Sorge tragen sollte, dass der jedem Bürger stadtrechtlich garantirte, vornehmlich in jederzeit zu gewährender Gerichtshülfe sich kundgebende Rechtsschutz auch zu vollkommener Verwirklichung gelange. Das Rathsgericht erscheint demnach als die einzige eigentliche, den Bürgern, aber nur in Rechtsstreiten mit ihresgleichen zugestandene und privilegienweise⁴⁰⁾ gewährleistete Ober- oder Berufungs-Instanz⁴¹⁾ in Beziehung auf die untergerichtlichen, d. h. von dem an die Stadt übergegangenen Schultheissen- und Probstgerichte gegebenen Rechtsentscheidungen, womit aber keineswegs gesagt sein soll, dass es nicht auch in dazu geeigneten Fällen eine erstinstanzliche Thätigkeit hätte entfalten können. Die Gerichtsstätte war das Rathhaus; die Rechtsprechung ging vom Rathe, d. h. in der Regel vermuthlich von einer Deputation desselben⁴²⁾ und nur in einzelnen Ausnahmefällen vom Gesamt-Collegium⁴³⁾ aus. Uebrigens war die Einbringung einer Rechtssache bei dem Rathe stets dadurch bedingt, dass der mit Beschwerde oder Klage auftretenden Partei zwei

Hausgenossen, deren Bitte um Gehör unterstützend, zur Seite standen.⁴⁴⁾

Anmerkungen zu §. 16.

1) So Gaupp, Stadtr. I, 161.

2) Irrthümlich wollen darin Gemeiner, Chron. I, 822 und Langoth, Skizze S. 15 das s. g. Burggeding (s. unten §. 21) erkennen.

3) Für eine solche permanente Gemeinschaftlichkeit des Gerichtsvorsitzes liesse sich, wie dies auch Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 53, 56 gethan hat, das *Innungs-Statut* v. 1244 [s. §. 12 Noten 6, 7] anführen. Seiner Feststellung war nämlich eine Prüfung und richterliche Entscheidung (eigentlich gutachtliche Aeussierung) darüber, was als „alte gewonheit, ius antiquum“ der fraglichen „handwerchsleute“ von den drei Gewerken anzusehen sei, vorhergegangen und damit ein „auff der burger haus, in domo civium“ tagender Beamten-Ausschuss betraut worden, an dessen Spitze allerdings der Schultheiss Leutwin bei der Capellen und der Probst Heinrich unter den Wahlen („inter Latinos“) gestanden haben. Allein es handelte sich hier ja gar nicht um eine reguläre Gerichtssitzung behufs der Entscheidung eines gewöhnlichen Streithandels, sondern um einen ausserordentlichen Commissions-Act, welcher eine ebensowohl die Interessen des Herzogs wie jene des Bischofs berührende Angelegenheit betraf, weswegen die Betheiligung der beiderseitigen Justizbeamten gewissermassen geboten war. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass noch zwei weitere „iudices“ in den Personen des Ortlieb an der Haide und Leutwin Süss („dulcis“, Suezze) hinzugezogen worden sind, gewiss ein auffälliges Unterscheidungszeichen dieser amtlichen Verhandlung von einem publicum placitum.

4) *Priv.* 1230 §. 10. Dazu Gaupp a. a. O. S. 161, 62 und Janner Bischöfe II, 357, welcher aber auch dabei an das „allgemeine Burggeding“ denkt.

5) Da gemäss dem *Frideric.* l. c. dem Vorsitzenden lediglich die „sententiae promulgatio“ zukam, musste nothwendig die Findung des Rechtsspruches in anderen Händen liegen, und es lässt sich darum das Walten einer Art von Schöffen-Thätigkeit für diese Zeit nicht von der Hand weisen, wie sie denn noch deutlicher im *Priv.* cit. §. 9 hervortritt. Vgl. Rosenthal, Gesch. des Gerichtswesens Baierns I, 186.

6) Ueber einen Bürger vermochten nach der oben angeführten, Privilegs-Bestimmung nur „concives et non alii“ einen Rechtsspruch abzugeben.

7) Arnold, Freistädte I, 378 ff. erklärt dagegen das jud. civit. für „das niedergesetzte Stadtfriedensgericht, dessen Mitglieder die denominati sind“.

8) Es lässt sich dies aus dem Umfange der amtlichen Wirksamkeit des regensburgischen Burggrafen (Beitr. I, 149) schliessen. Uebrigens mag

auch hier, wie ehemals der subvicarius für den vicarius, so der Schultheiss für den Burggrafen meist im Stadtgerichte den Vorsitz stellvertretungsweise geführt haben. Vgl. Gaupp a. a. O. S. 162.

9) *Priv.* 1230 §. 3 m. §. 5 „civitati“ = iudicio civitatis; §. 8.

10) Vgl. Mayer, *Gesch. der Burggrafen* S. 16, welcher übrigens dem Domvogte über die kirchlichen Hintersassen auch den Blutbann zuspricht.

11) *Priv.* 1230 §. 9. Was hier nur von den Bürgern gesagt wird, muss nothwendig auch von den ministeriales ecclesiae gelten. A. M ist Rosenthal a. a. O. Note 4.

12) Ueber das Schultheissen-Gericht und das an demselben beobachtete Verfahren gibt das dem Stadtrechte B beigefügte *Process-Formular* a. d. XIV. Jhdt. [s. oben §. 13 a. E. lit. γ] belehrende Aufschlüsse. Danach fand keine Mitwirkung von Schöffen bei der Rechtsprechung statt, wie denn das eigentliche (karlingische) Schöffenthum, welches auch in Bayern niemals vollständig zur Durchführung gelangte [vgl. Quitzmänn, *Aelteste RVerf. der Baiw.* S. 314 ff.], der regensburgischen Verfassung, ungeachtet des unleugbaren Vorhandenseins einer ähnlichen Rechtsfinder-Function (s. oben Note 5) im XIII. Jhdt., doch nach richtiger Ansicht stets fremd geblieben ist. Vgl. Arnold a. a. O. S. 378. Der Rechtsgang „an (bey) der schrann“ erscheint vielmehr in seiner regelmässigen Gestaltung als Anwalts-Process, indem die gesammten Richter-Handlungen (Erklärungen, Verfügungen, Entscheidungen) durch ebensoviele Special-Anträge oder Bitten des klägerischen Fürsprechers — „Herr her Schulthaiss nu pitt ich; so wil ich ertailen auf meinen aid; nu fragt Herr; Herr erlawbt ir mir“ — hervorgerufen wurden. Insbesondere lag dem Fürsprecher ob, α) den Zeugen-Schwur zu formuliren: „Nu habt all auf mit einander ieder man zwen vinger mit der rechten hant und habt nicht nider, untz das ich ew sag, no sprecht mir all nach, daz wir dy sag von dheiner besondern veintschaft wegen noch von dheiner myet und guts wegen nicht getan haben, nur durch der rechten notdurfft willen dez landez, der strass und der stat, dez pitt ew gotz zu helffen und all heiligen“; und β) den Urtheils-Vorschlag zu machen oder einzubringen: „Herr so ertail ich auf meinen aid, ir richtt hern lienhart und den gotshawsern und allen witiben und waisen hintz dem pernger an plewtigew hant mit dem strang an der luft zwischen himmel und erd.“ Der vorwüfliche Rechtsfall beruht auf der von einem gewissen Lienhard gegen einen gewissen Pernger erhobenen Anschuldigung, dass letzterer „dem land, der strass und der stat ein schedlich man sei. Vornehmlich scheint er sich am Kirchengute vergriffen zu haben. Darüber ist nun ein genügender Beweis durch „gute zeugen“ erbracht worden, auf welchen hin eine Verurtheilung zur Strafe des Galgens erfolgen konnte.

13) *RBrief* K. Ludwig's IV. v. 1334 (*Gemeiner* a. a. O. II, 3): „wann daz schultheissen ampt ze Regenspurg, daz uns und unserm kint angehört von der burggrafschaft wegen ze Rittenburg, grozzen gebresten bizher an erbern fronboten und schergen gehabt hat, darumb daz si ver-

schuldte lewte und übeltäter selber rädern, haupten und brennen mussten: haben wir in daz von besundern gnaden, daz daz schultheissen ampt desto erlicher mit fronboten besazt werde, ewigklich abgenomen, und wellen nicht, daz es furbaz iemand anders tue, denn der haher, wer dann haher in der stat ist ze Regenspurg.“ Wegen des Gerichtschreibers s. *Stadtr.* B S. 45 §. 1.

14) *Raths-Stat.* v. 1359 (S. 153; auch b. Gemeiner a. a. O. S. 113): „Ez hat auch der Schultheizz vollen gewalt, wen er vacht von pfozzen-sneidern, von puben und von solichem volkch, von dieben oder swer im sunst gevellich wirt umb wandel, und wen er vacht umb wandel, da sol er seinev wandel und seinev recht von nemen und do mit handeln, alz ez vor her ist chomen, und durch niemantz bet noch heizz nicht ab lazzen.“

15) Die Gerichts-Taxen, ihre Festsetzung und Eintreibung gehörten zum Ressort des herzoglichen, als eine besondere Behörde erscheinenden Kammer-Ampts, welches daher in den auf das Schultheissengericht bezüglichen Verpfändungsbriefen meistens mitgenannt wird. Für die aufzubewahrenden Wandelgelder und sonstigen Depositen hingegen hatte nach dem *Statute* v. 1359 der Schultheiss eine eigene „truhe“. Uebrigens fielen auch von den „Ampten“ d. i. Zünften alljährlich gewisse Reichnisse an das Schultheissenamt. *Urk.* v. 1384 b. Gemeiner a. a. O. S. 210.

16) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 412, 498; II, 211, 296; Janner a. a. O. III, 32, 152, 310, 333.

17) S. oben Abschn. I, §. 3 Note 7.

18) Ueber die Verweigerung der bayerischen Bann-Verleihung im J. 1476 und die darauf folgende Ertheilung des Banns durch Kaiser Friedrich III. im J. 1478 vgl. Gemeiner a. a. O. III, 566, 597, 608, 611.

19) Die Gerichts-Stätte, ursprünglich am Markte, wechselte später, bis sie in das in der Wahlenstrasse [s. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 235 nr. 27] gelegene, vermuthlich aus Gemeindemitteln erbaute Ding- oder Gerichtshaus verlegt wurde. Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 127.

20) So auf Grund einer Vereinbarung zwischen Rath und Gemeinde v. 1362, s. Gemeiner a. a. O. Wegen des vom gewählten Schultheissen zu leistenden Diensteides s. dens. a. a. O. S. 188.

21) Vgl. Janner a. a. O. III, 610.

22) Ueber den Kalman'schen Process v. J. 1470 vgl. Gemeiner a. a. O. III, 456—59; Janner a. a. O. S. 573.

23) So nach *RBrief Bischof Friedrich's* I. v. 1357, s. Gemeiner a. a. O. II, 100; Janner a. a. O. S. 232 Note 4.

24) *Confirm.-Brief K. Friedrich's* III. v. 28. Oct. 1443, auszüglich b. Chmel, Regesta Frid. S. 155 nr. 1544 und Janner a. a. O. S. 475: „item in der Statt zu Regenspurg das halsgericht das man nennet das propstgericht mit seiner zugehörung“.

25) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 457. Als auch das Probst-Gericht in den Besitz der Stadt kam, ward der Probst-Richter aus der Bürgerschaft

genommen. Dagegen blieb das *kais. Mandat* v. 22. Sept. 1492, wonach das fragliche Gericht ausschliesslich mit einem Hausgenossen besetzt werden sollte, unerfüllt. Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 814 Note 1563; Janner a. a. O. S. 608.

26) Auch der Bischof hatte ein Kammer-Amt, welchem die oben in Note 15 angedeuteten, gleichsam taxamtlichen Geschäfte oblagen. Vgl. Janner a. a. O. II, 462.

27) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 70; Janner a. a. O. II, 263.

28) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 196; Janner a. a. O. S. 178.

29) Vgl. Janner a. a. O. S. 310 m. Note 2.

30) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 116, 129; Janner a. a. O. S. 461 ff.

31) *Confirm.-Brief* v. 1443 (s. Note 24). Dem Bischofe Friedrich II. wird hier ausser seinen Regalien noch besonders bestätigt, „item die pfaffen und ander geystlich die übel tun die zu vahlen in der stat Regensburg und die zu straffen nach geistlicher gesez ausweysung.“

32) Vgl. hierüber Janner a. a. O. S. 324 ff.

33) Vgl. Janner a. a. O. S. 210, 233, 242, 278, 313.

34) Vgl. Janner a. a. O. S. 310 Note 2; 333.

35) Diese tritt am deutlichsten in dem *Confirm.-Briefe* v. 1443 (s. Note 24) hervor.

36) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 547. [S. Abschn. II § 9 Note 2.] In den Bundbrief v. 1331 ist die Bestimmung nicht übergegangen.

37) Die „xxiiij“ haben nicht nur mit dem „maister“ gemäss dem *proem. z. FGB.* (s. §. 14 Note 2) die darin niedergelegten Friedsätze geschaffen, sondern dabei auch ihre eigene richterliche Thätigkeit genau vorgezeichnet. Danach kommt ihnen das Recht zu, unter des Meisters Vorsitz Gericht zu halten, in welchem Beweisführungen und Ueberwindungen durch Zeugniss, aber auch „Verfrevelungen mit ubrigen teidingen“ stattzufinden vermögen, ferner Vergehen, wie „gewalt, vrefell, lembt oder wunt oder ander tat ze püssen“, d. h. die Geldbussen dafür nach freiem Ermessen, jedoch im Einklange mit dem „alten frid“ festzusetzen, überhaupt bei allen Verletzungen eines „gswornen vrides da uber ze tailen auf ir aid darnach und die schuld sey“. Auch haben sie vom Meister das „von sein selbst schulden abgelassene verworchte gut“ einzufordern, mithin gegen denselben klagbar aufzutreten, wenn es Noth thut. Vgl. *FGB.* S. 66 §. 1; S. 67 Z. 1, 4 und §. 1 Z. 14, 15; S. 68 Z. 5 und §. 3 Z. 5; S. 72 §. 2; S. 73 §. 2 Z. 13; S. 74 §§. 1, 2, 4 a. E.; S. 76 §. 2 Z. 5, 6; S. 77 Z. 1, 2 und §. 1 Z. 2, 3 §. 3 Z. 4.

38) Dasselbe wird in den stadtrechtlichen Quellen stets nur durch „der rat, der stat rat“ bezeichnet.

39) Vgl. z. B. W. Varges, Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig bis zum J. 1374, eine verfassungsgeschichtl. Studie (1890) S. 52, 53.

40) *Anh. z. FGB.* S. 83 §. 1, s. Abschn. II §. 6 lit. f, α , β m. Noten 12, 13. Dazu s. Janner a. a. O. S. 148.

41) *Anh. z. FGB.* S. 79 §. 2: „Wann zwen purger mit einander zu rechten habent, die mügent wol der urtaill gedingen für der stat ratt.“ Auch wegen verzögerter oder verweigerter Justiz konnte man „der stat rat ze rede seczen“. Erkannte dann letzterer die Beschwerde als begründet an, so entschied aber nicht das Rathsgericht, sondern die Rechtssache wurde „wyder in die stat gefertigt, daz er (der Beschwerdeführer) da recht nem“, d. h. sie ging an das zuständige Untergericht zur ordentlichen Verhandlung und Bescheidung zurück. So möchte die dunkle Bestimmung im *Anh. z. FGB.* S. 82 §. 6 zu verstehen sein.

42) Man könnte sich hierfür vielleicht auf *FGB.* S. 75 §. 5 beziehen: „so sol zu dem minsten der stat chamerär alle tag ainer zu dem gericht sein und sol ein schreibär . . . auch da sein.“

43) Hierher ist wohl die zweifelhafte Stelle im *Raths-Statute* v. 1359 (S. 153) anzuführen: „ez schaff dan gänzlicher Rat oder der merer teil under in.“

44) In der in Note 41 zuerst allegirten Satzung heisst es dann weiter: „wer der urtail dingen wil, der musz haben zwen hausgenozzen und nicht mynner; hat er dann mer, da dingt er wol mit, und hat er nur ainen, da mag er nicht mit gedingen.“

§. 17.

Die Friedbürgen und der Rath.

Die älteste städtische Behörde Regensburgs waren die *denominati*, Genannten.¹⁾ Dieselben erscheinen als ein durch die Gemeinde aus ihren angeseheneren Gliedern („meliores“)²⁾ gewählter Ausschuss von vermuthlich wechselnder Anzahl zur Aufrechthaltung des die Grundlage bürgerlicher Wohlfahrt bildenden inneren Stadtfriedens, für welchen sie sich gleichsam eidlich verbürgten, weswegen man sie wohl als Friedbürgen bezeichnen könnte. Der Umkreis ihrer öffentlichen Wirksamkeit ist damit von selbst bestimmt und muss unzweifelhaft die drei Functionen α) der Friedgebietung bei Aufläufen und Bürgerzwisten, β) der Ueberwachung eines geschworenen Friedens und γ) der Rügung aller dagegen und überhaupt wider die städtischen Friedgesetze gerichteten rechtswidrigen Handlungen in sich begriffen haben. Ob damit auch eine eigene Gerichtsbarkeit in Friedbruchssachen verbunden war, so dass die *denominati* zugleich das städtische Friedensgericht repräsentirten³⁾, ist zweifelhaft. Mit dem XIII. Jahrhunderte

trat nun das Friedbürgen-Collegium als selbständige Behörde mehr und mehr zurück, indem der grössere sozusagen politische Theil seiner Aufgabe offenbar an den sich entwickelnden Rath und an die Vierundzwanziger überging, und an dem allerdings fortbestehenden Genannten-Namen bloß noch ein geringer Ueberrest der alten Genannten-Thätigkeit, deren vorwiegend processualer Bestandtheil, haften blieb. Schon die beiden *Privilegien* von 1207 und 1230⁴⁾ lassen diese einschränkende Wandlung durchschimmern, indem sie zwar bei den *denominatis* die exclusive Beziehung zum Stadt-Frieden festhalten, aber derselben nur die einzige Folge geben, dass bei Anklagen wegen Verletzung einer *pax iurata* zwei *denominati* zum Reinigungseide zugezogen werden sollten. Eine durchgreifende Umwandlung erfuhr dann der Begriff und das Wesen der „Genannten“ in den stadtrechtlichen Quellen des XIV. Jahrhunderts, in welchen sowohl deren originärer Zusammenhang mit den städtischen Friedens-Institutionen als auch ihre corporative Organisation beseitigt erscheinen. Nach dieser, man kann sagen: modernen Auffassung waren daher die Genannten vom Rathe nach Massgabe individueller Würdigkeit ausgewählte und designirte, sowie in eine Matrikel eingetragene Bürger von wechselnder (z. B. in den Jahren 1314—60 zwischen 85 und 54 Personen sich bewegender) Anzahl⁵⁾, welche keine körperschaftliche Einigung bildeten, sondern lediglich als Einzelne, bald zu zweien bald einer allein, in Function traten, d. h. durch Besendung verpflichtet wurden, bei der Vornahme gewisser dadurch in ihrer Gültigkeit bedingter Rechtsacte entweder mithandelnd oder bloß überwachend anzuwohnen. Insbesondere hatten sie Eideshülfe bei Unschulds-eiden wegen schwerer Verbrechen zu leisten und zur Controlirung der Ordnungsmässigkeit des Vollzugs bei Verfestungen mitzuwirken.⁶⁾

Um die Mitte des XIII. Jahrhunderts kam die Entwicklung der zweiten Stadt-Behörde Regensburgs, jene des Rathes zum Abschlusse, welcher als vollendete politisch-rechtliche Erscheinung jedoch kaum vor 1255 in Urkunden sich zu erkennen gibt.⁷⁾ Unläugbar besteht zwischen ihm und den einmal in den sanct-emmeramischen Traditionen uns begegnenden „*senatores sublimes genere*“⁸⁾ ein directer Zusammenhang, so dass in den letzteren gleichsam die Anfangskeime des ersteren zu suchen sind. Es findet sich aber der neu-geschaffene Stadt-Rath in den einheimischen Rechtsdenkmälern durch „*consilium*“ und „*consules civitatis*“, oder auch wegen der während der ganzen Periode festgehaltenen Zahl

der Mitglieder, wohl zunächst nur im Volksmunde, dann auch officiell durch „illi qui dicuntur *sedecim*, die sechzehn des rates“⁹⁾ bezeichnet. Er setzte sich ausschliesslich aus Angehörigen der einheimischen Geschlechter zusammen, und entfaltete eine gemischte administrativ-jurisdictionelle Berufsthätigkeit, welche sich von dem zweifellos ihren ursprünglichen Kern bildenden Stadtfriedens-Schutze aus im Fortgange der Zeit über sämtliche Gebiete des städtischen Gemeinwesens und Verkehrslebens ausdehnte.

Diesem „besondern“, inneren Rathe stellte sich dann alsbald, und zwar noch in dem vorerwähnten Jahrhunderte, ein zweiter s. g. äusserer Rath an die Seite, anfänglich ebenfalls exclusiv-patrizischen Charakters.¹⁰⁾ Seine Gliederzahl zeigt sich zuerst schwankend, so dass zeitweise dieselbe jener des inneren Rathes gleichkam.¹¹⁾ Allein allmählig bildete sich aus dem numerisch enge begrenzten Collegium durch successive Erweiterungen das „*maius consilium*“¹²⁾ heraus, seine Theilnehmerzahl fixirend a) auf zweiunddreissig, wie dies im Laufe des XIV. Jahrhunderts geschehen und vornehmlich aus dem Raths- und Gemeinde-Vereinigungsbrieфе von 1362 erkennbar ist¹³⁾; b) auf fünfundvierzig Mitglieder — „die erbarn bürger der fünfundvierzkger“¹⁴⁾ — durch Hinzunahme von dreizehn Zunftgenossen, d. h. von je einem aus jeder Innung, zu den Zweiunddreissig aus den Geschlechtern, welche politisch höchst bedeutsame Mehrung und Umgestaltung bereits in dem Rathsurtheile über Heinrich Abech wegen Friedbruchs durch Tödtung eines Fronboten von 1364¹⁵⁾ sich kundgibt; endlich c) auf siebenzig Mitglieder, den s. g. Genannten-Rath, durch Beifügung von weiteren fünfundzwanzig Gewerbsleuten aus den Zünften auf Grund des Vergleichs von 1485.¹⁶⁾ Die Mitglieder dieses grösseren Rathskörpers lassen sich aber als eine die Amtsgewalt der Sechzehner in gewissen Beziehungen ergänzende und verstärkende Gemeinde-Behörde auffassen, indem den autonomen Beschlüssen des inneren Rathes in einzelnen das bürgerchaftliche Interesse tiefer und nachhaltiger berührenden Angelegenheiten, wie bei der Schaffung neuer Satzungen und Auflagen, erst durch den hinzutretenden Mit-rath und Beispruch des äusseren Rathes das durchgreifende Schwergewicht verliehen wurde.

Den zwei bisher geschilderten Rath-Collegien fügte man übrigens noch als ein drittes jenes der Zweiundfünfziger hinzu, zusammengesetzt aus den seit 1330 begegnenden s. g. Vierern der dreizehn Handwerker-Innungen. Seine Aufgabe scheint

sich, abgesehen von dessen Betheiligung an der Bürgermeisterwahl, hauptsächlich in der steten Controle des gemeindlichen Rechnungswesens concentrirt zu haben.¹⁷⁾

Die Wahl neuer Rathsglieder sowie die alljährlich an Michaelis stattfindende „Verkehrung“ des gesammten Rathes pflegte in solenner Weise auf dem Rathhause¹⁸⁾, erstere im XIV. Jahrhunderte durch Ballotage¹⁹⁾, vollzogen zu werden. Der Neugewählte musste nach angenommener Wahl den s. g. Raths-Eid schwören, welcher früher dahin gelaute hatte, dass er nicht „jemens eitgenoz si oder jemens helfär mit gelub oder mit gut oder mit geisel oder mit deheinerslaht sache, da sicherheit mit zesamme müge chomen“. ²⁰⁾ Später ward vornehmlich die Befolgung des Friedbriefs bezüglich der darin vorgezeichneten und in Straffällen zu erkennenden Wandel in der Eidesformel betont.²¹⁾ An den Rathstagen rechtzeitig zu erscheinen, zählte zu den wichtigsten Obliegenheiten der Rathsgenossen; gänzliches Ausbleiben oder Verspätung, so dass der Betreffende z. B. erst nach dem Ausläuten der Rathsglocke oder nach beendigter Umfrage über den ersten Berathungsgegenstand eintrat, zog Versäumnisstrafen nach sich.²²⁾ Auch den Stadtbewohnern wurden in Ansehung ihres Verhaltens gegenüber und vor dem Rathe besondere Vorschriften gegeben. So sollte, wer allda ein Geschäft zu erledigen hatte, zu seiner Verbeiständung immer einen oder zwei Begleiter, wohl zunächst aus der Mitte seiner Sippe, mit sich bringen²³⁾, aber auch, wenn die Entwirrung oder Beilegung einer Sache vor dem Rathe die Ladung einer Mehrheit von Personen erheischte, jede derselben, damit nicht etwa gewaltthätige Ausschreitungen vorkämen, ungewappnet erscheinen.²⁴⁾ Desgleichen findet sich Zudringlichkeit mit überflüssigen und lästigen Anträgen oder ungeziemendes fades Geschwätz einer Partei mit namhaften, von 10 bis zu 50 Pfund steigenden Geldbussen geahndet.²⁵⁾ Die vorher für eine Rathssitzung festgesetzte Tagesordnung musste möglichst eingehalten und durfte darum über nicht vorgesehene Angelegenheiten unter keinen Umständen eigenmächtig eine Berathung begehrt oder in eine solche eingetreten werden. Hatte aber einmal die Besprechung eines Gegenstands begonnen, so sollten sich die dabei Betheiligten vor ihrer Beendigung ohne Erlaubniss des Rathes nicht aus der Sitzung entfernen.²⁶⁾

In wichtigen und schwierigen, besonders publizistischen Fragen oder sonst bei Gemeinde-Angelegenheiten, welche eine gründliche

Kenntniss der Rechte erforderten, bediente sich der Rath zuweilen der belehrenden Beihülfe von s. g. geheimen Rathgebern, *iuristae civium*.²⁷⁾ Es sind dies im Civil- und canonischen Rechte erfahrene, meist der höheren Geistlichkeit angehörige Männer gewesen, welche dann auch bei auswärtigen Sendungen, wie z. B. zur basler Kirchenversammlung, die Raths-Abgeordneten begleitet haben, um ihnen mit ihrer Gelehrsamkeit im Bedürfnissfalle unterstützend zur Seite zu stehen.

Anmerkungen zu §. 17.

1) Ueber die immerhin etwas räthselhaften *denominati* lassen sich die bis jetzt geäußerten mannigfaltigen Ansichten in zwei Hauptgruppen sondern, indem man einerseits die „Genannten“ des regensburger Rechts überhaupt ohne Zeitgrenze, anderseits lediglich die *denominati* der Privilegien v. 1207 und 1230 in's Auge gefasst hat. Ersteres that Gemeiner, Chron. I, 324, 25 Note *), welcher darin „Bürger, die der Rath in wichtigen Händeln zu sich nahm und berief“, erkennt, worin ihm im ganzen Gaupp, Stadtr. I, 163 beipflichtet, nur dass er den Zweifel nicht zu unterdrücken vermag, ob auch Gemeiner's Auffassung „schon für das Jahr 1230 wörtlich richtig sei“, so dass wir allerdings einen klaren Ausspruch Gaupp's in der heiklen Frage vermissen. Was hingegen diejenigen Schriftsteller angeht, welche ihr Augenmerk bloß auf die *denominati* der beiden Handfesten richten, so werden dieselben hier wieder erklärt a) für eine specifisch-friedensrechtliche Institution von Arnold, Freistädte I, 377 ff.; Nitzsch, Ministerialität und Bürgerthum S. 266; Langoth, Skizze S. 11; dann b) für gesetzliche Träger der von ihnen als ständigen „Vertrauensmännern“ der Gerichte zu erfüllenden Eideshelferpflicht in allen Conjuratoren erheischenden Straffällen von C. R. Sachsse, Beweis-Verfahren des MAlters S. 47; ferner c) für die Eideshülfe ersetzende legale, aber von den Parteien aufzurufende Entlastungs-Zeugen von Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 71—73; endlich d) als den späteren Feldgeschworenen vergleichbare „Experten“, welche vom Rathe oder Gerichte „bei auftauchenden Streitigkeiten vernommen wurden“, von Janner, Bischöfe II, 248 Note 1. — Mit einer überwiegend processrechtlichen Bedeutung treffen wir übrigens auch das Institut der Genannten in anderen deutschen Stadtrechten des XIII. und XIV. Jhdts. an, so insbesondere in Wien (s. *Priv.* v. 1278 u. 1340 b. Gfrörer a. a. O. S. 72 Note 3) und in Bamberg (s. Zöpfl, Das alte Bamb. Recht S. 67), sowie selbst in kleineren Städten, wie denn z. B. das alte *mühldorfer* Stadtr. a. d. J. 1342—96 [Chroniken der dtsch. Städte XV, 406 §§. 4, 6] von „genannten purgern, di der stat recht gesworn habent“ und „di oft vor recht [d. i. bei Gericht] süllen sein“ handelt.

2) Ueber den Begriff „meliores“, worunter das *Dipl.* a. 1233 (b. Ried, Cod. dipl. Ratisb. I, 373 l. 15) „tam milites quam cives“ zusammenfasst, vgl. Waitz, Dtsch. VGesch. V, 363, 412; Gfrörer a. a. O. S. 49.

3) S. oben §. 16 Note 7.

4) *Priv.* a. 1207 et a. 1230 §. 2. Ob die Worte „qui . . . dicuntur“ im *Priv.* a. 1230 bereits eine Abweichung desselben vom *Philippinum*, welches einfach von *denominatis* spricht, andeuten, so dass hier noch der collegiale, dort aber schon der einzelpersönliche Rechtscharakter derselben als vorausgesetzt anzunehmen wäre, muss dahin gestellt bleiben. Gfrörer a. a. O. S. 72 hält übrigens den Behörde-Begriff bei den Genannten für das Mittelalter fest, wogegen ihn Janner a. a. O. zurückweist.

5) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 325.

6) Eideshülfe der Genannten fand statt a) bei „notnumfft“, *FGB.* S. 67 §. 1; b) bei „wunden, lem, totslag, heimsuchung“, *Anh. z. FGB.* S. 80 §. 1; c) bei „raub oder dewff“ über 6 Schilling und 12 Pfening, *FGB.* S. 70 §. 2. — Betreffend die Verfestung aber schreibt das *FGB.* S. 74 §. 3 vor: „Und wenn die richter ymant vesten wellent, so sullen si senten nach czwain der genanten oder nach ainem.“ Vermuthlich gehörte zu jedem Gerichte eine bestimmte Zahl von Genannten, z. B. zehen.

7) *Dipl. Alberti* episc. a. 1255 b. Ried l. c. p. 443 l. 2: „promiserunt etiam magister et consules civitatis Ratisponensis pro ipsa universitate civium Ratisponensium fide prestita vice sacramenti.“

8) Ueber diese s. Beitr. I, 216 Note 43.

9) α) *Dipl. Chunradi* archiepisc. a. 1295 b. Ried l. c. p. 674 l. 23. — β) *Statut* v. 1259 b. Gemeiner a. a. O. I, 381 Z. 2. Vgl. dazu Arnold a. a. O. I, 386 ff.; II, 396.

10) Vgl. Arnold a. a. O. I, 388 ff.

11) *Statut* v. 1307 b. Gemeiner a. a. O. S. 464. Hier nahmen die im Rathe gesessenen Sechzehner „zu in ze merer sicherheit des satzes“ acht Herren aus den Geschlechtern und „auch alle wachtmeister“, deren ebenfalls acht gewesen sind.

12) Vgl. Arnold a. a. O. S. 392 ff.

13) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 127; Arnold a. a. O. II, 396; Langoth a. a. O. S. 12.

14) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 222; III, 637, 679 (Note 1390), 692.

15) Darüber s. Gemeiner a. a. O. II, 135.

16) In dem wichtigen *Vergleiche* (b. Gemeiner a. a. O. III, 692) heisst es aber ausdrücklich, dass von da an die Fünfundvierziger und die dazu noch gewählten Fünfundzwanziger „sämtlich“ d. h. zusammen „Genannte“ geheissen werden sollten. Somit kann diese [von der älteren gleichlautenden Bezeichnung, welche blos eine Verdeutschung von *denominati* war, wohl zu unterscheidende jüngere] Benennung nicht schon auf das consilium maius in seinen früheren Gestaltungen, wie dies Arnold a. a. O. II, 396 und Langoth a. a. O. S. 12 gethan haben, zurückbezogen werden.

17) Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 547 Note *); II, 2. (S. unten §. 18 Note 7.)

18) Vgl. Arnold a. a. O. I, 387, 396. Mit dem Rathswandel verknüpfte sich die erforderliche Neubesetzung der Aemter, sofern nicht hierfür andere Termine festgesetzt waren.

19) *Statut* v. 1334 §. 4 S. 119: „Item ez gevellt auch meinen herren wol, als der brif umb den rat nu auzget, daz dann der rat furbaz aber mit chuglein genommen werd, an sicherheit und an gevar.“ Auch Aemter, insbesondere das Schultheissenamt, solange es städtisch war, wurden in dieser Weise besetzt. Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 127.

20) *Statut* v. 1269 b. Gemeiner a. a. O. I, 398. Vgl. Barthold, *Gesch. der dtsh. Städte* II, 282.

21) *Statut* v. 1334 §. 3 S. 118: „Item ez gevellet auch meinen herren wol, daz man iedem rat, der dann ist, in den ait geb, daz si allew wendel, di bei in auf lauffen, nach fridbrief sag von reichen und von armen ein pringen, als si pest mugen, an allez gevar, und swer der wandel niht ze geben hab, daz man den in ein vanchnuzze leg nach der stat recht, ie dar nach und die tat ist; und swaz auch wandel verworcht ward nach fridbriefs sag, daz man di ieman widercher, weder im selben noch nieman von sinen wegen.“

22) Bemerkenswerth ist hier das *Statut* v. 1455 b. Gemeiner a. a. O. III, 242 Note 446: „So man zu rat lautet oder zu welcher zeit man rat fordert auf das rathaus hinz dem kamrer, in die capelle [d. i. die Augustinerkirche], oder an welches end man fordert, und ein benannte or zusagt zum haus oder unter augen, so soll ausgehends derselben zugesagten zeit, als bald man ausgelautet hat, ein or aufgesetzt werden; also wer da kommt in derselben halben or, eh ein frag umgangen ist, der giebt nichts; kumt aber einer in derselben halben or, daz die erste frag für ist, so giebt er halbs wandel; wann alsbald dieselb aufgesetzt halb or ganz ausgeht, welcher dann nicht gegenbürtig ist, der muss ganzen wandel geben. Das wandel ist schlegtiglich, ohn den eid, zu rat gelaut oder gefordert ein groschen, bei dem eid zwölf pfenning, und das gross wandel sechzig pfenning, gleich den fünfundvierzigern als den ratsherren.“ Hier mag auch in Kürze der s. g. Raths-Zeichen gedacht werden. Gegen das Ende des XV., jedenfalls seit dem Beginne des XVI. Jhdts. empfing nämlich jedes Rathsmitglied für sein Erscheinen in einer Rathssession ein Präsenzzeichen eingehändigt, gegen dessen Vorzeigung und Ablieferung an den dazu bestimmten Jahres- oder Quatembertagen die statutenmässige Gebühr, das s. g. Rathsgeld, z. B. 3 oder 2 Batzen betragend, vom Kämmerer ausbezahlt wurde. Es bestand aber das Rathszeichen in einem runden Messingplättchen mit den gekreuzten Schlüsseln als Emblem und der darüber gesetzten Jahrzahl. Vgl. W. Schratz „Die Regensburger Rathszeichen gesammelt, beschrieben und erläutert“ in den *Verhdl. des histor. Vereines von Oberpfalz und Regensburg* Bd. XXXVII (1883) S. 168—71 m. Beil. I S. 231—34 u. Tafel XIII Nr. 97—99. [Uebrigens kamen solche Präsenzzeichen auch bei den Wachtgedingen, dem Steuer- und

Ungelts-Amte, dem Stadt- und Hanse-Gerichte vor, s. Schratz a. a. O. S. 171, 176, 178, 183, 186.]

23) *Stadtr.* A S. 18 §. 1: „Meine herren gebitent auch, swer vor dem rat icht zeschaffen hab, der sei reich oder arm, so schol er [nicht] wan selb ander oder selb dritte für den rat chomen, oder man horet sein nicht.“

24) *Statut* v. 1334 §. 6 S. 119: „Item swenn mein Herren mer laut zu in vodern, swo daz sei und umb swelherley sach ez sei, daz dan nieman an meiner herren urlaub dheinerley harnasch trag, weder her noch chnecht, bei 10 pfunden wandels, und swer der pfenning nicht hat, der sei zehen iar auz der stat.“

25) *Bundbrief* v. 1331 S. 110 Z. 7 ff.: „Swer sich verfrävelt mit überigen taidingen oder verspricht vor dem rat oder vor den purgern, swa si sitzzent an ir rat, als ims der maister verpeutet pei 10 pfunde, und verspricht er sich dar uber, so schol der maister ze hant fragen, swer maister ist, nach der merern menig, ob er daz wandel hab verloren; wird es dann nach der merern menig ertailt, daz er verlorn hat, so geb (er) 10 pfunt und mache die 'gewis ee zehant, ê er vor dem rat chom, und darnach schol im der maister als bald verpieten, daz er iht mer red, pei 10 pfunde also untz hintz 50 pfunden.“ Auch s. *FGB.* S. 74 §. 1.

26) *Raths-Ord.* v. 1333 S. 115: „Swer auch zu sogetaner sammung auf stet und wil ain anders auf schüten, dan da man sich umb gesammt hat, oder der auf stet und wil aus gên, ê daz in der meister und der rat heizzen gên, der mus alz ie oft ein pfunt geben, und dannoch stet es an meinen herren, wie si in pezzern umb dy frävel.“ Auch s. *Stadtr.* A a. a. O.: „So der rat mer laut zu im vodert, so schol er neur die sache verhoren, dar umb man sich gesammt hat und daz ander für den rat tragen.“

27) Vgl. *Gemeiner* a. a. O. III, 1, 2.

§. 18.

Der Bürgermeister.

An der Spitze der Stadtgemeinde und nachmals zugleich des Rathes stand, seit 1243 urkundlich bezeugt ¹⁾, ein Bürgermeister, *magister civitatis* s. *civium*, in den deutschen Quellen „purgermaister“ oder häufig auch blos „maister“ geheissen. Sein Amt unterlag regelmässig einem jährlichen, ebenfalls am Sanct-Michaels-Abende stattfindenden Wechsel ²⁾, an dessen Stelle nur ausnahmsweise zuweilen in späterer Zeit eine Verleihung der Würde auf mehrere Jahre, z. B. 1390 an Hans von Steinach auf sechs Jahre, niemals aber, obgleich angestrebt, die lebenslängliche Uebertragung getreten ist. ³⁾ Doch pflegten beliebte und verdiente Männer nach Abfluss ihres Amtsjahres wiedergewählt zu werden, was ehemals

allerdings im höchsten Falle dreimal nach einander geschehen durfte⁴⁾, woran man sich jedoch später nicht mehr kehrte. Eine wichtige Neuerung bezüglich der die Wahl-Fähigkeit bedingenden persönlichen Eigenschaften führte das *Statut* v. 1334 herbei, welches im Anschlusse an eine kürzlich, vielleicht 1330, vorausgegangene Burgdings-Vereinbarung bestimmte, dass für die Zukunft, um die volle Unparteilichkeit des Amtsträgers in seiner Geschäftsleitung vor Versuchungen zu schützen, kein Einheimischer mehr zum Bürgermeister gewählt werden sollte, jedoch die Ergänzung, beziehungsweise Modification hinzufügte, dass zunächst nur in den unmittelbar folgenden zehn Jahren jeder, welcher selbst oder dessen Ehefrau in Regensburg geboren seien, als unwählbar betrachtet werden müssten.⁵⁾ Ausserdem ward Rittermässigkeit und völlige Unabhängigkeit von jeglichem eidgenossenschaftlichen Einflusse von dem Wahlcandidaten verlangt, welche Thatsachen er sogar, wenn es nöthig erschien, mit einem Schwure als vorhanden zu bestätigen hatte.⁶⁾ Der feierliche Erwählungsact ging bei strengem Verbote aller darauf abzielenden aufregenden Zusammenkünfte und etwaiger Zuziehungen von Ausländern, durch den inneren Rath und das Zweiundfünfziger-Collegium auf dem Rathhause, und zwar in der Weise vor sich, dass derjenige, für welchen sich die absolute Mehrheit der Stimmen erklärte, für das kommende Jahr als gewählt galt.⁷⁾ Derselbe schwur dann einen besonderen Diensteid, hauptsächlich darauf gerichtet, in Fällen ausgebrochener und etwa gar bis zu offenem Aufruhre gesteigerter Feindseligkeiten unter den Bürgern mit Waffen-Gefolge und Beihülfe der Rathsherren abwehrende und beruhigende Massregeln zu treffen.⁸⁾ Uebrigens musste auch dem Bürgermeister von seinen Wählern ein Treu-Gelöbniss, und hierauf im Burgdinge von der hier versammelten Gesamtgemeinde eine Art von Huldigungseid geleistet werden.⁹⁾ Bis der von auswärts Berufene aber in Regensburg eintraf, um das Amt zu übernehmen, führte an seiner Stelle einstweilen ein s. g. Frager (s. §. 19) das Stadtre Regiment.¹⁰⁾ Was nun die amtliche Wirksamkeit des Bürgermeisters angeht, so gipfelte dieselbe, abgesehen von seiner Stellung zum Rathe, dessen leitendes Organ in allen die Bürgerschafts-Interessen betreffenden Verhandlungen er war, in der Verpflichtung, die nächtliche Ruhe und Sicherheit in der Stadt durch häufige Umgänge mit seinen bewaffneten Dienern — deren ihm zehn hinsichtlich ihres Leumunds vorsichtig auszuwählende zur Verfügung gestellt waren¹¹⁾

— sowie durch sorgfältige Ueberwachung der Herbergen, Leuthäuser und Keller, oder nöthigenfalls durch Haussuchungen, nach Kräften aufrechtzuerhalten¹²⁾; desgleichen die bei solchen Gelegenheiten oder überhaupt erkannten und verwirkten Straf gelder ohne Nachlass bei Vermeidung des Ersatzes und weiterer Nachtheile für die Rathskasse einzuheben.¹³⁾ Als Besoldung empfing nach altem Herkommen der Bürgermeister alljährlich hundert Pfund und dazu noch zehn Pfund als Wohnungsgeld.¹⁴⁾ Ersteres Einkommen konnte ihm sogar „auf den Fall er krank würde oder dem Bürgermeisteramte nicht mehr vorstehen könnte“, als Ruhegehalt (Provision, Pension) belassen werden.¹⁵⁾ Im Verlaufe der Zeit reducirte sich die Thätigkeit des Bürgermeisters immer mehr auf eine bloße Repräsentation der Stadt in auswärtigen Angelegenheiten, bis sie endlich im XV. Jahrhundert mit Wilhelm von Wolfstein gänzlich erlosch.¹⁶⁾

Anmerkungen zu §. 18.

1) Ueber die ersten Bürgermeister ohne Rath, beginnend mit Otto Prager 1243 und Heinrich Zanner 1244 s. Gemeiner, Chron. I, 283, 84; Arnold, Freistädte I, 348.

2) *Statut a.* 1287 b. Gemeiner a. a. O. S. 425 Note *): „promisimus, quod quandocunque necesse fuerit et expediens civitati magistrum unum eligendi et locandi, magister idem ad unum annum tantummodo confirmetur“. Dazu vgl. Arnold a. a. O. S. 384 ff.; Langoth, Skizze S. 12, 13.

3) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 270. Wegen Hadamar's IV. von Laber (1376—80, 1397—1408) s. Raith in den Verhdl. des histor. Vereines von Oberpfalz u. Regensburg XLI, 241.

4) *Statut b* v. 1334 §. 12 S. 121: „Item man waiz wol, daz man iärleich ein maister welen schol, und swie wol ein maister geviel, so sol er doch nur 3 iar nach einander erwelt werden und maister sein; geviel er aber in dem ersten oder in dem andern iar nicht, so verchert man in, und swann er verchert wird und ein iar dort ausz ist, so mach man in nach denselben iar wol wider ze maister nemen, ob er gevelt.“

5) *Statut a* v. 1334 S. 116, 17: „Wir der rat und alle gemain der purger ze Regenspurch veriehen und tun chunt allen den, di disen brif ansehent oder hörent lesen, daz wir êmaln mit sambt armen und reichen im offem purgting gesworen haben, daz wir fürbaz nimmermer dheinen ynman ze purgermaister hie ze Regenspurch nemen schuln, von der wegen daz die selben maister iren freunden hie in der stat ze rat zu legent wider uns alle gemainleich arm und reich. Und dar umb sein wir durch unser stat notdurft willen gemainchleich ze rat worden mit allen den di den

grozzen brif auf unsers herren heiligen leichnam gesworen habent, baider mit alten und mit jungen wierten und ledigen, di ze der zeit anhaim waren, und auch mit den zwain und funftzich mannen auz den hantwerch lauten, di ze den zeiten di vier under in hiezzen und waren, daz auch wir nu fürbaz in den nachsten zehen iaren di schirst nach einander choment, niemans, der von unser stat geporen sei oder dez hausfrawe von unser stat geporen sei, mit nihten ze purgermaister hie nemen schuln noch mugen gemainleich noch besunderleich, als wir alle unverscheidenleich bei unsern trewen gehaizzen und gelobt haben. Wir sein auch alle gemainleich uberain worden, daz wir deu nahsten zehen iar deu schirst nach einander choment den gegenwartigen brif lesen und verhorn schuln iärleich an sand Michels abent, als man einen maister [weln] sol, daz wir uns alle nach dem brif wizzen ze richten an der wal dez purgermaisters. Und dar uber ze einem urchund und ze einer stattichait haben wir disen brif mit unser stat gemain insigel versigelt. Daz ist geschehen, do von Christes gepurt waren dreutzeihen hundert iar und in dem vier und dreizzigisten iar, dez freitags vor sand Dionisii“ (7 October). Dazu s. Arnold a. a. O. II, 398 ff.

6) *Statut b v. 1334 §. 10 S. 120*: „Item ez schol ein iegleich maister sweren, daz er ein mitterman sei und niemantz aitgenoz sei.“ Ueber den Standesbegriff „mitterman“ = mittelfrei (*Schwabensp.-Landr. §. 70^b L.*) vgl. Ficker, *Vom Heerschilde* S. 152 ff.; Walter, *Dtsch. RGesch.* II, 86 ff.; Siegel, *Dtsch. RGesch.* §. 92 S. 207; Schröder, *Lehrb. der dtsch. RGesch.* S. 421 Note 10 a. E.

7) *All. Statut §. 7 a. a. O.*: „Item swen man einen maister nimt, so schol man nindert dhein sommung haben weder in heusern noch an dheiner stat bei 30 pfunt. Ez sol auch dann nieman auzlaut her einladen, auch bei 30 pfunt. Swer ez dar uber tut, der sol ie als oft 30 pfunt geben an deu stat; hab er der pfenning niht, so sei er zehen iar aus der stat.“ — *§. 8 a. a. O.*: „Item swenn man einen maister nem, daz man dann iarleich alle wiertt, di auf unsers herren heiligen leichnam gesworen habent oder noch swerent, di schol man alle auf daz haus voderen, und darzu an zwen funfzich man von den handwerchen, der dann di vier sint, und di si iarleich ze weichenachten verchern soln; und swer under den allen mit rechter wal di merern menig hab, der sei ie daz selb iar meister.“

8) Im *Statut b v. 1334 §. 10 a. a. O.* heisst es dann nach der oben Note 6 mitgetheilten Stelle weiter: „und swann ein gestoizz oder ein unwill in der stat ward, daz sol er und sein dienär ze gleicher weis mit sambt dem rat helffen understên an allez gever bei dem ayd, den er gesworen hat“.

9) *Dass. §. 11 S. 121*: „und swann der [von auswärts durch Wahl berufene] maister chomt, so schol man wider auf daz haws voderen alle di vor dar auf waren bei der wal, und di schuln danne alle dem maister selben bei ir trewen loben untz auf daz purchting, und schuln auch in dazselb gelubde nemen, daz si dem maister in dem purchting alle sweren mit samt armen und reichen, und ob ieman wär in der stat, der dem maister nit

swur noch sweren wolt, den schol der rat ze rede setzen, und scholn dem rat dann alle geholfen sein, daz iederman dem maister swer, nach der alten gewonheit. Ist aber ein maister di weil hier, der mit der meren menig erwelt wirt, dem schol aller mǎnchleich, die gevodert sint auf daz haus, ze hant loben, und dar nach in dem purchting sweren an alle widerred, als vor stet geschriben“.

10) *Dass.* §. 11 S. 120: „Item swan man nach der meren menig ein maister nimet, der deu weil niht hir ist, so schol man den vrager, der deu weil ist an des maisters stat, gehaizzen, untz daz er her chom.“ Wegen des s. g. Fragers s. unten §. 19 Note 3.

11) *Statut b v.* 1334 §. 9 S. 120: „Ein iegleich maister schol zehen dienār haben, der funf vertig sein mit sambt im durch der stat notdurft, und er selb schol ein êrstuch haben. Und swenn er auzreit, so schuln die andern funf diener in der stat beleiben und dez nachtes huten nach der alten gewonheit. Ez sol auch dhein maister an dez rates urlaub uber nacht von der stat sein.“ Dazu s. *Stadtr.* A S. 13 §. 6; *FGB.* S. 74 §. 2, s. oben §. 14 Note 29.

12) Vgl. *Stadtr.* A S. 13 §§. 2—4; S. 12 §§. 2—4.

13) Vgl. *FGB.* S. 74 §. 4. Dazu s. oben §. 16 Note 37 a. E.

14) *Statut b v.* 1334 §. 8 a. E.: „und dem [neugewählten Meister] geb auch man niht mer dann sein altez lon: hundert pfunt und zehen pfunt fur hawszins“.

15) Vgl. *Gemeiner a. a. O.* II, 270; *Arnold a. a. O.* II, 401.

16) Vgl. *Gemeiner a. a. O.* S. 474, 75. Wilhelm der Wolfsteiner war freiwillig, da er in den bayerischen Herzogsdienst überging, vom regensburger Bürgermeisterstuhle abgetreten.

§. 19.

Der Kämmerer und Stadtschreiber.

Der erste Rathsbeamte nach dem Bürgermeister war der Kämmerer, „*chamerār, der stat kamerer, meiner herren kamerer*“. Seiner ursprünglichen Hauptfunction nach allerdings nur Verwalter der städtischen Einkünfte und Gefälle, bewegte er sich doch vielfach auch ausserhalb dieser Schranken, indem er nicht nur eine vermuthlich auf geringfügige Privatstreitigkeiten und Vergehen beschränkte Tagsgerichtsbarkeit in festgesetzten Stunden auf dem Rathhause ausübte¹⁾, sondern auch — was seinem Amte eine besondere Bedeutung verlieh — bei Abwesenheit des Bürgermeisters dessen Stellvertreter in der Leitung der stadtgemeindlichen Geschäfte zu sein pflegte, und in den Sitzungen des inneren Rathes den ständigen Vorsitz führte.²⁾ In Verhinderungsfällen

wurde er durch einen immer nur auf eine kürzere Zeitfrist, z. B. von vier Wochen, von den beiden Rathscollegien aus ihrer Mitte gewählten s. g. Frager ersetzt³⁾, dessen amtliche Stellung in Regensburg mithin eine von der gewöhnlichen rein-jurisdictionellen⁴⁾ wesentlich verschiedene, vorwiegend administrative gewesen ist.

Mit dem Jahre 1429 erfuhr nun das Amt des Kämmerers einen völligen Umschwung — wir sehen ihn jetzt an die Spitze des Gesammtrathes und der Bürgergemeinde gestellt, d. h. mit der bürgermeisterlichen Würde bekleidet.⁵⁾ Er genoss daher jetzt in den Sessionen den Rangvorzug der Begrüssung mittels Erhebens von den Stühlen Seitens des Collegiums, und es kam ihm auch die Befugniss zu, nach Gutdünken die beiden Räte zu ausserordentlichen Versammlungen einzuberufen.⁶⁾ In Nothfällen durfte er sich durch das nächstälteste Mitglied des inneren Rathes als den s. g. Kammeramts-Verweser vertreten lassen.⁷⁾ Die Besetzung der Stelle des Kämmerers⁸⁾ geschah übrigens, da die 20jährige, nämlich bis zu seinem Tode fortgesetzte Amtsführung des ersten regierenden Kämmerers Leupold Gumprecht als eine durch besondere Umstände verursachte Ausnahme zu erachten ist⁹⁾, anfänglich von Jahr zu Jahr zusammen mit dem allgemeinen Rathswandel. Hierin trat jedoch eine höchst bedeutsame Aenderung am Ausgange des Jahres 1452 ein, indem damals vereinbart wurde, dass von nun an alljährlich zwei Kämmerer zu gemeiner Stadt Nothdurft, der eine wie bisher um Weihnachten, der andere an St. Johannes zu Sonnenwende, gewählt werden sollten.¹⁰⁾ Seitdem entfalteten daher zwei Träger des hochwichtigen Amtes eine je halbjährige Thätigkeit. Diese Satzung wurde im Jahre 1498 noch einmal erneuert.¹¹⁾

Mit der Besorgung des gesammten Kanzleiwesens des Rathes war der Stadt-Schreiber¹²⁾, bereits im Statute von 1244 als „notarius civium“ aufgeführt, betraut. Er hatte alle vom Rathe und dessen Vorstehern ausgehende Schriftstücke zu concipiren und auszufertigen, die erforderlichen Einträge in das Stadtbuch zu vollziehen, und über die jeweiligen Verhandlungen in den Rathssitzungen und im Rathsgerichte ein Protokoll in der Form eines Tagebuchs zu führen.

Anmerkungen zu §. 19.

- 1) Vgl. *FGB.* S. 75 §. 5 [s. oben §. 14 Note 34]; auch *Stadtr.* B S. 30 §. 3; S. 62 §. 11.
- 2) Vgl. Gemeiner, Chron. II, 349.
- 3) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 235; Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 811.
- 4) Vgl. Haltaus, Glossar. p. 480.
- 5) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 1.
- 6) Vgl. z. B. Gemeiner a. a. O. IV, 29.
- 7) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 1.
- 8) Früher bekleidete der Kämmerer zuweilen noch ein anderes Amt, z. B. jenes des Probstrichters (s. Gemeiner a. a. O. II, 349), was jedoch seit 1429 nicht mehr möglich war.
- 9) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 1, 171.
- 10) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 215; IV, 29.
- 11) Vgl. Gemeiner a. a. O. IV, 29.
- 12) Ueber ihn s. Gemeiner a. a. O. III, 189, 631. Ausführliche und belehrende Bestimmungen über das Stadtschreiberamt enthält das *bayreuther* Stadtbuch v. 1464 in dem Abschnitte: „Eyns Statschrybers verpflichtet, ordnung und was sein löne sind des gemeynen handels ongeverde“ b. Chr. Meyer, Hohenzollerische Forschungen Bd. I (1891) S. 279—82.

§. 20.

Die Steuerherrschaft, Ungelter und Brückenmeister.

Der finanziellen Seite des städtischen Haushalts dienten in Regensburg hauptsächlich die beiden Rathsämtler der Steuerherrschaft und der Ungelter. Die ersteren waren ein permanenter Ausschuss von Rathsgliedern zur Ueberwachung der durch Einnehmer [innerhalb und ausserhalb des Burgfriedens]¹⁾ vermittelten Einhebung der städtischen Abgaben, Controlirung des Steuer-Fassions-Registers [„liber s. aestimus civitatis“], Verwaltung der im Stadt-Aerare angesammelten Gelder und jährlichen Rechnungslegung über deren Verwendung vor sitzendem Rathe. Die hier vornehmlich in Betracht kommenden Arten städtischer Leistungen waren die Schatzsteuer von Häusern, Erbe und Eigen²⁾, sowie die Losung, welche sich über die gesammte Habe des Bürgers erstreckte³⁾, so dass auch Hausgeräthe und Kleinodien zu den steuerbaren Objecten⁴⁾ zählten. Der Steuerfuss wechselte nach den Zeitläuften; er betrug z. B. im Jahre 1395:

8 Pfennige, und dagegen 1480 nur 4 Pfennige vom Pfunde.⁵⁾ Obgleich der *Bürgerbrief* von 1320 das von einundzwanzig Rath- und Gemeinde-Deputirten auf Grund der vorhandenen kaiserlichen und königlichen Handfesten gefundene und eidlich bestätigte Princip enthielt, dass alle Stadtbewohner nach ihrem Vermögen gleichmässig besteuert sein sollten⁶⁾, gab es doch mancherlei Befreiungen von der Steuerzahlung, wie eine solche namentlich die Kirchengüter⁷⁾ und die edelmännischen s. g. Freihäuser in der Stadt⁸⁾ genossen. Durch gewisse Massregeln wurde jedoch diesen dem „fiscus civitatis“ in hohem Grade nachtheiligen Vorrechten die Spitze abgebrochen. So sollten in der Stadt liegende Immobilien nur wieder an schatzsteuerpflichtige Bürger, und ein Haus, welches ein solcher einer Kirche zuwendet, binnen Jahresfrist wieder in eine bürgerliche Hand, welche davon Schatzsteuer entrichtet, verkauft werden, da, sofern dieses nicht geschähe, in der Zwischenzeit bis zur Wiederveräußerung die Kirche für die ausfallenden Stadtsteuern aufzukommen hätte.⁹⁾ Die *Compactaten* von 1484¹⁰⁾ haben jene Beschränkung der „donationes et legata ad ecclesias seu ecclesiasticas personas“ beseitigt; allein sie mussten dafür das Zugeständniss machen, dass die legirten und geschenkten Güter „cum omnibus et singulis oneribus necessariis“ auf die geistlichen Anstalten und Personen übergehen sollten, zu welchem Behufe der Vermächtnissnehmer oder Beschenkte bei der Besitzergreifung die erforderliche Anzeige an die Steuerbehörde („denunciatio seu intimatio“) behufs der Verbuchung im Steuerkataster zu erstatten gehalten war.¹¹⁾

Die Ungelter dagegen waren Rathsglieder, welchen zuvörderst die Durchführung der Accise-Vorschriften und die Verrechnung der aus der fraglichen Auflage erzielten Einnahmen übertragen wurde. Das Ungelt¹²⁾ sah man nämlich stets als eines der wirksamsten Auf- und Aushülfsmittel des Stadtsäckels und seines Einkommens an, und es ward darum immer mehr, zuweilen allerdings nicht ohne heftige Raths-Debatten (z. B. im Jahre 1394)¹³⁾, in seinem Umfange ausgedehnt. So musste es nicht nur „von allen trinchen“, d. h. von allen importirten, besonders wälschen Weinen und einheimischen Brau- und Schenkbieren, nach der Eimerzahl berechnet¹⁴⁾, sondern auch von Salz, Eisen und fremden feinen Tüchern¹⁵⁾, zuletzt überhaupt von jeglicher als Handelsartikel betrachteten flüssigen und trockenen Waare entrichtet werden.¹⁶⁾ Ausserdem gehörten aber noch zum Verwaltungsressort der Un-

gelter¹⁷⁾: die städtischen Thor- und Wegzölle, die Juden-Reichnisse, die Sieglungsgebühren, die Mühlenzinse, die Miethgelder für die Kaufbuden, die von den herzoglichen Revenuen an die Stadt übergegangen, unter dem Namen „kammerschatz“¹⁸⁾ begriffenen Handwerker-Prästationen, ferner die von den ärarialischen Häusern im oberen und unteren Wörth fälligen Wohnungsrenten, endlich was der Stadtkasse von den Bewohnern Donaustaufs während der Pfandschaftsperiode an Einkünften zufloss.

Zum Schlusse möge an dieser Stelle noch der Brückenmeister oder Brückenherren¹⁹⁾ in Kürze gedacht werden. Es waren diese die ebenfalls aus dem Rathsgremium genommenen Amtsnachfolger des alten „*magister pontis*“²⁰⁾, denen die bauliche Erhaltung der grossen Donaubrücke und die Rechnungsführung über die dafür gegründeten Specialfonds oblag. Letztere wurden besonders aus den Brückenzöllen und verschiedenen für die Fluss-, Wehr- und Ufer-Benutzung von den Schifflenten und Fischern zu leistenden Abgaben gebildet.²¹⁾

Anmerkungen zu §. 20.

1) Vgl. Gemeiner, Chron. II, 26.

2) „Schatzsteuer“ war die auf „schatzung“, d. i. Abschätzung von Vermögensobjecten, besonders liegenschaftlichen, beruhende und danach bemessene Bürgerabgabe, daher selbst auch blos „schatzung“ geheissen. Vgl. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. II, 492; Rockinger's Wörterbuch zu den altbaier. landständ. Freibriefen S. 106b.

3) „Losung“ war die auf eidliche Selbstanwerthung von Capital und Rentenbezug basirte, darum vorwiegend die reichen Bürger treffende directe Steuer, wie wir sie vornehmlich in Nürnberg (s. Chroniken der dtsh. Städte I, 282—84) entwickelt finden. Vgl. Schmeller-Frommann a. a. O. I, 1519; F. M. Mayer, Ueber die Verordnungsbücher der Stadt Eger (1880) S. 30, 31.

4) Nach einem *Rathsschlusse* v. 1395 unterlagen jedoch Hausrath und Kleinodien „an den Trinkfässern“ nur dann, wenn sie zum Zwecke des Wiederverkaufs erworben worden waren, der Besteuerung, wogegen sich diese auch auf „ungewisse Gelder“ und zum Jahresgebrauche angeschaffte Victualien-Vorräthe, ausgenommen Getreide, Mehl, Holz und Käse, erstreckte. Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 325. Steuer-Hinterziehung, namentlich den Juden zuweilen zur Last gelegt (s. Gemeiner a. a. O. S. 213; Janner, Bischöfe III, 311), wurde schwer geahndet.

5) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 325; III, 641.

6) In dem s. g. *Bürgervereine* aus der Zeit des Bürgermeisters Ulrich Schenk von Reicheneck (S. 103—5) heisst es: „Daz alle läut in unserr stat,

swie si genant sint, alle pürd an schatzstewrn und an losungen von allem irem gut, daz si habent innerthalben und auzzerthalben der stat, swie ez genant ist, geliches mit einander tragen und geben schülln, und da von setzzen wir, daz daz furbaz an allem chrieg ein gemeines recht sol sein ewichlichen allen den, di in unser stat sint und furbaz dar in choment, under der geschepffe aines aydes. Und wer dez wider ist und nicht stät wil haben, der sol ewichlichen von der stat sin.“ Vgl. Gemeiner a. a. O. I, 517 ff.

7) Darüber entstanden bereits im XIII. Jhdt. (1293) Zwistigkeiten zwischen dem Clerus und Rathe, welcher letztere sich auf das *Priv. Conradi IV.* a. 1251 [s. Abschn. II §. 6 Note 5] berief. Auch die Klöster kamen in die Lage, sich gegen die vom Rathe ihnen zugemutheten Steuern zur Wehr zu setzen. Vgl. Janner a. a. O. III, 86, 205.

8) Vgl. Gemeiner a. a. O. IV, 8.

9) Vgl. *Raths-Statut* v. 1308 im *Stadtr.* A S. 18 §§. 2, 3 [s. Abschn. II §. 13 Note 13] mit Gemeiner a. a. O. I, 468; Janner a. a. O. S. 292.

10) Ueber die Compactaten vgl. Abschnitt I §. 3 m. Noten 4, 5.

11) Bei Moser, Reichsstätt. Handb. II, 518.

12) Das „Ungelt“ (unrichtig auch „*umbgelt, umgelt, umbgeltspfennig*“ genannt), in den ausserdeutschen Quellen unter den Benennungen: „*assisa, assisia, assise, accyse, excisa, maletouta*“ vorkommend, war eine indirecte, vorzüglich auf den Lebensmittelverbrauch gelegte Stadt-Steuer, welche zu den vier wichtigsten „*exactionum genera que vulgariter dicuntur sture, ungelt, zol, wahte*“ gerechnet ward. Vgl. Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins VI, 19 Note 17. Das Erhebungs-Recht erlangte Regensburg, wie früher (Abschn. II §. 6 lit. e) erwähnt worden, durch königliches Privileg, um es später auf autonomischem Wege weiter zu entwickeln. Andere Städte dagegen erreichten diese bedeutende, besonders als Wein-Accise reichlich fließende Einkommensquelle durch Vereinbarung mit der Stadtherrschaft oder freiwillige Ueberlassung der letzteren. Mitunter erschien als Zweck der Einführung das Bestreben, dadurch einzelne Bewohnerklassen in ihrer allzu beschwerlichen Betelast einigermaßen zu erleichtern, indem ja das Ungelt hauptsächlich die wohlhabenden Stände, wie Adel und Geistlichkeit, zu treffen pflegte, also die niederen Bevölkerungsschichten weniger berührte. Doch kamen gerade in Bezug auf erstere manche Exemtionen vor, wie namentlich der stadtherrlichen und stadtgemeindlichen Beamten und der Cleriker. Vgl. Mone a. a. O. IV, 306; Gemeiner a. a. O. III, 676. Uebrigens bildete das Ungelt den Gegenstand verschiedener finanzieller Operationen, z. B. einer Verpachtung oder Verpfändung. Eine genauere Kenntniss vom Wesen dieser Auflage, als die regensburger Rechtsaufzeichnungen, gewähren uns die speciellen Ungelts-Ordnungen anderer Städte aus dem XV. Jhdt., z. B. die bischöflich-speierischen für *Bruchsal* v. 1466, 1472 und die pfalzgräflichen für *Weinheim* v. 1489, sämmtlich b. Mone a. a. O. VII, 293—300; IV, 306—11. Für die Ungelts-Entwicklung im XIII. Jhdt. ist

höchst belehrend das Accise-Privileg des Grafen Floris V. von Holland für die Stadt *Haarlem* v. 1274 in 24 §§., edirt durch J. de Wal, Accijsbrief van Haarlem in 1274, met inleiding en aantekeningen uitgegeven, Leyden 1856. Ausserdem vgl. Chroniken der dtsch. Städte a. a. O. S. 281 ff., 283 ff.; Arnold, Freistädte I, 267 ff.; v. Maurer, Gesch. der Städteverfassung II, 858 ff.; auch Schmeller-Frommann a. a. O. I, 907.

13) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 308 ff.

14) Vgl. die *Ungelts-Satzungen* a, b (engerer und weiterer Fassung) v. 1351 S. 128—33, sowie wegen des Wein-Ungelts auch oben Abschn. II §. 12 Note 2.

15) Vgl. *Ungelts-Satzung* v. 1411 b. Gemeiner a. a. O. II, 395—98.

16) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 647; auch de Wal l. c. Inleiding p. 7.

17) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 308 Note *).

18) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 104; Janner a. a. O. III, 314.

19) Vgl. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 252—55. Der Brückenmeister hatte ein eigenes Brücken-Siegel und das Recht, das mit der Sanct-Margarethen-Kapelle verbundene Beneficium zu verleihen, s. Janner a. a. O. S. 242. Ueber das manche Vergleichungspunkte gestattende Elbebrückenmeister-Amt in Dresden vgl. O. Richter, Verfassungsgeschichte der Stadt Dresden (1885) S. 116 ff.

20) Vgl. darüber Beitr. I, 217 Note 43 lit. b.

21) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 308 Note **).

§. 21.

Die Burg- und Wacht-Gedinge.

Das oberste Organ der einheitlichen Gesamtleitung des freistädtischen Gemeinwesens blieb in gewisser Beziehung auch nach dem Abschlusse der Raths-Entwicklung in Regensburg die durch den Bürgermeister und nachmals Kämmerer berufene und auf dem Rathhause abgehaltene *Bürger-Versammlung*.¹⁾ Ihre quellenmässigen Bezeichnungen sind *purchding* (purgding, burtting) und *offen purgting*.²⁾ Sie umfasst „universos cives, universitatem civium Ratisponensium, deu gemain, alle gemain der purger ze Regenspurch“, mithin sämtliche stimm- und siegelfähige Vollbürger daselbst mit Einschluss der Rathskollegien. Genau betrachtet erschien daher das Burgding als der eigentliche, gleichsam ideelle Träger des seit 1211 vorkommenden Stadt-Siegels, da sich dieses selbst als „sigillum civium“ gekennzeichnet hat.³⁾ Die Thätigkeit des Burgdings verminderte sich aber allmählig in demselben Maasse, als die sozusagen stellvertretende Wirksamkeit des städtischen

Rathes zunahm, so dass sich die erstere zuletzt auf diejenigen Stadtangelegenheiten reducirt hat, welche einer unbeschränkten Publicität bedurften. Es waren darum hauptsächlich vier Gemeinde-Acte, welche vor dem Burgdinge vollzogen werden mussten, nämlich a) die Genehmigung der vom Rathe beschlossenen und vorgelegten Satzungen, insbesondere derjenigen, durch welche wesentliche Reformen in der Verfassung oder Verwaltung der Stadt, sowie neue Auflagen von dauerndem Bestande, z. B. ein Ungelt, geschaffen wurden⁴⁾; b) die Verkündung der vom Rathe vermöge seiner Regiminalgewalt eingegangenen öffentlichen, z. B. die Münze betreffenden Verträge⁵⁾; c) die alljährliche oder mindestens von Zeit zu Zeit sich wiederholende Vorlesung der zu erneuernden und einzuschärfenden Friedens-Ordnungen und Polizei-Statute⁶⁾; endlich d) die Ableistung der von den Bürgern in jedem Jahre dem neu-gewählten Meister und Rathe zu schwörenden Treue- und Gehorsams-Eide.⁷⁾

Blose Districts-Versammlungen dagegen waren die zu bestimmten Zeiten des Jahrs in den acht regensburger Wachten, *vigiliae*, abgehaltenen Wacht-Gedinge.⁸⁾ Ihre Berufung und Leitung lag den einzelnen genannten Stadtbezirken vorgesetzten Wacht-Meistern, *magistri vigiliae*⁹⁾, ehemals stets patrizischer Herkunft, ob. Es pflegten aber auf diesen engeren Versammlungen insbesondere gewisse polizeiliche Verfügungen des Rathes, z. B. über das Verhalten bei Brandunfällen, publizirt, beziehungsweise durch neuerliche Ablesung im Gedächtnisse aufgefrischt¹⁰⁾, ferner die Münzverrufe bekannt gemacht¹¹⁾, sowie geringfügige, namentlich aus den nachbarlichen Verhältnissen erwachsende Rechtshändel entschieden zu werden. Hauptsächlich ist es jedoch „der wacht recht“ gewesen, Beschwerden im Bereiche des Bauwesens, z. B. über die mangelhafte Beschaffenheit der Feuerräume, über die Schadhaftheit des Traggebälkes [„ob ein tram ab fawlt“] zu prüfen und darüber zu urtheilen.¹²⁾

Anmerkungen zu §. 21.

1) Vgl. darüber Arnold, Freistädte I, 389 ff.; II, 396.

2) *Statut a* v. 1334 S. 116 Z. 4.

3) Vgl. Arnold a. a. O. I, 379. Dazu s. Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 43.

4) Vgl. Gemeiner, Chron. II, 111.

5) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 289 ff., 301 ff.

Gengler, Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns. III.

- 6) Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 112.
 7) *Statut b* v. 1334 §. 11 S. 121; *Bürgerverein* v. 1342 b. Gemeiner a. a. O. II, 29 Z. 30.
 8) Vgl. darüber Gumpelzhaimer, Regensburgs Geschichte I, 267; Arnold a. a. O. II, 250 ff.; Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 519, II, 842. In aufrührerischen Zeiten wurden die Wachtgedings-Verhandlungen zuweilen gehäuft, so dass solche „ye zwir, ye zum dritten mal einen tag, ye einen tag zwey mal“ stattfanden. *Widmann's Chronik* z. J. 1512 (Chroniken der dtsh. Städte XV, 16, 18).
 9) Vgl. Ried, Cod. dipl. Ratisb. I, 383; *MB.* IX, 481.
 10) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 255.
 11) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 289.
 12) *Anh. z. FGB.* S. 83 §. 3, S. 84 §§. 1, 3; auch s. Gemeiner a. a. O. II, 252 ff.

§. 22.

Die Ehrbaren.

Der s. g. *Lichtenberg'sche Schied* von 1281¹⁾ stellt sich in der Rolle von Parteien zwei Personen-Gruppen gegenüber: Ritter, Münzer und Brauer auf der einen, Bürger und Kaufleute auf der anderen Seite. Offenbar wollten damit eine höhere und eine niedere Bürger-Klasse angedeutet werden. Für die erstere erhalten wir nun in dem *Rathsschlusse* von 1323²⁾ die Bezeichnung: „erbare bürger, die besten die in der stat sint“³⁾, und es rechtfertigt sich danach wohl, jene drei Reihen von Stadtbewohnern unter dem gemeinsamen Namen: Ehrbare⁴⁾ zusammenzufassen. Entsprechend liesse sich auch von einem Patriziate im weiteren Sinne reden. Es sind aber

a) unter den „Rittern“ die Mitglieder der in der Stadt gesessenen edlen Geschlechter zu verstehen, welche „den ordo militaris erworben“ haben⁵⁾, und darum Wappen-, Turnier- und Lehnsfähigkeit besaßen. Sie sind die im *Fridericianum* begegnenden „potentes“⁶⁾, die schatzsteuerfreien Edelleute des späteren Statutenrechts⁷⁾, und werden uns in stattlicher Anzahl im *Innungsbriefe* von 1244 und im *Friedbriefe* von 1331 vor Augen gestellt⁸⁾, wie wohl bloß einem einzigen der dort namhaft gemachten Urkundenzeugen der Rangtitel „miles, ritter“ beigelegt sich findet. Sie bildeten das auf Geburt und Geblütserbfolge beruhende eigentliche Patriziat im engeren Sinne.

b) Die Hausgenossen⁹⁾ dagegen erscheinen als eine nach

aussen abgeschlossene öffentliche Genossenschaft, in welcher sich zwei Elemente, ein patrizisches (der Abstammung) und ein industrielles (des Grossgewerbebetriebs) mit einander vereinigten. Sie waren aber α) die durch Belehnung ermächtigten ständigen Ausüßer der bischöflich-herzoglichen Münz-Gerechtigkeit in der Stadt, und β) die ordentlichen Gerichtshelfer bei der städtischen Rechtspflege.¹⁰⁾ Dort hiessen sie: „monetarii, münzzär, geerbte münzherrn“, hier „hausgenozzen“ im engeren Begriffe. Endlich

c) unter den „briwen“, Brauern, sind die ebenfalls zu einer innungsartigen Körperschaft verbundenen Besitzer der ehemals burggräflich gewesenen, dann herzoglich gewordenen Brauer-Lehen, d. h. der auf dem Wege der Belehnung erblich übertragbaren Braugerechtigkeiten, zu verstehen.¹¹⁾ Verzeichnet findet man sie, in welchen ein uneigentliches specifisch-grossindustrielles Patriziat sich zu erkennen gibt, in dem gegen ihre argen stadtgefährlichen Missbräuche gerichteten *Rathserlasse* von 1278¹²⁾, wonach sie sich zu dem Gelöbnisse verstehen mussten, künftig nie mehr wider die für sie gegebenen Raths-Vorschriften („wider den satz umbe daz briwen“) zum Schaden der Stadt etwas unternehmen zu wollen, indem ihnen auf einen solchen Fall die Strafe ewiger Stadtverweisung und der damit für den Schuldigen verknüpfte Verlust des „Amts“ durch Zuweisung desselben „oder der warttunge“ an einen anderen binnen Monatsfrist in Aussicht gestellt ward.

Was nun insbesondere die regensburger Hausgenossen angeht, deren wichtigste Erkenntniss-Quellen bereits früher besprochen worden sind¹³⁾, so ergänzten sich die Mitglieder der Genossenschaft bei eintretenden Lücken theils durch Erbfolge der ehelichen Descendenten (Söhne und Enkel)¹⁴⁾, in deren Ermangelung wohl auch eine Uebertragung des durch Tod erledigten Münzeramtes auf einen andern Hausgenossen kraft letztwilliger Verfügung Platz greifen konnte¹⁵⁾, theils durch Aufnahme neuer Glieder mittels einstimmigen Wahlactes¹⁶⁾, welcher jedoch durch den Herzog, beziehungsweise Bischof, vorher zugelassen oder wohl auch nachher gutgeheissen werden musste¹⁷⁾, und von welchem alle in der Stadt nicht angesessenen Personen ausgeschlossen waren.¹⁸⁾ Niemals vermochte aber seitens des Münzoberherrn die Genossenschaft gezwungen zu werden, widerwillig in ihre Mitte Individuen aufzunehmen, deren Wesen ihr nicht zusagte.¹⁹⁾ Als im Beginne des XIV. Jahrhunderts der Wegfall von Theilhabern sich in bedenklicher Weise mehrte, erstreckte man die

Successions-Fähigkeit auch auf „befreundte“, vermuthlich zunächst auf die Verwandten der Seitenlinie.²⁰⁾ Was dann das Münzergewerbe nach seinem Inhalte betrifft, so umfasste es die drei Haupt-Geschäftsbranchen der Münzprägung, des Silberhandels und des Geldwechsels. Die zuerst gedachte Thätigkeit unterlag freilich in Ansehung des Gepräges, Gewichts und Feingehalts durchaus den Anordnungen des Bischofs oder Herzogs, und es mussten daher alle neugefertigten Münzstücke bezüglich der erwähnten drei Requisite alsbald am dazu bestimmten Orte durch den bestellten Münz-Besichtiger geprüft werden. Wurden sie hier für vollwichtig und überhaupt für satzungsmässig erklärt, so traf wegen etwa später wahrgenommener Fälschungen und Mängel weder den Herzog oder Bischof noch die Genossenschaft selbst eine Verantwortung.²¹⁾ Ferner war hinsichtlich des Silberhandels aus Anlass von den Münzern erhobener Beschwerden den Bürgern wiederholt unter Androhung von Geldbussen eingeschärft worden, dass sie sich des eigenhändigen Ankaufs, Verkaufs und Umtausches ungemünzten und gemünzten Silbers im Werthe unter einer Mark enthalten, vielmehr, wenn sie einen solchen Vorrath von gedachtem Metalle besäßen, denselben an die Münzstätte bringen und hier anbieten sollten.²²⁾ Für gewisse Angelegenheiten der Genossenschaft von besonderer Tragweite bestand innerhalb derselben ein s. g. Vierer-Ausschuss, welcher nach gepflogener Berathung der Sache darüber geeignete Vorschläge an die Versammlung brachte.²³⁾ Bei übermässig hohem Metallpreise, wenn die Selbstausübung des Münzrechts keine pecuniären Vorthelle mehr darbot, durften die Hausgenossen zeitweilig die Münzprägung ruhen lassen²⁴⁾, auch wohl auf eine bestimmte Anzahl von Jahren dem regensburger Stadtrathe zuwenden.²⁵⁾ Behufs der Aburtheilung von Münzverbrechen, deren sich die Münzer selbst schuldig machten, war ein herzogliches Specialgericht mit Angehörigen der Genossenschaft als Beisitzern niedergesetzt, wogegen gemeine Blutthaten letzterer, gleichviel ob sie auf dem Münzhause oder ausserhalb desselben begangen worden sind, selbstverständlich zur Competenz des ordentlichen Echedings sich eigneten.²⁶⁾ Doch hatten in allen peinlichen Fällen die Münzer ihre Werkleute, und zwar jeder diejenigen, welche in seiner Prägstätte und unter seiner Aufsicht arbeiteten, zu vertreten und für dieselben persönlich zu haften, es musste denn der Betreffende mit einem Zwölfer-Eide darzuthun im Stande sein, dass er an dem von seinen Untergebenen verübten Delicte

völlig unschuldig sei.²⁷⁾ Endlich war das Münz- und Wechselhaus mit der Asyl-Eigenschaft bekleidet, und es zogen daher darin begangene Verbrechen ausser der richterlichen Strafe noch eine besondere Genugthuungsbusse an den Münzoberherrn nach sich.²⁸⁾

Die regensburger Hausgenossen erfüllten aber auch eine jurisdictionelle Function — sie waren in eigentlichen Bürger-Processen „gesworne von dem weltlichen rechten“, welche zu des Richters Beistand „desselben tags an dem rechten“ oder „an der offen schrann“ zu erscheinen hatten.²⁹⁾ Sie mussten insbesondere α) entweder allein oder mit dem Fronboten „urtailn, urtail geben“, denn „ez sol nyemant volg noch urtail geben, dann di hausgenozzen, die di fursten seczent“³⁰⁾ und „swaz man hincz den burgern ze Regenspurch ze clagen hat, da schol niemant dhein urtail über geben, dann di gesworn hauszgenozzen“³¹⁾; ferner β) „die hant-hafft schatzen auf ir ait“, sowie bei Verletzungen mit dem Fronboten Wundschau vornehmen³²⁾; γ) den Parteien, wo es nöthig, als „anweyser“ dienen³³⁾; δ) gewisse Executionshandlungen gegen Schuldner³⁴⁾, sowie ε) die Ausfertigung von Gerichtsbriefen³⁵⁾ vollziehen helfen, und ζ) bei der Eindingung eines untergerichtlich gefällten Rechtspruches „für der statt rat“ unterstützend mitwirken.³⁶⁾ Näher betrachtet gewährt mithin die Gerichts-Thätigkeit der Hausgenossen nachstehendes Bild: sie waren bei jeder ordentlichen, Bürger als Parteien betreffenden Judicialverhandlung sowohl des Schultheissen- und Raths-, wie selbst des Probst-Gerichts³⁷⁾, wenigstens nachdem dieses städtisch geworden, in festgesetzter, regelmässig auf sieben, ausnahmsweise auf zwei beschränkter Anzahl und vielleicht nach einem bestimmten Turnus abwechselnd gegenwärtig, theils blos um die gesetzmässige Solennität der richterlichen Acte zu wahren³⁸⁾, theils um selbsthandelnd in den Rechtsgang einzugreifen. Letzteres geschah aber hauptsächlich: aa) durch Vornahme von Abschätzungen z. B. der bei Dieben vorgefundenen entwendeten Werthgegenstände, oder von Ausweisungen aus dem Besitze wegen Ueberschuldung u. s. w.; bb) durch Uebernahme processualischer Verbeiständung von Personen, welche überhaupt einer Bevogtung bedürfen; cc) durch Beantwortung der Richter-Fragbitte „was recht were“, sowie durch Beitritt zu dem vom Anwalte³⁹⁾ oder Fronboten⁴⁰⁾ eingebrachten Urthels-Vorschläge; endlich dd) durch Untersuchung und darauf gegründete Erklärung, dass eine für das Rathsgericht als Berufungs-Behörde bestimmte und allda angemeldete Streitsache

auch wirklich appellationsfähig sei, in welchem Falle sich die Anwesenheit und Mitwirkung der Hausgenossen auch auf die gesammte zweitinstanzliche Verhandlung erstreckt hat. Uebrigens bezog der Hausgenosse für die meisten seiner gerichtlichen Geschäfte normalmässige Gebühren.⁴¹⁾

Anmerkungen zu §. 22.

1) Ueber diesen Schiedspruch vgl. Abschn. I §. 1 Note 8.

2) Bei Gemeiner, Chron. I, 527.

3) In einem zweiten *Rathsbriefe* von demselben Tage (*Fr.* S. 108 Z. 7) ist von einer Berathung „mit hundert der eltsten und der pesten unserr purger“ die Rede.

4) Vgl. Chroniken der dtsh. Städte Bd. I [Beilagen zu *Ulman Stromer's* Geschlechts-Buch Kap. 32 Nr. IX: „Die Ehrbaren und das Patriciat in Nürnberg“] S. 214—21.

5) Vgl. Arnold, Freistädte I, 385 ff.

6) *Priv. a.* 1230 §. 17 [mit §. 4 Anmerk. a].

7) Vgl. *Rathsbrief* v. 1323 [Note 2], wonach vom Rathe und der Bürgerschaft beschlossen ward, da es rathsam erschien „abzenemen die beswer, die si edeln leuten täten, da si niht entberen noch geraten wolten, si trügen mit in geliche schatzstewr, daz doch wider die alten gewonhait war, die ir vordern und si herbrahten, . . . daz diu beswer, die si in täten an der schatzstewr, ze durhsleht ab solt sin“, so dass „si und ir nahkomen und ir erben, di man sint und von der stat geporn sint, furbaz imer mer hie sizzen und [nicht] schatzstewrn suln, als ez ir vordern mit alter gewonheit an si brahten“.

8) Vgl. *Fr.* S. 90, 91, 92, 93, 112—14. Dazu s. M. Praun, Beschreibung der Adelichen und Erbarn Geschlechter in den Vornehmsten Reichs-Stätten (1667) S. 133 ff.

9) Von denselben im allgemeinen sowie mit besonderer Berücksichtigung Regensburgs handelt in vorzüglicher Weise K. Th. Eheberg, Ueber das ältere deutsche Münzwesen und die Hausgenossenschaft (1879) S. 97—176. Ausserdem vgl. noch Hüllmann, Städtewesen des Maltes II, 18—32; G. Rau, Die Regiments-Verfassung der freien Reichsstadt Speier Abthl. I (1844) S. 20—27; Arnold a. a. O. I, 270—80; v. Maurer, Gesch. der Städte-Verfass. I, 297 ff.; Hegel „Ueber die Münzer-Hausgenossen“ in den Chroniken der dtsh. Städte Bd. XIV S. CCLX—LXVII; Rosenthal, Gesch. des Gerichtswesens Baierns I, 381—83; C. Koehne, Der Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz [in Gierke's Untersuch. z. Dtsch. Staats- u. RGesch. Heft 31, 1890] S. 65—68, 280; Schröder, Lehrb. der dtsh. RGesch. S. 510 ff. [Ueber die für Regensburg jedenfalls zu bejahende Frage, ob auch Ministerialen Hausgenossen sein konnten, kann

hier, da die Quellen zur Erörterung derselben keinen Anlass bieten, hinweggegangen werden.]

10) Man will daher zwei Arten oder Klassen von Hausgenossen: Münzer und Gerichts-Beisitzer ausscheiden. Vgl. Gfrörer, Verf.-Gesch. S. 48.

11) Das ehemals burggräfliche Recht „di prewen ze lihen“, d. h. das Brau-Amt mit der daran haftenden Gerechtigkeit zu Lehen zu geben, findet sich auch in dem alten *Libell über die s. g. Herzogsrechte* in Regensburg [s. Beitr. I, 134, 35] als eine jetzt dem Herzoge von Bayern zukommende Befugniß erwähnt.

12) Bei Gemeiner a. a. O. I, 409 ff. Dazu s. Abschn. I §. 1 Note 8.

13) Vgl. Abschn. II §. 8, wo in den Noten 2 und 3 die *Münzerbriefe* v. 1272 u. 1295 abgedruckt sind. Ausserdem ist noch bemerkenswerth der „*Verbrüderungsbrief* der Münzhausgenossen“ v. 14. Aug. 1345, edirt von W. Schratz in den Verhdl. des hist. Vereines von Oberpfalz u. Regensburg XXXV, 246—48. Die weiteren einschlägigen Quellenstücke werden in den nachfolgenden Noten angeführt. Zur Vergleichung können vorzüglich dienen: α) das *augsburger Stadtr.* v. 1276 Art. VIII, Ausg. von Chr. Meyer S. 15—22; β) das *wormser Priv.* v. 1372 mit dem darin eingeschalteten Haupt-Priv. v. 1165 bei Schannat, Hist. Wormat. II, 188, 89; s. Mone's Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins IX, 285—88; γ) die beiden *speierer Münzer-Urk.* v. 1330 b. Rau a. a. O. S. 32—38 u. Mone a. a. O. S. 288—90 nebst dem wichtigen Codex juris monetar. saec. XIV, edirt von Eheberg in der Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XXXII, 444—80.

14) *Verbrüderungsbrief* v. 1345 (S. 247 Z. 2 ff.): „Und wir wellen auch, daz wir daz ampt eriben auf unser eriben, die erib suen sein, oder auf unserewe enichel von suenn. Und da schol ez pey beleiben, daz fuerbaz chain auzman zue unserm gesetzzt nimmermer choem, danne pey unsern eriben die iezuo hausgenozzen sint an dem ampt.“

15) Dies wird ausdrücklich in dem vorhin gedachten *Erbstatut* v. 1343 gestattet.

16) *MBrief* v. 1295 §. 2.

17) *MBriefe* v. 1272: „nisi hoc a nobis obtineant de gratia speciali“; v. 1295 §. 1.

18) Vgl. die Stelle in Note 14.

19) *MBriefe* v. 1272 und 1295 §. 2.

20) Vgl. *Declaration Meister Gumprechts* v. 1318 b. Gemeiner a. a. O. I, 503, 4.

21) *MBrief* v. 1295 §. 4.

22) *Münz-Statut* v. 1323 (*Fr.* S. 108): „nieman unser purger schol hinder der march in unser stat wechseln chauffen noch verchauffen weder silber noch grozze noch altez noch swartz, Wiennär Müncher Saltzpurger noch Pazzawer, weder bei der zal noch sust, ez sei denn, daz ez ein man versenden well oder ze verburchen bedarff. Ez schol auch nieman silber, grozz, altez noch swartz, als vor geschriben ist, an sinem wert nemen, er

schol ez an den wechsel lazzen tragen und sein pfening nemen.“ Uebertretungen werden mit einer Geldbusse von 60 Pfennigen an den Münzmeister geahndet.

23) Diese Einrichtung lernen wir aus dem *Münzer-Vertrage* v. 1316 (s. *Gemeiner a. a. O. I*, 496) kennen.

24) Vgl. *Priv.* v. 1355, s. oben §. 8 Note 7.

25) Vgl. *Urk.* v. 1391 und 1405, s. ebendas. Note 8.

26) *MBrief* v. 1295 §. 3.

27) *Rathsstatut* v. 1286 b. *Gemeiner a. a. O. S.* 423: „wir haben gesetzt und auch geboten ewichleich, daz dehein münzzär umbe die sache von der münze mit jeman iht ze schaffen habe, und tun si oder ir gesinde jeman iht dar über, daz sol in an libe und an gut gên; und swelhe werckman si habent, da suln si für antwurten, und in swez smitte si werchen, der sol auch für si antwurten, ob si jeman iht tun; und beut aber der herre sin lougen und sin unschulde, von dez smitte oder dez house ez geschiht, der sol selbe zwelfte gerihten siner genozze, daz er an der geschiht mit worten und mit werchen unschuldig si.“ Der Münzmeister dagegen schwört im Fälschungsprocesse als Angeschuldigter blos einen Reinigungseid mit „dreyen di zu im swern“ solten. Vgl. *Rechtsfall* v. 1358 (*Fr. S.* 85 §. 2).

28) *MBrief* v. 1295 §§. 5, 6. Dazu s. Osenbrüggen, Alamann. Strafr. S. 119, 20. In Speier wurde das Münzhaus noch im XIV. Jhdt. als Versammlungsort des städtischen Rathes benutzt. Vgl. Zeuss, Die freie Reichsstadt Speier vor ihrer Zerstörung örtlich geschildert (1843) S. 14, 15.

29) *Stadtr. B S.* 41 §. 1; S. 53 §. 7.

30) *Stadtr. B S.* 40 §. 1; *Anh. z. FGB.* S. 79 §. 3; S. 88; *Schultheissen-Gerichtsbrief* v. 1346 in den all. Verhdl. XLI, 175, 76.

31) *Libell über die Herzogsrechte* §. 3 (*Fr. S.* 154).

32) *Anh. z. FGB.* S. 81 §. 4 mit *Stadtr. B.* §. 1; auch s. Abschn. II §. 14 Note 19.

33) *Stadtr. B S.* 41 §§. 3, 4.

34) *Stadtr. B S.* 44 §. 6; S. 45 §. 1.

35) *Stadtr. B S.* 61 §. 10.

36) *Anh. z. FGB.* S. 79 §. 2.

37) Vgl. *das.* S. 87, 88.

38) z. B. *Stadtr. B S.* 62 §. 10.

39) Vgl. oben §. 16 Note 12.

40) *Stadtr. B S.* 54 §. 5.

41) *Stadtr. B S.* 61 §. 8; S. 62 §. 1.

§. 23.

Die Bürger.

Innerhalb der Bürgerschaft — „aller gemain der purger“ — stellte, wie früher vorkam, der *Schiedspruch* von 1281 den Ehrenbaren die übrigen Bürger entgegen ¹⁾, deren charakteristisches Kennzeichen die Schatzsteuerpflicht ²⁾ und deren Auszeichnungsmerkmal die Burggedings-Fähigkeit ³⁾ gewesen ist. Besonders um des Besitzes der letzteren Eigenschaft willen mag es berechtigt erscheinen, sie Vollbürger zu nennen. Die Rathsstatute sondern aber dieselben in „reiche“ und „arme“, oder wie etwa seit 1331 die officiële Urkunden-Eingangs-Formel lautet, in „arme und reiche“ ab. Welche Personen unter dem einen und anderen Namen zu begreifen seien, lassen uns freilich die einheimischen Rechtsdenkmäler nicht erkennen. Man wird jedoch wohl mit Berücksichtigung der Unterschieds-Andeutung in den Rechten anderer nicht zu ferne gelegener Städte aus dem XIV. Jahrhunderte ⁴⁾ annehmen dürfen, dass unter den „Reichen“ jene Bürger, welche auf frei-verfügbarem Erb und Eigen sassen, dagegen unter den „Armen“ die aus sonstigen Vermögens- und Einkommensquellen sich nährenden Stadtbewohner, mithin zunächst die Kleinhändler und Kleinhandwerker zu verstehen seien. Einen Einfluss auf die politische und rechtliche Stellung in der Gemeinde äusserte übrigens die fragliche Ausscheidung nicht, wie dies z. B. selbst in der öffentlich-brieflichen Anredeform des Rathes — „mein herren arm und reich, euch lazzent mein herren von dem rat wizzen“ ⁵⁾ — wahrzunehmen sein dürfte.

Ausser den Vollbürgern, deren das s. g. Bürger-Recht (*ius civitatis*) bildende Befugnisse sammt den entsprechenden Obliegenheiten unten eine nähere Erörterung finden sollen, gab es aber in Regensburg noch, allerdings in den städtischen Rechtsaufzeichnungen nur schwach angedeutet:

a) Minderbürger ohne Theilnahme am Burggedinge, wohin einestheils die Vogtleute, schon im *Fridericianum* ⁶⁾ als „cives collectas dantes“ erwähnt und nur dadurch von den eigentlichen Bürgern unterscheidbar, dass sie eine vogteiliche Gerichtsbarkeit (anstatt der städtischen) über sich anerkennen und dafür gewisse Prästationen („servitia“) leisten mussten, sowie anderntheils die in die Stadt recipirten steuerpflichtigen Juden ⁷⁾ gehört haben; ferner

b) Beisassen, welche Benennung wohl anwendbar sein möchte: α) auf die Zinsleute, homines censuales⁸⁾, worunter wir uns auf fremdem, vornehmlich abteilichem Grund und Boden gesessene bäuerliche Familien zu denken haben, welche ob ihrer Hörigkeit zu Zinsrechnissen und Frondiensten verpflichtet und dem grundherrlichen Ehehaft- und Nachtäding in ihren Rechtshändeln untergeben waren, auch in den Salbüchern häufig unter der Bezeichnung „arme lewt, arme man“ begegnen⁹⁾; desgleichen β) auf diejenigen Einfahrer und Einzügler, welche erweislich zehn Jahre ununterbrochen und unangefochten von ihren Leibherrn, zu welchen sie bis dahin in einer „servilis conditio“ gestanden hatten, im Burgfrieden von Regensburg gewohnt haben¹⁰⁾, indem die gegen sie anstellbar gewesene Verfolgungsklage alsdann durch Verjährung und die daran sich knüpfende Kraft des städtischen Friedenschutzes als erloschen galt. Auch die bloßen Beisassen participirten aber gleich den Minderbürgern an der Tragung der Gemeindesteuer-Last, so dass bei den censuales mit der „datio collectarum“ die „persolutio census“ sich vereinigte.

Kein besonderes Standes-, sondern ein reines Vertrags-Verhältniss mit obligatorischen Wirkungen war endlich die Muntmannschaft¹¹⁾, über welche wir freilich bei der Dürftigkeit der vorhandenen stadtrechtlichen Quellen-Zeugnisse nur sehr unvollkommen unterrichtet sind.¹²⁾ Wegen der darin gelegenen steten Gefährdung des städtischen Friedens, der inneren Ordnung und Ruhe, war nämlich der s. g. Muntmannschafts-Verband, welcher eine knechtische Unterwürfigkeit ohne jede sittliche Begrenzung bewirkte, strenge verpönt, so dass für den Muntherrn im Uebertretungsfalle eine namhafte Geldstrafe, für den Muntmann aber, dessen eidliche Treue-Zusicherung für nichtig erklärt ward, die Aechtung eintrat. Diese im *Fridericianum*¹³⁾ bereits ausgesprochenen Grundsätze sehen wir jedoch im späteren Rechte dahin abgeändert, dass nur mehr von einer die Muntleute treffenden Geld- und beziehungsweise Leibes-Strafe die Rede ist¹⁴⁾, wobei freilich nicht vergessen werden darf, dass in Ansehung der Munt herrn zweifellos die Satzungen der bayerischen Landfrieden¹⁵⁾ in Betracht kommen mussten. Mit einer geringeren Geldbusse finden wir dann diejenigen Individuen bedroht, welche ohne ein dauerndes hausgesindliches Verhältniss zu einer patrizischen Familie, wie es gemäss der Idee der eigentlichen Muntmannschaft erforderlich war, einzugehen, sondern ihren Nahrungsbedarf aus eigenen Mitteln

bestreitend, sich zu solchen Diensten, wie sie gewöhnlich die Muntmannen leisteten, nämlich als „Nachgänger“, d. h. Parteikämpfer, in den die Sicherheit der Stadt untergrabenden, nicht selten blutigen Bürgerzwisten verwenden liessen.¹⁶⁾

Um nun noch einen Blick auf das regensburgische Vollbürger-Recht im engeren Sinne zu werfen¹⁷⁾, so konnte dasselbe lediglich durch Raths-Verleihung [Aufnahme] und eheliche Geburt erworben werden, und es versteht sich von selbst, dass der nicht-politische und sozusagen repräsentative Theil der Bürgergerechtsamen auch den Ehefrauen zukam, wie denn nicht selten in den Rathsbriefen ausdrücklich neben den Bürgern noch der Bürgerinnen („unser purger und purgerinn“) erwähnt wird. Es flossen aber, abgesehen von der bereits hervorgehobenen Sitz- und Stimmfähigkeit im Burggedinge, aus der Vollbürger-Eigenschaft die weiteren Rechte α) des exclusiv-innerstädtischen Gerichtsstandes¹⁸⁾, und zwar in erster Instanz vor dem Stadt-, und in zweiter vor dem Raths-Gerichte¹⁹⁾; β) der blos durch den Fronboten vollziehbaren dreimaligen Process-Ladung²⁰⁾; γ) der Unverhaftbarkeit, selbst in peinlichen Fällen, es müsste denn der Rath ausnahmsweise die Haftnahme angeordnet oder gestattet haben²¹⁾; und δ) der Führung eines eigenen Siegels, jedoch erst vom Zeitpunkte der Entlassung aus der Vatergewalt und Vormundschaft an, weswegen die heimliche oder überhaupt unconsentirte Anfertigung von Siegelringen und sonstigen Handsiegeln für junge unselbständige Bürger den Goldschmieden strenge untersagt wurde.²²⁾ Andererseits verpflichtet waren dann die Bürger: aa) zur Entrichtung der Eidsteuer²³⁾; bb) zum Waffendienste unter der Führung des Stadthauptmanns, so oft es das Wohl oder politische Interesse der städtischen Gemeinde erheischte²⁴⁾; cc) zu unbedingtem Gehorsam gegenüber dem Rathe und seinen Verordnungen²⁵⁾, sowie dd) zur Unterstützung der Obrigkeit, wenn sie sich genöthigt sah, bei Aufläufen und in ähnlichen Unfällen abwehrend oder helfend einzuschreiten.²⁶⁾ Verloren ging endlich das Bürgerrecht a) durch einfache Austritts-Erklärung vor dem Rathe²⁷⁾, nachmals in eine förmliche Urlaubs-Erbittung mit eidlicher Angabe der Auswanderungsmotive umgewandelt²⁸⁾; b) durch Eintritt in landesfürstliche oder fremdherrliche Civil- und Militärdienste²⁹⁾; und c) durch hartnäckige Versagung der fälligen städtischen Abgaben.³⁰⁾ In dem zuerst gedachten Falle durften die Ausgetretenen, wenn sie nachher auf Besuch oder in Geschäften nach Regensburg kamen, weder bei

ihren Verwandten Wohnung nehmen noch sich selbst verköstigen, sondern mussten stets sammt Bedienung und Pferden in Gasthäusern, und zwar unter denselben Bedingungen, wie andere Fremde, sich einquartieren.³¹⁾ Desgleichen war in sämtlichen Verlustsfällen der davon Betroffene, wenn er etwa später wieder Bürger werden wollte, gehalten, die mittlerweile erlaufenen und von ihm unbezahlt gelassenen Schatzsteuern nachzuentrichten.³²⁾ Eine temporäre Unterbrechung der Ausübung des Vollbürgerrechts — unschädlich jedoch der Ehefrau und den Kindern sowie den übrigen Verwandten an ihren Vermögensrechten, sofern sie die Unterlassung jeglicher „ansprache und notrede“ vor Rath und Bürgerschaft eidlich „versichernt“³³⁾ — lag in der Strafe des s. g. Stadt-Verbotes auf eine bestimmte Zahl von Jahren. Sie trat in Folge begangener Verbrechen³⁴⁾ oder fortgesetzter öffentlicher Rügungen, z. B. im Burg- und Wachtgedinge, sofern in den letzteren Fällen eine Freischwörung mit sieben Helfern vor dem Rathe den Vorwurf nicht zu beistehen vermochte³⁵⁾, ein, und zog, wenn der Ausgewiesene rechtswidrig während der Strafzeit die Stadt betrat, wozu ihn nur eine Verfügung des Vierundzwanziger-Ausschusses ermächtigen konnte, den Verlust der Hand, später Gefängniss oder wohl auch bei kurzen Verbannungsfristen Verdoppelung derselben nach sich.³⁶⁾

Anmerkungen zu §. 23.

- 1) Vgl. oben §. 22 Note 1.
- 2) *Anh. z. FGB.* S. 82 §. 4: „Ez sullen auch alle purger schatzstewrn under dem geschopff eines aides, des hat di stat czwen gesworn brieff.“ Dazu s. oben §. 20 Note 6.
- 3) Vgl. hierüber oben §. 21.
- 4) Vgl. z. B. Zöpfl, *Das alte Bamberger Recht* S. 64, 68.
- 5) Vgl. das Actenstück z. J. 1358 (*Fr.* S. 144) mit *Gemeiner*, *Chron.* II, 104.
- 6) *Priv. a.* 1230 §. 21. Dazu s. *Gaupp*, *Stadtr.* I, 165.
- 7) Vgl. unten §. 25 Note 16.
- 8) *Priv. a.* 1230 §. 22.
- 9) *Salbuch* des Stiftes *Niedermünster* [ed. Höger] S. 80 §. 5; 92 §§. 2, 3; 93 §. 1; 94 §. 4; 95 §§. 1, 2. Dazu vgl. J. B. Gonne „Von armen Leuten“ b. *Siebenkees*, *Jurist. Magazin* I, 382—412; *Rockinger*, *Wörterbuch z. d. altbaier. Freibriefen* S. 10^b; *Schmeller-Frommann*, *Bayer. WB.* I, 143.
- 10) *Priv. a.* 1230 §. 6. [Eine Erschwerung des Satzes „Luft macht frei“, s. *meine Dtsch. Stadtrechts-Alterth.* S. 419.]

11) Ueber die Muntmannen im allgemeinen s. meine Dtsch. Stadt-rechts-Alterth. S. 403—6 und die Literatur-Angabe in Note *). Dass die Muntmannen ausserhalb der Bürgerschaft standen, ist unzweifelhaft, s. Schröder, Lehrb. der dtsch. RGesch. S. 598, 99.

12) Einige kurze Notizen bietet Gemeiner a. a. O. I, 326 Note ***) u. 564. Danach scheinen die Muntmannen in Regensburg vornehmlich in der Zeit der Auer'schen Händel eine Rolle gespielt zu haben.

13) *Priv. a.* 1230 §. 17.

14) *Anh. z. FGB.* S. 77, 78: „So ist daz umb die munt lewte, swär ein munt man ist und wirtt man daz innen fur war, der musz 10 pfunt geben; hat er der pfenning nicht, so schlecht man im ab die haut und har.“

15) Vgl. L. v. Rockinger, Denkmäler des baierischen Landesrechts II^a, 44 (Artt. 33 u. 21); 76 (Artt. 21 u. 42).

16) *Stadtr. A.* S. 18 §. 5: „Ez gepitent mein herren, daz ieman, der sein aigen brot izzet, deheinem man icht nachgê; swer ez dar uber tut, der muzz fünf pfunt geben, und wellent in mein herren dar zue für einen munt-man haben.“

17) Der anonyme Aufsatz „Das Bürgerrecht in Regensburg“ in den Verhdl. des histor. Vereines in dem Unterdonaukreise Bd. I Heft 2 (1835) S. 4—10 bezieht sich blos auf die Zeit der Reformation vom Jahre 1529 an.

18) Vgl. *Bundbrief* I. v. 1331 S. 112 Z. 9 ff.: „Wir sein auch alle ge-mainlich mit arm und mit reichen unsern purgern über ein chomen und ze rat worden, daz wir ainen ieglichen unsern purger und purgerin, si sin arm oder reich, zu der stat recht chomen schullen lazzen umb ein ieglich sache, den unser purger und purgerinn gerichtten mugen nach der stat rechten.“ Hier muss auch des bereits in der Handfeste v. 1230 §. 18 ausgesprochenen und dann öfter erneuerten, namentlich im *Anh. z. FGB.* S. 82 §. 5 wiederkehrenden privilegii de non evocando [„Item, ez ist auch der stat recht, die man hat von chaisern und von kunigen, daz man nymant aus der stat sol laden fur ain ander gericht, man sol recht hie von im nemen nach der stat recht“] gedacht werden. Die Regensburger liessen sich dasselbe, um auch gegen die „ihnen schon mehrmals recht unbequem gewordenen Ladungen der heiligen Vehme“ gedeckt zu sein, nebst ihren anderen Freiheiten durch Pabst Pius II. in den Bullen v. 2. und 5. Dezember 1458 kirchlich bestätigen. Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 277; Janner, Bischöfe III, 518.

19) *Anh. z. FGB.* S. 79 §. 2 (s. oben §. 16 Note 41).

20) *Stadtr. B.* S. 30 §§. 1, 5; 31 §. 3; *Anh. z. FGB.* S. 80 §. 1.

21) *Anh. z. FGB.* S. 78 §§. 3, 4; *Rathsstatut* v. 1359 S. 152 Z. 4 ff.

22) *Bundbrief* V v. 1359 S. 150 Z. 17 ff. [s. oben §. 9 Note 11]; *Rathsstatut* v. 1359 S. 153 Z. 3 ff.; *Stadtr. A.* S. 16 §. 3.

23) Vgl. oben Note 2 und §. 20 Note 6.

24) Was den s. g. Stadt-Hauptmann angeht, so war derselbe

(meist aus einem edlen bayerischen Geschlechte genommen) der ordentliche Befehlshaber der gesammten bewaffneten Bürger-Mannschaft innerhalb der Stadt, wurde aber auch vom Rathe, welchem er untergeordnet, vielfach zu auswärtigen militärischen Geschäften und zu Unterhandlungen mit dem Nachbaradel in Betreff des Landfriedens verwendet. Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 2. Verschieden davon war der städtische Söldner-Hauptmann, welcher nur die für den eigentlichen Kriegsdienst angeworbenen, übrigens auch in Nothfällen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung herangezogenen, theilweise berittenen Söldner commandirte, so daß ihm nur ausnahmsweise die zu letzterem Zwecke aufgerufenen Schützenbrüder zu gehorchen hatten. Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 19. Ausserdem mag hier noch bemerkt werden, dass in Kriegszeiten zuweilen für die waffenpflichtigen Bürger die Ableistung eines eigenen Heerdienst-Eides, dahin lautend, dass sie während der Kriegsdauer getreulich zusammenhalten und für der Stadt „Ehre und Seligkeit“ kämpfen wollten, angeordnet (s. Gemeiner a. a. O. II, 336), und den wegen geringerer Verbrechen aus der Stadt Verwiesenen, also niemals Mördern, Mordbrennern und Kirchenräubern, natürlich unter der Bedingung sofortiger Waffen-Ergreifung, die Rückkehr in die Stadt erlaubt (s. Gemeiner a. a. O. S. 227); desgleichen dass zu allen Zeiten, wenn dem Wohle der Stadt nur mit gewappneter Hand abwendbare innere Gefahren drohten, eine obrigkeitliche Harnisch-Beschau vorgenommen und eine genau zu befolgende Wachdienst-Instruction behufs der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ruhe in der Stadt vorgeschrieben wurde (s. Gemeiner a. a. O. III, 220). Dazu vgl. noch Mojean, Städtische Kriegseinrichtungen im 14. und 15. Jhdt. (Stralsunder Progr. 1876) S. 15, 17, 19, 20.

25) Vgl. *Bundbrief* III v. 1351 S. 126.

26) Vgl. *Bundbrief* I v. 1331 S. 109.

27) *Stadtr.* A S. 29 §. 1; auch s. *Bundbrief* I v. 1331 S. 112 Z. 15 ff.

28) *Rathsstatut* v. 1483 b. Gemeiner a. a. O. III, 662.

29) *Stadtr.* A S. 29 §. 2.

30) Vgl. die in Note 27 allegirte *Stadtrechts*-Stelle, wo es heisst: „oder (die) süst die schatzstewr versizzent.“

31) *Stadtr.* A a. a. O. §. 1 Z. 4 ff.: „daz die dhein ir freunt hie, ez sei frawe oder man, mit nichtte behalten noch laden sol, und sullen auch nicht aigen kuche noch ir selbes chost hie haben; si sullen allzit mit sambt ir chnechten und rozzen wan datz den gastgeben zeren, und di sullen auch in allemal besunderlich zelen alz andern gesten.“ Uebertretungen ziehen für Freunde und Wirthe eine Geldbusse von 1 Pfund für jeden einzelnen Fall an die Stadtkasse nach sich.

32) *Ebendas.* Z. 13 ff.: „Swann auch der selben burger hie von der stat einer oder mer wider wellent purger werden, die schullen noch wellent mein herren nicht ein nemen, si geben der stat ê ir schatzstewr mit einander, swaz si nu fürbaz von dem tag heut versizzent unz uf die zeit, daz

si wider burger wellent werden.“ Auch vgl. *ebendas.* §. 2: „Swelich unser burger urlaub von der stat nement und di den fursten in dem lande oder andern fursten und herren dienen wellent, wolten di fürbaz wider burger werden, so solt man si nicht ein nemen, si gaben dann alle versezzen schatzstewr.“

33) *Bundbrief* III v. 1351 S. 126 Z. 9 ff. Vgl. Abschn. II §. 9 Note 8.

34) *Stadtr.* A S. 26 §. 3.

35) *Bundbrief* I v. 1331 S. 111, 12: „Wir sein auch uber ain chomen alle gemainlich, swelich unser purger und purgerinn, arm oder reich, in den wachtingen, vor dem purgting oder in anderr rügsolung, swa man die het gerügt oder besagt, als vast und als oft, daz man in deu stat verpieten scholt oder wolt, die selben sol der stat rat, der danne ist, ze rede sezzen, umb swelich sache si furchomen sint, swer dann under in die sache, di auf in gût, gerichtten mach selb sibent, do drin der genannten under sint, der ist ledich umb dieselbe sache.“

36) *Anh. z. FGB.* S. 78 §. 7: „Wer di sint, den die stat verpoten wirt, chumt er (einer) herwyder ein an der xxiiij rat, man slecht im ab die hant.“ Dagegen heisst es im *Stadtr.* A a. a. O. von dem auf 10 Jahre aus der Stadt Verbannten: „chumet er dar heim, so muez er deu zehen iar uf dem turen ligen, ob man in begreiffet“, ferner von dem auf ein Jahr Ausgewiesenen, wenn er vor Ablauf desselben, welches am Montage „vor vesper“ beginnt, in dem Burgfrieden sich sehen lässt, dass „er muez daz ander iar auch dört auzze sein“.

§. 24.

Die Hanse.¹⁾

Einen ansehnlichen Bestandtheil der regensburger Bürgergemeinde haben zu allen Zeiten die Kaufleute ausgemacht, aus deren Mitte wieder die ausschliesslich zum Salzvertriebe im Grossen befugten Salzherren und die regelmässig die bedeutenderen Auslandsmessen, vornehmlich Oesterreichs, besuchenden Marktfahrer²⁾ besonders sich hervorheben. Beide Personenklassen können als gleichsam gesonderte Gesellschaften betrachtet werden, welche innerhalb der den gesammten Handelsstand begreifenden und als „Hanse“ bezeichneten Gilde sich bewegten. Das leitende und sie sozusagen beherrschende Organ der letzteren war die allgemeine Gilden-Versammlung, welche zwar in gewöhnlichen Handels-sachen vollkommen selbständig berieth und beschloss, aber in der Entwicklung autonomischer Thätigkeit hinsichtlich gewisser merkantiler Angelegenheiten, namentlich betreffend die Ausleihung der

Pfefferwage³⁾, die Probirung des Goldes, das Mäklerwesen⁴⁾, die bei dem Weinhandel beschäftigten Messer („ohmer“) und Küfer („schröter“), den Salzverkauf und die Regelung einzelner Handwerker-Verhältnisse⁵⁾, an die Mitwirkung des städtischen Rathes gebunden war. Es pflegten daher die darauf bezüglichen „Ordnung, Leutterung, Gesetz und Artikel“ von den „Herren vom Rat mit samt den Herren von der Hanse“ oder von den „Herren von der Hanse mit Urlawb Gunst und Willen der gnädigen Herren vom Rat von gemains Nutz wegen“ auszugehen.⁶⁾ Uebrigens übte auch die Hanse ihre eigene Jurisdiction in Rechtsstreiten über „Kaufmannschaft“ aus, und es zählten vorzüglich zur Competenz des Hanse-Gerichts: die Frachtverdingung zu Wasser und Land und die damit zusammenhängende Lohnreichung, die Handelsgesellschaften, die durch Unterkäufer vermittelten Geschäftsabschlüsse, die Klagen wegen falschen Gewichtes, Gemässes und Waarenzeichens.⁷⁾

Der Meister oder Vorsteher der kaufmännischen Gesamtgilde ist nun der *Hansegraf*, *hansgrave*, *hannsgraf*, *hansgravius*⁸⁾, urkundlich zuerst 1184 vorkommend⁹⁾, gewesen. Im *Philippinum* wird noch seiner Wirksamkeit in ziemlich unklaren Worten gedacht.¹⁰⁾ Doch lässt sich aus dem Zusammenhalte desselben mit dem *ennser Marktweisthume* von 1192¹¹⁾ so viel mit einiger Sicherheit erkennen, dass zwischen der ausser- und der innerstädtischen Berufsaufgabe des Hansegrafen eine durchgreifende Verschiedenheit bestanden haben muss. Denn ferne von der Heimatstadt, wenn er nämlich die Handelsleute derselben auf ihren Marktfahrten als Zugführer begleitete, hatte er ausser umfassender Gerichtsbarkeit über erstere, welche jedenfalls die Grenzen einer bloß schiedsrichterlichen bei Streitigkeiten über ihr gewerbliches Zusammenwirken überschritt, die besondere Obliegenheit, darauf mit wachsamem Auge zu achten, dass die Rechte und Gewohnheiten, insonderheit Zoll- und Mautfreiheiten der Ratisponenses von Seite der auswärtigen Markt- und Gerichtsbehörden unverkürzt anerkannt würden, und vermochte wohl in Ansehung der hier zu ergreifenden Massregeln ganz seinem freien Ermessen zu folgen. Zu Hause dagegen musste er in seinem amtlichen Verhalten, und zwar zuvörderst bei der Rechtshandhabung in Handelsstreiten, sich durchaus den städtischen Einrichtungen („civilia instituta“), d. h. den materiellen und formellen Vorschriften für die processuale Behandlung von Klagesachen, unterordnen, worin bei genauer Betrachtung eine völlige

Ausschliessung der hansegräflichen Sondergerichtsbarkeit zu erkennen sein dürfte. Er musste ferner im übrigen zu allen wichtigen, den kaufmännischen Verkehr betreffenden Verfügungen die Zustimmung der „urbani“, d. i. eines Gemeinde-Ausschusses, dann des Rathes, sich erbitten, um nunmehr lediglich nach den von da empfangenen Weisungen zu verfahren. Das deutlicher gefasste *Fridericianum*¹²⁾ änderte jedoch offenbar jene früheren Bestimmungen ab, indem es die gesammte Amtsthätigkeit des Hansegrafen in die Zeit seiner Reiseführung und seines Verweilens an auswärtigen Marktplätzen verlegte, und ihn für die Tage seines heimatlichen Aufenthalts gleichsam ausser alle Activität setzte. Erst im XIV. Jahrhunderte tritt uns die bis dahin gewissermassen verschleierte Wirksamkeit des Hansegrafen in deutlicherem Umriss aus den Quellen entgegen, und wir müssen hier wieder an die in der *Handfeste* von 1207 angedeutet gewesene Unterscheidung seiner Verpflichtungen in solche „in nundinis“ und „infra civitatem“ anknüpfen. Während der Handelsfahrt und in der Zeit des Geschäftsverkehrs am ausländischen Markte kam nämlich dem Hansegrafen die unbeschränkte Leitung der an seine Befehle gebundenen und ihm zu Gehorsam obligirten Theilnehmer des Zuges, ferner in allen bürgerlichen Rechtshändeln desselben die Verhandlung und Urthelsprechung, sowie bei von ihnen verschuldeten geringeren geldsühnbaren Vergehen die Verhängung der für solche Fälle genossenschaftlich vereinbarten und normirten Wandel, also Vermögens-, keineswegs auch Leibesstrafen zu. Desgleichen lag dann dem Hansegrafen die Vertretung seiner Fahrtgenossen im peinlichen Processe vor den fremden Richtern, ferner die Beschirmung ersterer vor rechtswidriger Belastung mit Zöllen und Mautabgaben oder in anderer Art durch die auswärtigen Ortsamtleute, sowie überhaupt die sorgfältige Bewahrung der den Regensburgern von den fremden Landesfürsten gewährten commerziellen Begünstigungen ob.kehrte jedoch nach beendigtem Marktbesuche mit seinen Gefährten der Hansegraf nach Regensburg zurück, so nahm dessen öffentliche Stellung eine völlig veränderte Gestalt an, indem er jetzt der Hanse als solcher ganz anders gegenüberstand, als der Sonder-Genossenschaft der Marktfahrer. Dort ist er zwar ständiger Vorsitzender des Hanse-Gerichts¹³⁾, aber in keiner Weise befugt gewesen, eigenmächtig eine Versammlung der Kaufleute zum Zwecke von Berathungen, welche nicht ausschliesslich den Auslands-

verkehr zum Gegenstande hatten, zu berufen, indem er bei etwaiger Uebertretung dieses Verbots eine namhafte Geldbusse erlitt, welche sich sogar auf diejenigen Glieder der Hanse erstreckte, die seiner Aufforderung folgend an der ungesetzmässigen Zusammenkunft sich betheiligten. Das Recht, Versammlungen zu veranstalten und dazu aufzurufen, hatte vielmehr, wenn Fragen des innerstädtischen, insbesondere auch Salz-Handels zur Sprache kommen sollten, nur der städtische Rath, welcher dann allerdings in den Eingängen der darüber aufgenommenen Actenstücke nicht unterliess zu bemerken, dass die darin beurkundeten Beschlüsse „mit sammt den Hannsgrafen und Hannsherren“ ¹⁴⁾ gefasst worden seien. Die marktfahrenden Hansegenossen dagegen durfte der Hansegraf für sich allein nach Gutdünken zur Besprechung wichtiger, deren Auslandsreisen zu Wasser und Land betreffender Punkte einberufen und hier auch in der Sitzung präsidiren, worin unter anderem Satzungen über das Verhalten auf jenen Fahrten und die Ahndung der dabei begegnenden Rechtswidrigkeiten zur Entstehung kommen konnten.

Was endlich die Besetzung des Hansegrafen-Amtes angeht, so wurde dessen Träger anfänglich von der gesammten Bürgerschaft gewählt, wiewohl es nahe liegt, diese Bestimmung der *Handfesten* von 1207 und 1230 dahin zu deuten, dass unter den „cives“ zunächst blos die „emendo et vendendo ritum negotiationis exercentes“ ¹⁵⁾ zu verstehen seien. Später sehen wir aber den Wahlact ausschliesslich in die Hände der Marktfahrer gelegt. Ob hier nur an ein Vorwahl- und Vorschlagsrecht derselben gegenüber der Hanse zu denken sei, muss dahin gestellt bleiben. Es geschah übrigens die Wahl immer nur auf die Dauer eines Jahres, und vermochte auch auf auswärtige geeignete Persönlichkeiten zu fallen, wie denn z. B. Hansegrafen aus Ingolstadt ¹⁶⁾ und aus Nürnberg ¹⁷⁾ angetroffen werden. Der Gewählte hatte einen Amtseid zu leisten, dahin gehend, dass er in aller Treue für der Hanse Wohl besorgt sein und die ihn berührenden Satzungen gewissenhaft beobachten wolle. Eine besondere Sicherheit für die Erfüllung dieser Obliegenheiten brauchte er nicht zu stellen.

Anmerkungen zu §. 24.

1) Die Grundlage der nachfolgenden Ausführung bilden, abgesehen von den *Privilegien* v. 1207 und 1230, insoweit nicht in den Noten eine andere Quelle allegirt wird:

a. *der Lichtenbergische Schied* v. 1281 [s. Abschn. I §. 1 Note 8], wo es heisst: „Si habend auch geraten und gescheiden und gesaczt uf den selben eit, daz di burgaer, di uf der strazze und uf dem lande und uf dem wazzer varent, einen hansgraven suln haben und alle iar einen nitenewen, der di burgaer samme, di uf der strazze und uf dem land und uf dem wazzer varent, und anders nieman; und sol der auch anders nihtes gewalt haben in der stat dann umbe deu geschäfte, deu si habent ze handeln umb die strazze. Und swenn er dar gebiutet bi dem wandel, des di burgaer, di daz land bevarent und die strazze und daz wazzer, ze rat werdent unde sezzent nach der merern menig umb deu geschäfte, deu si habent ze handeln uf dem lande und uf der strazze, daz sol er in nemen bi sinen triwen, swer daz verwürchet. Und swenn man den hansgraven nimt, so sol er des sin triw geben, daz er der hanse pfleg mit guten triwen, alz ez hie geschriben ist.“

b. *der Rathsbrief* von 1334 §. 5 (S. 119), welcher lautet: „Item, ez gevellt auch minen herren wol, daz der hansgraf und di hans handeln und leben, als deu hantvest sagt deu bei dem *Lichtenberger* under der stat insigel verscriben und verscheiden word (s. lit. a), daz sich der hansgraf ihttez mer an nem noch dhein ander samenung hab, dann umb der chaufmanschaft und der strazze auf wazzer und auf land geschäft und notdorft, an allez gevar. Swelich hansgraf aber ein ander sommung hiet, deu (di) chaufmanschaft und di strazze nicht an gieng, so geb (er) ie als oft funf pfunt, er nem sich dann selb dritt seiner genozzen davon, ob er sein lougent. Und swen auch er dann in di hans gesomt hat, der geb ie der man ein pfunt an deu stat, er nem sich dann selb dritt seiner genozzen davon. Mein herren an dem rat schuln auch auz pringen, ob di hans gewalt haben schul oder nicht umb die pfefferwag ze leihen und umb den golt streicher und umb underchaufel und umb omer und schroter, di si auch in di hans vodernt. Ez sol auch ein igleich hansgraf furbaz an sicherheit genommen werden.“

2) Vgl. Beitr. I, 219 Note 45 Abs. 1.

3) Ausser der gemeinen Stadt- oder Fronwage gab es in den Städten des Mittelalters noch verschiedene Specialwagen für einzelne wichtige Handels-Artikel; so z. B. in Wien drei Wagen: eine „*schallwag*“, darauf wigt man subtile pfenwert, als ist seiden, safran, imber und ander specerei; ferner eine „*preterwag*“ für Kupfer, Zinn, Blei, Eisen und „alle grobe pfenwert“; endlich eine „*ziment wag*“ für Gold, Silber, Perlen und Edelstein. Vgl. Michnay und Lichner, Ofner Stadtrecht S. 207, 8 Note. Die regensburger Pfefferwage würde daher der wiener Schallwage entsprechen. Uebrigens finden wir in einzelnen Städten auch ein eigenes Pfeffer-Gewicht normirt; so gingen in Ueberlingen 108—111 Pfund Pfeffers auf einen Centner. Vgl. Mone, Ztschr. f. d. Gesch. des Oberrheins XVII, 324 Note.

4) Vgl. Laband in der Zeitschr. f. dtsch. Recht XX, 21 Note 54.

5) Vgl. Gemeiner, Chron. III, 526. Im J. 1472 gab der Hanse-Rath den Taschnern eine Handwerks-Ordnung.

6) Vgl. Gemeiner, Darstellung des alten regensburg. und passauischen Salzhandels S. 32, 33, 35.

7) *Stadtr.* B S. 40 §. 2: „So gehört daz in dy hanns: waz daz wazzer an trifft und dy achs von verdienten lon, und von gesellschaft wegen, und von chaufmanschaft wegen, und (wes) man sich zewht an dy geswornen underchäwffel, und umb unrecht gewag, umb unrechtz zaichen und mas, und umb eich, wann man darumb also ze chrieg wirt.“

8) Vgl. G. Gttl. Plato [sonst Wild genannt], Ursprung des Regensburgischen Hansgrafen-Amtes, Regensb. 1762. 4°. Diese Abhandlung, deren Autor nur aus der Vorrede ersichtlich ist, führt das fragliche Amt bis auf die karlingische Zeit, auf den bekannten Statthalter Audulf (s. Beitr. I, 77, 82, 83), zurück. Heutzutage hat sie nur noch durch die S. 25—30 beige-fügten Urdunden einigen wissenschaftlichen Werth. Ausserdem s. noch Gumpelzhaimer „Abhdl. über den Ursprung und Verfassung des Regensburgischen Hansgrafenamtes“ in Jäger's Jurist. Magazin für d. dtsh. Reichsstädte Bd. II (1791) S. 30 ff.; Gaupp, *Stadtr.* I, 163; Arnold, *Freistädte* I, 375 ff.; Falke *Gesch. des dtsh. Handels* I, 74; Graf v. Walderdorff, *Regensburg* S. 18 ff.; Schmeller-Frommann, *Bayer. WB.* I, 1134; auch Th. G. v. Karajan „Beytr. z. Gesch. der landesfürstl. Münze Wiens“ in Chmel's *Oesterreich. Geschichtsforscher* Bd. I (1838) S. 311—27.

9) Vgl. *Chart.* a. 1184 in MB. XIII, 70: „Marquardus hansgrave.“

10) *Priv.* a. 1207 §. 6.

11) Bei v. Meiller, *Oesterreich. Stadtrechte und Satzungen* a. d. Zeit der Babenberger S. 7—10.

12) *Priv.* a. 1230 §. 12 mit Waitz, *Dtsch. Verf.-Gesch.* V, 367 Note 3.

13) Als solcher wurde er auch thätig bei dem Vollzuge gewisser nicht-jurisdictioneller Handlungen, wie bei Verschreibungen über Geldaufnahmen der Hanse, wo ihm aber drei Bürger „als der rat von der hans zu Regensburg“ zur Seite standen (Urk. v. 1331 b. Plato-Wild a. a. O. Nr. III S. 29, 30), bei Verleihungen der Stadtwage an Bürger (1412 s. Gemeiner, Chron. II, 402) u. s. w. Später übte er auch eine Oberaufsicht über die Handwerker-Innungen aus, s. Plato-Wild a. a. O. S. 22.

14) Vgl. Gemeiner, *Salzhandel* S. 32 (v. 1434); S. 17, 18 (v. 1478). Die wichtige Salz-Ordnung v. 1403 haben übrigens die Hanseherren, mit dem Hansegrafen an der Spitze, allein zu Stande gebracht. Vgl. Gemeiner a. a. O. S. 31 u. Chron. II, 361.

15) *Priv.* a. 1230 §. 16.

16) Gemeiner, Chron. a. a. O. S. 402.

17) *Widmann's Chron.* z. J. 1539 in den *Chroniken der dtsh. Städte* XV, 153, 154.

§. 25.

Die Juden.¹⁾

Die alte Juden-Gemeinde Regensburgs erhielt sich ungeachtet mancher schweren Verfolgungen²⁾ dennoch während der hier betrachteten drei Jahrhunderte aufrecht, sich sogar von Zeit zu Zeit vermehrend und ergänzend durch Aufnahme neuer Familien von Seite des Rathes, zu welcher jedoch, so lange vom Reiche die Juden dem Herzoge von Bayern verpfändet waren, des letzteren Zustimmung erbeten werden musste. Mit demselben hatten sich dann auch die Aufzunehmenden über die ihm gebührenden Jahrsrechnisse vertragsweise zu einigen.³⁾ Die „*gemeine Jüdischheit*“ zu Regensburg, wie sie später quellenmässig bezeichnet zu werden pflegte, eingeschlossen in die durch drei Thore von den christlichen Stadttheilen geschiedene Judengasse [Judenstadt, Judenviertel]⁴⁾, besass ihren eigenen Gemeinde-Rath, zusammengesetzt aus dem Meister (Rabbi) und sechs israelitischen Beisitzern⁵⁾, ihr eigenes Insiegel⁶⁾ und ihr eigenes in der Synagoge (Judenschule) gehegtes Gericht.⁷⁾ Dieses wurde aber von einem „werntlichen“, d. h. christlichen Richter als Vorsitzenden dirigirt⁸⁾, bis es allmählig ganz im Wege der Belehnung mit dem Schultheissenamte vereinigt ward⁹⁾, und erschien in allen Civilprocessen, auch Pfandsachen, bei welchen beide Parteien oder doch wenigstens die Beklagten jüdischen Glaubensbekenntnisses waren, ausgenommen Erb- und Eigenthumsstreite¹⁰⁾, zuständig. Selbst mit Strafgewalt war das Judengericht bekleidet, doch so, dass in die allda erkannten Geldbussen sich (mindestens zeitweise) der städtische Rath und der Herzog theilten.¹¹⁾ Die erforderlichen Eide, wie überhaupt alle Gelöbnisse sind nach altmosaischem Rituale geleistet worden¹²⁾, und ist es in einer Processsache zu einem Zeugenbeweise wider einen Juden gekommen, musste jedenfalls ein Glaubensgenosse desselben unter den auftretenden Zeugen sein.¹³⁾

Die Juden konnten nun in Regensburg das Minder-Bürgerrecht (§. 23)¹⁴⁾ durch Zufertigung eines Bürgerbriefes¹⁵⁾ von Seite des Rathes erlangen, in welchem Falle sie aber auch selbstverständlich allen Verordnungen des letzteren nachkommen und an allen gemeindlichen Auflagen und sonstigen Lasten Theil nehmen mussten.¹⁶⁾ Dem Reiche gegenüber galten übrigens die regensburger Juden gleich jenen anderer Städte als „kaiserliche

chammerknechte“¹⁷⁾, ohne jedoch darum, wohin später ihr Trachten sich richtete, eine unmittelbare Untergebung unter das Reichsoberhaupt beanspruchen zu dürfen. Die Wirkung der Kammerknechtschaft zeigte sich vielmehr einzig und allein in der Heranziehung zu den ordentlichen Reichs-Judensteuern¹⁸⁾ und zu den ausserordentlichen, mitunter ziemlich drückenden Geldanhülfen, wenn solche die Nothlage des Reiches erheischte.¹⁹⁾ Ihr Geschäfts- und Gewerbe-Betrieb umfasste hauptsächlich den an die Stelle des ehemaligen Gold- und Silberkaufes getretenen Geldwechsel, die Krämerei, den Fleischhandel und die Pfandleihe²⁰⁾, von welcher jedoch alle kirchlichen Geräthschaften ausgeschlossen waren.²¹⁾ Dabei unterlagen die Juden, schon durch die ihnen aufgenöthigten auffälligen Kennzeichen an der Kleidung von den christlichen Bewohnern unterscheidbar²²⁾, zahlreichen Einschränkungen, indem sie namentlich blos an den Mittwochen ausserhalb ihres Wohnviertels Waaren feilzuhalten berechtigt erschienen. Daneben finden wir noch in vielen anderen Beziehungen die Juden hinter die Christen zurückgesetzt. So durften erstere nicht auf städtische Häuser Darlehen geben, Christen nicht für sich zu Bürgen bestellen oder als solche annehmen, Fremden nicht Herberge gewähren, von christlichen Hebammen nicht Beistand für Gebärende verlangen, desgleichen Christinnen nicht zu Mägden dinge und an Freitagen keine Fische auf dem Markte kaufen.²³⁾ Weitere Verbote beruhten auf den Anordnungen der Bischöfe, welchen sich die Juden stets zu fügen hatten. Dahin zählte hauptsächlich die Bestimmung, dass zur Passions- und Osterzeit die Juden ihre Häuser nicht verlassen, ja! sogar Thüren und Fenster verschlossen halten sollten²⁴⁾, wie denn in diesen Tagen auch die Zugangsthore zur Judenstadt versperrt blieben.²⁵⁾ Endlich der Friedhof der regensburger Judenschaft diene zugleich allen im Herzogthume Bayern verstorbenen Israeliten als Beerdigungsstätte.²⁶⁾

Anmerkungen zu §. 25.

1) Vgl. v. Train „Die wichtigsten Thatfachen aus der Geschichte der Juden in Regensburg“ in Illgen's Ztschr. f. d. histor. Theologie Jahrg. VII (1837) Heft 3 S. 39—138; Stobbe, Die Juden in Deutschland während des MAIers S. 67—83, 225—28 m. S. 17, 18, 29, 39, 137, 142. Wegen der s. g. Juden-Privilegien Regensburgs s. Abschn. I §. 6 Noten 1, 2; §. 7 Note 6.

2) Besonders verhängnissvoll für die deutschen Juden war das Pestjahr 1349. Den regensburger Juden halfen aber über ihre schwierige Lage zwei

wichtige Documente hinweg, nämlich α) der *Raths-Schutzbrief* v. 3. Oct. 1349 des Inhalts, dass die Juden zu Regensburg beschirmt und befriedet sein sollten „als verr ir leib und gut werd, trewlich on gefärde“; β) der *Herzogsbrief* v. 1. Nov. 1349, dem Rathe und der Gemeinde der Bürger gönnend und erlaubend, „die juden ze Regenspurg ze halten, wie si wellen, nach der stat ere und notdurft, sie von danne ze tun, und mit in ze handeln mit und one recht“, wobei jedoch Ludwig V. und Stephan I. ausdrücklich bemerkten, dass sie an ihren Rechten sich nichts vergeben haben wollten. Vgl. Gemeiner, Chron. II, 56—58.

3) Vgl. die *Vereinbarung* wegen der Juden zwischen Herzog Ludwig VII. dem Gebarteten von Bayern-Ingolstadt und dem regensb. Rathe v. 1. Jul. 1429 §. 3 [b. Gemeiner a. a. O. S. 471, 72]: „Ob auch in den acht iaren (der Pfandschaftsdauer) sich icht fremder juden in di stat ze Regenspurg sezzen wolten, di sullen vor zu den burgern daselbs komen mit derselben willen und gunst, daz allzeit beschehen sol. Doch sullen di von Regenspurg diselben juden iren willen und gunst beschaidenlich gewinnen lassen, und wenn si den willen an den benanten burgern also erlangt haben und mit in ainig worden sint, so sullen si doch in di stat zu Regenspurg nicht sizzen noch dheinerlei freiheit genieszen, si komen dann vor zu unsern gnaden und werden mit uns ainig nach unserm nutz. Und wenn si also mit unsern gnaden und den burgern ainig worden sint, so mügen si sich dann wol in die êgenante stat Regenspurg sezzen und vor nicht, und sullen mit andern juden doselbs gesessen ain mitleiden haben, auch iren tail geben an den 200 pfunden regensburger pfenning gewondlicher steuer [an die Herzoge auf Grund der Pfandschaft, s. §. 1] und an den 60 pfunden auch regenspurger pfenning, di den burgern zugehörent iarleich, on geverd.“

4) Ueber diesen Wohnraum, in späteren kirchlich-lateinischen Urkunden als „specialis vicus, vicus Judaeorum vulgariter appellatus“ (1477) bezeichnet, den heutigen „Neupfarrplatz“, vgl. Gemeiner a. a. O. II, 213 Note *); III, 602 Note 1215; III, 776 Note 1508; auch Graf v. Walderdorff, Regensburg S. 22.

5) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 14, 174; IV, 11.

6) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 175 Note *); die Umschrift war hebräisch.

7) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 14 Note ***). Wegen der Zerstörung der Judenschule s. *Widmann's Chronik* z. J. 1519 (Chroniken der dtsh. Städte XV, 31): „Diss jars am 21 februarii kathedra Petri ist den juden verkündt, das sich in 8 tagen kainer mer hie finden lass, montag desselben tags ir sinagog (dy gewelbt was) abbrochen mit unvernünfftiger hizigkeit. (S. 32) Am 21 marci fing man an und sezet ein hilzene capellen zur pitt [d. i. die Wallfahrtskirche zur schönen Maria], eben fast an stat der sinagog.“ Vgl. Graf v. Walderdorff a. a. O. S. 180.

8) Vgl. *Vereinbarung* v. 1429 §§. 2, 4 [unten in Note 11] u. *Erläss* Herzog Albrecht's III. von Bayern v. 1452 b. Gemeiner a. a. O. III, 207:

„für derselben Juden werntlichen richter zu Regensburg“. Nach dem ältesten regensburger Rechte, welches bereits ein auch im christlichen Verkehre, wenn Juden als Betheiligte, z. B. Gutskäufer, auftraten, massgebendes „ius Judeorum“ gekannt hat (*Urk.* v. 1229, s. Janner, Bischöfe II, 359 Note 1), durften sich die Juden ihren „iudex“ aus ihrer Mitte („ex parte eorum“) selbst wählen, und von einer Beschränkung dieser „electio et acceptio“ auf ihren Judenmeister (Rabbiner) ist keine Rede. *Priv. Jud.* a. 1230 §. 2. Doch ist es kaum zu bezweifeln, dass sich in der Regel die Wahl auf letzteren gelenkt hat, wie denn z. B. nach dem *bamberg.* Stadtr. Tit. III §. 33 „der Juden Meister [al. MS. bischove] von der Juden wegen“ gleich dem „dechant zu dem thum von geistlicher leut wegen“ der persönlich-zuständige Richter war. Vgl. Zöpfl, Das alte Bamberger Recht S. 100, 101 m. UBuch S. 12. Im XV. Jhdt. nehmen wir jedoch eine bedeutsame, jedenfalls in ihren Anfängen noch in das XIV. Jhdt. zurückreichende [s. unten Note 10] Reform des jüdischen Gerichtswesens in Regensburg wahr, indem jetzt der Judenrichter nicht mehr ein israelitischer Dajan, sondern „weltlich“ sein muss, welcher Ausdruck aber gemäss der Andeutung in der *Urk.* v. 1429 §. 2 keineswegs im Gegensatze zu der priesterlichen Person des Judenmeisters, sondern zu der jüdischen Gemeinde überhaupt aufzufassen und daher durch „christlich“ zu erklären ist. Diesen weltlichen Gerichtsvorsitzer ernannte, solange seine Pfandherrlichkeit währte, der Herzog, sonst wahrscheinlich der Rath, so dass dann der städtische Richter [wohl häufig der ordentliche Stadt-Richter mit den Hausgenossen] im Schulhofe zu Gericht sass. Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 776. Bemerkenswerth, aber ausserdem quellenmässig nicht bezeugt, erscheint noch die in einem officiellen Actenstücke v. 1476 [s. Gemeiner a. a. O. III, 580] enthaltene Anführung von zwei Judenrichtern, einem herzoglichen und einem durch die Juden selbst, übrigens meist aus den Rathsgeschlechtern, also zweifellos stets aus der Christengemeinde, gewählten, welche im Synagogenhofe gemeinschaftlich in Civilstreitsachen, wie um Schuld, Pfändung u. s. w., Recht gesprochen haben sollen. Vgl. Stobbe a. a. O. S. 81, 82.

9) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 14, 410; III, 775.

10) *Stadtr.* B S. 41 §. 2 a. E.: „Ez mus auch ain jud mit seinen pfantten tun vor seinem richtter, daz recht ist; und mit erb und mit aigen mus er vor der christen gericht mit tun, daz recht ist.“

11) Vgl. *Vereinbarung* v. 1429 §. 2: „Wär auch ob icht in den acht iarn [der Pfandschaft] väll von den êgenanten juden sich verhandelten und verlieffen von todschläg oder ander sach wegen, wie sich daz füget, und darumb unser *juden richter, die kristen sind*, zu richten habent, diselben väll sullen uns halb und unserm anwalt von unsern wegen gevallen, und halb den êgenanten burgern von Regenspurg, on gevärd. Und unsern juden richtern sullen wir von gemainem teil da von geben nach unser bescheiden; aber was cleiner wandel sein, di sullen unser juden richter einnemen, als von alter herkomen ist.“ §. 4: „Ob sich auch derselben juden ainer oder

mer, di sich also hinein sezzten [s. §. 3 in Note 3] oder di yetzo wonhaft bey in sind, nicht redlich und erbarlich hielten, so sullen unser und der von Regenspurg werltlich juden richter den oder di selben juden darumb rechtlich straffen, und was puesz daraus pracht wierdet, daz sol halb uns gevalen und halb den burgern zu Regenspurg.“ — Durchaus verschieden von den Strafbefugnissen des weltlichen Judengerichts in Ansehung gewöhnlicher, von Juden an Christen begangener Delicte, war die rabbinische Banngewalt über Juden, welche an ihren Glaubensbrüdern sich vergangen haben, wie sie uns zu Ende des XV. Jhdts. in der „*Ordnung der gemeinen Jüdischheit*“ v. 1497 (b. Gemeiner a. a. O. IV, 11—14) entgegentritt. Diese merkwürdige Satzung ist durch die „Gesetzten“ oder „Verordneten“ der Judengemeinde ursprünglich hebräisch und dann in deutscher Sprache abgefasst, von den übrigen „Sitzern der Judengasse“ oder „den Besten“ genehmigt und von den beiden Rabbi Amschel und David unterzeichnet worden. In vier Artikeln handelt sie lediglich von gewissen Vergehen, deren sich Juden gegen Juden schuldig machen, wie Bedrohungen an Leib und Gut, Aufheben der Hände oder Waffen zum Schlage, wirklichen Thätlichkeiten mit Schwert, Stein oder Holz und Verrath. Die Strafe dafür besteht hauptsächlich in der Ausrufung des ersten, mittleren und schweren Schulbannes, zuweilen noch verstärkt durch das Blasen des Horns, über den Schuldigen. Dazu vgl. Stobbe a. a. O. S. 160 ff.

12) *Stadtr.* B S. 41 §. 2: „So mus ain jud nach sainer weisung bestätten mit seinem aid in daz juden puch und der mus swirn pei der E, dy Got selb gab her Moyses auf dem perg synay, als er war und recht hab.“ Vgl. Stobbe a. a. O. S. 153 ff.

13) *Priv. Jud.* a. 1230 §. 3. Dazu s. Stobbe a. a. O. S. 151 ff., 259 ff.

14) Vgl. *Vereinbarung* v. 1429 §. 1. Auch s. Gemeiner a. a. O. III, 205. Darüber, dass dieses „purgerrecht“ kein vollkommenes war, s. Stobbe a. a. O. S. 38, 39. Auch in Cöln waren die als „Sambürger“ bezeichneten Juden genau betrachtet nur städtische Schutzgenossen, s. Hegel, *Verfassungsgeschichte von Cöln im Malter* (Sep.-Abdr.) S. CXXXVII ff.

15) Vgl. Gemeiner a. a. O. II, 14 (z. J. 1338).

16) Vgl. *Sühn- u. Gelobbrief* Kaiser Ludwig's IV. v. 1342 (b. Gemeiner a. a. O. S. 33): „Wir wollen auch, daz unser chamberknecht di juden ze Regenspurg mit den burgern daselben tragen und tun, als diselben burger mit alter gewonheit herbracht habent und als in êmaln von uns verschriben ist.“

17) *Priv. Conradi* IV a. 1239 (Abschn. II §. 6 Note 5); auch s. die Stelle in Note 16. Dazu vgl. Stobbe a. a. O. S. 11 ff.

18) Vgl. Gemeiner a. a. O. III, 224.

19) *Schreiben König Sigismund's* v. 1415 *das.* II, 414, 15.

20) Ueber den Umfang des jüdischen Pfandleihgeschäftes, welches über 50,000 Gulden an Pfandwerth in israelitische Hände brachte, s. Gemeiner a. a. O. III, 386. Den Zinsfuss bei jüdischen Gelddarlehen betreffend s.

Rathsstatut v. 1392 *das.* II, 289, 90; *Schreiben Kaiser Friedrich's* III. v. 1481 *das.* III, 651: „so gebieten wir euch [dem Rathe], dass ihr der gemelten Jüdischheit . . . auf ihr Anrufen und Begehren gegen ihren Schuldern nach laut ihrer Schuldbrief auf Hauptgut und Judenschaden an Euerm Stadtgericht, als von alter Herkommen ist, fürderlich Rechtens verhelpet, auch ihnen von ihrem Geld, so sie nach alter Gewonheit ausleihen, ziemlichen Gesuch zu nehmen gestattet, als wir dann des von unserm heil. Vater Pabst auf sie und ander Juden allenthalben in dem heil. Reich Erlaubniss und darüber päbstliche Bullen haben“. Dazu vgl. Stobbe a. a. O. S. 82, 83.

21) Vgl. *Rathsstatut* v. 1466 b. Gemeiner a. a. O. III, 414; auch s. Janner a. a. O. III, 571. Wider dieses uralte, bis in die karlingischen *Capitula de Judaeis* §. 1 (Pertz, MGL. I, 194) zurückreichende, in den städtischen Rechtsquellen des späteren Mittelalters allgemein anerkannte, nur hie und da einmal (z. B. im *RBuche nach Distinct.* III, 17, 5 S. 169 Ortl.) etwas limitirte Verbot ward jedoch oft gesündigt [s. Janner a. a. O. II, 560; III, 61 Note 2; 138], so dass Bischof Bruno von Olmütz in seiner *Relatio de Alemannia ad papam Gregorium X.* a. 1273 nicht übertrieben hat, wenn er schreibt: „Furatos calices, vestes sacras nec non et libros Judaei recipiunt a furibus et servant; et cum sic acceptos cogantur restituere Christianis, si apud eos fortassis inveniuntur, Judaei eos restituere non coguntur.“ Vgl. C. Höfler in den *Abhdl. der k. Akad. der Wiss. zu München* Cl. III Bd. IV Abthl. 3 S. 28. Auch s. Stobbe a. a. O. S. 123 ff.

22) Vgl. *Concil. provinc. Viennens.* a. 1267 cap. 15; *Salisburg.* a. 1418 cap. 33 mit Janner a. a. O. II, 498, III, 378 u. Langoth, Skizze S. 16. Ausserdem s. *Schreiben Herzog Ludwig's* des Reichen von Bayern-Landshut v. 1452 b. Gemeiner a. a. O. III, 206: „Wir sein zu rate und eins worden, dass wir wollen, dass gemainlich unser Jüdischheit bey euch jung und alt füran zeichen tragen sullen, nämlich die mann vorne an iren kleidern, mänteln und röcken gelbe scheublein, und die jüdin an iren sleiern und umbpendten auch sichtbarlich unterscheid und zeichen, dodurch man sie aus dem Christenvolk erkenne.“ Dazu s. Stobbe a. a. O. S. 173 ff.

23) Ueber alle diese Verkehrs-Beschränkungen der Juden vgl. Gemeiner a. a. O. III, 364, 512, 776, 257.

24) *Rudolphi regis mand.* a. 1281 (b. Ried, *Cod. dipl. Ratisb.* I, 576, 77): „Noverint universi, quod Judei Ratisponensis civitatis et diocesis de nostro mandato, auctoritate, gratia vel indulto aut alia occasione quacunque sumpta a nobis venerabili episcopo Ratisponensi Heinricho, principi nostro karissimo, ac successoribus suis nullatenus rebellabunt nec ipsius vel successorum suorum in hoc mandato aliqua lite se opponent, quominus predicti Judei diebus passionis domini nostri Jesu Christi in hospitibus suis lateant, clausas fores et fenestras suas habeant, nec in vicis et plateis publice in contumeliam fidei christiane appareant, et in aliis, que circa hoc ab ecclesia sunt statuta, mandato eiusdem episcopi suorumque successorum reverenter obediant et intendant.“ Dazu vgl. Gemeiner a. a. O. I, 417; Janner a. a. O. III,

41; R. Saitschick, Beitr. z. Gesch. der rechtlichen Stellung der Juden (1890) S. 16.

25) Vgl. Gemeiner a. a. O. IV, 63.

26) Bereits 1210 hat Abt Eherhard von Sanct-Emmeram dem Juden Abraham und seinen Glaubensgenossen ein Grundstück behufs der Anlegung eines Friedhofs — „sepultura omnium Judeorum undecumque ibidem sepeliri cupientium“ — tauschweise überlassen, indem dafür dem Abte „domus hospitale Judeorum in pazanswinchel [l. *Pawramswinkel*, h. e. Kramwinkel] ex parte occidentis vicina christianis, ex parte vero orientis meridiei et septentrionis circumscita Judeis“ mit der Bestimmung, das Haus nur wieder an Juden zu veräußern, übereignet und eine Jahrgült von 1 Pfund zugesichert wurde. *Chart. a. 1210 b. Gemeiner*, Ursprung der Stadt Regensburg Urk. III, 1 S. 71—73. Dazu s. Janner a. a. O. II, 261 (m. III, 18). Im J. 1325 gestattete dann Bischof Nicolaus von Regensburg auf Ansuchen der bayerischen Herzoge den ober- und niederbayerischen Juden, „daz si alle di toten Juden, si seyn von Obernbayrn oder von Nidernbayrn, zu irm freythof ze Regenspurg auf dem wazzer und auf dem lande ab oder auf vrey und ledich ewichlich on allen zoll . . . gefüren mügen“. *Urk. v. 1325 b. Ried l. c. II*, 809. Dazu vgl. Janner a. a. O. III, 187. Im J. 1519 wurde der Begräbnissort, der vor dem Petersthore gelegen war, zerstört, s. Graf v. Walderdorff a. a. O. S. 65.

Glossar.

Ab, von; *ab sein*, erloschen, zu Verlust gegangen sein.
aber, wieder, neuerdings.
abgeltung, Schuld-Abtragung oder Minderung.
abgên, sterben.
ablazzen [*ablân*], nachlassen.
abnemen, abschaffen, aufheben.
abrostens, rostfrei.
absagen, aufkündigen.
abslahen, s. *haut u. har*.
achs, Achse, das Frachtwesen zu Land.
ains aid, Einhands-Eid der Partei.
aishtag, die nach Ablauf einer bestimmten Frist anberaumte Verhandlungs-Tagfahrt.
aitgenoz, Eidgenosse, der mit einem oder mehreren anderen in einer auf Eid gegründeten Schutzverbindung steht und letzteren daher hilfsdienstbereit sein muss.
all, ganz.
alleweg, überall.
alz (als) als, wie, so, sehr; auch statt *daz*.
ampt, Handwerker-Innung; *daz a. arbeiten u. handeln*, das Innungsgewerbe ausüben.

an, an, in, bei, mit, um, gegen; ohne.
anchlager, Kläger.
anderhalb, *anderthalben*, anderswo, anderseits.
anhaim, daheim.
anhtz, von jetzt an.
ankomen, sich bemächtigen.
anmutwillen v., aus blosser Uebermuthe jemand vor Gericht ziehen oder beschuldigen.
ansezzzen, verfügen.
anslahen, anfesseln; anwerthen.
an treffen, etwas betreffen.
antwurten, haftbar vertreten; sich auf eine Klage einlassen; überliefern; *antburter*, Beklagter.
anvertigen, verklagen.
anwalt, bevollmächtigter Beamter des Herzogs.
anweiszer, Rechtsbeistand, Vormund.
anweisung, Belehrung in Rechtsachen.
arm, s. §. 23.
auf, mit Bezug auf, wegen, vor, in; auf jemand's Rechnung.
aufgeben, auftragen.
aufhaben, auf- oder emporheben.
auferstehen, entstehen.

auflauffen, sich ansammeln, nam. von eingehenden Geldern gebraucht.

aufschüten, anregen, aufdringlich zur Sprache bringen.

aufsezzen, festsetzen.

aufstehen, unzufrieden sein.

auftragen, auftragen, z. B. Speisen; anvertrauen.

auz (aus), auch statt *in*.

auz chomen, zu Ende gehen.

auz erlawben, einer Mühe (z. B. des Erscheinens auf eine Ladung) überheben.

auzgehends, gegen das Ende.

auzgên, sich endigen; von Verordnungen: erlassen werden.

auz gerichten, berichtigen.

auzman, der ausserhalb des städtischen Friedkreises seinen Wohnsitz hat.

auzprechen, ausreissen.

auzpringen, herausbringen; bestimmen.

auz sein, von der Stadt (auf Grund einer Verbannung) entfernt sein.

auztragen, widerrechtlich beseitigen.

aynung, Vereinbarung; Innung.

Bachen (pach.), backen.

baider, beiderseits.

ban (pan), Gerichtsbarkeit, Befugniss zu richten.

bechkenampt (pechk.), Bäcker-Innung.

befreundt, verwandt.

behaben, beweisen, durch Beweis erstreiten.

behafft, haftbar.

behalten, halten; Aufenthalt geben; beobachten

bei (pei), bei, nach, mit.

beichtinger (peicht.), Beichtvater.

benant, genau bestimmt.

bentt (pentt), der in Stirn- und Wangenbinde bestehende fräuliche

Kopfschmuck, s. Weinhold, Frauen S. 465.

bereden, darthun, beweisen, eidlich erhärten.

bereitschaft, vorrätthiges errungenes Vermögen.

besagen, verklagen.

beschehen, geschehen.

beschaiden adj., höher gebildet.

beschaidenhait, Mässigung.

beschaidenlich, überlegt, behutsam vorsichtig.

bescheiden subst., Bestimmung, Mass, Ermessen.

bescheiden verb., bestimmen, ermessen.

besizzen, besetzen.

best (pest), am besten.

bestäten, bestätigen, wahr machen.

bestätichait, unwandelbare Festigkeit.

bestatten, ausstatten.

besunderleich, einzeln.

beswer, Beschwerde, Beschwerung.

bet (pet), Bitte, Fürwort; Bett.

betwungenlich, gewaltsam, mit Zwang.

bezzern (pez.), verbessern; strafen.

bezzernung (pezz.), Strafe, Busse.

biderman (pid.), ein gut beleumundeter und darum angesehener Mann; höherer Bürger.

bieten (pieten), anbieten; gebieten; erklären; sich zu etwas erbieten.

biten (piten), bitten.

blenden, des Lichts [d. i. Lebens] berauben.

blewtig (plewt.), blutig; *bl. hant*, das Schwert des Henkers.

blutruns (plutr.), eine Leibesverletzung, bei welcher aus der Wunde selbst, nicht etwa Mund und Nase, Blut ausfliesst, s. Osenbrüggen, Alam. Strafr. S. 232.

blutslag (plutsl.), Schlagwunde mit Blutverlust.

- borg, borgschaft* (*porg, porgsch.*), Bürge; Bürgschaft.
brechen (*prech.*), sich vergehen, zuwiderhandeln; niederreißen.
brennen (*pren.*), verbrennen, brandlegen; auch auf dem Scheiterhaufen zu Asche brennen; s. unten d. W. *zan*.
brenner (*pren.*), Brandstifter.
brewen (*prew.*), brauen.
brewambt (*prewa.*), Brauer-Gilde.
brief, Urkunde, Handfeste, schriftlich niedergelegte Raths-Satzung oder Vereinbarung.
bringen (*pringen, pracht*), leisten, entrichten; einbringen bei Gericht; beweisen.
briwe, briwen (*priw.*), Brauer, brauen.
bube (*pube*), Person zweideutigen Rufes.
bürd (*pürd*), Last; Bürgerpflicht.
bürtig (*pürt.*), gebürtig.
burgding (*purgd.*) s. §. 15 Note 4.
burgfride (*purickfr.*) s. §. 15.
buzzen (*puzzen*), büssen; zur Strafe ersetzen.

Chammerknecht, s. §. 25 Note 17.
chawff, Kauf, Kaufs-Angebot.
chaufmanschaft, Handelsstand, Handels-Betrieb, Handels-Gut.
chefschint, Kebs- d. i. uneheliches Kind.
chleinot, Schmuck, Zierath.
chnabe, Knabe, Jüngling.
chrieg, Streit, Zwist, Widerspruch.
chuderwaner, s. §. 12 lit. a.
chürsen, pelzgefütterter Ueberwurf, s. Weinhold, Frauen S. 447, 48.
chugelgelt, Kegelspiel-Verlust.
chuglein, Wahl- oder Stimm-Kugeln.
chunen, können.
clagen c. acc., verklagen.

Da hin, wofür, für wen.
damaskaten, von Damast.
dan, danne (*den, denne*), ausser, ausgenommen.
dannoch, danach, darauf.
dar hein, heim, nach Hause.
dar über, dazu, dafür, dagegen; dennoch.
dar zo, dar zu, ausserdem.
datz (*dacze*), bei, an.
davon nemen, von einem Anspruche oder einer Strafe entbinden oder befreien.
dehein (*dhein*), einer; keiner; *dheinerley*, keinerlei; *deheinerslaht*, von keiner Art.
dewff, Diebstahl.
dewp, dewpyn, Dieb, Diebin.
dewpsawl (*deupseul*), Diebs-Säule, ein besonderer Schandpfahl, woran Diebe gebunden wurden, wenn man an ihnen die Geisselung, Scheerung und Brandmarkung vollzog.
dienen, Abgaben, z. B. Zins, Steuer, leisten.
dienst, Getreide-Reichniss, s. §. 12 Note 1.
dingen, verhandeln; laden.
dn. = *denarii*, Pfennige.
dort, dört, von dort.
do (st. *da*) *under*, darunter.
dreistund, dreimal.
dritt (*daz dr.*), das dritte mal.
durch, wegen, aus; *durch daz*, weil, darum dass; *durch got*, weil es Gott gefällig ist.
durchslächt (*ze d.*) schlechthin.

Ê, Gesetz.
ê, ehe, zuvor; *ê des tags*, unmittelbar zuvor.
êhalte, Dienstbote.
ehehaft, gesetzmässig.

eich, Abeichung, Gefäss - Abmessung bezüglich der Gehalts-Richtigkeit.
einhalb, einerseits.
einnemen, aufnehmen, z. B. in die Bürgerschaft.
êmaln, ehemals, einst.
end, Ort.
enpfor lazzen, voraus oder vorneweg, nämlich von dem den Gläubigern verfallenen Vermögen belassen.
entreden, überreden, beschwatzen, verführen.
erb (erib) und aigen, ererbtes und unter Lebenden erworbenes liegenschaftliches Vermögen.
erbchint, Ehekind.
erber, erberg, erwerig, ehrbar, ehrenhaft.
erlich, der Ehre entsprechend oder angemessen.
ersam, ehrenwerth, Prädicat der Rathleute und höheren Bürger.
êrstuch, Ehrenstück, Wappen (?)
ertailen, gewähren, gestatten; zuertheilen, auflegen; urtheilen, besonders den Urtheils-Vorschlag machen.
erzewgen c. dat., einem einen vollwirksamen Zeugenbeweis entgegenstellen.
ew, euch.
eynung, s. aynung.
ezzend pfant, verpfändete Thiere.

Fahen (vahen), gefänglich einziehen.
fal (val, väll), Straf- oder überhaupt Rechtsfall; auch das aus einem solchen erwachsende Gerichtseinkommen.
falsch (valsch) subst., Handwerks-Betrug, s. §. 12 Note 7 lit. d.
falsch (valsch) adj., verborgen, versteckt. Vgl. §. 14 Note 16, wo aber eine and. Hdschr. für „valsche

mezzar“ — „*wandlische*“ d. i. strafbare Messer bietet.
fankchnus (vanchnusz), Gefängniss; Gefangenhaltung.
farnde (varnte) hab, bewegliches Vermögen.
fast (vast), sehr; viel.
feindschaft (veintsch.), feindselige Behandlung; gehässiges Benehmen.
fellig (vellig), straf- oder bussefällig.
ferr (verr), ferne, weit.
fertig (vertig), bereit, ausgerüstet.
fertigen (vert.), laden, verklagen; verweisen an ein Gericht.
fesst (vesst) subst., Verhaftung.
festen (vesten), a. bei Personen: in Haft nehmen, pleonastisch *vahen und vesten*; b. bei Sachen: mit gerichtlichem Beschlag belegen.
fleischhaweramt, Fleischer-Innung.
fleischwerchen, Metzgerei betreiben.
fliszend, blutend, hauptsächlich von Schnitt- und Stichwunden gebraucht.
fodern (vodern), fordern, laden, berufen.
folg (volg), Stimme, Abstimmung.
forcht (vorcht), Furcht.
frag, Umfrage im Rathscollegium; auch der auf diesem Wege zu erzielende Beschluss.
fragenampt, Fragner - Innung; die Fragner waren aber auf bestimmte Artikel, wie Salz, Seife, Lichter, Mehl, Käse etc., beschränkte Kleinändler, s. Schmeller - Frommann, Bayer. WB. I, 812, 13.
fragenwerchen, Fragnerei betreiben.
frager (vrager), s. §. 19 Note 3.
frays, Verbrechen, Missethat.
frevel (vrefel), ungebührliches Benehmen.
freythof, Friedhof.
freyung, Freiheit; Asylstätte.

frid (*vride*), Stadtfrieden; Friedbruchsstrafe, z. B. *alter und niwer fr.*, nach der alten und neuen Festsetzung.

frist (*vrist*), Bussenerlegungs-Frist.
fronbot, Gerichtsbote. Ueber sein Amt s. Rosenthal, Gerichtswesen I, 81 ff.

fronfest, Schuldgefängniss.

frümen, stellen, bestellen, vor Gericht bringen.

frum, Vortheil, Nutzen.

füern, füttern.

für, für, vor.

füran, künftighin.

fürbaz, sofort.

für bringen, vor Gericht stellen; anzeigen bei Gericht.

für chomen, bei Gericht auftreten.

für legen, leihen, Vorschuss geben.

für sehen, auf etwas aufmerksam sein.

für sein, sich in Verhandlung befinden.

für stehen, sich (bei Gericht) stellen.

für treiben, vorfordern mit gerichtlicher Hülfe.

Gademer, Zimmermann s. §. 12 lit. a.

gähes, rasch, schnell.

gagen, Gegenwart.

gaissem adj., von der Ziege herührend.

gar, ganz, völlig.

garntzlon, Arbeitslohn.

gas (part. perf. = *gezzen*), gegessen.

gast, Ausländer, welcher bloß vorübergehend die Stadt berührt.

gastgebe, Gastwirth.

gaumann [*gäman*, *geuman*], Bewohner des den städtischen Friedkreis umgebenden platten Landes.

geaiden, zum Schwur treiben, den Eid fordern.

geainen, vereinigen.

gearbeiten (= *arbeiten*), ein Handwerk ausüben.

gebresten, Mangel, mangelhafte Gewerbsleistung; Gebrechen; Nachtheil.

gedingen der urtail, eine Rechtssache zur Aburtheilung an eine andere Gerichtsbehörde ziehen.

gefesten = *festen*.

gegenbürtig, gegenwärtig.

gehaben = *haben*.

gehaim subst., Geheimniss.

gehaizzen = *haizzen*.

geholffen, behülflich.

gehorn, gehören; gebühren; zulässig sein.

gein, gegen; an, in.

geisel, Geisel, aber auch für *geiselschaft*, Leibbürgschaft; *geiselsweis*, als Geisel oder gleich einem Geisel.

geckront, gekrönt, d. i. mit Kronhelm am Wappen.

gelait (*glaitt*), Gerichtsschutz für einen Vorgeladenen gegen Angriffe und Verhaftungsversuche Dritter.

geleichs (*geliches*), gleichmässig.

geleit, part. perf. von *legen*.

gelimpf, Schicklichkeit; Schonung.

gelt, Schuld, Forderung, Preis; *ze g. geben*, zu Hand und Halfter geben, s. Grimm, RA. Alterh. S. 614.

geltten, a. schulden; b. bezahlen, in Geld ersetzen.

geltter, a. Schuldner; b. Gläubiger, s. §. 13 Note 30.

gelub, *gelubde*, Gelöbniss an Eidesstatt.

gemain subst., Gemeinde.

gemain, *gemein* adj., gemeinsam, allgemein zugänglich; unzertheilt; *gemain tail*, städtischer Strafgefall-Antheil.

gemainchleich, gemeinschaftlich; *die burger gemainlichen*, die versammelte Bürgergemeinde.

genad, Einwilligung.

genante, s. §. 17.

genozz, Standes-, Innungs-Genosse; Eidhelfer.

gerihten, in Ordnung bringen, beilegen; beweisen, darthun; überführen; sich von einem Vorwurfe reinigen.

geschaden = *schaden*.

geschäft, a. Geschäft; *geschäfte handeln*, Handelsgeschäfte betreiben; b. letztwillige Verfügung; *geschäft brief*, die eine solche enthaltende Niederschrift; *geschäft herr*, Vollzieher eines letzten Willens, zuweilen zugleich mit vormundschaftlicher Stellung.

geschawen, besichtigen.

geschiht, Handlung, Thatsache, Ereigniss; Aufstand, Ruhestörung.

geschloss, Schloss, Burg.

geschol (= *schol*), Schuldner.

geschopffe, Leistung; Anordnung. Vgl. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. II, 440.

gesein = *sein*.

gespitzt, spitzig. Im Stadtr. A S. 13, 14 wird auch das „*swert mit drein ortenen*“, welches nämlich auf beiden Seiten geschliffen und mit scharfer Spitze versehen ist, für ein „*gespitzt swert*“ erklärt.

gestozze, vorübergehender Streit (mit Handgemenge) unter den Bürgern.

gesuch, Zins.

gesworn, beschworen; *gesw. brief*, eine Urkunde, zu deren Inhalt sich die Bürger auf einem Burgdinge eidlich bekannten.

gevär (*gevärde*, *gever*), Arglist, bössliche Absicht; Gefährdung; Verlust, Nachtheil.

gefallen, a. gefallen, genehm sein; so

in der Eingangsformel der Rathsschlüsse: „*ez gevellt minen herren*“, d. i. der Rath verordnet oder verfügt; b. = *vallen*, treffen, zufallen.

gevellich (= *vellich*), straffällig.

gewag, Gewicht.

gewalt, a. Ansehen, Macht, daher auch mächtige Fürsprache; b. Besitz, Gewahrsam; c. Vollmacht, wofür die genauere Bezeichnung „*voller gewalt und gantz macht*“ vorkommt; d. Gewaltthätigkeit. e. „*In sine gewalt erzeugen*“, durch Zeugenbeweis darthun, so dass der Andere dadurch das Recht erhält, sich an den Dritten (Hauptschuldner) zu halten.

gewaltig, verfügungsfähig.

geweren, bezahlen.

gewiz (*gwiz*), gewiss, bewiesen, unzweifelhaft; *gewis machen*, sicherstellen.

gewondlich, gewöhnlich, herkömmlich.

gezzen (part. perf. von *ezzen*), gegessen; s. d. W. *gas*.

goltstreicher, Goldwäger.

got, Gott; *durch g.* aus Gottesfurcht; *umb gotes willen*, aus Barmherzigkeit; *ze got*, für die Kirche; *gottes leichnam*, die Abendmahlsfeier.

gotschellter, Gotteslästerer.

gräd (gradus), Kirchenstufen.

grozz subst., Groschen, grosser Silbergroschen, s. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 1015.

grozz adj., bedeutend; in grosser Menge oder Masse vorhanden.

gült, Zins, Jahres-Rente aus Gütern.

Haben, halten.

hackel, Hächel, ein mit eisernen Stacheln besetztes hölzernes Instrument zum Aufschlitzen der Zunge.

hafft, Personal-Arrest.

haken, haker, hängen; Henker.

haimsuechen, haimsuchung, das rechtswidrige Eingehen oder Eindringen in ein fremdes Haus, s. §. 14 Note 7 mit *Osenbrüggen*, Hausfrieden S. 60–65.

haisst, Hast, Ungestüm.

haizz, Geheiss; Guttheissung.

haizzen, anordnen, befehlen, z. B. *h. püzzen*, eine Busse auferlegen oder büssen lassen; vorrufen; versprechen; erlauben; zustimmen; *h. ain urtail*, bei Fällung eines solchen mitwirken.

hals = Leben, z. B. *an den h. gên*, die Todesstrafe zuziehen; *an den h. treffen*, damit bedroht sein.

halten auf einen, auf jemand ein wachsames Auge haben.

handeln, verfahren, sich verhalten; s. auch oben unter d. W. *geschäft*.

handlung, Verhandlung, Festsetzung als Ergebniss einer solchen.

hans, hansgraf, s. §. 24.

hant, die zum Schwur erhobene Hand, daher für Eid und Eidleister gebraucht; *in die h. = zehannt*, so gleich.

hantfrid, der gebotene und gelobte Frieden, s. *Osenbrüggen*, Alam. Strafr. S. 57; *einen h. nemen*, sich einen solchen zugeloben lassen.

hantshaft, frische That; Leibzeichen, z. B. in einer gestohlenen Sache bestehend [Anh. z. FGB. S. 81 §. 4]. Die LA. „*hant schafft*“ im Anh. z. FGB. S. 80 §. 5 ist offenbar unrichtig.

hantvest, Urkunde.

harnasch, Harnisch.

haupten, enthaupten.

hauptgut, Grundstock einer Forderung, Capital.

haws, zuweilen das Rathhaus.

hawsgenozzen, α. Mitbewohner eines Hauses; β. Münzer, s. §. 22.

hawszins, Wohnungsgeld.

hawt und har abslahen oder *slahen*, geisseln und abscheeren, s. *Osenbrüggen*, Alam. Strafr. S. 94.

helen, betrüglich durch Falschheit (*helhait*) jemand zu dessen Nachtheil, z. B. während einer Gerichtsverhandlung, etwas vorenthalten oder verbergen. Im Stadtr. B S. 41 §. 4 (s. §. 13 Note 29) ist statt „*erhel*“ zweifellos „*enhel*“ zu lesen.

helffen, subst., Beihülfe; *helffär*, Gehülfe.

helleich, hellig, heimlich, hinterrücks.

her, Herr; *meine herren*, Bezeichnung des Rathes.

herwyder, wieder; dawider.

hewt, vom heutigen Tage an; der „*tag hewt*“ ist der Anfangstermin einer bei einem Rechtsverhältnisse in Betracht kommenden und von dort an zu berechnenden Zeitfrist.

hilzen, hölzern.

hin, fort, von einem Orte weg.

hincz = hin ze, gegen, bei, in Bezug auf, neben.

hinder, unter.

hinüber, darüber, mehr.

hören (horn), anhören.

hof, das ausserstädtische, sowohl kaiserliche wie herzogliche Gericht.

hut, Aufsicht, Verwahrung.

Iare, Mündigkeit, daher *ze iren, hinc sinen iaren chomen*, mündig werden.

iarleich, jährlich.

icht (ichtez), irgend etwas; auch nichts.

ie, ye, je einmal, jedesmal; *ie oft*, so oft als.

iegleich, jeder.

iehen, bekennen, erklären.

ieman [*iem*, dat. *iemmen*], jemand.

ietweder, *ieweder*, jeder von beiden.

imber, Ingwer.

inman, *ynman*, eingeboren in der Stadt.

insigel, Siegel, Petschaft.

inzikh, Verdacht, auch das noch unerwiesene Verbrechen.

irr, Zweifel hegend, in einem Zweifel sich befindend.

irren, hindern, stören, streitig machen.

irrsal, Verwirrung, Störung.

iuden buch, die mosaischen Bücher.

iuden schaden, die Auslage, welche einem Christen dadurch erwächst, dass sein christlicher Gläubiger das von jenem rechtzeitig nicht wiedererstattete Schuldcapital bei einem Juden unter Zuschlag dem Christen unerlaubter Verzugszinsen entlehnt. Vgl. Auer, Stadtr. v. München S. 350 b.

Kamerdienst } s. unter Ch.
kamer knecht }

kampf, gerichtlicher Zweikampf.

kloche, Glocke.

kramerey, Kleinhandel in öffentlichen Miethbuden.

kuchn, Küche.

Laden, vorladen; einladen.

laidigen, schädigen, Leid zufügen.

laisten, Einlager halten; *laister*, der zum Einlager Verpflichtete.

laitt, Unbill.

lawgen, c. gen., läugnen.

laut, *läut*, Leute.

lauten, läuten, namentlich mit der Rathsglocke.

lazzen (praes. 3. pers. *lat*, *leit*), nachlassen; entlassen; freilassen; hinterlassen.

ledich, frei, straflos; unvermählt.

legen (perf. *geleit*), legen; einsperren.

leib, α. Leben, z. B. *rihten hin ze dem l.*, auf Tod erkennen; β. Person, z. B. der *tot l.*, der Verstorbene.

leibgeding, ein auf Lebenszeit verliehenes Nutzungsrecht an einem Gute.

leichleg, Begräbniss.

leichnam des herrn, die im Ciborium eingeschlossene consecrirte Hostie, worauf der Bürger-Eid abgeleistet worden zu sein scheint, s. §. 18 Note 7 mit Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 1425.

leid, Furcht.

leilach, Betttuch.

lem, *lemb*, *lemt*, Lähmung eines Körpertheils; *lemen*, lähmen, z. B. *an der zung*, die Zunge zum Sprechen untauglich machen.

lewthaws, Wirthshaus, Schenke.

liegen (praes. 3. pers. *leit*), nach seinem Vermögen angelegt oder besteuert sein.

liplich, in Liebe, in Güte.

loben, geloben, zuweilen gegensätzlich zu *sweren*.

loblichen, löblich; feierlich („sollempnius“).

lon, Amtsgehalt.

losunge, s. §. 20 Note 3.

Main, falsch, daher *mainayd*.

maister, Bürgermeister; Innungsmeister.

manchleich, männiglich.

manslaht, die einfache Menschen-Tödtung, und auch der sie verübende („mannschlechtiger mann“). Vgl. Osenbrüggen, Alam. Strafr. S. 208; auch Grimm, R. Alterth. S. 625, Zöpfl, Bamb. Recht S. 112.

mautenär, Maut-Einnehmer.

meinen, wohlwollen, geneigt sein.

menig, Menge.

miet, Belohnung.

minner (*mynner*), *minst*, weniger, wenigst.

mitleiden subst., Betheiligung, Mittragung.

mitterman, s. §. 18 Note 6.

moltig, zu Staub geworden, daher

moltiger mund, s. §. 13 Note 32.

mordär, Mörder.

mortmezzar, Dolch.

morttprant, heimliche, besonders nächtliche Brandstiftung, s. *Osenbrüggen*, Alam. Strafr. S. 355.

muet, Gesinnung, Absicht; s. unter d. W. *verdacht*.

muetwillen verb., sträflichen Uebermuth treiben, s. §. 14 Note 12 lit. γ.

mugen, können, vermögen; dürfen.

muntlewte, *muntman*, s. §. 23 Noten 11 ff.

Nachgên, α. verfolgen, z. B. *sinem rechten n.*, sein Recht gerichtlich verfolgen; β. sich unterthänig und dadurch dienstpflichtig machen.

nachst, nächstzukünftig, nächst- oder letztvergangen.

nakch, Nacken.

napurgär, aus dem Städtchen Nabburg.

nemen, annehmen, wählen; *sich davon mit aid n.*, sich losschwören von einem Anspruche.

newr, nur.

nichtz = *icht*, etwas, nichts; *mit nichten*, keineswegs.

nider haben, sinken lassen.

nider schaffen [= *hin schaffen*, wie vielleicht in §. 13 Note 13 zu lesen ist] *durch got*, zu frommen Zwecken letztwillig bestimmen.

niendert, nirgends.

niteneuen, erneuern, neu wählen.

nötten c. dat., einem etwas abnöthigen.

not, Nothfall, Hinderniss.

notdurfft, Angelegenheit, Bedürfniss; *der stat n.*, der Stadt Wohlfahrt oder Bestes.

notfert, eine durch einen Nothfall verursachte Reise.

notnumfft (*notnuft*), Nothzucht, s. Grimm, RAlterth. S. 633.

notrede, Zwangs- oder Gewalt-An drohung.

nottzogen subst., = *notnumfft*; verb. nothzüchtigen.

nu (*no*), nun.

Ob, darüber dass.

offentat, eine öffentlich begangene Missethat; besteht sie in einer Wortbeleidigung, heisst sie *offen rede*.

omer (*amer*), Getränke-Messer, Gefäss-Eicher.

or [*hora*], Stunde.

Pfaid, Hemde.

pfefferwag, s. §. 24 Note 3.

pfenwert, was im Laden für einen Pfennig zu haben ist; Kramwaare.

pfozzensnider, Beutelschneider, Taschendieb, im augsburger Stadtr. v. 1276 (Meyer's Ausg. S. 5 Z. 21) als „*seckelsnider*“ bezeichnet.

pfunt, nämlich Pfennige. Dasselbe ist = 8 Schillingen oder 240 Pfennigen, s. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 434.

Ratprechen, rädern.

ratschatz, Geldgebühr für gewisse Rathshandlungen.

rayczen, *rayczhait*, aufreizen, Aufreizung.

rayttung, Abrechnung.

recht, Recht, Rechtsanspruch; Rechts-

oder Klagegrund; Gericht, *an* oder *mit dem rechten*, vor Gericht.
red, Rede, auch in dem Sinne von Geschwätz.
reden, besprechen, vereinbaren.
redner, Vertreter, Sachwalter, Vorgesprecher.
reich, s. §. 23.
richten, richten, hinrichten; berichtigen, bezahlen; beweisen.
richtgelt, der durch gerichtliche Abschätzung gefundene Geldwerth einer geraubten oder gestohlenen Sache (FGB. S. 70 §. 2).
ringer, geringer.
rintschuch, Schuhe von Rindsleder.
ritter, s. §. 22 Note 5.
rügen, vor dem Rügegerichte nennen oder anzeigen.
rügsammlung, *rügsolung*, das jährlich zur Einklagung und Ahndung (*rügung*) von Vergehen zusammen tretende Gemeinde-, insbesondere vermuthlich Wacht-Gericht.
ruffian, s. §. 11 Note 3.

Sach, Strafsache, Delict. So sind in §. 15 Note 14 die „*drey sach*“ die drei schweren Verbrechen: „todschlag, dewb, notnunft“ (s. Salbuch von Niedermünster Bl. 69^b bei Höger S. 68).

sacz, *sazze*, Satzung, Vorschrift.
sag, Aussage; Ausspruch; Inhalt.
sagen (perf. *gesait*), mittheilen, eröffnen; zugestehen.
samblich, sämmtlich.
sammen (*samen*), versammeln, zusammenrufen; *samung*, *sammung*, *sommung*, Zusammenkunft, Versammlung.
saule, Thürpfosten.
schaden, Verlust, Verlusts-Ersatz;

Nebenforderung von Zinsen und Kosten.
schaffen, vornehmen; errichten, insbes. letztwillig zuwenden oder vermachen; befehlen; aufstellen oder bestellen als Stellvertreter.
schatzsteuer, *schatzstewrn*, s. §. 20 Note 2.
schawen, obrigkeitlich untersuchen oder prüfen.
shedlich, Schaden stiftend, gefährlich; daher *sch. lewte*, Uebelthäter im weitesten Sinne.
scheiden, entscheiden, schiedsrichterlich festsetzen; Frieden stiften, perf. *gescheiden*.
scheidmezzzer, das in einer Scheide (*palg*) geführte Messer.
scheinpot, Bevollmächtigter.
schelter, Schmähreden im Munde führend, besonders auch gotteslästerliche.
scherge, Gerichtsdiener, vornehmlich mit der Vollziehung peinlicher Urtheile betraut, s. Rosenthal, Gerichtswesen I, 79 ff.
scherm, Schirm, Schutz.
scheublein [*scheiblein*], ein auf das Kleid genähter farbiger, z. B. gelber, Ring von Metall oder Bandstoff.
schilling = 30, nach heutigem Gelde etwas über 60 Pfennigen, s. Gemeiner, Chron. I, 508.
schirst, demnächst, baldigst.
schlechtiglich, durchschnittlich.
schol, Schuldner.
schrann, Gericht, Gerichtsstätte.
schröter, der Ab- und Auflader von Wein- und Bierfässern an den Kellern.
schuld, Verschulden; *von sines selbs sch.*, eigenmächtig.

schupffe, Wassersturz-Strafe, s. §. 13
Note 41 lit. ζ.

schupphen, bei Seite schieben, aus
dem Wege räumen.

seczen, einsetzen, beauftragen; be-
stimmen, verfügen; *sich* s. c. gen.,
sich widersetzen.

sein, *sin* = *des*.

selbander, zu zweien, d. i. mit einem
einzigen Eidhelfer; *selb dritt*, *selb*
sibent, *selb zwelffte*, mit zwei, sechs,
einf Eidgehülften; auch zuweilen
mit zwei Bürgen, z. B. Stadtr. A
S. 17 §. 3.

selbschol, α. Selbst- oder Haupt-
schuldner, auch selbstschuldige eines
Verbrechens; β. der peinliche An-
kläger, s. Anh. z. FGB. S. 80 §. 3,
S. 81 §. 1, wie sich auch im münch-
ner Stadtr. §. 458 der Gläubiger
„*selbschol*“ genannt findet.

selbscholschaft, Verbürgung als Selbst-
zahler.

sele, das Seelenheil eines Verstor-
benen.

sicherheit, Unumstösslichkeit z. B.
einer Satzung; Leistung einer
Caution durch Bürgenstellung oder
Pfand.

sipp, Sippe; Verwandtschaftsgrad.

sizzen, sich niederlassen („in die
stat“).

slahen, s. unter d. W. *hawt und har*.

slaypfe, die aus einer Kuhhaut ge-
fertigte Schleife, worauf Misse-
thäter zur Richtstätte geschleppt
zu werden pflegten, s. Quitzmann,
Aelteste RVerf. der Baiw. S. 296.

slair, *slayr*, Frauen-Kopftuch von
Linnen oder Seide.

smitte, Schmiedewerkstätte.

so = *so daz*.

sogetan, solcher.

spilgelt, Spielverlust.

spilgraf, Leiter einer Musikbande.

spilman, ein herumziehender oder
zu häuslichen Festen gemietheter
Musiker.

stat, Stätte, Ort, Stadt; *ze staten*
chomen, zu Hülfe kommen, aus
einer Gefahr befreien oder retten.

stattichait, Festigkeit.

stekchen, Pfahl.

stên an einem, von jemand's Urtheil
oder Ermessen abhängen; *umb daz*
haubt, an den Kopf gehen, die
Enthauptungsstrafe nach sich
ziehen, s. FGB. S. 67 §. 1 Z. 1.

stet, fest, dauernd, beständig.

stewer, α. Stadt-Abgabe, daher *st-*
herrn, s. §. 20; β. Hülfe, Verbei-
ständung im Rechtsgange; *st. und*
lehr, Vormundschaft.

stillen, befriedigen, beruhigen; ab-
wenden, beseitigen.

süst, sonst.

sun, *sün*, Sohn, Söhne.

swa, *swo*, *swenn*, *swer* (*swär*), *swelher-*
lay, wo, wenn, wer, welcherlei.

swarz, ungereinigt; mit Kupfer ver-
setzt, wie dies bei den s. g. schwarzen
Pfenningen (s. Schmeller-From-
mann, Bayer. WB. I, 429) der Fall
gewesen ist.

swie, wie.

swirrn, schwören.

Täfer, Schenk-wirth.

tag, Gerichts-Tag; *t. geben*, gegen-
sätzlich zu *fürpieten*, mit Anbe-
raumung eines Präklusivtermins vor
Gericht laden.

tagleich, täglich, Tag für Tag.

taiding (*täding*), *taidung* (*teidung*),
α. Gerichtsverhandlung; β. Vertrag,
Vergleich, Vergleichs-Versuch;
γ. einseitiger Antrag; δ. Frist-
Zugabe.

tailen = *ertailen*, s. unter d. W.

tat, Missethat.

thum, Dom.

tod, Tödtung; *ein t. wyder den andern*, die Todesstrafe für Tödtung nach dem Talionsprincipe, s. *Osenbrüggen* in der *Ztschr. f. dtsh. Recht* XVIII, 176; *Hasenöhr*, *Oesterreich. Landesrecht* S. 147.

tot adj. = *ab*; pleonastisch: *ab und tot*.

tragen (praes. 3. pers. *treit*), an sich (*umb sich*) tragen, z. B. Kleider; hinwegtragen, insbes. widerrechtlich; an- oder vorbringen z. B. *für den rat*, an die ordentliche Rathversammlung; erfüllen, vorz. die Bürgerpflicht in Bezug auf die Leistung von Abgaben.

trahten, betrachten.

tram, Tragbalken.

trewe (*triw*, *triwe*), Treue, Gewissen, Eid; *in treus hant geben*, zur Bewahrung gleich dem eigenen Gute ohne Mühelohn anvertrauen.

trinchen subst., Getränke; *trinckchvass*, Pokal, meist mit künstlerischer Verzierung, s. *Weinhold*, *Frauen* S. 338.

turn, *turen*, Thurm. In §. 9 Note 9 ist vermuthlich der alte, 1706 abgebrannte Marktthurm (s. *Graf v. Walderdorff*, *Regensburg* S. 188, 89) gemeint, woran sich an der Aussenseite Mass und Elle angebracht befunden haben.

twank, Vorladung unter Busse-Androhung.

Ueber, über, darüber hinaus; gegen; während; *über sein*, vorhanden sein.

über faren, übertreten.

überig, überflüssig; überlästig, zudringlich.

über nemen, übervorthen, z. B. durch zu hohen Preissatz.

über raiten, bei einer Abrechnung betrügen.

übertewrung, Mehrwerth, z. B. eines Pfandes.

überwett, *a.* ein Kauf um einen das Doppelte des Sachwerths übersteigenden, und *β.* ein Verkauf um einen die Hälfte des Sachwerths nicht erreichenden Kaufpreis, s. *Schmeller-Frommann*, *Bayer. WB.* II, 1049.

überwinden, überführen.

um (*umb*), wegen, in Bezug auf; *da umb*, bei welcher Gelegenheit; *umb swaz*, worin.

umbpand, Band-Kopfputz der Frauen.

unbetwungelichen, ungezwungen, freiwillig.

uncz, bis; *uncz hincz*, bis hierher, bis zu.

und, zuweilen statt *als*.

underchäwfel, Mäkler.

understên, sich einer Sache (um Unheil abzuwenden) hilfreich annehmen.

unentkolten, unbeschadet.

unflüchtig und unfreidig, gleichbedeutende Worte, um auszudrücken, dass ein Schuldner nicht eine freche, betrügliche und treulose Flucht im Schilde führe, s. §. 13 Note 30 mit *Schmeller-Frommann*, *Bayer. WB.* I, 807.

ungelt, ungelter, s. §. 20 Note 12.

ungewaltig, nicht handlungs- und verfügungsfähig.

unpannig, was unter keinem gerichtlichen Executions-Gebote steht.

unschuld, Reinigungs-Eid.

unsinnig, geisteskrank.

untat, Missethat.

unverscheidenleich, ohne Unterschied.

unwill, Feindseligkeit.

unzucht, frevelhaftes (sittenwidriges) Benehmen.

urchund, Zeugniß.

urkawff, vorräthiges Wirthschaftsgeld, s. Schmeller-Frommann, Bayer. WB. I, 1227.

urlawb, Erlaubniß; Entlassung.

urleugen, streiten, in einem Streite oder Zwiste begriffen sein.

Verändern sich, aus einer Handlung oder einem Rechtsgeschäfte hervorgehen oder zu demselben hinzukommen, mit der Wirkung, dass dadurch eine Aenderung in der Haftung [z. B. des Bürgen] oder in der Klagbarkeit [z. B. der Spielschuld] sich ergibt.

verainen, vereinbaren.

verborgen (*verporgen*), *verburchen*, Sicherheit leisten oder stellen; zu einer Bürgschaftsleistung verwenden.

vercheren, in wesentlichen Stücken umwandeln; durch Wahl erneuern.

verdacht, überlegt, besonnen; *mit verdachtem muet*, mit Vorbedacht und Vorsatz.

verfangen, aufgreifen.

verfräveln sich, sich verfehlen.

vergelten, bezahlen, befriedigen.

verhandeln sich, zur gerichtlichen Verhandlung kommen.

verhoren, anhören; mündlich verhandeln.

veriehen, erklären.

verlauffen, zum Abschlusse gelangen.

verbieten (*verpieten*, *verpiten*), α . untersagen; β . ausweisen, daher *verpoten leute*, Verbannte, Aechter; γ . mit Beschlag belegen; δ . *hin in ains gewalt verb.*, in dritte Hand zur Verwahrung niederlegen.

verrichten, zu Wege bringen; befriedigen.

verschaffen, letztwillig zuwenden.

verschaiden, *verscheiden*, entscheiden, feststellen; *verschaiden gelt*, eine durch Gerichts-Entscheid oder Vereinbarung im Betrage feststehende Geldschuld.

verschroten, zertrümmern.

verschuldt, eines Verbrechens überführt.

versezzen, verpfänden, auch = *sezzen*, z. B. einen Bürgen.

versiczen, versäumen, zu zahlen unterlassen, besonders von Steuern gebraucht.

versiden, sieden (z. B. in Oel, die Strafe der Falschmünzer).

versprechen sich, unrichtig, ungeziemend reden.

verstelen, stehlen.

versweren, eidlich bekräftigen; *von der stat versworen sein*, aus der Stadt verbannt sein unter Auflegung des Gelöbnisses, sie nicht wieder betreten zu wollen.

vervallen sich, fällig werden.

vervaren, mit Tod abgehen.

verwürchen (*verworcht*), strafweise verwirken.

verzigen part. perf., verzichtet habend.

vesper, die Nachmittagszeit zwischen 3 und 4 Uhr.

vier, die Vierer, s. §. 17 Note 17.

volfaren = *vervaren*.

vollig, vollgültig.

vollkommen, richtig oder ordnungsgemäss zu Stande gekommen.

von, zuweilen gegen (d. i. abweichend von); *von dannen*, *von hinne*, hinweg; *von wegen*, deswegen weil.

vor, zuvor, vorher, früher; *vor sein* c. gen., zum Schutze sein; dagegen sein.

voraid, der Voreid zur Bescheinigung, dass der Kläger einen genügenden Grund zur Klagen-Erhebung wider den Beklagten besitze, obgleich er nicht sofort für seine Klage-Behauptung die zureichenden Beweise beizubringen vermag. Dieser Eid war zu leisten, wenn dem Beklagten oblag, sich mittels Eides von dem Klagevorwurfe zu reinigen. Vgl. R. Loening, Reinigungseid bei Ungerichtsklagen S. 300, 302—10.
vorsprech, Fürsprecher, Anwalt, überhaupt Stellvertreter im Processe.

Wa, wo.

wachting, s. §. 21 Note 8.

wack, Woge.

waffenheiz, Waffengeschrei, Waffeneruf, s. Grimm, R. Alterth. S. 873, 876.

waigern, verweigern.

wal, Wahlhandlung.

walt, Wald; *über w.*, ausserhalb der vier bayerischen Grenzwälder, s. Beitr. II, 84, 85; *w. und march*, Landes-Grenze.

wammeys, *wames*, Wamms, s. Adelung's WB. IV, 1374.

wandel, *α.* Nachtheil, Schaden; *β.* Geldbusse, Ahndung mit einer solchen.

wann, wenn; denn; ausser oder ausserdem; nur.

warr, Wahrheit.

warttunge, Anwartschaft, Erbberechtigung.

wazzer, Ueberschwemmung [mit Brücken-Zerstörung].

wechsel, Geldwechsel-Geschäft; Wechsel-Haus.

wegên = *begên*, begehen.

weil subst., ein bestimmter Zeitpunkt oder eine bestimmte Zeitfrist.

weise, Ehren-Prädicat der Rathsglieder und Vollbürger.

weysen, nachweisen, beweisen; benennen oder bezeichnen.

weysung, Rechts-Anweisung, Rechts-Vorschrift; Bezeichnung; Beweis.

welieben = *beleiben*, bleiben.

welt, weltlicher Lebensberuf, daher *ze der w.* gegensätzlich zu *ze got.*

werben, handeln, unternehmen, vollbringen.

werk, Handwerk, Handwerks-Waare; daher *altes w.*, alte bloß ausgebesserte Arbeitsproducte.

werkgenozze (*werchgen.*), Handwerks-Genosse, Mitarbeiter in einer Werkstätte.

werkman, Handwerker; Arbeiter.

wereden = *bereden*, s. unter d. W.

weren, *werung*, zahlen, leisten; Zahlung.

werltlich, s. §. 25 Note 8.

wider, entgegen, auch für (s. unter d. W. *tod*); zuweilen ist danach ein Zeitwort, z. B. *sein*, *tun*, *sagen*, *sprechen*, zu ergänzen.

wider cheren, zurückerstatten.

widerprächig, eine schuldige Leistung versäumend oder verweigernd, im Innungsbrieft v. 1244 lateinischer Fassung mit „in tali iure rebellis“ übersetzt.

widersagen, *widersagung* (*wydl.*), sich gegen etwas sträuben; Verweigerung.

wirt, verheiratheter Mann; Hauseigenthümer; Hausvater; *wirtynn*, Ehefrau; *wirtlewt*, Eheleute.

wizzen (imperf. *weste*), wissen, kennen.

wizzentlich, wovon man sichere Kunde hat, was erwiesen ist.

würchen (*werchen*), wirken, bearbeiten.

wunt, Wunde, Verwundung.

Zaichen, Kenn- oder Unterscheidungs-Zeichen; Handelswaaren- oder Frachtzeichen, s. *H o m e y e r*, Haus- und Hofmarken S. 172 ff., 266 ff.
zal, Stücke-Zahl; *bei der z.*, stückweise.

zan, pl. *zend*, Zahn; *durch die z. prennen*, an den Backen brandmarken, s. *Schmeller-Frommann*, Bayer. WB. I, 357, 58.

ze, zu, zu, nach, in, bei, während.

zegagen, gegenwärtig.

zehant, sofort, sogleich.

zeihen, (perf. *gezigen*), verdächtigen, bezichtigen.

zelen, eine Rechnung machen, berechnen.

zendalen, von Zindel, einem leichten Seidenstoffe, s. *Weinhold*, Frauen S. 425.

zeprechen, zu nichte machen; *ver-eiteln*.

zerlegen, beilegen.

zespiren, Sperre anlegen.

zestund, alsogleich (ohne Zwischenfrist).

zewg, Zeugniss, Zeugschaft, Zeugenbeweis.

ziehen sich, c. gen., sich auf jemand beziehen oder berufen, um dadurch ein Zeugniss zu gewinnen.

ziemlich, geziemend, sittlich erlaubt.

zuchen, zücken.

zucht, Anstand.

zugehorn, gebühren.

zulauffen, hinzueilen.

zulegen, begünstigen.

zusagen, ansagen.

zwir, zweimal.

Sach-Register.

Die grössere Zahl bezieht sich auf die einzelnen §§., die kleinere auf die
Noten hinter denselben.

Alt- und Neustadt 15, 2.

Anzeigepflicht 14, 37.

Apotheker 12, 13.

Asyl 13, 41; 22, 28.

Auer'sche Handel 2, 1; 9, 2.

Aufruhrstiftung 14, 26.

Begnadigung 14, 24.

Beisassen 23, 8—10.

Beleidigung 14, 22.

Beweis gegen einen Todten 13, 33.

Bischöfe:

Albert I. 1, 6.

Albert II. 1, 9.

Konrad IV. 1, 4.

Sigfrid 1, 5.

Leo Tundorfer 1, 9.

Friedrich II. 3.

Bischofs-Gericht 16, 31.

Brauer 1, 8, 22, 11.

Bruder Berthold 1, 12.

Brückenmeister 20, 19.

Bürgermeister 18; auch 14, 29, 31.

Besoldung 18, 14.

Eid 18, 8.

Wahl 18, 7.

Bürgerrecht 23.

Verlust 23, 27 ff.

Bürgersiegel 23, 22.

Bürgschaft 13, 25, 32.

Bundbriefe 9.

Burggeding 9; 21, 1.

Burggrafenamt 1, 1; 16, 8.

Compactaten 3, 5; 20, 10.

Competenz 13, 17.

Denominati 17, 1, 4.

Domvogteigericht 16, 10.

Donaustauf 15, 15.

Echteding 16, 2.

Edict von Ravenna 1, 5.

Ehehaften 13, 19.

Eheliches Güterrecht 10, 8; 13, 26,
29.

Eid im Schuldprocesse 14, 35.

Eideshülfe 5, 3 §. 1; 13, 43; 14, 17;
17, 6.

Einbruch 14, 6.

Einlager 13, 38.

Entführung 10, 7.

Erbfolge 10, 9.

Ersitzung 5, 3 §. 7.

Falsches Zeugniß 14, 9.

Forum rei sitae 13, 16.

Freihäuser 20, 8.

Freiheitsberaubung 14, 10.

Freistädtische Eigenschaft 3, 2.

Fridericianum 5, 1, 3.

Friedbruch 14, 32.

Friedgericht 16, 35.

Friedgerichtsbuch 14.

Fünfer-Ausschuss 16, 36.

Fünfundvierziger 17, 14.

Fürsprecher 13, 44.

Gastrecht 13, 40.

Genannte 17, 1, 5, 6.

Genannten-Rath 17, 16.

Gesinde 13, 37.

Gotteslästerung 14, 39.

Haftnahme 14, 11, 27.

Handel und Gewerbe 12.

Hanse 24.

Hanse-Gericht 24, 7, 13.

Hanse-Graf 24, 2 ff.

Hausbrauen 5, 3 §. 19.

Hausfriedensbruch 14, 8, 15.

Hausgenossen 22, 9, 13 ff., 29 ff.

Hebammen 12, 14; 25, 23.

Heimsuchung 14, 7, 12.

Heirath ohne Eltern-Consens 10, 7.

Herzogsbriefe 7.

Innungsordnungen 12, 6 ff.

Juden 1, 11; 6, 1; 7, 5, 6; 25.

Juden-Beschränkungen 25, 23 ff.

„ Friedhof 25, 26.

„ Gasse 25, 4.

„ Gericht 25, 8, 11.

„ Gewerbe 25, 20.

„ Kleidung 25, 22.

Juden-Ordnung 1497, 25, 11.

„ Pfändung 25, 20, 21.

Kämmerer 14, 34, 40; 19.

Kaiserbriefe 6.

Kammeramt 16, 15, 26.

Kammeramts-Verweser 19, 7.

Kaufleute 24.

Kleiderordnung 11, 6.

Klöster 1, 10; 15, 13.

Ladung 13, 18.

Leibesbeschädigung 14, 4, 18, 19, 20, 21.

Leibgedingsgüter 5, 3 §. 14.

Lichtenberg'scher Schied 1, 8; 22, 1; 24, 1 a.

Liegenschafts-Veräußerung 13, 13.

Ludwig IV. 2, 3.

Luft macht frei 5, 3 §. 6; 23, 10.

Marktfahrer 24.

Markzettel-Protokoll 10, 2.

Meineid 14, 33.

Messertragen 14, 16.

Minderbürger 23, 6, 7; 15, 14.

Mord 14, 3.

Münzer-Briefe 8.

Münzstätte 22, 28.

Münzverbrechen 5, 3 §. 11 e; 22, 26.

Muntmannschaft 23, 11.

Nothwehr 14, 3.

Nothzucht 13, 34; 14, 5.

Official-Verfahren 14, 36.

Patriziat 22.

Philippinum 4.

Polizeigesetze 11.

Privilegium de non evocando 23, 18.

Probstgericht 16, 21.

Rath 17, 7 ff.

Raths-Autonomie 10.

„ Eid 17, 20.

„ Frevel 17, 25.

„ Gericht 14, 34; 16, 38, 41; 22

a. E.

„ Pflicht 17, 22 ff.

„ Wahl 17, 18 ff.

„ Zeichen 17, 22 a. E.

Rathgeber, geheime 17, 27.

Regiments-Ordnung 1500, 3, 15.

Reichs-Hauptmann 3, 14.

Ritter 22, 5.

Saffranfälschung 10, 6.

Salzherrn 24.

Schreiber 14, 34; 19, 12.

Schuldhaft 13, 30.

Schultheissen-Fehde 2, 2.

„ Gericht 16, 12.

Schwäbischer Bund 2, 4.

Sechzehner 17, 9.

Söldner-Hauptmann 23, 24.

Spiel 13, 12, 27.

Spielhaus 4, 2 §. 5.

Stadtbücher 10.

Stadt-Gericht 16, 7.

„ Hauptmann 23, 24; auch 6, 5.

„ Verbot 23, 34, 36.

„ Wage 24, 3.

Steinach, Hans von, Bürgermeister
2, 5.

Steuern 20, 2 ff.

Strafarten 13, 41.

Summarisches Verfahren 13, 20.

Testament 13, 31.

Thore 15, 1.

Todtschlag 14, 3.

Treuhänderschaft 13, 39.

Uneheliche Kinder 13, 35.

Ungeld 20, 12.

Unterwerfung unter Bayern 3, 6 ff.

Urtheilsvorschlag 16, 12; 22, 39.

Verfestung 14, 30.

Vierer-Ausschuss 22, 23.

Vierundzwanziger 14, 41; 16, 37.

Vollbürger 23, 1 ff., 17 ff.

Vormundschaft 13, 28, 29.

Vorstädte 15, 8—10.

Wachtgeding 21, 8.

Wachtmeister 21, 9.

Waffendienst 23, 24.

Weine 12, 2.

Wirthshaus 14, 12, 13.

Zandt'sches Geschlecht 2, 2.

Zeugeneid 16, 12.

Zweiunddreissiger 17, 13.

Zweiundfünfziger 17, 17.

G. Pätz'sche Buchdr. (Lippert & Co.), Naumburg a/S.

Gengler, Heinrich Gottfried Philipp,

Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns

Bd.: 3

Erlangen ; Leipzig 1892

BHS VIII A IV 13-1/4

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11558933-7